

Stiefel, Elisabeth

**Working Paper**

**Stadt der Männer? Stadt der Frauen - Stadt für alle**

Arbeitspapier, No. 60

**Provided in Cooperation with:**

The Hans Böckler Foundation

*Suggested Citation:* Stiefel, Elisabeth (2002) : Stadt der Männer? Stadt der Frauen - Stadt für alle, Arbeitspapier, No. 60, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/116521>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

*Elisabeth Stiefel*

***Stadt der Männer?  
Stadt der Frauen – Stadt für alle***

**Arbeitspapier 60**

# **Stadt der Männer? Stadt der Frauen – Stadt für alle**

*Elisabeth Stiefel*

## **Impressum**

Herausgeber:

Hans-Böckler-Stiftung

Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon: (02 11) 77 78-108

Fax: (02 11) 77 78-283

E-Mail: [Erika-Mezger@boeckler.de](mailto:Erika-Mezger@boeckler.de)

Redaktion: Erika Mezger, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung

Best.-Nr.: 11060

Gestaltung: Horst F. Neumann Kommunikationsdesign, Wuppertal

Produktion: Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Düsseldorf, September 2002

€ 15,00

# Inhalt

<b>I. Wessen Stadt ist die Stadt?</b>	<b>5</b>
Die Unsichtbarkeit von Frauen in der Geschichte der Kommunen	5
Hat die Zukunft schon begonnen?	6
Die Kommune als Ort gemeinschaftlichen Lebens	7
Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftsform und Lebensweise	8
Das Haus, das Leben und die Stadt im Kosmos industriellen Wirtschaftens	9
Der männliche Haushalter als Konstante im Wandel der Wirtschaftsformen	10
<b>II. Frauen in der Stadt der Männer</b>	<b>13</b>
Frauen kämpfen um Anerkennung ihrer Eigenständigkeit	13
Der Familienhaushalt im Schatten wachsender industrieller Produktivität	14
Die Stadt als Ausdruck der Geschlechterordnung	15
Die Mobilität von Frauen folgt eigenen Mustern	16
Wirtschaften zwischen Produktion und Konsum	17
<b>III. Leben mit der Warenfülle</b>	<b>19</b>
Modernisierung nach 1945: Alter Wein in neuen Schläuchen	19
Die Überlastung der Frauen	20
Die Reichtum schaffende Ökonomie beeinträchtigt die Lebenswelt	22
Professionelle Dienstleistungen in der Kommune	23
<b>IV. Dienste in der Welt des Warentauschs</b>	<b>25</b>
Frauen als letzte Bastion der Mitmenschlichkeit?	25
Mit neuer Ethik ist es nicht getan	26
Frauen im Strukturgerüst einer überholten Ordnung	27
Auch private Dienstleistung kostet Arbeit und Lebenszeit	29
<b>V. Schritte auf dem ökonomischen Deutungspfad</b>	<b>31</b>
Die Messlatte des Wirtschaftens sind noch immer Geld und Güter	31
Auch dem Nachhaltigkeitsdiskurs bleibt das Soziale fremd	32
„Wir sind, was wir produzieren“	33
Die Zukunft der Arbeit und die <i>Economy of Care</i>	34
Kommunitarismus: ein Ausweg aus der Krise?	35
Frauen und soziale Gerechtigkeit in liberaler Perspektive	37
<b>VI. Konturen einer neuen Wirtschaftsweise</b>	<b>39</b>
Der Weg in die Zukunft führt geradeaus	39
Unzulänglichkeiten und Zerfallserscheinungen	40
Ansätze für ein anderes Modell	41
Konzepte der Neuverteilung von Ressourcen	42

Die Parallelität wirtschaftlicher Tätigkeiten	43
Entgrenzungen – Frauen des Südens drängen auf eine neue Ordnung	43
<b>VII. Instrumente des Wandels</b>	<b>45</b>
Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt	45
Perspektive der Genauigkeit: Gender Mainstreaming	47
Klärung – Präzisierung – Transformation	49
Gender Audit als permanente politische Herausforderung	51
<b>VIII. Übergänge in die Welt von Morgen</b>	<b>55</b>
Kommunale Zeitpolitik im Dienst der Versorgungsökonomie	55
Zeitwohlstand im postindustriellen Zeitalter	56
Gender Audit öffentlicher Haushalte (Gender Budgeting)	57
Pionierarbeit auf unterschiedlichem Hintergrund	59
Australien	59
England	61
Aufbruch in eine neue Wirtschaftsweise?	63
<b>IX. Ein anderes Verständnis von Demokratie</b>	<b>67</b>
Von der zähen Frauenlosigkeit repräsentativer Demokratie	67
Die Partizipation von Frauen in der Bürgergesellschaft	68
Gleichheit, Gerechtigkeit, Geld: ein neuer Bezugsrahmen	69
<i>Einmischung in eigener Sache: Der Bürgerhaushalt</i>	70
Bürgerhaushalte im Rahmen des New Public Management	71
<b>X. Streifzüge durch die Praxis</b>	<b>75</b>
Noch ungezähmt: <i>Die wilden Früchte der Frauen</i>	75
Gender Mainstreaming und die Verantwortung der Kommune für die Stadt	77
<i>Das Private ist ökonomisch</i> – Männer im tertiären Zeitalter	80
<b>XI. Der Blick nach vorn</b>	<b>83</b>
Gender Mainstreaming kann Horizonte weiten	83
Überholte <i>Gewissheiten</i> in Frage stellen – alte <i>Strickmuster</i> revidieren	84
Visionen für die Stadt von morgen	86
Aufbruch in eine andere Welt? Die Vorhut braucht Unterstützung!	87
<b>Literatur</b>	<b>91</b>
<b>Selbstdarstellung der Hans-Böckler-Stiftung</b>	<b>97</b>

# I. Wessen Stadt ist die Stadt?

## Die Unsichtbarkeit von Frauen in der Geschichte der Kommunen

In den letzten Jahrzehnten haben sich Frauen in vielen Städten zu Geschichtsvereinen zusammen getan, um aus mancherlei versprengten Materialien ein Mosaik zu formen, das Frauengeschichte anschaulich macht. Kundige Führerinnen begleiten Stadtspaziergänge über Straßen und Plätze zu Orten, die für Frauen irgendwann von Bedeutung waren: das Nebenzimmer eines alten Gasthofs, in dem im späten 19. Jahrhundert der örtliche Frauenverein Versammlungen abhielt, ein Gewerbehof von Handwerkerinnen aus dem späten Mittelalter, die Statue einer Stifterin im Stadtpark, der See, in dem man Kindsmörderinnen zu ertränken pflegte. Ausnahmsweise vielleicht ein Denkmal für die ganz normale Frau von nebenan: eine Pannekokenbäckerin oder die Magd, die den Krug mit frischer Milch zu Markte trägt.

Schon am Anfang des 15. Jahrhunderts hatte die französische Schriftstellerin Christine de Pizan die Frauen ermahnt, „die Spitzhacke ihres Verstandes“ zu gebrauchen und an der Gestaltung ihrer Städte mitzuwirken. Sie war sich klar darüber, dass im Zuge des Aufblühens von Handel und Gewerbe die Frauen und ihre Lebensbedürfnisse allzu schnell aus dem Blick geraten würden, wenn sie sich nicht um die Schaffung eigener Lebensräume kümmerten. 1994 hat das Bonner Frauenmuseum mit einer Ausstellung zum Thema „Stadt der Frauen“ die Szenarien darzustellen versucht, in denen sich die Frauen gegen wachsende Widerstände behaupten mussten. Mit vielen Bildern und Dokumenten belegten Historikerinnen die langsame Verdrängung der Frauen aus der städtischen Öffentlichkeit, ihren Ausschluss von politischer Macht, den Bedeutungsverlust ihrer Arbeit (siehe Ausstellungskatalog, Umschlagseite).

Geschriebene Geschichte, auch die Geschichte von Städten, ist immer die Geschichte von Männern gewesen, derer, die sie erbaut, bewohnt und regiert haben. Frauen waren da zwar möglicherweise mitgemeint, blieben jedoch ungenannt. Würde man Frauengeschichte herauslösen wollen aus den Fesseln ihrer Unsichtbarkeit, müsste auch für die Stadtgeschichte ein neuer Rahmen gezimmert werden. Es waren immer die Verhältnisse zwischen Frauen und Männern, die dem Lauf der Ereignisse seine Richtung gaben.

Deshalb blitzt hinter einem Buchtitel „Stadt ohne Frauen?“ der Unwille derer auf, die Stadtgeschichte nicht dem Gedenken an Kriegshelden und Fabrikherren, an Literaten und Wissenschaftler überlassen wollten. Auf der Suche nach ihren eigenen Wurzeln haben Mannheimer Autorinnen für eine Stadtgeschichte aus Frauensicht viele, oft halb verschüttete Quellen aufgedeckt und Dokumente über das Leben der Frauen in ihrer Stadt zusammen getragen. Es war ihr Ziel, aus dem Wechselspiel zwischen äußeren Ereignissen und gelebtem Leben die Kräfte sichtbar zu machen, die ihrer Stadt das eigene Profil gegeben haben.

Nach Jahren intensiver Recherchen ziehen die Initiatorinnen dieser und ähnlicher Initiativen eine positive Bilanz. Mit ihrem Perspektivwechsel haben sie nicht nur die historische Dimension des Wirkens von Frauen und Frauenbewegung sichtbar gemacht, sondern auch den Blick geschärft für die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern, die im Alltag ihrer Kommune oft genug zu Kompetenz- und Zielkonflikten führten. Gleichzeitig wird deutlich, dass es Frauen angesichts des „traditionellen Herrenstandpunkts“ der Männer (Stadt ohne Frauen S. 221) nur selten gelang, Raum zu schaffen für eigenständige Interessen. Auch ihre Verantwortung für das Wohlergehen der Familie gab ihren Argumenten kein größeres Gewicht. Was zählte im politischen Geschäft, war jene Macht, die nicht die ihre war.

Vielorts ist es inzwischen gelungen, Frauengeschichte ein wenig sichtbarer zu machen, Straßen und Plätze nach Dichterinnen, Politikerinnen, Künstlerinnen, Wissenschaftlerinnen zu benennen. Längst ist nicht mehr strittig, dass Frauen nicht nur Bewohnerinnen, sondern Bürgerinnen ihrer Städte sind, die sich Rechte und Pflichten in vollem Umfang mit den Männern teilen. Auch ihre Zugänge zur Macht sind breiter geworden. Doch die historische Lücke lässt sich nicht einfach zuschütten wie ein Graben, der die Geschlechter an gedeihlichem Zusammenwirken hindert. Die Brücke aus der Stadt ohne Frauen in ein Gemeinwesen, das den Bedürfnissen, den Leistungen und den Interessen beider Geschlechter Raum gewährt, braucht nicht nur

eine hohe Tragkraft, sondern auch eine außergewöhnliche Spannweite. Nur mit der Unterstützung von Frauen **und** Männern wird es möglich sein, ein zukunftsfähiges Bauwerk zu errichten.

## Hat die Zukunft schon begonnen?

Es wäre irreführend, den historischen Ausschluss der Frauen aus dem Selbstverständnis der Kommunen als Diskriminierung zu interpretieren, die sich per Dekret bekämpfen lässt. Auch wird es nicht genügen, der weiblichen Bevölkerung mehr öffentlichen Raum zu verschaffen. Nicht umsonst haben Frauenbewegungen immer wieder darauf gedrungen, Öffentliches und Privates in ihrer gegenseitigen Bedingtheit zu betrachten. Die Realität des Alltags wäre eine andere, spiegelte sich in ihr nicht ein Geschlechterverhältnis, das von den meisten Männern (und ihrem Verständnis von Ökonomie und Gesellschaft) noch immer als funktional, von den meisten Frauen jedoch als hemmend und lebensfeindlich erfahren wird.

Der gegenwärtige Diskurs über neue Formen bürgerschaftlicher Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen bietet die Chance, über Prozesse, aber auch über Strukturen nachzudenken. Welche Kräfte haben den Aufbruch in Bewegung gesetzt, wo führt er hin? Dient er dazu, Bestehendes in neue Formen einzupassen oder öffnet er die Zukunft für eine andere Qualität des miteinander Lebens? Was soll sich ändern, um die Stadt nicht nur zum Ort des Wohnens und Arbeitens, sondern zur Heimat von Frauen, Männern, Kindern zu machen?

In die Bemühungen zur Neubestimmung kommunalen Handelns fließen mehrere Stränge des Geschehens ein, die mehr miteinander zu tun haben, als gemeinhin wahrgenommen wird. Sie lassen sich nicht immer gradlinig auf die ökonomische Entwicklung zurück führen, zeigen zu dieser aber doch deutliche Parallelen.

- Die Gebietskörperschaften sehen sich gezwungen, ihre Ausgaben im Sozial-, Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich einzufrieren oder sogar zu beschneiden. Sie erwarten von ihren Bürgerinnen und Bürgern die zusätzliche Bereitstellung eigener Ressourcen (Kompetenzen, Zeit, Geld).
- Die Demokratie- und Bürgerbewegungen der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts haben sich nachdrücklich vom Bild des pflichtbewussten, ordnungsliebenden, obrigkeitstreuen Staatsbürgers distanziert und stattdessen das Ideal des *Citoyen* wiederbelebt, der den Anspruch erhebt, gemeinsam mit anderen seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.
- Eine seit Jahrzehnten zu beobachtende Tendenz zur Verrechtlichung, Bürokratisierung, Professionalisierung sozialstaatlicher Aufgaben hat zahlreiche Selbsthilfe-Aktivitäten auf den Plan gerufen. Durch Eigeninitiative und Selbstorganisation soll ein Höchstmaß an Bedarfsgerechtigkeit und Autonomie gewonnen werden, die auch Laien-Kompetenz einbinden kann. Doch lehnen soziale Selbsthilfe-Gruppen nur in Ausnahmefällen staatliche Förderung ab. Der angestrebte Mix aus bürgerschaftlicher Selbstsorge und öffentlich garantierten Rahmenbedingungen ist unter dem Begriff der Neuen Subsidiarität bekannt geworden<sup>1</sup>.
- Das Aktionsprogramm der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro abgehalten worden ist, betrachtet die Kommunen als eigenständige Akteure im Prozess einer global nachhaltigen Entwicklung. Sie werden in Kapitel 28 der Rio-Agenda aufgefordert, im Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eine „Lokale Agenda 21“ zu erstellen.
- Angesichts der Notwendigkeit, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte miteinander zu vernetzen, verpflichtet die vorgesehene Bürgerbeteiligung zur Einführung neuer Planungsverfahren, in denen nicht nur Expertenwissen zählt. Der Agenda-Prozess ist angewiesen auf Offenheit, Abstimmung, Konsens und Kooperation zwischen allen Beteiligten.
- Von jeher ging wirtschaftliches Wachstum einher mit dem Wandel traditioneller Lebensformen und der tendenziellen Auflösung verlässlicher Sozialverbände. Bereits im 19. Jahrhundert beklagte man sich über

<sup>1</sup> Vilmar/Runge S. 17 ff. Über Anspruch und Wirklichkeit der Neuen Subsidiarität wurden in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts heftige Kontroversen ausgetragen. Vor allem linke Kritiker argwöhnten, die gemeinschaftsträchtige Begrifflichkeit werde zur Legitimation des staatlich verordneten Sozialabbaus missbraucht.



Anonymität und soziale Kälte in den wachsenden Städten. Im Zeitalter der Globalisierung verstärken berufliche Mobilität, flexible Arbeitsformen, Migration und plurale Lebensentwürfe diesen Trend. Die Kommunen bemühen sich, im Zusammenwirken mit bürgerschaftlichen Kräften durch Jugendtreffs, Bürgerhäuser, Begegnungsstätten ihren EinwohnerInnen die ungezwungene Teilnahme an sozialem Leben zu ermöglichen.

- Gleichstellungsstellen sind darauf bedacht, im dialogischen Prozess zwischen den Kommunen und ihrer Bürgerschaft den Stimmen der Frauen Volumen zu verleihen. Sie unterstützen nicht nur einzelne Frauen, sondern Frauengruppen und Frauenvereine in dem Bestreben, über die rein formale Gleichstellung der Geschlechter hinaus Fraueninteressen in der Kommune zur Geltung zu bringen.

## **Die Kommune als Ort gemeinschaftlichen Lebens**

Es wäre nicht angemessen, aus solchen Entwicklungen den Schluss zu ziehen, die Ära einer neuen Gemeinsamkeit zwischen der Kommune und ihren BürgerInnen sei nicht mehr aufzuhalten. Vielen Rathäusern fällt es schwer, sich dem Ungewohnten zu öffnen. Auch manche bürgerschaftlichen Initiativen wirken defensiv, verteidigen kurzfristige Partikularinteressen ohne Rücksicht auf die Belange der größeren Gemeinschaft. Es fehlt der Bezug auf ein neues Verständnis der Stadtgesellschaft, und nicht von ungefähr sind viele Kommunen in einen Konsultationsprozess mit ihren BürgerInnen eingetreten, aus dem konsensfähige Leitbilder für kommunales Handeln hervorgehen sollen.

Das Selbstverständnis der Kommunen war ebenso wie der Kanon ihrer Aufgaben im Verlauf der Jahrhunderte einem ständigen Wandel unterworfen. Während sich die mittelalterliche Stadt darauf verlassen konnte, dass die Vorschriften der Kirche sowie die ständische Organisation der Bürgerschaft dem Zusammenleben einen Ordnungsrahmen gaben, steht heute das mündige Individuum im Mittelpunkt der Regeln für das Miteinander. Es ist die moderne Sicht auf die grundsätzliche Autonomie jedes Einzelnen, die maßgebend ist für Rechte und Freiheiten, aber auch für Pflichten und Schranken im Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu der Stadt, in der sie leben.

Nicht nur in jeder einzelnen Epoche, sondern auch über die Epochen hinweg müssen die Potenziale der Veränderung in Systemzusammenhänge eingebettet werden, wenn sie verstanden werden wollen. Systeme sind dabei als multidimensional anzusehen, als Gebilde, die alle Lebensbereiche tangieren, auch wenn Parallelen nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. In der jüngeren Vergangenheit war es vor allem der französische Soziologe Pierre Bourdieu, der mit der These von einem „kollektiven symbolischen Kosmos“ aufgezeigt hat, dass die soziale Realität aus Elementen besteht, die sich wechselseitig bedingen und beeinflussen.

Der Blick zurück in die griechische Polis kann helfen, eine integrierte Problemsicht zu gewinnen und im *symbolischen Kosmos des postindustriellen Zeitalters* Ansätze für eine neue Positionierung individueller und gemeinsamer Interessen aufzuspüren. Im alten Athen, das als Wiege der westlichen Zivilisation zu gelten hat, war die Sicherung des guten Lebens im Kontext sozialen Friedens unstrittiges Ziel politischen Handelns. Bürgerschaft und Polis wurden als Einheit angesehen (Bürgin S. 127), die Politik des Stadtstaats war auf die Autonomie der einzelnen Bürger und der Stadt als Ganzes ausgerichtet.

Für die griechische Polis besaß wirtschaftliche Tätigkeit keine Eigenständigkeit, zumindest nicht in einem Sinn, der über die Sicherung des Lebensunterhalts hinaus reichte. Bürgerliche Autonomie und selbstgenügsame Lebensführung waren untrennbar miteinander verknüpft. Überschüsse dienten in erster Linie der verantwortungsbewussten Vorsorge, die Anhäufung von Gütern und ihre Verwertung zur Reichtumsproduktion war verpönt. Natürlich bedeutete dies nicht, dass keinerlei Austausch erfolgte. Über den lokalen Markt hinaus wurde in gewissem Umfang auch Fernhandel betrieben. Doch grundsätzlich waren Wirtschaft und Wirtschaften Aufgabe der Oikoi, d.h. der Hausgemeinschaften. Sie erarbeiteten die materielle Basis des Gemeinwesens und sorgten für dessen größtmögliche Autarkie nicht nur im Verhältnis zu Fremden, sondern auch gegenüber den Wechselfällen des Lebens. Gleichzeitig waren sie die Basis der Freiheit des

*oikonomos*, d.h. des Hausherrn, in dessen Person ökonomische Unabhängigkeit und politische Teilhabe zur Einheit verschmolzen.

Der Besitz von Bürgerrechten und damit die Möglichkeit der politischen Mitwirkung war allerdings ein Privileg, dessen die Mehrzahl der Männer und fast alle Frauen nicht teilhaftig waren<sup>2</sup>. Ausschließlich frei geborene Griechen besaßen das Recht zur politischen Mitsprache in der Gemeinschaft der Freien und Gleichen. Die Hausgemeinschaften standen unter der despotischen Herrschaft ihres Herrn, der über menschliche und materielle Ressourcen gebot. Zumindest aus Gründen der Bestandserhaltung mag der Bürger als Herr über seinen *oikos* im Regelfall auch das Wohl von Frauen, Kindern und Sklaven im Blick gehabt haben. Doch das gute Leben der Insassen des *Oikos* war beliebig, politisch undefiniert. Der geringe Status der Arbeit im *Oikos* wurde damit gerechtfertigt, dass man die Eignung der Haushaltsmitglieder zur Unterordnung für angeboren hielt.

Eine Gesinnung, die dem Gemeingeist Vorrang gab vor dem Streben nach individueller Vorteilnahme, prägte auch die Verfassung der mittelalterlichen Städte mit ihrer Ausrichtung auf stadtwirtschaftliche Unterhaltsfürsorge. Zunftordnungen und Zinsverbote sorgten dafür, dass sich wirtschaftliche Aktivitäten am lokalen Bedarf orientierten und der Wettbewerb um größere Marktanteile keinen Nährboden fand. Ein jeder hatte das Recht auf Nahrung, damit er durch die Sorge um den Lebensunterhalt nicht von einem gottesfürchtigen Leben abgehalten würde. Privates Eigentum hielt man für schädlich, die Nutzung irdischer Güter sollte der Gemeinschaft vorbehalten bleiben. Auch die Fürsorge für die Armen war ein wichtiges Anliegen für die mittelalterliche Stadt und ihre Bürger.

## **Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftsform und Lebensweise**

Die Verhältnisse wandelten sich im Zeitalter des Absolutismus. Die fortschreitende Säkularisierung, der aufkeimende Liberalismus, die anbrechende Aufklärung veränderten mit dem Welt- und Menschenbild auch das Verständnis des Ökonomischen. Ohne dass sich „die Wirtschaft“ bereits über die Herstellung und den Austausch von Sachgütern definierte, verlor die Wirtschaftsgesinnung ihre enge Anbindung an das Haus und die Unterhaltssicherung seiner Bewohner. Der dichter werdende Fernhandel und wachsende Umsätze auf größeren Märkten ließen das kleinräumig Soziale für manchen als Fessel erscheinen, die es zu Gunsten der Erweiterung von Möglichkeiten abzustreifen galt. Die Vorstellung von der Identität des Gemeinwesens mit seinen Bürgern trat langsam in den Hintergrund.

Doch noch sehr lange bildete die Hausgemeinschaft und ihre auf Unterhaltssicherung bedachte Wirtschaftsweise die Grundlage von Wohlergehen und Wohlstand der Kommune und ihrer Bürgerschaft, und *das Haus* i. S. des antiken *oikos* blieb bis in die Neuzeit hinein Grundlage der europäischen Sozialordnung (Bürgin S. 50). Eine sorgsame Bewirtschaftung des Hauses gab dem auf den Tausch gerichteten Handeln Gelassenheit und Standsicherheit. Nach wie vor wurde der überwiegende Teil der in den Städten verbrauchten Güter von den Mitgliedern der Haushalte selbst erzeugt. Auch die Herstellung von Erzeugnissen, die zum Verkauf bestimmt waren, erfolgte in räumlicher Nähe des Haushalts. Ihre Fertigung beanspruchte den geringeren Teil der aufgewendeten Arbeitszeit (Kuczynski, zitiert nach Terlinden S. 55).

Die Geschichte des Wirtschaftens verzeichnet im 17. und 18. Jahrhundert einen langsamen Übergang der Wirtschaftsform von der Bedarfs- zur Erwerbsorientierung. Für den Wandel zu einer auf Erwerb und Profit bedachten Wirtschaftsgesinnung gab es viele Ursachen bis hin zu romantischen Vorstellungen über abenteuernde Kaufleute als moderne Nachfahren der Raubritter und Goldsucher (Sombart Bd. II, 1, S. 23 ff.). Eine Verbindung zur vorangegangenen Epoche der Selbstgenügsamkeit und Selbstbeschränkung erwuchs aus der Idee des ehrenhaften Erwerbs „in der Furcht des Herrn“. Wirtschaftliches Handeln stand unter dem Gebot des göttlichen Willens als oberster ethischer Instanz. Aus dieser Sicht verlor das Streben nach Reich-

2 Als Töchter privilegierter Elternhäuser besaßen auch Frauen Bürgerrechte (Pomeroy S. 97 ff.) Im Alltag waren sie jedoch aus der Öffentlichkeit weitestgehend ausgeschlossen. Pomeroy vermutet, ihr Ausschluss habe nicht zuletzt der Sicherung des sozialen Friedens unter Männern gedient, weil er die Austragung von Rivalitäten um die Gunst einer Frau aus der Öffentlichkeit verbannte (S. 84). Andere Autoren vertreten die Meinung, die Isolierung der Frauen müsse als Schutzmaßnahme verstanden werden (S. 88). Pomeroy verweist auf die Spärlichkeit zuverlässiger Quellen, die über den Status der Frauen in der Männerwelt der griechischen Antike Auskunft geben (S. 89).

tum seinen Makel, solange das Erworbene nicht zur Entfaltung von Verschwendung und Luxus, sondern zu nützlichen und ehrenvollen Unternehmungen verwendet wurde (ebda S. 38 ff.).

In diese Zeit fiel die Bildung des Begriffs der Politischen Ökonomie. Sehr schnell zeigte sich jedoch, dass niemand die Absicht hatte, mit dem neuen Wort die Grundsätze der griechischen Polis in die anbrechende Neuzeit zu übertragen. Vielmehr eröffnete die Übertragung des Wirtschaftens in den öffentlichen Bereich und damit seine Abtrennung von Haus und Hausgemeinschaft die Möglichkeit, den Begriff für Zielsetzungen zu verwenden, die seinen Ursprüngen nicht angemessen waren, ja sogar diametral entgegen standen.

Eine starke Triebfeder zur Emanzipation des Wirtschaftens aus seinen moralischen Fesseln war das Streben der Nationalstaaten nach Macht. Die Politik der Merkantilisten des 17. Jahrhunderts richtete sich auf die Erzielung von Exportüberschüssen durch überaus dirigistische Regeln für den Außenhandel. Schutzzölle dienten der Abwehr von Importen, Subventionen erhöhten die Absatzchancen heimischer Produkte auf den Märkten der Welt. Man wollte Geld ins Land holen, das den Reichtum der Kaufleute mehren, den Staatsschatz vergrößern und das Ansehen des Landes steigern sollte.

Die Wirtschaft war zum Instrument übergeordneter politischer Interessen geworden, und es ging darum, dieses Instrument möglichst effektiv zum Einsatz zu bringen. Der Merkantilismus sah im *Staat* ein eigenes Individuum, das dem Bürgertum gegenüber tritt, um seiner politischen und wirtschaftlichen Aktivität eine andere Zielsetzung zu geben. Nicht mehr Selbstbeschränkung zu Gunsten der Gemeinschaft, sondern Entfaltung aller vorhandenen Kräfte im Sinne des Machtgewinns durch Eroberung und Wettbewerb wurde zum Maßstab politischen Handelns.

Damit verloren nicht nur die Regeln der Zünfte, sondern auch die Gebote der Kirche ihre Funktion als Impulsgeber für gemeinschaftsbezogenes Wirtschaften in den Kommunen. Es entstand eine neue Disziplin des Denkens und Handelns, in der Wirtschafts- und Staatskunde eng ineinander verflochten waren. Die neue Kunst der Staatswirtschaft war gleich bedeutend mit der Förderung und Mobilisierung jedes Einzelnen im Staatsinteresse (Bürgin S. 219).

Natürlich war nicht davon auszugehen, dass *der Einzelne* jemals als Frau gesehen würde, obwohl es auch damals üblich war, Personen beiderlei Geschlechts unter männlicher Begrifflichkeit zu bündeln. Die Unsichtbarkeit der Frauen bedeutete nicht, dass ihnen Aufgaben zugedacht waren, die denen der Männer in irgend einer Weise ebenbürtig waren. Frauen waren und blieben Teil der Hausgemeinschaft, und sowohl ihr Status als auch ihre Aufgaben sind untrennbar verknüpft mit den Geschicken des *Haushalts* und seiner Mitglieder in der reichumsorientierten nationalen Ökonomie.

## **Das Haus, das Leben und die Stadt im Kosmos industriellen Wirtschaftens**

Nicht der Merkantilismus, sondern Adam Smith mit seinem 1776 erschienenen Buch vom „Reichtum der Nationen“ legte den Grundstein für die industrielle Wirtschaftsweise des 19. Jahrhunderts. Smith war ein scharfer Kritiker der Merkantilisten, doch sein Einwurf galt nicht ihren Zielen, sondern den Methoden, die sie zur Anwendung empfahlen (Smith 1937, Book IV, S. 397 – 652). Er bestritt, dass eine Politik der Reglementierung mit dem allgemeinen Wohl verträglich war. Wohlstand versprach er sich nicht von Lenkung und Beschränkung, sondern von der freien Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte.

Deren Antrieb sah er nicht in Gemeinsinn und Genügsamkeit, sondern im Eigennutz des Individuums als *Maxime* des Wirtschaftens. Er war überzeugt, dass im offenen Wettbewerb jeder seine Chance hat, weil der Markt die vorhandenen Ressourcen an die richtige Stelle lenkt. Auch wenn er sich keine Illusion über die ungleiche Verteilung von Reichtümern und Begabungen machte, sah er eine „unsichtbare Hand“ am Werk, die nach einem inhärenten, vernünftigen Plan widerstreitende Interessen zum Ausgleich bringt (Winter S. 84 ff.).

Das Haus und die Hausgemeinschaft spielen bei Adam Smith und seinen Nachfolgern keine Rolle mehr. Dasselbe gilt für die Stadtgesellschaft mit ihren kleinräumigen, oft auf Abhängigkeiten und Verpflichtungen

beruhenden Wirtschaftsbeziehungen. Der Wohlstand der Nationen ist auf einen Markt zugeschnitten, der den Keim zur hemmungslosen Entgrenzung von Anfang an in sich trägt. Erklärtes Ziel des Wirtschaftsprozesses ist die arbeitsteilige, kapitalgestützte Produktion von handelbaren Dingen, Akteure sind das Individuum, das Bürgertum und der Staat. Als wirtschaftlich relevant markiert das Ökonomiemodell von Adam Smith denjenigen Ausschnitt menschlicher Tätigkeit, der sich verallgemeinern, quantifizieren, messen, in Äquivalenten zum Ausdruck bringen lässt.

Das Verschwinden des Ortsgebundenen und Sozialen aus dem wirtschaftlichen Handlungsraum wird von Ökonomen in der Regel nicht registriert, geschweige denn kommentiert. Eine seltene Ausnahme ist Alfred Bürgin, der mit dem Hinweis auf das Haus betont, Ökonomie sei keineswegs identisch mit der Marktökonomie (Bürgin S. 326). Doch auch ihm erscheint die Abkehr des ökonomischen Denkens von Haus und Gemeinwirtschaft eher als Fortschritt denn als Verlust. Die Perspektive des Individuums lasse ein breiteres Spektrum von Lebensmöglichkeiten erkennen, während die Orientierung am Haus stets ein herrschaftliches Moment in sich getragen habe (ebda S. 376).

Smith war nicht nur Ökonom, sondern gleichzeitig Moralphilosoph, der sich nicht scheute, auch Wirtschaftstätigkeit mit der Elle bürgerlicher Tugendhaftigkeit zu messen. Es war seinen Nachfolgern überlassen, das ökonomische Denken mit dem Anspruch der Wertfreiheit auszustatten. Und doch war es Adam Smith, der den Boden bereitet hat für den Verlust der Bodenhaftung der Ökonomie, für die Ausblendung von Selbstversorgung und Versorgungsarbeit, für die Trennung von materiellen und immateriellen Bedürfnissen, für die Verdrängung des Lebensnotwendigen aus dem Katalog des Wirtschaftens.

### **Der männliche Haushalter als Konstante im Wandel der Wirtschaftsformen**

Ökonomen, die sich mit der Geschichte ihrer Fachdisziplin auseinander setzen, tun sich schwer mit dem Bezug auf einen historischen Ausgangspunkt, von dem aus die Gegenwart erklärt und die Zukunft als begreif- und gestaltbar gesehen werden kann. Ist Adam Smith nicht nur der Gründervater der Industrie- und Marktwirtschaft, sondern auch der Schöpfer der Wirtschaftswissenschaften? Was ist das Ökonomische, was kennzeichnet ein Verständnis des Wirtschaftens im Wandel der Zeiten? Ist es zulässig, das Ideal des „guten Lebens“ der griechischen Polis zum Vorbild für eine nachhaltig wirtschaftende Zukunft zu erklären, wie es ökologisch motivierte Forscher tun? Reicht es aus, Wohlstandsmodelle zu entwickeln, die neben dem Güter- auch einen Zeitwohlstand versprechen? Wie lassen sich solche Modelle realisieren?

Utopien jenseits rückhaltloser Güterproduktion wirken appellativ, sie verlassen sich auf Veränderungen des Verhaltens und des Lebensstils von Individuen ohne Analyse der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Vor allem vermeiden sie den Bezug auf das Geschlechterverhältnis und die Rollen, die Frauen und Männern in der anvisierten neuen Ära zugeordnet sind. Auch Kinder bleiben merkwürdig unsichtbar, ganz so, als bedürfte die Sorge für nachwachsende Generationen keiner besonderen Aufmerksamkeit. Hier manifestiert sich die Sichtweise einer Fachwissenschaft, die geprägt ist vom Selbstverständnis männlicher Experten.

Ebenso wie die Geschichte der Stadt ist die Geschichte des Wirtschaftens von Anfang an eine von Männern erzählte Geschichte über Männer gewesen<sup>3</sup>. Ihre Männlichkeit offenbart sich bereits in den verwendeten Begriffen. Der Oikonomos der griechischen Polis ist der Hausherr als Haushalter, und der Wirt des mittelalterlichen deutschen Sprachraums war identisch mit dem für das Wirtschaften verantwortlichen Ehemann. Das umfangreiche, allerdings nicht sehr tiefeschürfende haushälterische Schrifttum dieser Zeit wird unter dem Sammelbegriff der Hausväterliteratur zusammengefasst. Recht eindeutig ist, dass sich weder Haushälter noch Hausväter je dafür eingesetzt haben, dass Männer Hausarbeit verrichten.

3 Bourdieu hat zweifellos Recht, wenn er glaubt, dass sich das Erkennen und die Deutung sozialer Phänomene auf einem Hintergrund vollzieht, der geprägt ist von den Erfahrungen des Wissenschaftlers. Er spricht vom „Habitus“ der Akteure, der Perspektiven des Denkens und Handelns an Herkunft und Lebenslauf bindet. Für die Verständigung über soziale Realität gibt es keine objektiven Maßstäbe, sie erfolgt zwischen jenen, die Deutungsmacht besitzen und vergleichbare persönliche Erfahrungen haben.

Die Griechen waren überzeugt, dass die banale Beschäftigung mit der Notdurft des Lebens eines freien Mannes unwürdig war. Andererseits meinte Sokrates, eine Frau, die die Wissenschaft der Hauswirtschaft beherrschen wolle, müsse über einen männlichen Verstand verfügen (Pomeroy S. 109). Mit dieser Ansicht kann er als früherer Vorläufer später Ökonomen angesehen werden, die für den Ausschluss der Frauen aus den Wirtschaftswissenschaften die Frauen selbst verantwortlich machten. Frauen seien verheiratet und würden von Männern versorgt. Außerdem seien sie zu wirtschaftlichem Handeln ohnehin nur bedingt befähigt, da sich Rationalität und Weiblichkeit nicht unter einen Hut bringen ließen (Pujol S. 18). Noch in wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern des fortgeschrittenen 20. Jahrhunderts wurde die Familie als „Urzelle eines Volkes“ einem männlichen Haushalter zugeschrieben (S. Weber S. 70 ff.).

Für die Entwicklung und das Selbstverständnis der industriellen Ökonomie war das Abhandeln kommen des Hauses noch folgenschwerer als die Ausblendung der Frauen. Da sich die Ökonomie auf den Haushalter, nicht jedoch auf die Bedürfnisse der Hausgemeinschaft berief, gewann die von Männern besorgte Produktion von Sachgütern von vornherein das Übergewicht gegenüber allen anderen Notwendigkeiten des täglichen Lebens. Andererseits erfüllte der *Haushalt* als Appendix des männlichen Produzenten eine zwar zentrale, jedoch gänzlich unreflektierte Funktion im System der Industriewirtschaft. Zu Unrecht werden bis heute die Brüche und Schwachstellen, die dem (angeblichen) Bedeutungsverlust des Familienhaushalts zuzuschreiben sind, vor allem als Probleme von Frauen wahrgenommen.

Die Anbindung von Theorie und Praxis des Wirtschaftens an die Lebenspraxis und -erfahrung von Männern spiegelt sich in der Systematik des ökonomischen Denkgebäudes, die auf dem von einem Mann repräsentierten Haushalt als kleinster Wirtschaftseinheit aufbaut. Da der Haushalt von der Fachdisziplin als Black Box behandelt wird, fällt in der Regel niemandem auf, dass er nicht auf lebendige Menschen zugeschnitten ist, sondern das Markteinkommen des Familienernährers ins Bild setzt. Um die zahlreichen Entsprechungen dieser Konstellation zu konfigurieren, bedarf es allerdings der Intensivierung einer Forschung, welche die übliche Geschlechtsneutralität von Aussagen und Daten zu Gunsten eindeutiger Zuordnungen überwindet.

Es war die US-Amerikanerin Sandra Harding, die mit der Frage: Wie wissen wir, was wir wissen? diejenigen zu eigener Weltdeutung aufforderte, deren Erfahrungen in den Deutungsmustern von Männern nicht aufgehoben sind. Ihr 1994 in deutscher Übersetzung erschienenenes Buch „Das Geschlecht des Wissens: Frauen denken die Wissenschaft neu“<sup>4</sup> ermutigte die Frauen, ihre eigene Lebenspraxis zur Grundlage eines Diskurses aus dem Blickwinkel von Frauen zu machen. Statt zu akzeptieren, in der vorhandenen Weltsicht keinen eigenen Ort zu haben, sollten sie das Wagnis auf sich nehmen, mit eigenen Theorien Identität und Handlungsfähigkeit zu gewinnen.

4 Der Titel der 1991 bei Cornell University Press erschienenen Originalausgabe lautet *Whose Science? Whose Knowledge? Thinking from Women's Lives*.



## II. Frauen in der Stadt der Männer

### Frauen kämpfen um Anerkennung ihrer Eigenständigkeit

Mit Sicherheit haben Frauen den geringeren Status ihres Geschlechts zu allen Zeiten wahrgenommen, auch wenn sie wenig Gelegenheit hatten, sich öffentlich mit ihm auseinander zu setzen. Dies änderte sich im 19. Jahrhundert, als eine größere Zahl von Frauen die Gelegenheit ergriff, Bildung zu erwerben. Ihre Chancen, die Fesseln ihrer Nachrangigkeit abzustreifen und es Männern gleichzutun, wuchsen nicht in dem Ausmaß, wie sie es erwartet hatten. Das Instrument des Wissens schloss ihnen die Tür zur Welt des männlichen Geschlechts nicht auf.

Auch wenn zu allen Zeiten viele Männer wie Sokrates der Meinung waren, weibliches Denkvermögen reiche zur Bewältigung männlicher Aufgaben nicht aus, gab es doch immer auch Ausnahmen. In seiner 1796 veröffentlichten Schrift „Grundlage des Naturrechts“ gestand der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte den Frauen zu, dass sie als Vernunftwesen den Männern gleichwertig sind, weshalb unverheirateten mündigen Frauen auch die vollen Menschen- und Bürgerrechte verliehen werden sollten.

Mit dem Tage der Heirat werde die Frau allerdings mit dem Mann identisch und höre auf, das Leben eines Individuums zu führen. Deshalb seien Ehefrauen als „für den Staat ganz vernichtet“ anzusehen (zitiert nach M. Weber S. 309 und Frevert S. 24). In England hat sich bis ins 19. Jahrhundert eine aus dem Mittelalter stammende Rechtsauffassung behauptet, nach der die Ehefrau keine eigene Persönlichkeit besaß. Die mit der Formel „Husband and wife are one and the husband is that one“ beschriebene Einheit von Mann und Frau ging so weit, dass eine Handelsfrau, wenn sie heiratete, das Recht verlor, Verträge zu schließen (M. Weber S. 250)<sup>5</sup>.

Adam Smith ging ebenfalls von der Ebenbürtigkeit der Frauen aus, und er kritisierte, dass man ihnen im Hinblick auf ihren späteren Status als Hausfrau und Mutter eine adäquate Ausbildung vorenthielt (zitiert nach Winter S. 144). Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, die Herstellung von Stecknadeln, mit der er die Potenziale der Produktivitätssteigerung durch Arbeitsteilung darstellte, einem männlichen Arbeiter zuzuschreiben, obwohl in diesem Produktionszweig wahrscheinlich vor allem Frauen und Kinder beschäftigt waren (ebda S. 145). Er legte keine Rechenschaft darüber ab, dass er mit dieser Unterschlagung die von ihm kritisierte Minderbewertung der Ehefrau bedenkenlos bestätigte.

Nach dem offiziell geltenden Landrecht standen die eigenen Einkünfte der Familienmitglieder ohnehin in Gänze dem Ehemann und Vater zu. Darüber hinaus plädierte Smith für Familienlöhne der Männer, damit sie einen eigenen Hausstand gründen konnten (Smith 1937, S. 68). Auch das Geld der Frauen wurde der Fähigkeit eines Mannes zugeordnet, eine Familie zu unterhalten. Dagegen waren die Einkommenschancen allein stehender Frauen bestenfalls auf die Existenzsicherung einer Einzelperson zugeschnitten. Niemand fand etwas Anstößiges daran, dass Mütter ohne Mann auf Zuwendungen ihres Vaters bzw. dessen Familie oder auf öffentliche Almosen angewiesen waren, wenn sie sich und ihre Kinder vor Not bewahren wollten.

In der über den Markt definierten Gesellschaft war es nur folgerichtig, dass Frauen erst nach langen Kämpfen in den Genuss der vollen Bürgerrechte kamen. Immer wieder haben Frauenforscherinnen gefragt, warum Frauen in ihrer Gesamtheit als letzte, lange nach jüdischen und Unterschicht-Männern, den Status vollberechtigter Staatsbürger und Rechtssubjekte erwarben (Frevert S. 15-16). Bis heute wurde diese Frage von niemand beantwortet. Es erscheint paradox und doch plausibel, dass die Herrschaftsansprüche bür-

5 Die in der Person des Mannes realisierte Einheit von Mann und Frau bedeutete nach außen sein unbeschränktes Recht zur Darstellung und Vertretung der Familie, nach innen die ebenso unlimitierte Hausgewalt über Frau und Kinder. Unter dem Regime des preußischen „Allgemeinen Landrechts“ von 1794, das in seinen Grundzügen während des ganzen 19. Jahrhunderts Gültigkeit behielt, erstreckte sich die Regelungsbefugnis des Hausvaters und „Haupts der ehelichen Gesellschaft“ (§ 184) bis hinein in die Säuglingspflege. Das Gesetz schrieb der gesunden Mutter vor, ihr Kind selbst zu stillen, und es räumte dem Vater die Entscheidung darüber ein, wie lange die Stillperiode dauern solle. Die Meinung der Mutter spielte keine Rolle (zitiert nach M. Weber, S. 338-39).

gerlicher Ehemänner den Wunsch nach Teilhabe an Fähigkeiten zum Ausdruck brachten, über die sie selbst nicht verfügten.

Vor allem die Frauen der Sozialdemokratie haben sich vom Stimmrecht für Frauen eine Tendenzwende erhofft. Ihr bekanntestes Medium war die 1892 in Stuttgart gegründete und von Clara Zetkin geleitete Zeitschrift „Die Gleichheit“. Obwohl Zetkin auch innerhalb der Partei eine starke Stellung besaß, war es 1904 ausgerechnet die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag, die die Forderung nach dem allgemeinen Frauenwahlrecht auf das Kommunalwahlrecht für ledige und verwitwete Frauen eingeschränkt wissen wollte (Riepl-Schmidt S. 165-167).

Symptomatisch für die mühevoll Suchende nach einem Ort, der weibliche Eigenheit erlaubte, ist die 1866 zum ersten Mal erschienene Schrift von Louise Otto-Peters „Das Recht der Frauen auf Erwerb“. Obwohl die Verfasserin den Beruf der Hausfrau und Mutter für erstrebenswert hält, warnt sie die Frauen davor, sich rückhaltlos auf ihn einzulassen. Spätestens nach dem Tod des Mannes lasse sich nicht mehr übersehen, dass die Frau an seiner Seite schon immer für eine Null gehalten worden sei (Otto-Peters S. 32-33).

## **Der Familienhaushalt im Schatten wachsender industrieller Produktivität**

Konkrete weibliche und männliche Aufgaben ließen sich als Arbeitsteilung interpretieren, solange Arbeit in erster Linie der kleinräumigen Versorgung diene. In der Produktions- und Marktgesellschaft büßte der Arbeitsteil des Haushalts jedoch seine Gleichwertigkeit ein, auch wenn er nicht weniger Kraft- und Zeitaufwand erforderte als die Arbeit in Gewerbe und Handel. Einer Wirtschaftsform, die sich der Mehrung des Reichtums verschrieben hatte, musste die Arbeit von Frauen im Haus als ertragslos erscheinen. Es war deshalb nur folgerichtig, dass sie aus dem Blick geriet.

Für eine Betrachtung ökonomischer Prozesse aus Frauensicht finden sich Beispiele aus der Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts. Clara Zetkin sah sehr wohl, dass die größeren Möglichkeiten industrieller Produktion dem Ansehen der im Haushalt geleisteten Arbeit abträglich waren. Sie registrierte, dass der Hausfrau ein Zweig nach dem andern ihrer alten produktiven Tätigkeit entzogen wurde. Es lohnte sich nicht mehr, Kerzen zu ziehen und Tuch zu weben, wenn man solche, an beliebigen Orten produzierte Dinge im Laden um die Ecke kaufen konnte. Zetkin war überzeugt, dass der Verlust der ökonomischen Bedeutung von Hausarbeit die Hauptursache der Erwartung an die Frauen war, für niedrigen Lohn jede außerhäusliche Arbeit zu verrichten. Sie hielt es für einen Trugschluss, wenn man Frauen für weniger leistungsfähig hielt, und für viele Arbeiten seien sie sogar geschickter als der Mann (Zetkin S. 134-146).

Solche Beobachtungen nahmen die Erkenntnis vorweg, dass die Auswirkung des ökonomischen Fortschritts auf die Stellung der Frauen von Anfang an höchst zwiespältig war. Frauen hatten allen Grund, jenen vor-modernen Status des abgespaltenen Selbst eines Vollbürgers nicht aufzukündigen. Sie mussten wahrnehmen, dass sie durch außerhäusliche Erwerbstätigkeit ihre Existenz nur unzulänglich sichern konnten. Nur durch die Ehe hatten sie eine Chance, am wachsenden Wohlstand des Industriezeitalters teil zu haben. Auch war der eheliche Haushalt die einzig akzeptierte Möglichkeit, ihren Kindern ein Zuhause zu verschaffen. Der Preis, den sie dafür zu zahlen hatten, bestand in finanzieller Abhängigkeit und der vollständigen Entmündigung als Person.

Für einen Rückblick auf die Entfaltung industrieller Strukturen aus der Sicht des Haushalts und der Frauen ist die anerkannte Geschichtsbetrachtung der Fachdisziplin höchst unergiebig. Unter der Perspektive des männlichen Haushalts geht das normale Lehrbuch davon aus, dass die Erfüllung von Haushaltsaufgaben gewährleistet ist, wenn Männer über ausreichendes Markteinkommen verfügen. Es finden sich keine Hinweise auf Bedingungen, die geschaffen werden müssen, damit Frauen Haushalts- und Familienaufgaben erfüllen können. In Erscheinung tritt bestenfalls der Haushalt als kleinste Wirtschaftseinheit und Konsument von Marktgütern. Die im Haushalt wirtschaftende Frau bleibt im Dunkel.

In sehr seltenen Fällen taucht die Frage auf, ob zwischen der Arbeit im Haushalt und der industriellen Güterproduktion irgendwelche Verbindungen bestehen. Siegfried Weber gibt in der Mitte des 20. Jahrhunderts



in Abgrenzung zu einigen Fachkollegen auf diese Frage eine eindeutige Antwort: die wirtschaftlichen Handlungen der Hausfrau haben mit der Produktion von Marktgütern nichts zu tun. Im Sinne gedanklicher Klarheit wünscht er eine saubere Trennung von Produktion und Konsum an der Grenze der Haushaltssphäre (S. Weber S. 85).

Die Verbindung zwischen der Arbeit für Mann, Kinder, Alte und Kranke und dem reibungslosen Funktionieren einer produzierenden Ökonomie geschieht über die schöpferische Kraft des männlichen Haushalters und Familienoberhauptes, der für das Wohl der Seinen umfassende Verantwortung trägt. Am Ende des 19. Jahrhunderts schildert Lorenz von Stein in begeisterten Worten die produzierende, schaffende Kraft des Mannes, dessen Arbeit darin besteht, Stoffe in Erzeugnisse umzuwandeln. Im Namen der Menschlichkeit, des Vaterlandes und der Ehre kann er das Höchste erreichen, doch um das Triviale der Täglichkeit ertragen zu können, braucht er die verstehende Kraft einer liebenden Frau, „die mit seinem Leben eins geworden ist“.

Zwar gesteht er zu, dass die Frau im Notfall nicht weniger kann als der Mann, doch wird sie zum „männlichen Weib“, wenn sie mit ihm konkurriert. Als das „ideale Wesen“, das er sich vorstellt, fühlt sie sich als seine Ehefrau und Gattin, „als ob der Mann nicht bloß seine eigene Tat getan, sondern als ob er sie selber in dieser Tat verwirklichte“. Ihre Umsicht und Geschicklichkeit erspart ihm unnötige Ausgaben und mehrt den Reichtum seines Landes. Indem Frauen den Verzehr der Güter mit Lebensfreude paaren, die ihren Männern Kraft und Stärke gibt für neue Taten, übernehmen sie darüber hinaus eine tragende Rolle für das reibungslose Funktionieren des Güterkreislaufs.

Aus solchen Aussagen wird erkennbar, dass für Lorenz von Stein die Bezugsgröße des Geschlechterverhältnisses stets die Güterproduktion und „das Güterleben“ sind, auch wenn sein Vokabular vermuten lässt, dass es ihm um höhere Werte geht (Von Stein S. 311-324)<sup>6</sup>.

## Die Stadt als Ausdruck der Geschlechterordnung

Unter dem Einfluss der Frauenbewegung wird in der Stadtsoziologie und Stadtplanung seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts immer öfter davon ausgegangen, dass es irreführend ist, Frauen als Teil einer geschlechtsunspezifisch definierten, in Familienhaushalten lebenden Bevölkerung zu sehen. Strukturmerkmale wie Schichtzugehörigkeit, Erwerbstätigkeit, Nationalität u.a. treten in ihrer Bedeutung zurück, wenn man die Entwicklung der modernen Stadt bis an den Beginn der Neuzeit zurück verfolgt.

Nach der organisatorischen Trennung von Haushalt und Betrieb wurde die Aufgabenteilung zwischen Frauen und Männern zu einer der wichtigsten Triebfedern für die Ausgestaltung der konkreten Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert entwickelte sie sich zum Motor der Ausdifferenzierung der Stadtgesellschaft. Die Ungleichgewichte in der Wertschätzung von Männern und Frauen, von Erwerbs- und Hausarbeit hinterließen ihre Spuren in der gebauten Räumlichkeit der Stadt.

Für die kleiner gewordene Hausgemeinschaft des Industriezeitalters erhielt das Wohnen nur ganz allmählich eine eigenständige Funktion. Besonders der proletarische Haushalt war noch lange bestrebt, durch Siedlerstellen und Schrebergärten einen Grundbedarf der Lebenshaltung durch eigener Hände Arbeit decken zu können. Doch wachsende Kaufkraft und das Preisgefälle zwischen Stadt und Land machten solche Reste gegenständlicher Selbstversorgung langsam zum Hobby für Naturbegeisterte und Romantiker.

Beispielgebend war der bürgerliche Haushalt in guter Wohngegend, wo man ungestört war von Lärm und Schmutz ratternder Fabriken und polterndem Verkehr. Sowohl moralisch als auch räumlich distanzierte man sich von den Anstrengungen der Herstellung von Gütern, deren Konsum in hohem Maße der Selbstdar-

6 Lorenz von Stein lebte von 1815 – 1890. Als Finanzwissenschaftler befasste er sich auch mit den Angelegenheiten der privaten Haushalte. Er gilt als Vertreter des Historismus unter den Nationalökonomern, einer Richtung, die wirtschaftliche Erscheinungen aus ihren geschichtlichen Zusammenhängen zu erklären versucht. Aus dieser Perspektive lassen sich ökonomische Tatbestände nicht isoliert, sondern nur in ihrer Einbettung in ein soziales Ganzes verstehen. Es ist anzunehmen, dass seine Schrift der Meinung seiner Fachkollegen zumindest nicht widersprach, auch wenn diese sich zu diesen Fragen selber nicht geäußert haben.

stellung diene. Der Zuschnitt der Räumlichkeiten war diktiert von dem Bestreben, den Status des Hausherrn zum Ausdruck zu bringen. Auch das Mobiliar diene weniger der Unterstützung der Hauswirtschaft als der Repräsentation.

Herrenzimmer, gute Stube und Wohnzimmer waren als Schaufenster von Wohlstand und Wohlverhalten jederzeit offen für Besuch. Ihre Ausstattung und Pflege verschlangen einen beträchtlichen Teil der Arbeitszeit der Hausfrau bzw. der Dienstmädchen. Selbstredend waren die Räume für die Hauswirtschaft weniger privilegiert. Sie lagen im hinteren Teil des Hauses und waren meist gänzlich ungeeignet, sich darin aufzuhalten (Terlinden S. 185-86).

In der Arbeiterwohnung besaß nur die Küche eine andere Funktion und Einrichtung. Sei es in Ermangelung weiterer Räumlichkeiten, sei es aus erinnerter Wertschätzung lebenserhaltender Tätigkeit war die Wohnküche im gewöhnlichen Alltag der gemeinsame Aufenthaltsort für Hausfrau, Kinder und Haustiere. Doch auch im Arbeiterhaushalt existierte nach Möglichkeit ein Wohnzimmer als „gute Stube“ für Besuch und Feierabend. Der selten benutzte Raum symbolisierte den Erholungscharakter des Haushalts und der Wohnung (ebda S. 193).

Schichtübergreifend gerieten Wohnung und Familie ökonomisch zur Stätte von Freizeit und Konsum der Haushaltsvorstände, während die Mühe und Bedeutung der mehr oder weniger aufwändigen häuslichen Versorgung immer mehr in den Hintergrund trat. Im Gefolge der Ausdehnung von Produktionsstätten und Märkten stiegen die Anforderungen an die Mobilität von Waren, aber auch von Arbeitskräften. Aus einem größer werdenden räumlichen Umfeld wurden die Wege länger, die zwischen Arbeit und Freizeit zurück zu legen waren. Straßen, Wege, Transportmittel verbanden Zentren verdichteter Erwerbsarbeit mit zentralen Anlaufstellen für Pendler aus den Außenbezirken.

## **Die Mobilität von Frauen folgt eigenen Mustern**

Gebaute Strukturen pflegen die Sozial- und Wirtschaftsordnung zu überdauern, der sie ihre Entstehung verdanken. Dies gilt nicht nur für die prunkenden Paläste der Feudalzeit oder die Fabrikantenvillen mit Dienstbotentrakt und Remisen für herrschaftliche Kutschen. Auch die großen Fabriken, die Bergwerke und ihre Abraumhalden, die Lagerhallen und Umschlagplätze der großen Industrien prägten Siedlungsstruktur und Lebensweise ihrer Standorte lange über die Zeit hinaus, der sie ihre Entstehung verdankten.

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts wurde zunehmend bewusst, dass die aus dem 19. Jahrhundert stammende Trennung von Arbeit und Leben in der städtischen Raumordnung den Anforderungen moderner Stadtentwicklung nicht mehr entsprach. Hausfrauen, denen man noch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eigene Wünsche und eigene Wege nur widerständig zubilligen mochte, brachen in die Erwerbstätigkeit auf. Weder die akademisch gebildete „grüne Witwe“ im gediegenen Einfamilienhaus noch die gelernte Verkäuferin in der gemieteten 3-Zimmer-Wohnung fühlten sich als dienende Ehefrauen am Ziel ihrer Träume. Selbst als Mütter begeherten sie größere Freiheit und eigenes Geld.

Auf solche Bedürfnisse war die kommunale Raumnutzung nur mangelhaft vorbereitet. Frauenarbeitsplätze waren von jeher anders strukturiert als das klassische männliche Normalarbeitsverhältnis. Nicht nur, weil Frauenberuf und Hausarbeit im Industriezeitalter einander überlappen (Ostner S. 210-218), sondern weil bezahlte weibliche Dienstleistungen zeitlich und räumlich einer anderen Ordnung folgen als das produzierende Gewerbe der Männer, waren erwerbstätige Frauen für ihre Wege oft auf Eigeninitiative angewiesen. Straßen gehörten dem Auto, der ÖPNV dem Pendlerverkehr. Weit mehr Frauen als Männer fahren mit dem Rad<sup>7</sup>.

Die Mobilität von Frauen in der Stadt ist kleinräumiger (ihre Wege sind kürzer) und querläufig (sie bewegen sich weniger zwischen Stadtrand und Zentrum als zwischen verschiedenen Stadtteilen). Die meisten Frauen erledigen Einkäufe und andere Besorgungen für den Haushalt auf ihrem Weg zur Erwerbsarbeit, den

<sup>7</sup> Von 1976 – 1989 ist die Anzahl der von Frauen mit dem Rad zurückgelegten Wege um 680 % gestiegen, bei Männern um 36 %. Deutscher Städtetag, Frauen verändern ihre Stadt, Arbeitshilfe 2, Verkehrsplanung, S. 44.

sie nach Möglichkeit mit dem nötigen Begleitverkehr für Kinder und andere Angehörige verbinden. Um sie bei der Erledigung vielfältiger, oft heterogener und zeitaufwändiger Aufgaben zu unterstützen, wären neue, auf individuelle Bedarfe zugeschnittene Verkehrsmittel erforderlich. Hierzu wurden – nicht zuletzt auch im Interesse der Eindämmung des Autoverkehrs – im letzten Jahrzehnt zwischen Sammeltaxi und Stadt-Auto zahlreiche Vorschläge erarbeitet. Ihre Realisierung ist über das Projektstadium bisher nicht hinaus gekommen.

Verkehrsexpertinnen beklagen das Fehlen angemessener Begriffe zur Einordnung von Verkehrswegen, die sich den scheinbar geschlechtsneutralen Kategorien zwischen Arbeit und Freizeit entziehen. So rechnet die Verkehrsforschung dem Ausbildungsverkehr auch diejenigen Wege zu, auf denen Kinder in die Schule begleitet werden. Hausarbeitsnahe Erledigungen auf dem Weg zur Arbeit werden nicht gesondert ausgewiesen. Eine Dokumentation des Städtetags zu frauengerechter Verkehrsplanung kommt zu dem Schluss, dass die Verkehrsforschung die anderen Mobilitäts- und Lebensbedingungen von Frauen schlichtweg ignoriert bzw. unterschlägt (Deutscher Städtetag, Arbeitshilfe 2, S. 33).

Weitestgehend unerforscht sind die Auswirkungen der schleichenden Entdichtung haushaltsnaher öffentlicher und privater Dienstleistungen auf die Lebensrealität und den Arbeitsalltag von Frauen. Was bedeutet es, wenn die nächste Poststelle oder Bankfiliale nicht mehr zu Fuß erreichbar ist? Viele Stadt- bzw. Ortsteile haben schon lange keinen Lebensmittelladen mehr, frische Brötchen kommen aus der Tiefkühltruhe und werden aufgebacken. Das nächste Einkaufszentrum ist weit und auch für den Weg zum Kindergarten, zur Musikschule, zur Reinigung braucht man eigentlich ein Auto, das vor der Türe steht<sup>8</sup>. Die Expertinnen des Deutschen Städtetags fordern einen „Ansatz, der die geschlechtliche Arbeitsteilung als Realität ... und die Lebenszusammenhänge von Frauen als den Lebenszusammenhängen von Männern gleichwertige begreift“ (ebda).

## **Wirtschaften zwischen Produktion und Konsum**

Frauen gesondert anzusprechen, wenn Frauen *und* Männer gemeint sind, heißt die Einheit des Haushalts und des Haushaltens aufzubrechen, die sich hinter der üblichen Geschlechtsneutralität verbirgt. Wenn Frauen nicht als Stellvertreterinnen eines männlichen Haushalts betrachtet, sondern in ihrer Zuständigkeit für das Wohl und Wehe der Familie ernst genommen werden, verschieben sich die Gewichte der von beiden Geschlechtern wahrgenommenen Aufgaben. Vor allem offenbart sich die Fragwürdigkeit eines Ökonomiekonzepts, das die betriebswirtschaftlich organisierte Warenproduktion ins Zentrum wirtschaftlichen Handelns stellt.

Wie kein anderer vor oder nach ihm hat der amerikanische Ökonom J.K. Galbraith das zähe Überdauern des traditionellen, auf einen Mann als Repräsentanten der Familie fixierten Haushalts mit der Entfaltung grenzenloser Warenproduktion in Verbindung gebracht. Indem das Konsummanagement an die Frau delegiert werde, lasse sich rückhaltlose Produktivitätssteigerung rechtfertigen, auch wenn die erzeugten Güter nicht gebraucht würden. Bei einem ausgewogenen Verhältnis von Produktion und Konsum könnten dagegen Einkommenserwerb und Konsumverwaltung anstatt auf den ehelichen Haushalt auf die individuelle Person zugeschnitten werden.

Die nicht aufzulösende Widersprüchlichkeit eines auf männliche Haushalter zugeschnittenen ökonomischen Konzepts hat für Galbraith Implikationen, die über den Bereich des Wirtschaftens weit hinaus reichen. Solange das Individuum als zentrale Instanz des Wirtschaftens gelte, Produktion und Konsum von den Geschlechtern jedoch getrennt bearbeitet würden, müsse sich die weibliche Hälfte der Bevölkerung ökonomisch mit einem von Männern abgeleiteten Status begnügen. Er verurteilt eine Gesellschaft, die die Frau im Interesse der Warenproduzenten als Hausfrau zur Konsumverwalterin domestiziert (Galbraith 1975 S. 215 in Verbindung mit S. 43).

8 Beispielhaft hat eine 1990 durchgeführte Untersuchung zur sozialen Lage der Frauen im Landkreis Limburg-Weilburg Daten zur Versorgung der Ortsteile mit Lebensmittelläden, Bank, Post und Einwohnermeldestellen zusammengestellt. Dabei zeigte sich, dass Frauen erhebliche Wege zu bewältigen haben, um die alltäglichen Besorgungen zu erledigen. Leider wurde diese Studie nicht wiederholt, um die Entwicklung im Zeitverlauf zu beobachten. Doch der Trend ist eindeutig: bundesweit ging beispielsweise die Versorgung mit Lebensmittelläden zwischen 1983 und 1991 von 1,4 auf 1,1 pro 1000 Einwohner zurück (Riemann S. 168-69).

Mit dieser Meinung bestätigt er für das Ende des 20. Jahrhunderts die Sicht der frühen Frauenbewegung, die sich über den Mangel an Eigenständigkeit der häuslichen Tätigkeiten beklagt. Auch er ist allerdings Ökonom genug, um seiner Fachdisziplin nicht in den Rücken zu fallen. Zwar bemängelt er, dass Staaten, Gemeinden oder Handelskammern im Rahmen wirtschaftlicher Entwicklung vorrangig an Fabriken für materielle Güter denken, und er hält es für wahrscheinlich, dass Wirtschaftsdenken mit dem gesellschaftlichen Wandel nicht Schritt zu halten pflegt (Galbraith 1990 S. 101 in Verbindung mit S. 16). Doch bis in jenen Teil der Welt, in dem lebendige Menschen eine Vielfalt materieller und immaterieller, leiblicher und emotionaler Bedürfnisse haben, dringt er nicht vor.

### III. Leben mit der Warenfülle

#### Modernisierung nach 1945: Alter Wein in neuen Schläuchen

Der Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Städte vertraute auf die Tragfähigkeit der alten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. In den westlichen Bundesländern zogen sich die Frauen mehr oder weniger freiwillig von ihren Arbeitsorten in der Kriegswirtschaft zurück und überließen die Zukunft dem vollen Einsatz ihrer heimkehrenden Männer. Es galt als Zugeständnis an die Frauen, *nicht arbeiten zu müssen*. Die Frage, ob sie nicht nur unbezahlt im Haushalt, sondern auch gegen Geld in ihrem Beruf arbeiten wollten, tauchte nicht auf.

In der oft nostalgisch anmutenden Diskussion über das Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre wird die tragende Rolle des traditionellen Ernährermodells für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft geflissentlich übersehen. Ohne die organisatorische Aussonderung der Unterhaltsfürsorge und der Versorgungsarbeit für Kinder, Alte, Kranke aus dem Spektrum wirtschaftlichen Denkens und Handelns wäre die exponentielle Effizienzsteigerung herstellender, d.h. produktiver Arbeit nicht möglich gewesen.

Es war die Rückbesinnung auf das industriewirtschaftliche Modell der Gründerväter, die dem Wirtschaftswunder des Nachkriegsdeutschland seinen Schwung gegeben hat. Nicht zufällig trug der 1957 erschienene Bestseller aus der Feder von Ludwig Erhard, dem Vater der sozialen Marktwirtschaft, den Titel „Wohlstand für alle.“ Alle: das waren die Hersteller von Eisen und Stahl, von Kühlschränken und Autos, von Kränen und Konsumgütern. Alle: das waren Männer mit ihren (Haus)Frauen und Kindern<sup>9</sup>.

Erhard berichtet stolz über schnell steigende Masseneinkommen, die schon in der ersten Phase güterwirtschaftlich befriedigt werden konnten (Erhard S. 19). Er wünschte sich eine konsumfreudige Bevölkerung, weil erst der Wille zum Verbrauch das Streben nach Rationalisierung und Leistungsverbesserung lebendig erhalte. Deshalb lag ihm sehr an der raschen Ausweitung der Produktion von Konsumgütern<sup>10</sup>. Von besonderer Bedeutung erschien ihm die Steigerung des Exports. Die Ausfuhr von industriell erzeugten Fertigwaren wuchs zwischen 1950 und 1960 um mehr als 700 %, und hinter den USA belegte Westdeutschland in demselben Jahr den zweiten Rang unter den Exportnationen (ebda S. 186-189). Hand in Hand mit dem außerordentlichen Wirtschaftswachstum stieg die Arbeitsproduktivität mit jährlichen Raten bis zu 15 % (ebda S. 58-59).

Eine nennenswerte Nachfrage nach wohnortnahen, bezahlten und bezahlbaren, haushalts- und verbrauchernahen Diensten hat sich derweil nicht entwickelt. Auch Einrichtungen auf Gemeindeebene im Bereich von Kinderbetreuung, Altenpflege, Ganztagschulen u.a. waren kein Anliegen, das öffentliche Aufmerksamkeit erhielt. Die dem Privathaushalt zugeordneten (Ehe)Frauen erbrachten umfassende Dienstleistungen für die größere Familie, die (Kirchen)Gemeinden, die Nachbarschaft, bürgerschaftliche Organisationen wie die Arbeiterwohlfahrt u.a. Niemand mochte bezweifeln, dass ein Potenzial zufriedener, von ihren Ehemännern unterhaltener Hausfrauen und Mütter dauerhaft verfügbar war. Das Modell schien tragfähig, und die junge Bundesrepublik gedieh zum Vorzeigeprojekt des sozialstaatlich geläuterten Industrialismus.

Nur wer genau hinsah, entdeckte Risse im Fundament. Nach einigen Kämpfen war es den Frauen gelungen, ihre Gleichberechtigung im Grundgesetz zu verankern. Dieser Anspruch kollidierte jedoch mit den Strukturen, in denen er verwirklicht werden sollte. Naturgemäß erwies sich das Ehe- und Familienrecht als besonders widerständig. Der erste Reformschritt ließ bis 1957 auf sich warten. Erst 8 Jahre nach Verabschiedung der neuen Verfassung wurde die Verpflichtung der Frauen zur Führung des ehelichen Haushalts und zur Mithilfe im Gewerbe ihres Gatten abgeschafft. Auch sein Kündigungsrecht für ihre außerhäusliche Tätigkeit entfiel.

9 Ähnlich wie Adam Smith in der Auseinandersetzung mit den Merkantilisten fordert Erhard dazu auf, „alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft zu richten“ (Erhard S. 9).

10 Zwischen 1950 und 1960 stieg z.B. die Produktion von Damenstrümpfen von 23 auf 293 Millionen Paar pro Jahr, die Zahl der jährlich hergestellten Kühlschränke von 120000 auf 2434000 Stück, die Jahresproduktion von Pkw von 216000 auf 1674000 (ebd. S. 46 und 66).

Gleichzeitig setzte sich die Bundesregierung dafür ein, die im Steuerrecht bis dahin praktizierte Behandlung der Einkünfte beider Partner als *ein Verdienst* beizubehalten. *Ehe und Familie seien nicht nur als die Summe zweier Ehepartner ... , sondern als höhere Einheit anzusehen* (zitiert nach Langer-El Sayed S. 101-102). Auch wenn dieser Rückgriff auf die Ideologie vorangegangener Jahrhunderte durch die Einführung des Ehegattensplittings abgemildert wurde, erwies sich die Verschmelzung der Ehepartner zum scheinbar geschlechtslosen Neutrum des Familienhaushalts für Frauen als doppelter Nachteil. Das zweite Einkommen wurde höher besteuert als das erste, unbezahlte Versorgungsarbeit blieb vollkommen amorph<sup>11</sup>, um nicht zu sagen gänzlich ausgeblendet.

Der an die Frauen gerichteten Empfehlung, das Hausfrauendasein als *Familienberuf* zu interpretieren, fehlte im ökonomischen bzw. sozialstaatlichen Strukturgerüst jegliche Entsprechung. Die massive Privilegierung des Familienernährers ging ökonomisch zu Lasten derer, die für Haushalt und Kinder Verantwortung trugen. In besonderer Weise benachteiligt waren diejenigen, die ohne Eheband Familienarbeit leisteten, vor allem Mütter ohne Mann. Unter dem Vorzeichen gleicher Rechte galt dies selbstverständlich auch für Männer, die bereit waren, sich für Haushalt und Kinder zu engagieren.

Weil die Zeit der Hausfrau nicht als Äquivalent zur Arbeitszeit von Familienernährern in Erscheinung trat, stellte niemand die Frage, ob für *Männer und Frauen* nicht eine Zeitverwendung ersprießlicher gewesen wäre, die sich nicht allein den Vorgaben des Arbeitsmarkts fügte, sondern auch die Versorgung lebendigen Lebens als wirtschaftlich relevante Tätigkeit in Betracht gezogen hätte.

## Die Überlastung der Frauen

In den 60er Jahren mehrten sich die Stimmen, die einen Übergang der Waren produzierenden Ökonomie in ein Zeitalter der Dienstleistungen ankündigten. Bezeichnender Weise kamen diese Stimmen nicht aus Deutschland, sondern vor allem aus USA und Frankreich. Jean Fourastié, Jonathan Gershuny, Staffan Linder, Anthony Wiener u.a. sahen aus der zunehmenden Produktivität des industriellen Sektors eine materielle Verdichtung des Alltags hervor treten, die unsere Konsumzeit verknappt und wachsende Zeitnot und Zeitverknappung im Gefolge hat. Unter Bezugnahme auf das berühmte Beispiel von Adam Smith bedauerte Bertrand Russell, dass sich die industrielle Gesellschaft nicht damit begnügt, die Produktion einer gleichen Menge von Nadeln in der halben Zeit zu bewerkstelligen. Stattdessen erzeuge sie die doppelte Zahl von Nadeln und schaffe damit Güterfülle und Zeitnot (zitiert nach Decker S. 9-10).

Weil die Haushalte immer mehr Zeit gewinnen wollen, wird das Arbeits- und Lebenstempo der Menschen immer hektischer. Mit zunehmender Hektik wächst die Güterfülle, und die Wertschätzung der Güter nimmt ab. Trotz wachsenden Reichtums rückt die Sättigung in immer weitere Ferne, was wiederum neue Produktionsschübe hervor ruft. Die Verknappung von Zeit beeinträchtigt die Bildung von Geist und Person, vor allem aber auch die Spielräume für Pflege und Betreuung von Alten, Hilfs- und Pflegebedürftigen. Schon 1970 sieht Linder einen Mangel an Krankenschwestern und sozialen Berufen herauf ziehen. Er verbindet diese Entwicklung allerdings nicht mit der von Frauen zu leistenden Arbeit, insbesondere in ihrer Funktion als Ehefrau und Mutter. Andererseits sieht er sehr deutlich, dass Wachstumsbesessenheit und Zeitmangel dazu beitragen, die „Grundlagen einer gesunden Welt“ zu zerstören (ebda S. 10).

Wenige Jahre zuvor hat Jean Fourastié bereits darauf hingewiesen, dass Frauen nicht in derselben Weise betroffen sind wie Männer. In seinem viel gelesenen Buch über die Möglichkeiten, auf dem Hintergrund des industriewirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts die Lebensarbeitszeit radikal zu verkürzen, verweist er auf die geringer werdenden Differenzen in der Lebenssituation der Geschlechter. Da Frauen aus seiner Sicht Männern mindestens ebenbürtig sind, steht ihnen vor allem im tertiären Sektor eine Vielzahl von gut

11 Von der Höherbesteuerung des Erwerbseinkommens von Ehefrauen profitieren bis heute neben dem Finanzamt auch die Sozialkassen. Die Ehegattenbesteuerung ersparte z.B. der Arbeitsverwaltung im Lauf der Jahrzehnte Ausgaben in beträchtlicher Höhe, da Lohnersatzleistungen von jeher auf das Nettoeinkommen zugeschnitten waren. Im Rahmen von Freibetragsregelungen, z.B. bei der Ausbildungsförderung, ersetzt der Zuverdienst der Ehefrau andererseits die sozialstaatliche Unterstützung für Familien oft zur Gänze. Auch für die Sozialversicherung (Renten- und Krankenversicherung), die dem Familienernährer beitragsfreie Leistungen für seine Angehörigen gewährt, bedeuteten eigene Beiträge von Ehefrauen ein zwar systemfremdes, jedoch schon immer höchst willkommenes Zubrot.

bezahlten Berufen offen. Dies bedeute für Frauen allerdings – zumindest für die *gegenwärtige Periode* (Hervorhebung E.S.) – eine Kumulierung der ehemals geteilten Rollen. Er ist besorgt über die zu erwartende Überlastung von Frauen mit Kindern, zumal Hauspersonal immer seltener werde (Fourastié S. 275-77).

Was ist eine Dienstleistung im Rahmen einer Ökonomie, die 200 Jahre lang das Ziel der Herstellung von Sachen zum Zweck der Reichtumsproduktion auf ihrem Banner trug? Das neue Wort spiegelte weniger den Beginn einer neuen als das Ende einer alten Ära. Für die ökonomische Klassik und ihre Nachfolger war es keineswegs selbstverständlich, dass Arbeit, die nicht der Produktion von Gütern diene, in ihrem Denkbau Platz haben könnte. Schon der Vorläufer hatte durchaus wahrgenommen, dass es eine Vielzahl von Tätigkeiten gab, die sich in das von ihm geschaffene ökonomische Raster nicht einordnen ließen. Vor allem Dienstleistungen an Personen bereiteten ihm methodisches Unbehagen, weil „Dienste in demselben Augenblick untergehen, in dem sie erbracht werden“ (Smith 1937, S. 315).

Als Grenzmarkierung zwischen Drinnen und Draußen dienten Smith und seinen Nachfolgern immer wieder die Begriffe produktiv und unproduktiv. Produktiv war diejenige Arbeit, mit der ein Produkt gekauft werden konnte, in dem dieselbe Arbeitsmenge aufgehoben war. Als unproduktiv betrachtete man, was keinen deutlichen Bezug zu gegenständlichen Gütern hatte. Mit leichter Hand sortierte Adam Smith Beamte, Soldaten, Kirchenmänner, Rechtsanwälte, ja sogar den König aus. Erst recht erwiesen sich Spieler, Tänzer, Sänger als gänzlich systemfremd. Mit leiser Verachtung bedachte er das Gesinde, das Güter zwar verzehrte, jedoch nichts anderes hervorbrachte als das Behagen seines Herrn (ebda S. 314-15)<sup>12</sup>. Über Dienstleistungen von Ehefrauen für Männer und Kinder hat Smith verständlicherweise nicht nachgedacht. Sie gehörten nicht zu seinem Forschungsgegenstand.

Keine Richtung der Fachdisziplin hat die Trennung zwischen der Politischen Ökonomie und den Belangen der Lebenswelt, d.h. den Bedürfnissen lebendiger Menschen jemals in Frage gestellt<sup>13</sup>. Da man überzeugt war, dass die für den Volkswohlstand geltenden Grundsätze wirtschaftlichen Handelns über die Schaltstelle des männlichen Haushalters und Güterproduzenten auch den außerökonomischen Bereich abdeckten, machte man sich über die wirtschaftlichen Geschehnisse der Familie und ihrer Mitglieder wenig Gedanken.

Mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und seiner politischen Ausgestaltung in der Phase des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg schien sich eine Änderung anzubahnen. Die programmatische Stärkung der Familie versprach die Sicherstellung der effizienten Bildung von Humanvermögen bzw. von Sozial- und Humankapital, dem man große Bedeutung für wirtschaftliche Effizienz und gesellschaftliche Stabilität beimaß. Doch nach 40 Jahren Sozialer Marktwirtschaft zog F.X. Kaufmann eine ernüchternde Bilanz: „Die Familie ist die Achillesferse des deutschen Sozialstaats“. Den Hinderungsgrund für eine effektivere Familienpolitik sah er in der Struktur des Steuer- und Sozialrechts (Kaufmann S. 547).

Als sich das Zeitalter der Dienstleistungen ankündigte, sahen viele die Chance für einen Paradigmenwechsel, für den eine Neugestaltung des Zusammenlebens und zusammen Wirtschaftens Dreh- und Angelpunkt sein sollte. Man sprach von Großfamilie, Zeit haben, Aufhebung der Trennung von Arbeit und Leben, Nullwachstum. Doch die Hoffnung, die schleichende Ökonomisierung aller Lebensbereiche aufhalten oder sogar umkehren zu können, erwies sich als Schimäre. Zunächst konstatierte man einen Dienstleistungsverfall außerhalb des Markts.

Der vom Warenkonsum zunehmend beanspruchte private Mensch leide unter stetiger Zeitnot und sei nicht mehr in der Lage, bisher freie Tätigkeiten zu verrichten. Ein zunehmender Bedarf an Dienstleistungen müsse durch wirtschaftliche, d.h. durch bezahlte Leistung befriedigt werden. Gleichzeitig musste man erkennen, dass „Dienen“ damit nicht nur in das Gehege der Marktgesetze geriet, sondern auch einem Arbeitsmarkt anheim fiel, der Männern produktive, hierarchisch organisierte Arbeit zuschrieb, während Frauen die weniger produktiven und damit automatisch als Zuarbeit bewerteten Tätigkeiten übernahmen.

12 In einer Fußnote gesteht der Verfasser ein, dass seine Kriterien nicht in allen Fällen eine trennscharfe Unterscheidung ermöglichen. Ein Kneipenwirt könne Reichtum erwerben, indem er Domestiken (menial servants) für sich arbeiten lasse.

13 Noch deutlicher als die Begriffe *économie politique* und *political economy* unserer Nachbarländer zeigt das bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gebräuchliche deutsche Wort Nationalökonomie die neue Dimension des Wirtschaftens nach Adam Smith.

Es war nicht zu übersehen, dass Dienstleistung selbst im klassischen Frauenberuf immer weniger mit einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Mitmenschlichkeit zu tun hatte, gleichwohl aber grundsätzlich geringer entlohnt wurde. Personenbezogene Dienstleistungen bringen nicht nur keine Sachgüter hervor, sie verbrauchen über den Lebensunterhalt der Dienstleister hinaus auch zusätzliche Ressourcen. Unter ökonomischen Vorzeichen müssen sich Tätigkeiten in das Schema von Aufwand und Ertrag einfügen, die dort nur angesiedelt werden, weil der Marktgesellschaft andere Kategorien nicht zur Verfügung stehen.

## **Die Reichtum schaffende Ökonomie beeinträchtigt die Lebenswelt**

Die Aufgabe ist schwierig, für vielgestaltige Dienstleistungen im Regelwerk einer an Industriearbeit orientierten Ökonomie den richtigen Platz zu finden. Bis heute hat man sich nicht auf eine Begriffsbestimmung einigen können, die dem Wildwuchs bezahlter Dienstleistung einen schlüssigen Ordnungsrahmen gäbe. Klar ist lediglich, dass Dienstleistungen ganz überwiegend durch Verselbständigung von Arbeiten entstehen, die ursprünglich Teil eines größeren Ganzen gewesen sind.

Im Prozess der Produktivitätssteigerung materieller Fertigung gewannen Tätigkeiten der Steuerung, Organisation, Verwaltung bis hin zum Vertrieb immer größeres Gewicht. Die Entwicklung bezahlter, persönlicher und sozialer Dienstleistungen verdankt ihre Dynamik der Auslagerung von Haushaltstätigkeiten, d.h. der Transformation von unbezahlter in bezahlte Arbeit. Berufe in den Bereichen Bildung, Kultur, Gemeinwesenarbeit, innere Sicherheit etc. entstehen aus dem Bedürfnis nach der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und der Notwendigkeit der Gestaltung sozialen Zusammenhalts.

Sehr grob lassen sich Diskussionsbeiträge der Protagonisten postindustriellen Wirtschaftens wie Fourastié, Toffler, Bell, Gershuny, Galbraith u.a. in zwei Kategorien einteilen, die sich nicht nur im Hinblick auf Prognosen für den Arbeitsmarkt deutlich unterscheiden. Für die einen ist die Dienstleistung eine Kategorie sui generis, die neuen, nicht materiellen Bedürfnissen entgegen kommt. Dazu gehören Erholung und Vergnügen „soziale Melioration“ i.S. von mehr Bildung, besserer Gesundheitsversorgung, öffentlich verantwortete Jugend- und Altenpflege.

Für die anderen entsteht die Dienstleistung als Folge zunehmender Arbeitsteilung in einem komplizierter werdenden Produktions- und Verteilungsprozess stofflicher Güter. Was einmal die Leistung eines Einzelnen – z.B. des klassischen Handwerksmeisters – war, differenziert sich aus in neu zugeschnittene Funktionen oder Berufe bis hin zu Entwicklung und Gebrauch von Informationstechnologie. Für Jonathan Gershuny unterscheiden sich so unterschiedliche Funktionen wie die Arbeit des Kammerdieners, des Kaufmanns oder des Fabrikarbeiters vor allem durch ihre relative Distanz zur ursprünglichen materiellen Produktion (Gershuny S. 71).

Interessant ist die Annahme, dass es die Güter selber sind, die der Dienstleistung Substanz verleihen. Diese Sicht des Ökonomischen hat der industriellen Produktion zu immer neuen Schüben verholfen, um jeden Haushalt mit all den langlebigen Gebrauchsgütern zu versehen, die heute als unentbehrlich gelten. Der Trend zur sogenannten Selbstbedienungswirtschaft hört an der Grenze der Sachausstattung jedoch nicht auf.

Als Eigenarbeit oder Prosumtion, d.h. als Fertigstellung eines Produkts im Konsumbereich gilt auch die Selbstbedienung im Supermarkt, die Zubereitung von Tiefkühlkost in der Mikrowelle, das Homebanking oder die Beachtung einer ärztlich empfohlenen Diät. Die Arbeit der (Haus)Frau tritt dabei nicht in Erscheinung, und so wird niemals ersichtlich, ob sich „Eigenarbeit“ auf Singles, kinderlose Ehepaare oder auf Haushalte mit (mehreren) Kindern bezieht. Unter ökonomischer Perspektive fungiert auch hier der männliche Haushalter als Repräsentant des Geschehens im Haushaltsinneren.

Definitionsgemäß gilt unbezahlte Arbeit im privaten Haushalt als nachgeordnetes Instrument von Konsum und Sozialbiologie<sup>14</sup>. Im Schatten des männlichen Individuums besitzt die Arbeit für die Familie noch immer den Status der Haushaltspflicht der Ehefrau. Doch fehlt ihrer Tätigkeit nicht nur die eigene wirtschaftliche

<sup>14</sup> Nur am Rande sei angemerkt, dass die Wissenschaft auch den Anteil der Frauen an der Zeugung von Kindern immer wieder als nachrangig betrachtete, d.h. die männliche Rolle überschätzte.



Dimension und ein erkennbares Profil. Für die auf Versorgung und Erziehung, auf Betreuung und Pflege angewiesenen Haushaltsmitglieder wiegt ungleich schwerer, dass Arbeit außerhalb des Markts keine eigenständigen Nutzungsrechte auf vorhandene Mittel (Zeit, Raum, Sachgüter) besitzt.

Mehr als je zuvor wuchert der Marktrand in der Dienstleistungsgesellschaft des 21. Jahrhunderts in den ökonomisch inhaltsleeren Familienhaushalt aus. Produktive und unproduktive Tätigkeiten, Erwerbs- und häusliche Versorgungsarbeit verschränken sich. In den Konsumbereich verschoben werden vor allem diejenigen Tätigkeiten, die Zeit und persönliches Engagement verlangen. Ganz allgemein spiegelt die These von der Auswanderung der Dienste über die Hinterausgänge des (Arbeits)Markts in die Selbstbedienung die Erfahrung jedes Einzelnen. Die Ausdünnung der öffentlichen und privaten Infrastruktur in den Außenbezirken der Kommunen entspricht derselben güter- und marktbezogenen Rationalität.

Jeder Supermarkt, jeder Bank- oder Fahrkartenautomat, jedes Schnellrestaurant macht anschaulich, dass Güterpreise immer weniger Bedienung enthalten. Bewegungen an den Rändern der Ökonomie besitzen ihre eigene Dynamik und bedingen sich gegenseitig. Wenn beispielsweise Schuhe immer billiger werden, kauft man lieber neue, als die alten flicken zu lassen. Obwohl sich der Einzelhändler um die Ecke mit immer geringerem Einkommen begnügt, ist er gegenüber der Konkurrenz des Supermarkts im nächsten Einkaufszentrum vollkommen chancenlos. Jede Schließung einer kleinen, hausarbeits- und personennahen Service-Einheit im Stadtteil dokumentiert einen weiteren Schritt des Rückzugs der Ökonomie aus der Gewährleistung kleinräumiger materieller und sozialer Daseinsvorsorge.

In der Fortschreibung der industriellen Wirtschaftsweise ins 21. Jahrhundert hinein droht das Leben mit seinen nicht linearen Bedürfnissen und wenig steuerbaren Risiken vollends zum Luxusgut zu werden. Längst ist eingetroffen, was weitsichtige Kritiker wie Staffan Linder kommen sahen: Personennahe Berufe im Gesundheits- und Bildungswesen u.a. geraten immer weiter unter Druck. Arbeitsplätze im Bereich der technisierbaren Dienstleistungen von Banken, Versicherungen etc. verlieren unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre marktwirtschaftliche Legitimation. Ernst zu nehmende Autoren wie Ulrich Beck prophezeien bereits das Verschwinden bezahlter Dienstleistung durch das unaufhaltsame Ausufern informationstechnischer Rationalisierung (Beck S. 22).

Im Sog der Produktivitätssteigerung dessen, was als Arbeit gilt, verblassen erst recht die Schonräume für unproduktive Tätigkeiten im Umfeld von Haushalt und Familie. Erst in der jüngsten Vergangenheit beginnen Ökonomen und Sozialpolitiker darüber nachzudenken, dass sich die Lebensbedingungen von Familien mit Kindern in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert haben. Damit inmitten der Güterfülle Spielräume bleiben für lebendiges Leben, muss die Reichtum schaffende Ökonomie auch dem nicht produktiven Bereich Ressourcen zugestehen, deren Nutzung der Güterproduktion entzogen bleibt.

## **Professionelle Dienstleistungen in der Kommune**

Aus der Sicht industriewirtschaftlicher Effizienz war Adam Smith seinerzeit gut beraten, als er personennahe Dienstleistungen aus der Reichtumsproduktion verbannt wissen wollte. Innerhalb des Arbeitsmarkts sind und bleiben sie sperrig, weil sie sich der Rationalisierung widersetzen, die Arbeitskosten senkt und Erträge steigern hilft. Im Gegensatz zum Output industrieller Güterproduktion, der sich fast unendlich vervielfältigen lässt, bleibt ihre Erbringung an das Neben- und Miteinander von Personen gebunden<sup>15</sup>. Sie sind deshalb in außerordentlicher Weise personal- und damit kostenintensiv.

Der US-Autor William Baumol war der Erste unter den Theoretikern des tertiären Zeitalters, der die Problematik einer wachsenden Nachfrage nach professionellen Diensten in der späten Industriegesellschaft zur Sprache brachte. In seinem bereits 1967 erschienenen Buch beschreibt er die *Kostenkrankheit* von Tätigkeiten, die keinen hohen Anteil an rationalisierbarer Leistung enthalten. Im Vergleich mit Maschinenarbeit zur Herstellung von Sachgütern sind professionelle Dienstleistungen langsam und unergiebig, „ihr Endprodukt ist die Arbeit selbst“ (Baumol S. 416, zitiert nach Häußermann/Siebel S. 44). Ihre Bezahlung orientiert

15 Bei personenbezogenen Dienstleistungen gilt das sog. uno-actu-Prinzip: sie sind nicht speicherbar.

sich gleichwohl an den Produktivitätszuwachsen technikunterstützter Tätigkeiten. Sehr schnell erscheinen soziale Dienstleistungen z.B. im Bildungs- oder Gesundheitsbereich zu teuer, wenn man sie am Output von Betriebsingenieuren u.a. misst. Baumol hielt den Weg in die Dienstleistungsgesellschaft für nicht gangbar, weil Dienstleistungen das Wachstum bremsen und öffentliche Haushalte unverhältnismäßig belasten<sup>16</sup>.

Daniel Bell, dessen Buch „The Coming of Post-Industrial Society“ nach seinem Erscheinen 1973 weltweit heftig diskutiert worden ist, gilt unter den Propheten der nachindustriellen Gesellschaft eher als Optimist, weil er die Entwicklung für steuerbar hielt. Dies bedeutet nicht, dass er die destruktiven Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung verkannt hätte. Sehr anschaulich beschreibt er die Verschiebung der Gewichte zu Ungunsten von Dienstleistungen und deren Folgen. Produktivität und Ertrag wachsen auf dem Gütersektor wesentlich schneller als im Dienstleistungsbereich, weil „sich der Mensch in der Güterproduktion weitaus eher durch Maschinen ersetzen lässt als bei Dienstleistungen“.

Am Beispiel des Bildungswesens der USA legt er das Missverhältnis zwischen Produktivitäts- und Kostensteigerungen im Bereich professioneller Dienste dar. Trotz programmierten Unterrichts, Fernsehkursen und des Massenbetriebs an den Universitäten seien die Kosten von Bildung und Ausbildung um 5 bis 7 Prozent jährlich gestiegen. Dagegen habe sich die Produktivität sämtlicher Dienstleistungsbranchen einschließlich des Bildungswesens in demselben Zeitraum lediglich um 1,9 Prozent jährlich erhöht. Ähnliches gelte für das Gesundheitswesen, obwohl durch die Verdichtung der technischen Ausstattung versucht werde, den Verlust an persönlicher Betreuung zu kompensieren (Bell S. 159).

Bell beschreibt die ständig steigenden Anforderungen an den Staat, sozialen Bedürfnissen durch entsprechende Maßnahmen und Einrichtungen entgegen zu kommen. Hier zeichne sich ein ausweglos erscheinender Widerspruch ab, denn wenn Löhne und Gehälter auf dem staatlichen Dienstleistungssektor ohne ausgleichenden Produktivitätszuwachs steigen, verschlingen sie die Mittel, „die eigentlich für Krankenhäuser, Schulen, Bibliotheken, sozialen Wohnungsbau, Umweltschutz und dergleichen mehr benötigt würden“.

Am stärksten betroffen sieht er die Kommunen, deren Etat sich in den letzten Jahrzehnten (ohne Berücksichtigung der Sozialhilfe) verdoppelt bzw. verdreifacht habe. Den erforderlichen Investitionen in Einrichtungen des sozialen, d.h. im industriewirtschaftlichen Sinn *nicht progressiven* Wirtschaftssektors wie Schulen, Krankenhäuser, Polizei u.a. fehle ein Gegengewicht in Form von Einnahmen bzw. von Einsparmöglichkeiten (ebda S. 161 und 160).

Es bedarf keiner größeren Anstrengung als der aufmerksamen Lektüre des Tagespresse, um den kritischen Höhepunkt wahrzunehmen, den die von Bell und anderen vor fast 30 Jahren prognostizierten Entwicklungen der industriell wirtschaftenden Gesellschaften erreicht haben. Ganz generell ist die Haushaltslage der Kommunen aufs Äußerste angespannt, freiwillige Ausgaben im Sozial- und Kulturbereich wurden in den letzten Jahren bis auf ein Minimum reduziert. Längst gefährdet die dramatische finanzielle Unterversorgung auch die Erfüllung von Pflichtaufgaben.

Im Vorwort zu seinem Buch spricht Daniel Bell von der techno-ökonomischen Ordnung als von einem eisernen Käfig, der den sozialen Wandel hemmt. Von neuen Werten erhoffte er sich die Öffnung für neue Entwicklungen. Dabei machte er sich keine Illusionen darüber, dass der Weg steinig sein wird, der aus dem Zeitalter der Güterproduzenten ins Offene führen kann. Er verhehlte nicht, dass auf die postindustrielle Gesellschaft neue, bisher unbekannte Konflikte warten, ohne dass die sozialen Kämpfe der Industriegesellschaft als ausgefochten gelten können. Die Geschlechterdimension geriet nicht in seinen Blick.

16 Die von Baumol u.a. für den öffentlichen Bereich aufgezeigten Tendenzen gelten selbstverständlich in erster Linie für diejenigen, die Güter und Dienstleistungen für den Markt produzieren. Am Beispiel der relativen Kaufkraft der Einkommen von Arbeitnehmern hat das Institut der deutschen Wirtschaft über viele Jahre die Verschiebungen dokumentiert, die sich aus der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung in ausgewählten Wirtschaftszweigen ergeben.

Ein Vergleich der Jahre 1960 und 1994 zeigte zum Beispiel höchst unterschiedliche Kaufkraftgewinne für Gebrauchsgüter wie Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik einerseits und personenbezogene Dienstleistungen andererseits. Waren beispielsweise 1960 für den Kauf eines Fernsehers noch zwei Monatslöhne aufzuwenden, kostete dieser inklusive aller technischen Neuerungen 1994 nur noch den Verdienst von zwei Wochen. In demselben Zeitraum verringerte sich die Arbeitszeit, die für die Bezahlung von Haare Waschen und Legen erforderlich war, nur um knapp ein Viertel (iwd Nr. 24/1995 S. 8).

## IV. Dienste in der Welt des Warentauschs

### Frauen als letzte Bastion der Mitmenschlichkeit?

Es ist geradezu erheiternd, in welcher Weise auch so aufgeklärte Denker wie Fourastié, der Frauen und Männern ganz ohne Vorbehalte Ebenbürtigkeit im Beruf zugesteht, vom Überdauern der überkommenen Haushaltsform als wirtschaftlicher Grundeinheit ausgeht. In seinen Visionen der nachindustriellen Gesellschaft strebt die Hausfrau nach geistiger Bildung und gepflegter Eleganz, und auch die qualifiziert berufstätige (Haus)Frau tut gut daran, auf dem Weg in den Arbeitsmarkt diejenigen Eigenschaften nicht zu verlieren, die man für weiblich hält<sup>17</sup>. Allerdings gesteht er zu, dass eine einfache und allgemeine Lösung des Problems nicht möglich ist und einer langen Phase des Experimentierens bedarf.

Es sind die nicht produktiven, von der industriellen Ökonomie als weiblich eingestuft und an die (Haus)Frau delegierten Fähigkeiten und Tätigkeiten, die im Kanon industriewirtschaftlicher Arbeit als Lücke in Erscheinung treten. Deutschland gilt als Dienstleistungswüste, wenn es um haushaltsnahe und personenbezogene Arbeitsplätze geht. Dem globalisierten Arbeitsmarkt sind bisher vor allem solche Arbeitsplätze zum Opfer gefallen, die entweder ins Ausland verlagert oder im verschärften Wettbewerb durch Maschinen ersetzt wurden. Unter denen, die aus den Fabriken in einen Dienste leistenden Job gewechselt haben, waren Männer in der Minderzahl. Unabhängig von geringeren Verdienstmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich fällt es ihnen oft schwer, sich gegen Geld mit Arbeit abzugeben, die sie im eigenen Haushalt von einer (Ehe)Frau als Familienpflicht erwarten dürfen. Niemand hat sie auf Tätigkeiten vorbereitet, die kulturell als minderwertig gelten.

Es waren vor allem Männer, die der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog im Visier hatte, als er im April 1997 in seiner berühmten „Berliner Rede“ die Deutschen aufforderte, sich einen Ruck zu geben. Alle Statistiken der Arbeitsverwaltung dokumentierten, dass einer wachsenden Zahl arbeitsloser Produktionsarbeiter ein akuter Mangel an Arbeitskräften z.B. im Pflege- und im Bereich einfacher Dienstleistungen gegenüber stand. „Wir sind schon ein merkwürdiges Volk, wenn wir mit Freude Maschinen bedienen, aber jedes Lächeln gefriert, wenn es sich um die Bedienung von Menschen handelt“ (zitiert nach Mangold S. 35).

Vieles von dem, was in Deutschland dem Aufbau einer zukunftsorientierten Wirtschaftsweise im Wege steht, wurzelt im Geschlechterverhältnis der westlichen Zivilisation, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der BRD nicht revidiert, sondern politisch und institutionell befestigt worden ist. Die ökonomische Dynamik des Modells der sozialen Marktwirtschaft war auf der Hausfrauenehe aufgebaut, die Männern das Bedienen von Maschinen zuteilte und von Frauen erwartete, zugunsten des rückhaltlosen Einsatzes für die Familie auf eigenes Einkommen zu verzichten.

Erfahrungsgemäß fällt es Frauen leichter als Männern, ihr Rollenverständnis modernen Entwicklungen anzupassen. Doch auch von Frauen verlangte die unvorbereitete Konfrontation mit der Ära der Dienstleistung eine Neuorientierung, die einer Kehrtwende gleich. Obwohl sich an der Aufgabenteilung im Familienhaushalt wenig änderte, erfuhren sie von kompetenter Seite, dass „die Mitversorgung von Nicht-Erwerbstätigen im Haus- und Familienverband abnehmend gewährleistet“ sein wird.

„Für den Einzelnen ist es ... rational, nicht nur ein eigenes Einkommen, sondern auch eigene Sozialansprüche zu erwerben“ (Kommission für Zukunftsfragen S. 52), meinte die Bayerische Zukunftskommission 1997. Mit diesen Aussagen brachte sie zum Ausdruck, was für Politiker aller Schattierungen schon lange selbstverständlich ist: Auch Ehefrauen tun gut daran, für sich selbst zu sorgen. Weder der Ehe-Unterhalt noch die abgeleiteten familienpolitischen Leistungen des Sozialsystems werden zukünftig gewährleistet, dass die herkömmliche Familie ihr Auskommen hat.

17 Fourastié sieht die Notwendigkeit, beiden Geschlechtern auch weiterhin eine spezifische intellektuelle Ausbildung angedeihen zu lassen. „... ein paar Farbtupfer und ein paar typisch weibliche Zusätze sollten ... den verschiedenen Zweigen der weiblichen Ausbildung hinzugefügt werden, auch und vielleicht gerade in der wissenschaftlichen Ausbildung“ (Fourastié S. 277-78).

Angesichts der zahlreichen, keineswegs widerrufenen Vergünstigungen für den männlichen Alleinverdiener und der noch lange nicht abgebauten Barrieren gegenüber der Erwerbstätigkeit von Müttern fällt es schwer, im Widerruf vertrauter Rollen die Vorhut sozialer Innovation zu erblicken. Der Eindruck lässt sich nicht von der Hand weisen, dem eigenen Verdienst von Ehefrauen falle die Aufgabe zu, nach dem Rückzug der großen Industrien private und öffentliche Haushaltskassen wieder aufzufüllen.

Doch der erwünschte Übertritt der Frauen vom Haushalt in den Arbeitsmarkt beeinträchtigt die Ressourcen des außerökonomischen Bereichs. Wo es um Zuwendung, Fürsorge, Freundlichkeit, kurz: um die Bedienung von Menschen geht, entstehen Knappheiten, die mit dem Instrumentarium der güterbezogenen Ökonomie weder diagnostiziert noch behandelt werden können, obwohl sie sich in steigenden Kosten niederschlagen. Selbst wenn sie willens sind, ihre alten Aufgaben nicht zu vernachlässigen, gebricht es den Frauen an der Zeit, die dafür nötig ist.

Die gesellschaftlichen Spielräume für personale und häusliche Dienstleistungen sind enger geworden, seit die traditionale, von ihrem Ehemann und dem auf ihn programmierten Sozialstaat unterhaltene Hausfrau nicht mehr als Norm zu gelten hat. Mehr oder weniger freiwillig haben Frauen in der jüngeren Vergangenheit wachsende Teile der Verantwortung für die Familie auf ihre Schultern gepackt. Neben der Hauptlast der unbezahlten Versorgungsarbeit bestreiten sie immer größere Teile des Haushaltsbudgets. Sie übernehmen damit diejenigen Aufgaben, die im *bisher keineswegs revidierten* Modell der Marktgesellschaft dem *männlichen Haushalter* zugeschrieben werden.

## **Mit neuer Ethik ist es nicht getan**

Als eines der wenigen Dokumente, die sich mit den weltweit gestiegenen Erwartungen an Frauen auseinandersetzen, beschreibt der UNDP-Bericht<sup>18</sup> 1999 über die menschliche Entwicklung die wachsende Anonymität des Zusammenlebens in den Ländern des Nordens ebenso wie in der Dritten Welt. In einem Kapitel „Das unsichtbare Herz“ beklagen die VerfasserInnen den Verlust des Sozialen, der selbstverständlichen Solidarität zwischen den Generationen, der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Mitgliedern von Gemeinschaften und Gruppen.

Entgegen der Gepflogenheit vieler Beobachter, von einer neuen Ethik der Mitmenschlichkeit eine Trendwende zu erwarten, sieht der Bericht die Notwendigkeit zur Neuorganisation von Ökonomie und Gesellschaft. Er kritisiert die unzulänglichen Rahmenbedingungen von „Fürsorgearbeit“, ohne die eine Gesellschaft nicht zukunftsfähig ist. Durch die Defizite im Bereich der sozialen Reproduktion sieht er auch die Nachhaltigkeit der ökonomischen Entwicklung in Frage gestellt. Er fordert die Veränderung sozialer Normen ebenso wie eine zielgerichtete Politik auf politischer und unternehmerischer Ebene, damit „Fürsorgearbeit nicht aus der Weltwirtschaft hinaus gedrängt wird“. Mit Nachdruck warnt er vor der Illusion, durch neue Formen der Diskriminierung und Frauenunterdrückung lasse sich das Verlorene zurück gewinnen (UNDP-Bericht S. 93-101).

Internationale Frauenbewegungen verweisen immer wieder darauf, dass es die unbezahlte und personen-nahe Arbeit der Frauen (und Männer) ist, die zum Ausgangspunkt des Nachdenkens über sozial- und ressourcenverträgliches Wirtschaften gemacht werden sollte. Nicht der Wettbewerb im großen Markt, sondern die kleinräumige Lebensqualität in Familie und Nachbarschaft haben den größten Einfluss auf Wohlbefinden, Lebenszufriedenheit und Gesundheit.

Um die Auswirkungen auch anderer als der ausgewiesenen ökonomischen Faktoren beurteilen zu können, müsste das Blickfeld des Wirtschaftens und Haushaltens erweitert und die nicht monetären Ressourcen der Gemeinschaft in die Betrachtung einbezogen werden. Die Schweizerin Mascha Madörin schlägt vor, die Positionen zu wechseln und das Außerökonomische in den Mittelpunkt zu stellen, während sich das bisher Ökonomische zum Außerökonomischen wandelt (Madörin S. 83).

18 UNDP: UNITED NATIONS DEVELOPMENT PROGRAM.

Sie stellt die Brauchbarkeit der herkömmlichen Kategoriensysteme, die bisherigen Denktraditionen und ökonomischen Diskurse für eine Analyse des Wirtschaftsgeschehens aus Frauensicht radikal in Frage. In ökonomischen Fragestellungen kämen implizit vor allem die Realitäten von Männern zum Vorschein. Frauenrealitäten seien dagegen stets „als das Spezielle und Abweichende, als das Nicht-Ökonomische, Soziale und Kulturelle oder gar als das Nichtgesellschaftliche, Irrationale, Emotionale, Vielfältige, Unsägliches und Unbeschreibliche verstanden worden“ (ebda S. 81). Es sei unmöglich, an den formellen und den informellen, den bezahlten und den unbezahlten Bereich des Wirtschaftens dieselben Maßstäbe anzulegen.

Die industriewirtschaftliche Epoche hat bisher höchstens ansatzweise versucht, dem „unproduktiven“ Arbeitsbereich Reservate einzuräumen, die seine Ressourcen sichern und die Lebenswelt stärken. Im ökonomischen Denkgebäude sind personenbezogene Dienste diesseits und jenseits der Marktgrenze gleichermaßen zur Randständigkeit verurteilt. Zusammen mit jenen Tätigkeiten aus der Güterproduktion, die sich nicht rationalisieren lassen, geraten sie unausweichlich in die fensterlosen Abstellkammern an der Peripherie des großen Markts.

Nicht erst, seit geringfügig Beschäftigte mit gezählt werden, konstatiert die Arbeits- und Sozialstatistik eine stetige Ausweitung des Dienstleistungssektors, während die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe sinkt. Nachdem die einfachen Arbeitsplätze in den großen Industrien fortgefallen sind, profitiert die Entlohnung der Verbliebenen überdurchschnittlich von der steigenden Produktivität, und der Abstand wächst, der die Verdienste der Öffentlichen und Privaten Dienstleister von der Bezahlung im Produzierenden Gewerbe trennt<sup>19</sup>.

Auch die Wertschöpfung jener Sektoren, deren Dienste unmittelbar von Personen in Anspruch genommen werden, kann mit der Warenproduktion nicht konkurrieren: ihr Beitrag zum Bruttosozialprodukt stagniert seit vielen Jahren<sup>20</sup>. Unter Begriffen wie Tertiarisierung und Dienstleistungsgesellschaft rücken deshalb Unternehmensbezogene Dienstleistungen immer weiter in den Vordergrund. Personenbezogene Dienstleistungen werden von der neu geschaffenen Dienstleistungstatistik nicht einmal ausgewiesen<sup>21</sup>.

Die Hoffnung des immer noch und immer wieder zitierten Ökonomen Fourastié auf eine tertiäre Zivilisation, deren Lebensweise getragen ist von Kultur und höherer Geistigkeit, hat bisher keine konkreten Züge angenommen. Nur selten gibt es eine Stimme, die eine andere Wirtschaftsweise anzumahnen wagt. „Der Zug zur (Re-)Ökonomisierung der deutschen Gesellschaft ist abgefahren. Er wird aber entgleisen, wenn nicht die Grenzen der Ökonomisierung erörtert werden. *Was ist das Lächeln einer alleinstehenden Pflegeheimpatientin wert?*“ (Volkholz S. 266).

## Frauen im Strukturgerüst einer überholten Ordnung

Die aus der Sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard hervorgegangene Ökonomie des Industriestandorts Deutschland hat bis heute eine andere Struktur als etwa die Volkswirtschaften der USA oder der skandinavischen Länder. Nach wie vor ist in Deutschland ein höherer Anteil der Arbeitnehmer mit der Herstellung von Industriegütern beschäftigt, doch die Arbeitsplatzverluste durch Produktivitätssteigerung und internationalen Wettbewerb sind hier schmerzhafter als anderswo. Die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung (unter anderen Beobachtern) führt dies nicht zuletzt auf die jeweils andere Nutzung des Dienstleistungspotenzials von Frauen zurück.

Angesichts des Erfolgs des deutschen Industriemodells und der „Stimmigkeit“ des dazu gehörenden Sozialstaats mit seinen Familienlöhnen für Männer, zahlreichen sozialstaatlichen Leistungen zu Gunsten des

19 Der Anteil der Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe (alle Branchen = 100) ist zwischen 1984 und 1997 um 5,6 Prozentpunkte gefallen, während der Beschäftigtenanteil der Privaten Dienstleister (ohne Handel) im gleichen Zeitraum um 4,6 Punkte stieg. Die Stundenlöhne im Privaten Dienstleistungsgewerbe lagen 1997 um 8,5 Prozent unter dem Durchschnitt – 1984 hatte der Rückstand erst 4 Punkte betragen. Auf der anderen Seite überstiegen die Stundenverdienste im Produzierenden Gewerbe 1997 den Durchschnittslohn deutlicher als 13 Jahre zuvor. (iwd Nr. 17/2000 S. 5).

20 „Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern, zu denen z.B. die Bereiche Bildung, Gesundheit, Entsorgung, Kultur und Sport gehören, ... war die Wertschöpfung im zweiten Quartal 2000 kaum höher als zu Beginn des Jahres 1997.“ (iwd Nr. 38/2000 S. 3).

21 Gesetz über die Statistiken im Dienstleistungsbereich, Bundesgesetzblatt 2000, BGBl I, Nr. 56 v. 22.12.2000, S. 1765 – 1768.

männlichen Ernährers und den institutionellen Barrieren gegenüber der Erwerbstätigkeit von (Ehe)Frauen war der Diskurs der siebziger Jahre zu den Übergängen der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft hierzulande wenig ergiebig. Familienbezogene Dienstleistungen wurden weiterhin „zum großen Teil von den Müttern, Ehefrauen und Töchtern des alleinverdienenden Ernährers der Familie geleistet“ (Zukunftskommission der FES S. 31).

Auch die großzügig bemessenen Lohnersatzleistungen blieben auf den Ernährerhaushalt und seine Bestandssicherung in Zeiten des sozialen Wandels zugeschnitten. Mit unterschwelligem Bedauern konstatiert die Zukunftskommission, dass sich an der – aus dem 19. Jahrhundert stammenden – Struktur der staatlichen Sicherungssysteme seit den fünfziger Jahren wenig geändert hat. Sie sind nicht darauf vorbereitet, den Wandel in die Richtung eines nachindustriellen Zeitalters konstruktiv zu unterstützen (ebda S. 36).

Im Gegensatz dazu haben Schweden und andere Länder in Nordeuropa mit dem Heraufziehen der Dienstleistungsgesellschaft ihren Wohlfahrtsstaat von Grund auf modernisiert und in den letzten dreißig Jahren ein dichtes Netz öffentlich finanzierter sozialer Dienste aufgebaut. Sie verfolgten im Wesentlichen zwei Ziele, die sich gegenseitig bedingten:

- Sowohl der Einkommenserwerb als auch die Sorgearbeit für die Familien sollte mit staatlicher Unterstützung von Männern und Frauen gemeinsam verantwortet werden.
- Im Sinne der materiellen Gleichstellung der Geschlechter wollte man den Zugang der Frauen zu qualifizierter Erwerbstätigkeit verbreitern und institutionell absichern. Dabei zeigte sich schnell, dass es vor allem die neu geschaffenen Arbeitsplätze in personennahen Berufen waren, die den Frauen offen standen und von ihnen angenommen wurden.

Im Zuge der Individualisierung von Familienaufgaben wurde die sozialstaatliche Privilegierung des Familienernährers konsequent abgebaut. Schon in den siebziger Jahren haben die skandinavischen Länder die gemeinsame Besteuerung der Ehegatten zugunsten der Individualbesteuerung abgeschafft.

Ein vollkommen anderer Weg entwickelte sich auf dem Hintergrund der heterogenen gesellschaftlichen Verhältnisse der USA. Zwar besaßen auch dort die „family values“ zu allen Zeiten einen hohen Stellenwert. Vor allem die weiße Mittelschicht präsentiert sich bis heute gerne in moralisch, sozial und finanziell „intakten“ Verhältnissen. Doch die Barrieren gegenüber größerer Autonomie der Frauen waren im gesellschaftlichen Regelwerk des Neuen Kontinents niemals so tief verankert wie im alten Europa<sup>22</sup>. Dafür sorgte nicht zuletzt der kontinuierliche Zustrom von Einwanderern, in deren Herkunftsländern das Ideal der bürgerlichen (Haus)Frau (noch) nicht für alle Schichten zur Norm geraten war.

Im klassischen Einwanderungsland USA waren dienstbotenähnliche Jobs für Angehörige nicht privilegierter Gruppen der Sockel für die Ausweitung haushalts- und personennaher Dienstleistungen. Ihre Zahl und Qualität ist in demselben Ausmaß gewachsen, in dem gut ausgebildete Frauen aus der Mittelschicht Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten erhielten und häusliche Tätigkeiten auslagerten. Diese Umschichtung verhalf mehr Frauen zu Lohn und Brot, konnte jedoch einen Kaufkraftverlust der Haushaltseinkommen nicht verhindern. Obwohl die neu geschaffenen Arbeitsplätze keineswegs ausschließlich als *bad jobs* anzusehen sind, kann auch ein gut bezahlter (Teilzeit)Job der (Haus)Frau die Einbuße nicht kompensieren, die der Wegfall eines typischen Männerarbeitsplatzes in den großen Industrien mit sich bringt.

Es ist zu bedauern, dass der in USA anscheinend erfolgreich bewerkstelligte Wandel von der Produktions- zur Dienstleistungswirtschaft in Deutschland gegenwärtig vor allem unter dem quantitativ verstandenen Gesichtspunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen Beachtung findet. Viele Aspekte bleiben dabei außer Acht, die für die Wohlfahrtsdimension des marktbezogenen Modells große Bedeutung haben. Die amerikanische Soziologin Frances Fox Piven konstatiert eine „Kommodifizierung von Arbeit“, d.h. die Umwandlung von Fürsorge- in Erwerbsarbeit, die nicht ohne Auswirkungen auf Lebensqualität und Lebenschancen vor allem von

22 Allerdings sorgten Sitte, Moral und die Repräsentationspflichten bürgerlicher Haushalte auch in der Neuen Welt dafür, dass der Drang der Frauen nach Eigenständigkeit im Rahmen blieb. Der Ökonom Thorstein Veblen machte sich lustig über die Brüche zwischen schönem Schein und banaler Wirklichkeit: „Nach dem Idealbild der Geldkultur ist die Dame des Hauses gleichzeitig oberste Hausmagd“. (Veblen, zitiert nach Galbraith 1975, S. 40).

Frauen und Kindern bleiben kann. Paradebeispiel ist für sie die 1994 von den Republikanern beschlossene Abschaffung des AFDC-Programms (Aid to Families with Dependent Children), das u.a. allein erziehenden Müttern gestattete, sich unabhängig von Unterhaltszahlungen der Väter bzw. von eigener Erwerbsarbeit Familienaufgaben zu widmen (Fox Piven S. 232-233).

Grundsätzlich zieht Fox Piven in Zweifel, dass die Rücknahme sozialstaatlicher Programme zu Gunsten der Kostenentlastung des Wohlfahrtsstaats die Finanzkraft öffentlicher Haushalte stärkt. Sie dokumentiert den Anstieg von Sozialausgaben nach der Umstellung von bedarfsorientierter Sozialhilfe auf Einkommensbeihilfen für Niedrigverdiener (85 % der SozialhilfebezieherInnen in USA sind weiblich). Nach ihrer Meinung sichert der Umbau des Wohlfahrtsstaats der amerikanischen Volkswirtschaft ein Potenzial an billigen Arbeitskräften und verschärft die Ausgrenzung armer Mütter und ihrer Kinder (ebda S. 238). Indem sich die vom Arbeitsmarkt ausgehenden Zwänge verdichten, wächst die Zeitnot, die das sog. Privatleben zur Restgröße der Alltagsbewältigung verkümmern läßt.

Es hat den Anschein, als sei das Aufbegehren gegen die fortschreitende Auflösung der immer weniger greifbaren Grenzen zwischen Erwerbs- und Eigenzeit nirgendwo größer als im Dienstleistungsparadies USA. In Umfragen bekunden Frauen und Männer „ein fast obsessives Bedürfnis nach quality time“, d.h. nach Zeit für Familie und zwischenmenschliche Begegnungen. Ihre Zufriedenheit mit den Möglichkeiten, ihre Zeit für persönliche Anliegen und das Gelingen von Partnerschaft und Familie zu verwenden, sinkt kontinuierlich. Unter den Ursachen für Ehekonflikte wird in erster Linie der Zeitmangel genannt (Hunter S. 10). Die Spielräume für häusliche Versorgungs- und Erziehungsarbeit werden enger, obwohl die grundsätzliche Bereitschaft der Männer zur Beteiligung an Familienaufgaben gewachsen ist<sup>23</sup>.

## **Auch private Dienstleistung kostet Arbeit und Lebenszeit**

Solche Beobachtungen gelten auch im Zeitalter der Dienstleistungen zumeist noch als zweitrangig, ja als ökonomisch belanglos. Bisher ist es nicht gelungen, Lebenszeit und Lebensqualität mit ökonomischen Prozessen analytisch zu verknüpfen. Es fehlen die Ansätze, die Geschlechterpolitik in Verbindung bringen mit einer adäquaten Familien-, Bildungs- und Gesundheitspolitik, um diesen umfassenden Bereich zum integralen Bestandteil von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu machen. Nach wie vor werden soziale Bedürfnisse den sog. weichen Politikbereichen zugerechnet, an denen gespart werden kann, wenn das Geld knapp ist. Noch immer haben Ökonomen die Tendenz, die globalisierte Welt als Industrieanlage zu betrachten, deren Hauptaufgabe darin besteht, Güterströme hervor zu bringen. Aus dieser Sicht lassen sich soziale Zusammenhänge leicht als soziales Kapital betrachten, das die Aufgabe hat, den Produktionsprozess in Schwung zu halten.

Die Notwendigkeit, die von Adam Smith eliminierte Unterhaltswirtschaft in die Ökonomie zurück zu holen, offenbart sich spätestens mit der Hilflosigkeit der Dienstleistungsgesellschaft, ihren BürgerInnen Optionen für „unproduktive“ Tätigkeiten einzuräumen. Wer „face-to-face“-Arbeit leisten, Kinder erziehen, die alten Eltern pflegen oder einfach mit der Nachbarin plaudern will, wirtschaftet im ökonomischen Niemandsland, weil sie zwar Kosten verursacht, aber nichts hervorbringt. In der Ökonomie der Güterproduzenten muss Fürsorgearbeit subventioniert werden, wenn sie nicht zwischen *Sachzwängen* ersticken soll. Doch kann es die Aufgabe derer sein, die unproduktiv arbeiten, die entstehenden Kosten selber aufzubringen, d.h. sich dafür „selbst zu bezahlen“? Individuelle Rechte und soziale Verpflichtungen sind neu zu definieren.

Solche Erkenntnisse rücken den Ernährerhaushalt auf den Prüfstand, der die industrielle Wirtschaftsweise mit einem realitätsnahen Profil versah, zur Steuerung der Dienstleistungsgesellschaft jedoch nicht mehr taugt. Als Grundbaustein des Wirtschaftens war er auf den Alleinverdiener zugeschnitten, der nach getaner Arbeit zurückkehrt in sein Heim, um seine wohlverdiente Freizeit zu genießen.

23 Nach wie vor wird der Großteil der unbezahlten Hausarbeit von Frauen erledigt, doch die dafür aufgewendete Zeit ist zwischen 1965 und 1995 von 27 auf 16 Wochenstunden gesunken. In demselben Zeitraum stieg die Mitarbeit der Männer von 5 auf 10 Stunden an. Um Erwerbsarbeit mit Kindern zu verbinden, reduzieren Frauen ihre Arbeitszeit und greifen auf bezahlte Betreuungsleistungen zurück. (Bianchi S. 105).

Der industriewirtschaftlich definierte Haushalt versammelt die Markteinkommen der erwachsenen Haushaltsmitglieder und rechnet sie dem Haushaltsvorstand zu<sup>24</sup>. Zur Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die Kaufkraft des Haushalts als wirtschaftendem Subjekt auf die Haushaltsmitglieder verteilt. Nur der Mann als erste Person im Haushalt gilt als Vollverbraucher, Frauen und Kinder werden anteilmäßig bedacht. Während die in der Familie geleistete Versorgungsarbeit ökonomisch gesichtslos bleibt, galten die Unterhaltskosten für Frauen und Kinder im sozialstaatlichen Sprachgebrauch bis vor wenigen Jahren als soziale Last.

Die unbesehene Ineins-Setzung der (Haus)Frau mit ihrem Ehemann ist so tief verankert in allen Traditionen der westlichen Zivilisation, dass sie auch den ökonomischen Institutionen ihren Stempel aufdrückt. Selbst das Rechenwerk zur Messung des Outputs der Reichtum schaffenden Ökonomie gründet in der Leistungskraft des *männlichen Haushalters als Individuum*. Dabei gilt die Sorgearbeit der Ehefrau keinesfalls als Vorleistung, wie dies den Regeln des Markts entspräche, sondern bestenfalls als Zuarbeit, die ihm geschuldet ist. An dem von ihm geschaffenen Produkt erhält sie einen Anteil zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts.

In allen ökonomischen Denkmodellen wird die Bedeutung der Zweischichtigkeit des Wirtschaftens zwischen männlichem Individuum und industriell definierter Volkswirtschaft unterschätzt, und nur in seltenen Ausnahmefällen erreichen die Ausläufer sozialwissenschaftlicher Neugier den Ernährerhaushalt als das eiserne Korsett einer Ordnung, die tief verwurzelt ist in der Ideologie der Industriewirtschaft des 19. Jahrhunderts.

24 Die Begriffe, mit denen dieser gekennzeichnet wird, wurden modernisiert. In der deutschen Statistik wurden zuletzt die Ausdrücke „Bezugsperson des Haushalts“ bzw. „1. Person des Haushalts“ verwendet.



## V. Schritte auf dem ökonomischen Deutungspfad

### Die Messlatte des Wirtschaftens sind noch immer Geld und Güter

Die Bemühungen von Frauen, den *gender-bias* der Wirtschaftswissenschaften zurecht zu biegen, brechen sich immer aufs Neue an der Widerständigkeit jenes sorgsam abgeschirmten blinden Flecks im Innenhof von Haushalt und Familie. Notgedrungen haben Frauen und Frauenbewegungen ein schwieriges Verhältnis zum sprichwörtlichen Herd, dessen Dunstkreis ihnen wie ein Käfig erscheinen muss, der ihnen Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe vorenthält.

Beispielhaft hat Milton Friedman, der neoklassische Vordenker moderner Wirtschaftswissenschaftler, den Status von Kindern im Haushalt auf einen ökonomischen Nenner gebracht. Nach seiner Meinung sind Kinder als Konsumgut, d.h. als eine von vielen Möglichkeiten zu betrachten, mit Geld Nutzen zu erwerben<sup>25</sup>. Die unvoreingenommene Betrachtung der industriellen Wirtschaftsweise legt nahe, auch die (Haus)Frau den Konsumgütern zuzurechnen. In der produzierenden Ökonomie materiell verstandenen Reichtums des homo oeconomicus gibt es nichts, was man nicht kaufen, zumindest aber nichts, was nicht wenigstens gegen Geld verrechnet werden könnte.

Auf diesem Hintergrund ist es nicht selbstverständlich, dass viele Gruppen nach der „Ganzen Arbeit“ fragen, die neben individueller Unabhängigkeit auch Zeit gewährt für Muße und Versorgungstätigkeiten. Sie werden meist schnell gewahr, dass die bloße Addition – z.B. der geleisteten Arbeitsstunden – ihrem Anliegen nicht genügen kann. Mit der Forderung nach „Wiederentdeckung vergessener Arbeitswirklichkeiten“ (Biesecker/v. Winterfeld S. 34) mahnen sie die Suche nach verschütteten Zugängen zu einer anderen Wirklichkeit an.

Es ist der Wunsch, aus einer warenintensiven Lebensweise auszubrechen, die Frauen *und viele Männer* die Suche nach den Ursprüngen aufnehmen lässt, um alte Orientierungen neu zu entdecken. Otto Ullrich hält die Erwartung von Reichtum, Freiheit und Glück im Gefolge einer hypertrophierten Produktion für eine Verhexung, deren Bann nur durch eine Rückbesinnung auf den lebensweltlichen Zweck des Wirtschaftens gebrochen werden kann. Er fragt sich, ob das Projekt der Moderne, „durch Arbeit, Wissenschaft und Technik einen Schleichweg ins Paradies zu finden“ (Ullrich S. 65) in einer ausweglosen Sackgasse gelandet ist. Selbst in Gegenentwürfen sieht er die Gefahr, dass sich der Virus der Ausbeutung von Mensch und Natur weiter verbreitet.

Zu einem ähnlichen Schluss kommt Mascha Madörin, wenn sie die gängigen Wirtschaftstheorien unter die Lupe nimmt. Sie hält die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Anerkennung von Hausarbeit für den Prüfstein jeder ökonomischen Theorie, bemerkt jedoch gleichzeitig ein strategisches Schweigen der Ökonomen aller Denkrichtungen im Hinblick auf die Belange von Frauen. Insbesondere die patriarchale Ernährerehe sprengt mit ihrem ungleichen Tauschverhältnis das Kategoriensystem der Fachdisziplin, da sie dem Ehemann als Hauptverdiener das Recht einräumt, gegen finanziellen Unterhalt über die ganze Person der Ehefrau zu verfügen.

Unter Bezugnahme auf informelles Wirtschaften und die häusliche Fürsorgearbeit von Frauen spricht sie dem Mainstream makroökonomischer Theorien die Fähigkeit ab, für mehr als ein Viertel effektiven Wirtschaftens Erklärungen zu liefern. „Aus feministischer Sicht besteht ein riesiges Analysedefizit in Bezug auf die anderen drei Viertel des Wirtschaftens und ihren ökonomischen Verknüpfungen“ (Madörin S. 94). Madörin wendet sich vor allem an Frauen, wenn sie davor warnt, Haus- und Versorgungsarbeit auf einen Begriff „Reproduktion“ zu reduzieren, um im ökonomischen Theoriegebäude Beachtung für den wirtschaftlichen Beitrag der (Haus)Frau einzufordern.

25 „Zu der Freiheit der Menschen, ihre wirtschaftlichen Reserven nach Belieben zu nutzen, gehört auch die Freiheit, Kinder zu haben und die Dienste der Kinder ... als eine besondere Form des Konsums zu kaufen“. (Friedman S. 58).

Sie hält den aus der marxistischen Theorie entlehnten Begriff für falsch verwendet und für irreführend (ebda S. 95). In der Tat lässt sich ohne Mühe erkennen, dass Marx – dessen Anliegen die Analyse materieller Produktion gewesen ist – keineswegs an die Würdigung von Fürsorge dachte, als er sich die Reproduktionsbedingungen menschlicher Arbeitskraft vergegenwärtigte. Vielmehr verstand er darunter die *individuelle Konsumtion* des Arbeiters, der sich durch Lebensmittel erhält und reproduziert (Marx S. 518-521). Der Begriff Reproduktion weist über die Güterproduktion nicht hinaus und es ist ein Ausdruck analytischer Unbeholfenheit, aus ihm eine Schnittstelle zu den personenbezogenen Dienstleistungen der (Haus)Frau herleiten zu wollen.

Kompetent und scharfsinnig hat sich Hannah Arendt mit den Dimensionen dessen auseinander gesetzt, was seit der griechischen Antike in Europa als Arbeit gilt. Im Gegensatz zu früheren Epochen kennt die Neuzeit keine deutliche Unterscheidung zwischen dem *Werk unserer Hände*, das als Quelle aller Werte gilt, und der *Arbeit unseres Körpers*, die der Bedürftigkeit des Lebens geschuldet ist. Stattdessen dienen die von den Physiokraten geschaffenen und von Smith und Marx übernommenen Begriffe produktiv und unproduktiv zur Unterscheidung von Arbeitstätigkeiten. Arendt unterstellt Smith ebenso wie Marx, dass sie „unproduktive Arbeit als parasitär verachteten, als hätten sie es da mit einer Art Perversion der Arbeit zu tun“ (Arendt S. 80).

## **Auch dem Nachhaltigkeitsdiskurs bleibt das Soziale fremd**

Auch in der allgegenwärtigen Forderung nach nachhaltigem Wirtschaften gibt es keine Grenzmarkierung, die jenen Rest der Welt vor Vereinnahmung bewahrt, der *nicht* nach industriewirtschaftlichen Regeln funktioniert. Ökologen konfrontieren die Natur gern mit der Erwartung, sie möge ihre eigene Produktivität entfalten. Niemand wirft die Frage auf, ob es zulässig ist, den Begriff der Produktivität umstandslos auf jene Bereiche auszudehnen, die durch den wachsenden Güterausstoß in Gefahr geraten.

Auch im Nachhaltigkeitsdiskurs ist oft schwer erkennbar, wohin die Entwicklung gehen soll und wer von welchen Entwicklungsschritten profitiert. Allzu oft drängt sich der Eindruck auf, ökologisches Denken habe vor den Verlockungen der Ökonomie längst kapituliert. Ökologinnen kritisieren das Abschieben der Umweltverantwortung in die Privathaushalte. Sie haben ein höchst ambivalentes Verhältnis gegenüber dem Ansinnen, als Konsumentinnen nicht nur das Management der immer noch steigenden Warenflut, sondern auch deren Natur- und Sozialverträglichkeit zu gewährleisten. Die (Haus)Frau sieht sich steigenden *moralischen* Anforderungen gegenüber (Weller S. 23), während die aus dem Produktionsprozess resultierenden Zwänge offenbar als unabänderliche Vorgabe hingenommen werden.

Nicht nur Männer, sondern auch Frauen empfinden deshalb allzu leicht Genugtuung, wenn neben den an Güterproduktion und Erwerbsarbeit gekoppelten Begriffen wie *Prosumtion* und *Eigenarbeit* unversehens die Einsicht in Erscheinung tritt, dass „die Versorgung und Qualifikation der nachfolgenden Generationen, Hausarbeit, Gesundheitsvorsorge, alle möglichen Dienstleistungen, informelle Tätigkeiten, Eigenarbeit und Selbsthilfe“ einem „bestimmten Standard der sogenannten Reproduktionsarbeit“ zuzurechnen sind, der zur Existenzsicherung gehört und deshalb nicht aufgegeben werden kann.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ überlässt es ihren LeserInnen, sich für diesen umfangreichen Aufgabenkatalog nachhaltig tragfähige Strukturen auszumalen: alles ist möglich und erwünscht. Während auch die „Lockerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung“ in das Repertoire des zu Verhandelnden fällt, gehört der Zugang von Frauen und Männern zu bezahlter Arbeit zu den wichtigsten sozialpolitischen Postulaten<sup>26</sup>.

Beinahe Schwindel erregend ist die Gratwanderung des Neuen Berichts an den Club of Rome zur Zukunft der Arbeit. Ernst zu nehmende BeobachterInnen (siehe z.B. die Vor- und Geleitworte) begrüßen ihn als Beitrag zur Lösung der Beschäftigungskrise, andere Stimmen zählen ihn sogar zu den Vorboten der Rückkehr des Lebens in die Öffentlichkeit. Niemand hat ihn bisher danach befragt, ob die beabsichtigte Verknüpfung

26 Zukunftsfähiges Deutschland, S. 355-356. Zur Kritik der Studie aus Frauensicht siehe die verschiedenen thematischen Beiträge zum Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, u.a. Stiefel 1997.

zwischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft etwas anderes bewirken wird als eine Verlängerung der Industriegesellschaft auf Kosten des Sozialen, der Kinder und der Frauen.

Die Autoren der Studie machen geltend, dass die anhaltend explosive Produktivitätssteigerung im Zuge der industriellen Entwicklung eine neue Theorie des Wirtschaftens erforderlich mache. Mit dem Slogan „Wir sind, was wir produzieren“ reklamieren sie die Zuordnung von Tätigkeiten zum Komplex produktiver Arbeit, die bisher nicht der Wohlstandsmehrung dienen. Sie halten es für wichtig, dem Wert materieller Güter neben der Herstellung auch ihre Nutzung zuzuschlagen. Auf diese Weise wird der Konsument Teil des Produktionsprozesses, anstatt davon vollkommen getrennt zu sein.

### **„Wir sind, was wir produzieren“**

In einem umfassenden, die Marktgrenzen überschreitenden Sinn bestehen Dienstleistungen für den Club of Rome aus einer Reihe von Satellitentätigkeiten im Umfeld der Güterproduktion (Giarini/Liedtke S. 38). Mit dieser Definition schlägt die Studie einen weiten Bogen um die Stolperstelle zwischen produktions- und personenbezogenen Dienstleistungen, an der sich der Diskurs der 70er Jahre über die Perspektiven der postindustriellen Gesellschaft entzündet hatte. Güterferne Dienstleistungen, die zwar bezahlt werden könnten, jedoch in der Regel unbezahlt bleiben, werden von der Studie in eine Kategorie *nichtmonetisierte Tätigkeiten* ausgelagert.

Der Bericht nennt als Beispiel jene „Millionen von Großmüttern und Großvätern, die sich um die Entwicklung und Erziehung der kleinen Kinder kümmern“. Ein weiteres Beispiel sind die „haushälterischen Pflichten, die in der heutigen Welt immer noch von Frauen erledigt werden, doch in fast allen Fällen nicht entlohnt und monetär nicht bewertet sind, obwohl dies möglich wäre“ (ebda S. 149). Einen Begriff der (bezahlten oder unbezahlten) personenbezogenen Dienstleistungen kennt die Studie nicht.

In der Terminologie des Club of Rome tragen auch die nichtmonetisierten Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Pflichten zum gesellschaftlichen Wohlstand bei und verdienen deshalb das Attribut produktiv. Wichtig ist, dass hohe Ausgaben im Bereich professioneller Dienste – z.B. im Kindergarten oder im Krankenhaus – eingespart werden können. Die Studie verweist auf das Beispiel von Familien in Entwicklungsländern, die den Krankenhäusern teures Personal ersparen, indem sie dort die Pflege und Versorgung ihrer Angehörigen in eigene Verantwortung übernehmen (ebda S. 188).

Der Bericht nimmt wahr, dass mit der erweiterten Sicht des Wirtschaftens eine Neubewertung der häuslichen Pflichten von Frauen erforderlich wird. Er setzt sich dafür ein, Erträge von Hausarbeit mit dem Lohn einer Haushälterin zu beziffern und als Beitrag von unbezahlter Arbeit zum Bruttosozialprodukt auf Satellitenkonten zu verbuchen. Allerdings sollen nur solche Tätigkeiten einbezogen werden, die von emotionaler Beziehung unabhängig sind, also auch von einer fremden Person verrichtet werden können. Explizit ausgeschlossen bleiben demnach alle Tätigkeiten, die auf einer persönlichen Beziehung beruhen.

Die australische Autorin Cynthiy A. Wood hat 1997 die höchst widersprüchliche Praxis von Aus- oder Einschluss der Haushaltsarbeit in verschiedene Systeme ökonomischer Begrifflichkeit im Umfeld der VGR untersucht. Sie kommt zu dem Schluss, dass zur Berechnung volkswirtschaftlich relevanter Haushaltsleistungen verwendete Drittpersonenkriterium habe in seiner praktischen Anwendung eher eine Marginalisierung als eine Aufwertung von Haushaltsarbeit zur Folge. Die etablierte Definition produktiver Arbeit sei nachhaltig geprägt von den Merkmalen der Lohnarbeit für die Herstellung materieller Güter. Wesentliches Kennzeichen physischer Warenproduktion sei aber die Trennbarkeit von Person und Produkt.

Die fortbestehenden Widerstände sowohl der Vereinten Nationen als auch zahlreicher Volkswirtschaften gegenüber der Aufnahme von Haushaltsarbeit in die Grundlagen gesellschaftlicher Wohlfahrt charakterisiert für Wood eine Auffassung von Politik, die der Expansion globaler Märkte unverändert größere Bedeutung beimisst als dem Wohlergehen der Bevölkerung. Auf lange Sicht bedeute die postulierte Kommodifizierung wirtschaftlicher Aktivitäten den Ausschluss von personenbezogenen Versorgungstätigkeiten aus dem Arbeitsbegriff. Sie bedauert die zunehmende Marginalisierung von weiblicher Haushaltsarbeit wie z.B. Kinderbetreuung und die Zubereitung von Mahlzeiten im Privathaushalt. Grundsätzlich führt sie das Konzept *Unbezahlte Hausarbeit* auf den Arbeitsbegriff

der Industrieländer zurück. Besonders krass trete seine Untauglichkeit bei der Bewertung der Arbeit von Frauen in ländlichen Regionen des Südens zutage (Wood S. 47-68).

Der Bericht an den Club of Rome versteht sich als Beitrag zur Zukunft der Arbeit i. S. der Sicherung von Beschäftigung bei weiter wachsender Produktivität materieller Produktion. In fast idealtypischer Weise blättert er die Dimensionen einer Betrachtungsweise auf, die der Herstellung von Sachgütern zentrale Bedeutung beimisst. Seine Empfehlungen drücken die Überzeugung aus, dass der Geltungsbereich industriewirtschaftlicher Grundsätze nicht eingeschränkt werden darf, sondern erweitert und neu interpretiert werden muss.

Für die im ökonomischen Verständnis *unproduktiv* tätige (Haus)Frau bedeutet die Umwidmung ihrer *haushälterischen Pflichten* zum Appendix materieller Produktion jedoch die Vereinnahmung ihrer Arbeit für fremde Interessen, solange sie an den Erträgen produktiver Arbeit keinen Anteil hat. Das Ansinnen, „sich selbst zu produzieren“, verdichtet ihre Aufgaben bei gleichzeitiger Ausdünnung ihrer Ressourcen. Noch deutlicher als für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ hat die eigene Erwerbstätigkeit von Frauen für den Club of Rome die Funktion der Entlastung des Industriesystems von Unterhaltskosten für diejenigen, die *nicht arbeiten*.

## Die Zukunft der Arbeit und die *Economy of Care*

Die strategische Ausblendung der Familie und des Lokalen aus der nationalen Ökonomie verdeckt die Tatsache, dass die versorgende und personengebundene Arbeit im industriewirtschaftlichen Konzept nicht nur gestalt- und ressourcenlos geblieben ist, sondern an den Frauen als individuell einzulösende Verpflichtung hängen blieb. Jenseits ihrer Auseinandersetzungen mit Mutterkult und anderen ideologischen Verbrämungen, mit oder ohne Beauftragung durch männliche Haushalter haben die Frauenbewegungen in immer neuen Aufbrüchen versucht, die Situation der (Haus)Frau im Industrialismus zu verstehen, zu deuten, zu akzeptieren oder abzulehnen, sie einzuordnen, zu gestalten, mit Expertise auszustatten, sich mit ihr zu arrangieren oder resigniert das Weite zu suchen.

Die unauflöselichen Ambivalenzen der *sogenannten Reproduktion* schlagen sich in der sinkenden Geburtenrate der Industrieländer ebenso nieder wie in der wachsenden Zahl vernachlässigter Kinder, die auch in den reichen Ländern des Westens ohne stabile Orientierungen aus zerfallenden sozialen Verhältnissen in die unbehaute Welt der Erwachsenen entlassen werden<sup>27</sup>. Der Bericht an den Club of Rome zur Zukunft der Arbeit spiegelt in geradezu klassischer Weise den langsamen Rückzug des männlichen Ernährers aus der Mitverantwortung für die Sicherung des Wohlergehens der Generationen.

Während Marktwirtschaftler und Umweltökonominnen keine Bedenken haben, zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Industriestandorte Wirtschafts- und Sozialpolitik tiefer in ihrem sozialen Umfeld zu verankern, versuchen seit einigen Jahren feministische Ökonominnen vor allem aus dem angelsächsischen Sprachraum, kleinräumige Lebenswelten gegenüber ökonomischen Begehrlichkeiten abzuschirmen. Unter einem übergeordneten Begriff *Care* beleuchten sie Problemfelder wie *care work* und *community care*, *caring about*, *caring for*, *caretaker* bzw. *caregiver* bis hin zur *care economy*. Der Diskurs, der aus vielen Quellen Zustrom erhält, ist im Fluss. Wichtig ist, dass auch die Frauen des Südens seine Positionen nicht nur teilen, sondern durch eigene Beiträge erweitern.

Die *Care*-Diskussion greift jenen Teil des Wirtschaftens auf, den Smith, Marx und andere Theoretiker der Industriewirtschaft als „Restbestand aus der Vergangenheit“ (Arendt S. 81) betrachteten, der aus dem Bereich des Menschlichen schließlich ganz und gar verschwinden würde. Obwohl sie zugunsten des Wohlergehens einzelner Haushaltsmitglieder die harte Schale der industriellen Wirtschaftseinheit aufbrechen, sind die Überlegungen zur *Care economy* dem Diskurs zur Zukunft der Arbeit und des Wirtschaftens zuzuordnen. Indem die Person der/des *caregivers* ins Blickfeld rückt, dehnt sich der ökonomische Betrachtungshorizont auf diejenigen Tätigkeiten aus, die von Aristoteles bis Marx als minderwertig galten und deshalb aus- bzw. abgeblendet

27 Das Institut für soziale Arbeit in Münster schätzt, dass rund 50.000 Kinder in Deutschland als vernachlässigt gelten können. Eine der Ursachen sei der Wegfall der Netzwerke aus Freundinnen und Großmüttern, die überlastete Mütter im Bedarfsfall unterstützen können. Auch die öffentliche Infrastruktur für die Betreuung sei unzulänglich. (die tageszeitung v. 14.08.01, S. 6).

wurden. Fast nebenbei ermöglicht die Standortverschiebung der Betrachterin/des Betrachters auch die Relativierung der Produktivität als Vorgabe für den Umgang mit stofflichen Wirtschaftsgütern und den Vergleich der Wohlfahrtsdimension marktbezogener und außermärklicher Tätigkeiten.

In einer Studie zu neuen Formen gemeindenaher sozialer Arbeit (*community care*) untersucht die Engländerin Gillian Dalley den Wandel der Organisationsformen in der Fürsorge für Bevölkerungsteile, die nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen. Der von ihr verwendete Begriff *care* umfasst in gleicher Weise bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten sowie die Unterstützung von Personen, deren wirtschaftliche Ressourcen zeitweilig oder dauerhaft einen ortsüblichen Standard nicht erreichen. Ihr Augenmerk gilt in besonderer Weise dem vor- bzw. frühindustriellen England im Vergleich mit Zeiten fortgeschrittener Industrialisierung.

Sie zitiert Benjamin Franklin, der wenige Jahre vor der Unabhängigkeit Amerikas anlässlich eines Besuchs in England sein Erstaunen über Qualität und Ausmaß der Fürsorge für diejenigen zum Ausdruck brachte, die auf öffentliche Hilfe angewiesen waren. Nirgendwo werde für Arme, Alte, Kranke so trefflich gesorgt, und zwar nicht nur durch private Wohltätigkeit, sondern auch mittels strenger Besteuerung des Vermögens der Reichen (Dalley S. 103)<sup>28</sup>. Dalley betont, frühe Systeme öffentlicher Fürsorge seien weniger auf Armutsvermeidung ausgerichtet gewesen als auf die Gewähr der Teilhabe bedürftiger Bevölkerungsgruppen am erreichten Wohlstand einer durch Zugehörigkeit geregelten und begrenzten Gesamtheit.

Den Wandel zu einer nicht nur geringeren, sondern auch anonymen Unterstützung von Bedürftigen aus gemeinschaftlichen Quellen kennzeichnet die Autorin mit den Begriffen besitzergreifender (*possessive*) Individualismus und Familismus. Die Herausbildung der bürgerlichen Familie sieht sie ebenso wie die Entfaltung der kapitalistischen Ökonomie eingebettet in die ideologische Überhöhung des Individuums und die puritanische Moral des viktorianischen Zeitalters. Vor diesem Hintergrund habe sich *care* langsam zur Aufgabe der Familie entwickelt, wo sie im familialen Binnenraum den Pflichten der (Haus)Frau zugeschlagen worden sei.

Die Handhabe für diese Verlagerung sieht sie in der Hypothese, einem Mann als Wirtschaftssubjekt und Familienoberhaupt werde man – ggf. unter Subventionierung seiner Erwerbs- bzw. Unterhaltsfähigkeit – neben dem Unterhalt für Frau und Kinder auch die Sorge für weitere Haushaltsangehörige übertragen können<sup>29</sup>. (Haus)Frauen habe man andererseits für dienende und versorgende Aufgaben immer für besonders geeignet gehalten, da biologische Mutterschaft ihnen im Zweifel die Zugänge zur Bedürftigkeit ihrer Mitmenschen öffne. In der Geschichte der Industriegesellschaft seien es immer wieder die Frauen gewesen, die als Reservearmee für soziale Aufgaben der Gemeinschaft in die Pflicht genommen wurden. Sie trugen die Kosten für Einsparungen, die anderen zugute kamen.

Dalley beobachtet eine Entwicklung, die der Familie mehr Leistungen abverlangt als je zuvor, während ihre Leistungsfähigkeit durch Individualisierung und Mobilität vollends zum Erliegen kommt. Ihre Hoffnung richtet sich auf eine Erneuerung der vorindustriell praktizierten Unterstützung auf Gegenseitigkeit, die die industrielle Familie, vor allem jedoch die (Haus)Frau von ihrer Überbürdung befreit.

## **Kommunitarismus: ein Ausweg aus der Krise?**

Zu denen, die der Familie zu Hilfe eilen und gleichzeitig aus ihr neue Kraft schöpfen wollen, gehören die Kommunitaristen. Sie verstehen sich als soziale Bewegung, die auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft mit der Rückbesinnung auf gemeinsame Grundwerte antwortet. Dem Individualismus haben sie ebenso den Kampf angesagt wie den Privilegien einzelner Gruppen, die ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl ihre Partikularinteressen verfolgen.

Die Bewegung entstand in den 80er Jahren in den USA in der Auseinandersetzung mit liberalen Gesellschaftstheorien, insbesondere mit dem 1971 erschienenen Buch „A Theory of Justice“ von John Rawls. In der Tradition der Aufklärung stellt sich Rawls die Entstehung eines Gesellschaftsvertrags, der allen Beteiligten dieselben Chancen gewährt, als Prozess des Aushandelns zwischen Individuen vor (siehe Kersting). Dieser Grund-

28 Franklin und andere Beobachter äußerten allerdings schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts den Verdacht, ein Übermaß an gesellschaftlicher Fürsorge werde der Entstehung von Armut eher Vorschub leisten, als sie zu verhindern.

29 Das Konstrukt der bürgerlichen Familie, das für alle Schichten Gültigkeit beanspruchte, war mit seinen strengen Verhaltensnormen und hohen Anforderungen an Haushaltsführung und Versorgungsleistung für die Mehrheit der Frauen selbst dann nicht lebbar, wenn sie es für erstrebenswert hielten. Für die Arbeiterfrau bedeutete es „eine grausame Ironie“. (Dalley, S. 16).

annahme begegnen die Kommunitaristen mit der Überzeugung, dass Menschen niemals als abstrakte Individuen existieren, die aus einer unbegrenzten Zahl von Möglichkeiten ihre Wahl treffen können.

Vielmehr unterliegen die Einzelnen vielfältigen gesellschaftlichen Einflüssen und Abhängigkeiten, haben soziale Pflichten und Bindungen. Für Kommunitaristen sind Individuen Teil einer Gemeinschaft, die mehr ist als eine Versammlung zu gegenseitigem Nutzen. Die Gemeinschaft, in der die Individuen Mitglieder sind, gilt als eine besondere Einheit, die einen eigenständigen inneren Wert besitzt (Budäus/Grüning S. 17).

Frauen pflegen hellhörig zu werden, wenn nicht das Individuum, sondern eine höherwertige Gemeinschaft zuständig ist für die Normen, denen die Mitglieder der Gruppe folgen sollen. Die kommunitaristische Bewegung hält die Familie sowohl für den zeitlos unanfechtbaren Hort gemeinschaftlichen Lebens als auch für die Keimzelle der Gesellschaft. Gleichwohl besteht die Ehe für Kommunitaristen aus einer Gemeinschaft gleichrangiger Partner (Etzioni S. 238 ff.). Diese zweifellos ernst gemeinte Prämisse relativiert die Widerstände, die dem kommunitaristischen Konzept von Seiten feministischer Gruppen entgegengebracht wird.

Trotzdem ist das Verhältnis feministischer orientierter Forschung zu einer vorschnellen Neukonzeption des alten Verhältnisses von Frauen und Männern eher distanziert. Amitai Etzioni, der in Deutschland bekannteste Vertreter der Bewegung, nimmt auf die Ehe Bezug, um die Unmöglichkeit darzulegen, Rechte und Pflichten in einer Gemeinschaft gegeneinander aufzurechnen (ebda S. 240). Diese Meinung ist ebenso plausibel wie dazu angetan, bestehende (Miss- bzw. Macht)Verhältnisse zu rechtfertigen. Der Kommunitarismus bleibt den Nachweis schuldig, dass eine als Netzwerk von Gemeinschaften gedachte Gemeinschaft (ebda S. 179) in der Lage ist, die nötigen Spielräume für institutionelle Veränderungen zuzulassen, die der ökonomischen Entwicklung Rechnung tragen.

Eine als Werte-Gemeinschaft definierte Gesellschaft tut sich schwer, die krisenhaften Schwierigkeiten der Familien und des Gemeinwesens anders zu interpretieren denn als Werteverfall. Kritiker des Kommunitarismus werfen der Bewegung vor, sie wähne sich in einer Ökonomie des Überflusses und des immerwährenden wirtschaftlichen Aufschwungs, in der moralische Werte im Vordergrund stehen und „technische“ Effizienz nur eine untergeordnete Rolle spiele (Budäus/Grüning S. 43). Ihre Ökonomiefeindlichkeit erschwere die Wahrnehmung ökonomischer Aspekte des Gemeinwohls und verhindere den adäquaten Umgang mit Trittbrettfahrern, die an den Erträgen der Gemeinschaft partizipieren, ohne zu ihrem Gelingen beizutragen (ebda S. 73).

Obwohl das Krisenszenario kommunitaristischer Verfasser mit demjenigen des UNDP-Berichts zur menschlichen Entwicklung 1999 (siehe S. 22) in vielen Aussagen fast identisch ist, lässt sich die Rückbindung der Individuen in die Gemeinschaft der Familie aus Frauensicht gewiss nicht als Königsweg in eine menschlichere Zukunft interpretieren. Ist die kommunitaristische Familie – Ehescheidungen möchte man erschweren – als Personengruppe anzusehen, oder verbirgt sich hinter moderner Rhetorik die weltweit institutionalisierte Gepflogenheit, zwischen männlichem Haushalter und seinen Angehörigen moralisch, ökonomisch, philosophisch und politisch – bis hinein in die Menschenrechte<sup>30</sup> – keine Unterscheidung zu treffen? Wie stellen sich Kommunitaristen die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern vor?

30 Mit dem Slogan „Frauenrechte sind Menschenrechte“ haben internationale Frauenbewegungen vor allem im Umfeld der UN-Konferenzen der 90er Jahre darauf hingewiesen, dass das Menschenrechtskonzept der Vereinten Nationen die Lebensrealität von Frauen nur unzureichend erfasst, obwohl die 1948 verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte jede „Unterscheidung nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache...“ ausschließt. Tradition, Vorurteil, soziales, ökonomisches und politisches Interesse sorgen auch in der Welt der Menschenrechte für die Marginalisierung von Frauen und machen es ihnen schwer, für erlittene Menschenrechtsverletzungen Wiedergutmachung zu verlangen. Dazu trägt nicht unerheblich bei, dass sich das Interesse der Menschenrechtsorganisationen in der bisherigen Praxis auf den öffentlichen Raum konzentriert bzw. beschränkt (Bunch/Frost S. 2). Am Rande der Menschenrechtskonferenz der UN in Wien 1993 haben Frauen deshalb ein Welttribunal veranstaltet und neben Kriegsverbrechen an Frauen zum ersten Mal auch familiäre Gewalt als Menschenrechtsverletzung thematisiert. Der familiäre Binnenraum bleibt in allen Menschenrechtsdeklarationen weitgehend ausgespart. Selbst die 1979 verabschiedete Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) erhebt nicht den Anspruch, die Nachrangigkeit der Privatsphäre aufzuheben. Die nationalen Rechtsnormen zum Schutz des Privatlebens und der Familie bedeuten deshalb nach wie vor Rechtsunsicherheit für Frauen auch in supranationalen Zusammenhängen.

Das Vakuum, in dem Frauen sich befinden, verdeutlicht der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ von 1966, der z.B. die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen zum Menschenrecht erklärt. Nach Art. 11 hat wirtschaftliche Rechte jeder „für sich und seine Familie“. Schutzrechte für Frauen sind in diesem Pakt randständig, vor allem hat niemand daran gedacht, weibliche „Familienpflichten“ in irgend einer Weise einzugrenzen oder aus ihnen wenigstens Unterhaltsansprüche abzuleiten. Während Männern eine unbezahlte Arbeitskraft zugestanden wird, bleiben Frauen grundsätzlich auf Selbstversorgung und Eigenverantwortung angewiesen.

Auch die Sozialcharta des Europarats, die 1996 überarbeitet und an neue Entwicklungen angepasst worden ist, hat das traditionelle Bekenntnis zur sozialen Verantwortung für Arbeitnehmer und ihre Familien unverändert übernommen (Stiefel 2/1998, S. 4).

Das kommunitaristische Modell erhielt in seinem Ursprungsland USA nicht nur bei Konservativen Zustimmung – selbst Hillary Clinton soll sich dafür begeistert haben. Auch in Europa erscheint es für Viele attraktiv, die soziale Aufgaben im Sinne von Subsidiarität zurücknehmen wollen in die Zuständigkeit der kleineren Gemeinschaft. Die Hoffnung, die Zivilgesellschaft werde sich verstärkt an der Erbringung öffentlicher Leistungen beteiligen (können), nährt sich mehr oder weniger bewusst aus kommunitaristischen Vorstellungen. Ihnen liegt die Erwartung zugrunde, Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft lasse sich als Träger sozialer Dienste reaktivieren, d.h. unter veränderten Vorzeichen mit neuen Aufgaben betrauen.

Feministische ÖkonomInnen sind nur sehr bedingt bereit, soziale Zerfallserscheinungen der Erosion gemeinschaftsbezogener Werte zuzuschreiben. Viel eher sehen und analysieren sie gesellschaftliche Strukturen und ökonomische Entwicklungen, die uneigennütziges Handeln bestrafen, statt dazu zu ermutigen. Betroffen sind in erster Linie Frauen, die Kraft und Zeit in familiäre und gemeindebezogene Tätigkeiten investieren. Sie bezahlen ihr Engagement mit Einkommensarmut, finanzieller Abhängigkeit, dem Verlust ihrer beruflichen Qualifikation und der Minderung ihres Selbstwertgefühls.

## **Frauen und soziale Gerechtigkeit in liberaler Perspektive**

Diese Erfahrung prägt nicht nur die Auseinandersetzung feministischer Forschung mit dem Kommunitarismus, sondern ebenso diejenige mit den liberalen Theorien von John Rawls.

Der Gesellschaftsvertrag von Rawls ist auf die Betrachtung des öffentlichen Raums beschränkt, zur Diskussion stehen die Rechte und Pflichten von Männern und Frauen als BürgerInnen des Gemeinwesens. Die Familie, insbesondere die Arbeitsteilung im Binnenraum des Haushalts gehören für Rawls nicht in den Bereich, der zur Verhandlung steht. Die auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehung verheirateter Partner vollzieht sich für ihn in einem Raum, der nicht mit derselben Elle vermessen werden kann wie die Sphäre der auf Gerechtigkeit und sozialer Gleichheit beruhenden Gesellschaft.

Frauen haben Rawls vorgeworfen, sein Denkhorizont decke sich mit der Lebensrealität eines erwachsenen männlichen Mittelschichtsangehörigen mit christlichem Hintergrund und heterosexueller Orientierung, der die aus seiner Kindheit stammende Erfahrung physischer Hilflosigkeit und emotionaler Abhängigkeit verdrängt hat. Sie machen geltend, dass sich der Staat in allen Gesellschaften des Instruments der Familie bedient, um z.B. Fragen des Eigentums und der ökonomischen Beziehungen zwischen den Mitgliedern, aber auch zwischen den Generationen zu regeln. Sowohl Frauen als auch Kinder sind zur Sicherung ihrer materiellen Existenz weitgehend auf die Familie verwiesen. Es sei deshalb unzulässig, lediglich den – in aller Regel männlichen – Familienvorstand in der öffentlichen Sphäre zu platzieren und in den Gesellschaftsvertrag einzubeziehen.

In ihrer großen Mehrzahl geben feministische ForscherInnen der auf das Individuum bezogenen Theorie von Rawls den Vorzug vor kommunitaristischen Ideen, wenn es darum geht, das Verhältnis von Familie und Gesellschaft in einen zeitgemäßen Rahmen einzupassen. Allerdings legen sie Wert darauf, den Grenzverlauf zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich zu korrigieren. Die Allzuständigkeit des *männlichen Haushaltsvorstands* (Hervorhebung E.S.) für die Familie ist überholt; für Männer und Frauen ist ökonomische Eigenständigkeit ein selbstverständlicher Anspruch. Daneben ist das Recht der Kinder auf Betreuung, Ernährung und Ausbildung durch geeignete Regularien vom Staat zu gewährleisten.

Die Partnerwahl bleibt in diesem Modell ebenso Privatsache wie die Option für eine bestimmte Form gemeinschaftlichen Wirtschaftens und das Zusammenleben in einem gemeinsamen Haushalt. Dagegen ist die Arbeitswelt gefordert, Frauen und Männern die Möglichkeit zu geben, ihre Zeit zwischen Beruf und Familie aufzuteilen: Kinder brauchen die Liebe und Fürsorge beider Eltern. Es ist das Lebensrecht der nächsten Generation, das der Freiheit der Erwachsenen beiderlei Geschlechts normative Grenzen setzt (Bojer). Die Norwegerin Hilde Bojer betrachtet Männer und Frauen als *free-rider*, deren Lebensstil die Bedingungen einer kindbewussten Gesellschaft missachtet.





## VI. Konturen einer neuen Wirtschaftsweise

### Der Weg in die Zukunft führt geradeaus

Weder die ökonomisch und moralisch höchst diffuse Familie noch das Familienoberhaupt als Repräsentant der Seinen, sondern diejenigen (Frauen und Männer) sind als Subjekte zukunfts-fähigen Handelns anzusehen, die Gemeinschaft aktiv pflegen und sich für ihre Belange engagieren. Statt des Haushalts als kleinster Einheit des Wirtschaftens rücken damit *Personen* ins Blickfeld, ihre Rechte und Pflichten, ihre Arbeit, ihre Ressourcen und die Verhältnisse, in denen sie leben. Unversehens differenziert sich die *produzierende Gesellschaft der männlichen Haushalter* in ein Gemeinwesen aus, das bevölkert ist von Menschen aller Altersstufen, deren Lebensbedürfnisse sich der ökonomischen Randkategorie Konsum in keiner Weise unterordnen lassen.

Lujo Brentano, ein Vertreter des Historismus unter den deutschen Ökonomen, hat vor fast 100 Jahren Entwicklungen heraufziehen sehen, die der großen Mehrheit seiner Fachkollegen verborgen bleiben mussten. Sein Anliegen war nicht die Analyse der Bedingungen, unter denen sich möglichst effizient eine möglichst große Gütermenge hervorbringen lässt. Als Sozialökonom fragte er in einem sehr modernen Sinn nach den Bedingungen des Wohlergehens einer größeren Gemeinschaft bei tendenziell wachsender Autonomie ihrer Mitglieder.

Sehr frühzeitig (er lebte von 1844 bis 1931) hat er auf die Bedeutung der sozialen Ziele des Wirtschaftens für die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Generationen hingewiesen. Er betonte immer wieder den Systemcharakter der sozialen Ordnung und die Notwendigkeit, „Korrelatverhältnisse“ zwischen Einrichtungen, Gesetzen und Sitten zu begreifen. Die ökonomische Klassik und Neoklassik sah er geprägt von dem Streben des bürgerlichen Individuums nach dem größtmöglichen Gewinn. Seine Kritik am ökonomischen Mainstream stützt er mit der These, dass in verschiedenen Zeiten und Klassen die Beziehungen der Einzelnen zueinander von ganz unterschiedlichen Prinzipien geregelt gewesen und folgerichtig auch gestaltbar sind.

Er warnt davor, sich von der Einfachheit der Theorien blenden zu lassen, die das Individuum als abstrakten Menschen im luftleeren Raum vor Augen haben und „lustwandelnd durch Deduktion aus wenigen allgemeinen Sätzen ewige Gesetze zu entdecken“ glauben (Brentano S. 5). Eine realistische Betrachtungsweise lasse erkennen, dass der wirtschaftende Mensch zu allen Zeiten Teil einer gemeinsam wirtschaftenden Gruppe gewesen sei, die sich durch die „Einheit der Tätigkeit, des Erwerbes, des Bedürfnisses, dem dieser Erwerb dient, des Besitzes, der Haftung“ (ebda S. XI) ausgezeichnet habe. Die Beziehungen der Angehörigen der jeweiligen Wirtschaftseinheit seien durch Autorität und Herkommen geregelt, während erst der Verkehr der Wirtschaftseinheiten untereinander der Mehrung materiellen Wohlstands durch Wettbewerb und Vorteilsnahme diene. Die inneren Beziehungen der vorindustriellen Wirtschaftseinheit beschreibt Brentano mit dem Begriff *Familienkommunismus*.

Jede Wirtschaftseinheit strebt allen anderen gegenüber nach dem Besitz einer unbegrenzten Gütermenge. Allmählich entstanden immer größere Wirtschaftseinheiten von der Hausgemeinschaft über die Geschlechter, Zünfte, Genossenschaften, Kommunen u.a. bis zur Volkswirtschaft (ebda S. 264 ff.). Die Vervielfältigung und Verdichtung des Handels lässt die ursprünglich größeren Einheiten wieder schrumpfen und spaltet sie in immer kleinere Einheiten auf, bis endlich fast jeder Einzelne eine selbständige Wirtschaftseinheit bildet. Mit allem Nachdruck hält Brentano dem zeitgenössischen ökonomischen Diskurs entgegen, das Individuum stehe nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung.

Nahezu 80 Jahre nach Erscheinen seines Buchs besitzt die Theorie dieses fast vergessenen Autors eine verblüffende Aktualität. Schon am Anfang des 20. Jahrhunderts konstatiert er, die Auflösung der auf gegenseitiger Verpflichtung wirtschaftenden Gemeinschaften mache auch vor der Familie nicht Halt. Sehr anschaulich beschreibt er die Dialektik der Individualisierung der Familienmitglieder im familialen Binnenraum. Frau und Kinder erwerben gegenüber dem Gatten und Vater wachsende Eigenständigkeit.

„Mit anderen Worten: auch innerhalb der einzelnen Familie gelangt die Individualität von Frau und Kindern in wirtschaftlicher wie in persönlicher Beziehung zu einer wachsenden Anerkennung; von dem alten Familienkommunismus ist nichts als eine magere Unterhaltungspflicht zwischen Mann und Frau und Aszendenten und Deszendenten geblieben“ (ebda S. 281). Es obliege dem Staat, diesen Emanzipationsprozess zu schützen und zu stützen.

## Unzulänglichkeiten und Zerfallerscheinungen

Brentano fühlte sich nicht in erster Linie als Anwalt der Gleichheit der Geschlechter, obwohl die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern nicht erst nach dem 2. Weltkrieg erfolgt wäre, wenn man ihn Ernst genommen hätte. Als Ökonom, der sich Gedanken machte über sozialen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit, markierte er die Anschlussstelle für ein Konzept des Wirtschaftens jenseits des verblasenden *Familienkommunismus in der Zuständigkeit eines männlichen Haushalters*. Für einen kurzen Augenblick erschienen die Umrisse eines Gemeinwesens am Horizont der Fachdisziplin, dessen Ordnung sich auf die gleichen Rechten und Pflichten weiblicher oder männlicher Individuen hätte berufen können. Es lag nicht allzu fern, eine Brücke zu bauen zwischen ökonomischen und sozialen bzw. außerökonomischen Feldern wirtschaftlichen Handelns.

Der Autor selber baute diese Brücke nicht, und obwohl er von heftigem Gelehrtenstreit berichtet, fand sich kein Kollege oder Schüler, der in seiner Nachfolge der Fachdisziplin neue Denkwege erschlossen hätte. Vielleicht war an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Zeit noch nicht reif für eine Öffnung des Wirtschaftens für andere Aufgaben als die Schaffung von Sachwerten. Es wäre einem Umsturz gleichgekommen, hätte man über eine Gesellschaft nachdenken wollen, die auf das abstrakte (männliche) Individuum als Warenproduzent und Darsteller der Haus- bzw. Familiengemeinschaft zu verzichten bereit gewesen wäre.

Vieles deutet darauf hin, dass es vor allem das Geschlechterverhältnis ist, das auch hundert Jahre später der Hinwendung zu einer anderen Wirtschaftsweise mit widerständigem Beharren Grenzen setzt. Doch die Prinzipien, die Brentano aufgezeigt hat, eignen sich als Instrument, um Versäumtes nachzuholen. Wenn beide Ehepartner mit ihren individuellen Aufgaben als Subjekte des Wirtschaftens zu gelten haben, büßt das alte System seine Ordnungsfunktion ein. Solange sich die (Haus)Frau mit ihrer ganzen Existenz zu den *Seinen* rechnen durfte, trug sie nicht nur seinen Namen und lebte von dem ihm zugeschriebenen Geld, sondern partizipierte auch an seinem sozialen Status. Ohne diese Zuordnung benötigt sie eine eigene gesellschaftliche Identität und ein ihr persönlich zugeordnetes (Geld)Einkommen. Ganz neu definiert werden muss allerdings der Ordnungsrahmen für das gesicherte Aufwachsen von Kindern.

Die scheinbar monolithische Geschlossenheit der Marktökonomie bröckelt, wenn Frauen ökonomisch nicht länger als Haushaltsangehörige, sondern als Individuen in Erscheinung treten. Familienarbeit lässt sich nicht mehr als schier unerschöpfliche Ressource betrachten und das Erwerbseinkommen von Ehefrauen hat einen anderen Charakter als den des Zuverdiensts. Wenn unbezahlte Arbeit als ökonomisch bedeutsam wahrgenommen wird, verliert sogar die Armutgefährdung der Familie mit Kindern (BMA/Armutbericht) den Anstrich des Zufälligen und politisch Unvorhersehbaren. Nicht nur ökonomische, sondern auch sozialstaatliche Systemzusammenhänge brechen auf und suchen nach neuer Formation.

Selbst auf dem Denkhintergrund männlicher Haushalter ist oft schwer verständlich, wie kurzschlüssig Wirtschafts-, Sozial-, Familien- und Migrationspolitik den Geburtenrückgang der Industrieländer zu bewältigen versuchen. Aber auch Begriffe wie *Humanvermögen*, *Sozialkapital*, *Humankapital* bleiben ungenau und verschwommen, solange ein grenzüberschreitendes Konzept des Wirtschaftens fehlt. Humanvermögen, wie es der 5. Familienbericht in die öffentliche Diskussion gebracht hat, entsteht innerhalb und außerhalb der Marktsphäre, vor allem jedoch aus den lebendigen Beziehungen und der gegenseitigen Fürsorge in der Familie. Es beinhaltet Kompetenzen der Lebensbewältigung bis hin zur Fähigkeit, den Anforderungen von Erwerbsarbeit flexibel zu entsprechen.

## Ansätze für ein anderes Modell

Neben feministischen Ökonominnen fordern vor allem Sozial- und FamilienpolitikerInnen, bei der Erarbeitung zukunftsfähiger Politikkonzepte die Verwobenheit des industriellen Wirtschaftsmodells mit der ihm zugeordneten Familie nicht außer Acht zu lassen. Hans Bertram warnt davor, sich im Hinblick auf den Übergang zu einer flexiblen Dienstleistungsgesellschaft auf die Analyse der „hoch arbeitsteiligen, technik- und güterproduktionsorientierten Industriegesellschaft“ zu beschränken. Eine zu enge Betrachtung verkenne die Strukturprobleme, die sich aus tiefgreifenden Veränderungen ergeben werden (Bertram S. 61).

Mit dem Blick auf die USA schlägt er vor, die Folgen der ökonomischen Entwicklung durch neue Formen gesellschaftlicher Solidarität zu kompensieren. Durch unterstützende Nachbarschaften und Communities sollen die Familien die Möglichkeit erhalten, für die Individuen und Kinder Verantwortung zu übernehmen und das Vertrauen in die Gemeinschaft zu stärken (ebda S. 62)<sup>31</sup>. Als wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des Wandels von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft sieht Bertram die Integration qualifizierter Frauen in das Erwerbsleben.

Eine deutlichere Abkehr von der industriellen Wirtschaftsordnung vollzieht die Familiensoziologin Uta Meier, die das Zeitalter des Ökonomismus hinter sich lassen will. Sie sieht, dass auch ein erweiterter Blickwinkel nicht davor bewahrt, die Grenzen des ökonomischen Terrains zu respektieren. Als markantes Beispiel benennt sie das Konzept des Humankapitals, das trotz seiner humanistischen Begrifflichkeit nur diejenigen Fähigkeiten erfasst, die in formalen Bildungsprozessen erworben werden und auf dem Arbeitsmarkt verwertbar sind.

Bei diesem Konzept bleiben diejenigen Kompetenzen ausgeblendet, die in der Familie vermittelt werden und keinen definierbaren Bezug zum Arbeitsmarkt haben. Meier zitiert Pierre Bourdieu, der davon ausgeht, dass die wirksamsten Erziehungs- und Bildungsinvestitionen von der Familie geleistet werden und die Arbeitszeit der Mutter kosten (Meier S. 49 f).

Sie rechnet aus, dass sich eine Frau mit Hochschulabschluss, die nach der Geburt eines Kindes eine 10-jährige Familienpause absolviert, einen Einkommensverlust von DM 540.000 einhandelt. Auch für eine Frau mit Hauptschulabschluss bleibt die Einbuße gravierend, zumal ihre Chancen auf verlässliche Unterhaltssicherung durch einen Mann in der Regel erheblich geringer sind. Als Erzieherinnen ihrer Kinder sind Frauen und Mütter Mitproduzentinnen des Humanvermögens der Gesellschaft und erwerben über diese Rolle Anerkennung als eigenständige Subjekte des Wirtschaftens.

Meier stützt sich auf mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Behandlung der Familienleistung im Steuer- und Sozialsystem. In seinem Urteil vom 10.11.1998 hat das höchste Gericht den Betreuungsbedarf eines Kindes als Bestandteil seines Existenzminimums anerkannt, auch wenn diese Betreuung durch die eigenen Eltern erfolgt. Diese Sicht durchbricht die steuerrechtliche Schallmauer zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit und verselbständigt die Leistung des erziehenden Elternteils. Meier sieht in der Integration von Erwerbs- und Erziehungsarbeit die wesentliche Herausforderung eines zukunftsweisenden Arbeitskonzepts. Sie fordert eine Politikgestaltung, die es Männern und Frauen in gleicher Weise ermöglicht, „sich sowohl in Ausbildung und Beruf, für Familie und Gemeinwesen zu engagieren, aber auch Zeit für Kommunikation und für politische Partizipation zu haben“ (ebda S. 56 ff.).

Eines der wesentlichen Merkmale der aktuellen Diskussion zur unbezahlten Tätigkeit ist der allgegenwärtige Vergleich mit der Möglichkeit, die verausgabte Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren. Gegenüber der Hausarbeitsdebatte der Frauenbewegung bringt dieser Wandel einerseits das gestiegene weibliche Selbstbewusstsein, andererseits den erreichten Zuwachs an Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck. Darüber hinaus manifestiert er den Anspruch der Frauen, keine Nachteile zu erleiden, wenn sie Versorgungsarbeit leisten.

31 Bertram nimmt Bezug auf den von Wirtschaftsmanagern, Wissenschaftlern und politisch Verantwortlichen auf dem Hintergrund kommunitaristischer Vorstellungen verfassten Report „Silicon Valley 2010“. Die Autoren sind der Überzeugung, dass der ökonomische Erfolg des Silicon Valley von einer nachhaltigen Entwicklung im sozialen und im Bildungsbereich abhängig sein wird. Der Begriff sozial ist für sie allerdings nicht gleichbedeutend mit der Entwicklung neuer Instrumente der Sozialpolitik, sondern verweist auf die Notwendigkeit, soziale Netzwerke zu knüpfen.

Mascha Madörin nennt die soziale Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen eine gigantische Einkommens-Umverteilungsmaschine und stellt Berechnungen auf, dass Männer 35 % ihres Lohnes abgeben müssten, wenn es eine Verpflichtung zur gerechten Verteilung der Gratisarbeit gäbe (Madörin S. 89). Auch sie argumentiert auf dem Hintergrund der Vorstellung, dass Männer und Frauen sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Familie dieselben Rechte und Pflichten haben sollten.

Mit fortschreitender Individualisierung betrachten Frauen es als selbstverständlich, auch dann über eigenes Geld zu verfügen, wenn sie Familienarbeit leisten. Daneben wollen sie sicher sein, dass ihr Erwerbseinkommen nicht als Zuverdienst zum Einkommen ihres Partners gewertet wird. Es fehlt ihnen das Verständnis dafür, dass personenbezogene Tätigkeiten an ihrer „Produktivität“ gemessen und deshalb schlechter bezahlt werden als Arbeit, die der Herstellung von Sachgütern dient. Last not least: auch allein erziehende Mütter erheben Anspruch darauf, mit ihren Kindern ein ganz normales Leben führen zu können.

## Konzepte der Neuverteilung von Ressourcen

Um die Familienorientierung der Bevölkerung zu stärken und die materiellen Grundlagen unbezahlter Versorgungsarbeit zu verbessern sind im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche Modelle entwickelt worden, die den Ernährerhaushalt alter Prägung und damit die Strukturen der Industriegesellschaft zu überwinden trachten<sup>32</sup>. Sie setzen neue Maßstäbe für zukunftsorientiertes politisches Handeln, doch ist es bisher nicht gelungen, das Geschlechterverhältnis nachhaltig zu modernisieren.

Die US-amerikanische Ökonomin Eileen Trzcinski hat sich in einer Studie mit den Besonderheiten der deutschen Frauen- und Familienpolitik auseinandergesetzt. Als Außenstehende registriert sie mit verwunderter Anerkennung Strukturelemente, die der sozialstaatlich geschützten Freistellung von Müttern für Familienaufgaben gewidmet sind. Dagegen begegnet sie Strategien mit Vorbehalt, die sich auf die gleichgewichtige Beteiligung von Vätern an der Erziehungsarbeit berufen. Auch im internationalen Maßstab seien Versuche, Männern die aktive Beteiligung an der Arbeit des Alltags schmackhaft zu machen, bisher ohne substantielles Resultat geblieben (Trzcinski S. 39).

Trzcinski kann gleichwohl nicht umhin wahrzunehmen, dass die deutsche Frauen- und Familienpolitik von jeher in sich widersprüchlich war. Bis heute bietet man den Frauen Optionen an, die sich auf (Teilzeit)Berufstätigkeit und teilzeitige Betreuungsangebote stützen. Ziel sei, die Parallelität von Beruf und Familie nicht zu beeinträchtigen. Die Beurteilung dieses Modells hält sie für schwierig: es lasse sich ebenso als Alptraum interpretieren wie als echte Alternative zur Marktorientierung der USA, aber auch zu den sozialdemokratischen Konzepten Nordeuropas. Vielleicht sei das deutsche Modell Ausfluss patriarchalen Beharrens, doch lasse es sich ebenso als Einfallstor für eine familienfreundlichere Organisation der Arbeitswelt nutzen, wie sie z.B. von der OECD empfohlen werde (ebda S. 41).

Eine Strategie, die ohne eine tiefschürfende Revision vorhandener Strukturen Berufs- und Familienorientierung der Frauen zu einer lebhaften Identität verflechten will, könnte verantwortlich sein für die zögernde deutsche Rezeption der mittlerweile umfangreichen internationalen Literatur zum Thema *Care/Fürsorge*. Feministisch motiviertes Nachdenken über Wirtschaftsfragen weiß sich dem Grundsatz der Frauenforschung verpflichtet, Antworten zu finden auf die von Frauen gestellten Fragen. Eine drängende Herausforderung ist die Notwendigkeit, mit den Erträgen der rastlos und immer schneller produzierenden Volkswirtschaften nicht nur den Konsum zu steigern und neue Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, sondern neben oder außerhalb der Geldwirtschaft die Freiräume zu erhalten für das Aufwachsen der nächsten Generation<sup>33</sup>.

32 Ungeachtet eines Postulats der *Wahlfreiheit* (für Frauen) geht moderne Familienpolitik grundsätzlich davon aus, dass auch verheiratete Frauen und Mütter ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten. Mehr oder weniger substantielle Zugeständnisse aus staatlichen Kassen während der *Familienphase* lassen sich jedoch mindestens in demselben Ausmaß als Unterhaltszuschuss wie als Lohnersatz interpretieren. Sie fungieren ebenso als Entlastung der *Familienbezugsperson* wie als Baustein zur finanziellen Eigenständigkeit von Frauen, die Familienarbeit leisten. Andererseits haben sie das Bewusstsein dafür geschärft, dass tragfähige Alternativen zur konsequenten Individualisierung von Frauen nicht sichtbar sind.

33 In welcher Weise öffentliche und private Haushalte diese Aufgabe zu bewältigen versuchen, hängt weitgehend von den gewachsenen Strukturen der jeweiligen nationalen Ökonomien, der kulturellen Hintergründe und religiösen Überzeugungen ab. In ihrem Buch „Who pays for the kids?“ ist Nancy Folbre Ursprünge und Wirkungsweisen verschiedener Systeme in USA, Westeuropa und Lateinamerika nachgegangen.

## Die Parallelität wirtschaftlicher Tätigkeiten

Die australische Ökonomin Susan Donath ist der Überzeugung, dass es ohne einen deutlichen Kurswechsel nicht gelingen wird, die Kinderfrage in zufrieden stellender Weise in das Modell des ökonomischen Mainstreams zu integrieren, dessen zentrales Interesse der Sachgüterproduktion und dem globalen Warenaustausch gewidmet ist. Sie schlägt vor, von zwei Wirtschaftsbereichen auszugehen, die gleichgewichtig nebeneinander stehen. Neben der Marktökonomie existiert „die andere Ökonomie“ (*the other economy*), die sich mit der Entstehung und Aufrechterhaltung menschlichen Lebens befasst.

Sie durchdringt die Güterproduktion, ist jedoch keineswegs mit ihr identisch, sondern ein Bereich *sui generis*. Grundlage ihrer Bestandskraft ist die Selbstsorge (*self care*) von Erwachsenen und Kindern, doch investieren Frauen mit ihrer unbezahlten Arbeit in erheblichem Umfang eigene Ressourcen nicht nur in das Heranwachsen der nächsten Generation, sondern auch in die Lebensführung von Männern.

Donath macht geltend, der Arbeitsbegriff des ökonomischen Mainstreams blockiere nicht nur die angemessene Bezahlung von personennahen Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, sondern beeinträchtige alle Bereiche der personalintensiven Daseinsvorsorge von der familialen Kindererziehung bis hin zu bedarfsgerechten Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Auch sie sieht das Auseinanderklaffen der Produktivitätsgewinne in den güter- bzw. in den personenbezogenen ökonomischen Sektoren und bezieht sich auf den von William Baumol eingeführten Begriff der Kostenkrankheit von Tätigkeiten, die sich nicht beschleunigen lassen.

Es ist für sie selbstverständlich, dass die für bezahlte Dienstleistungen geltende Gesetzmäßigkeit bruchlos auch für unbezahlte Versorgungsarbeit gilt. Eine Einzelperson könne nur für eine begrenzte Kinderzahl Verantwortung übernehmen. Werde diese Zahl überschritten, resultiere daraus nicht ein Produktivitätsgewinn, sondern ein Qualitätsverlust ihrer Arbeit (Donath S. 118).

Für den gender-bewussten Diskurs über eine menschenfreundlichere Wirtschaftsweise ist das Spannungsverhältnis zwischen der Produktion von Sachgütern und dem Bedarf an persönlichen Dienstleistungen der Hebel, der die Tür des „eisernen Käfigs“ des industriewirtschaftlichen Modells einen Spaltbreit öffnen kann, ohne dass der Zugewinn an Freiheit schon deutliche Konturen hat. Donath berichtet über eine Studie zu den Zeitnöten amerikanischer Eltern, die sich einredeten, ihre eigenen und die Ansprüche ihrer Kinder auf emotionale Unterstützung, auf Zuwendung, Verständnis, Fürsorge und Lebensfreude seien überzogen.

Sie rechtfertigten damit die Notwendigkeit, immer mehr Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren, um ein halbwegs auskömmliches Leben führen zu können. Donath macht geltend, ohne politische Intervention seien vor allem Haushalte mit geringem Einkommen nicht mehr in der Lage, in angemessener Weise Familienaufgaben zu erfüllen. Sie meint, *Care* dürfe in keinem Fall dem Markt überlassen, sondern müsse im Interesse von Eltern und Kindern vom Staat unterstützt werden (ebda S. 119).

Die postindustrielle Gesellschaft muss sich auf die Vielfalt unterschiedlicher Bedürfnisse und auf die Vielfalt der Möglichkeiten beziehen, diese zu befriedigen. Neben Geld i.S. von Kaufkraft ist eigene, frei verfügbare Zeit gerade für Frauen eine der wichtigsten Ressourcen. Vielleicht hatten die mittelalterlichen Kirchenväter Recht, wenn sie die engen Grenzen der auf Unterhaltssicherung bedachten Wirtschaftsweise damit rechtfertigten, dass der Gewinn der einen für andere Verlust bedeutet. Die Produktivität der Industriewirtschaft droht, jener zweiten Ökonomie den Boden zu entziehen, ohne die Frauen und Kinder und mit ihnen die ganze Menschheit keine Zukunft haben.

## Entgrenzungen – Frauen des Südens drängen auf eine neue Ordnung

Besorgte Beobachter mahnten vor einem Vierteljahrhundert die Grenzen der Tragfähigkeit des Ökosystems an und warnten davor, das Wirtschaftswachstum weiter zu forcieren. Vor allem die Frauen des Südens haben in der Folgezeit immer wieder darauf hingewiesen, dass ökologische Probleme nicht isoliert betrachtet werden dürfen, sondern in ihrer Verknüpfung mit den Armutsrissen und der Arbeitsüberlastung von Frauen gesehen werden müssen. Sie forderten die Schaffung neuer Parameter jenseits der Volkswirtschaft-

lichen Gesamtrechnung und eine Hinwendung zu Entwicklungsstrategien, die sich auf qualitative Indikatoren stützen. 1991 lehnten sie im Frauen-Aktions-Plan 21 die Quantifizierung der Umwelt und die Kommerzialisierung der „freien Geschenke der Natur“ kategorisch ab und forderten Studien über den Zeitaufwand von Frauen für Haushalt, Heimarbeit, Subsistenzlandwirtschaft, Kinder- und Altenpflege sowie für freiwillige Gemeindefarbeit.

Nicht zuletzt verlangten sie mehr Macht und die volle und gleichberechtigte Beteiligung an Regierungen und Entscheidungsgremien, bei der Umsetzung neuer Strategien und in Fragen der Ausgabenpolitik auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene. Im Vorfeld des Erdgipfels von Rio de Janeiro formulierte in Miami der Weltfrauenkongress für einen gesunden Planeten 1991 in aller Schärfe Kritik am industriewirtschaftlichen Ökonomiemodell aus Frauensicht, die wesentlich weiter reichte als etwa die Zielperspektiven der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Sie brachten damit zum Ausdruck, dass die formale Gleichberechtigung von Frauen und Männern, d.h. die Nichtdiskriminierung in bestehenden Strukturen, die Probleme der Frauen nicht lösen würde (Women's Action Agenda 21).

Es mag nicht verwundern, dass die weit reichenden Forderungen des Frauenkongresses nicht in vollem Umfang Eingang fanden in das Abschlussdokument von Rio de Janeiro. Auch der Erdgipfel 1992 – wie alle UN-Konferenzen der 90er Jahre – bekannte sich zur grenzenlosen Freiheit weltweiter Warenmärkte. Das den Frauen gewidmete Kapitel 24 der Agenda 21 kündigt Bemühungen an, die Rolle der Frauen in die auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Programme und Entscheidungen der Vereinten Nationen einzubinden.

Auch eine stärkere Beteiligung an Entscheidungsprozessen wird ihnen in Aussicht gestellt. Doch nirgendwo findet sich ein Hinweis auf die Notwendigkeit, Frauenaufgaben durch konkrete Maßnahmen zu unterstützen. Auch nicht von ferne wird eine Ahnung spürbar, dass eine weitere Ausdehnung und Verdichtung der Warenmärkte die Probleme von Frauen und Kindern weiter verschärfen könnte.

Im Vorfeld von Rio + 10 arbeiten Frauen in allen Kontinenten an einem Entwurf des Frauen-Aktions-Plans 2002 für die Konferenz in Johannesburg. Der Rückblick ermutigt nicht dazu, mit Zuversicht dem neuen Jahrhundert entgegen zu gehen. Frauen, die z.B. in Afrika mit kleinbäuerlichen Betrieben 70-80 % der Nahrungsmittel für ihre Familien selbst produzieren, haben in vielen Ländern keine eigenen Landrechte. Die fortschreitende Privatisierung des Gemeindelandes beraubt sie ihrer Existenzgrundlage. Sie beklagen, dass sie trotz ihrer substanziellen Beiträge zum wirtschaftlichen Wohlergehen lediglich als Konsumentinnen gelten und für ehemals freie Güter hohe Preise zahlen müssen. Die Ideologie der freien Märkte stärke vorhandene Herrschaftsstrukturen und trage dazu bei, die ungerechte Verteilung von Macht und Reichtum zu befestigen (Women's Action Agenda 2002).

Die Kluft zwischen der globalisierten Ökonomie und dem außerökonomischen „Rest der Welt“ ist in Entwicklungsländern schroffer als in Industrieländern, und auch die (Zeit)Nöte der Frauen sind elementarer als im Westen. Vor allem in ländlichen Regionen von Afrika und Lateinamerika verbringen Frauen bis zu acht Stunden täglich mit dem Herbeischaffen von Wasser und Brennholz, da Systeme öffentlicher Versorgung nicht bis an die Haustür ihrer Hütte reichen.

Kürzungen staatlicher Ausgaben im Gefolge von Strukturanpassungsmaßnahmen von IWF und Weltbank treffen sie besonders hart, weil sie mit höheren Gebühren z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch mit zusätzlicher Versorgungsarbeit für die Familien verbunden sind. Angesichts der komplexen Gemengelage von Interessen armer Frauen im Süden besitzen Maßnahmen zur Linderung ihrer Einkommensarmut Priorität, auch wenn ihre Überlast dadurch bestenfalls gelindert, auf lange Sicht jedoch keineswegs beseitigt werden kann.

## VII. Instrumente des Wandels

### Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts haben alle Industrieländer unter einem Stichwort der Nichtdiskriminierung Programme der Frauenförderung entwickelt. Nichtdiskriminierung meinte dabei vorrangig den Abbau von Ungleichheit am Arbeitsplatz und die Herstellung von Chancengleichheit im Beruf. Im Gegensatz zu den bunten, in allen Lebensbereichen angesiedelten Projekten der Frauenbewegung(en) entsprach die institutionalisierte Frauenpolitik der Rationalität der Marktgesellschaft, auch wenn Frauenpolitik bei Marktwirtschaftlern nicht immer auf Zustimmung stieß.

Die Marktintegration von Frauen weckte insbesondere bei konservativen und religiös motivierten Gruppen die Befürchtung, gemeinschaftsbezogene weibliche Tugenden und mit ihnen die Familie könne Schaden nehmen. Vor allem in Westdeutschland, aber auch in einigen anderen europäischen Ländern fühlten sich andererseits jene politischen Kräfte als Träger des Fortschritts, die zwar den rückhaltlosen Markteintritt von Frauen propagierten, es aber der Eigeninitiative von Müttern überließen, Familienaufgaben trotzdem nicht zu vernachlässigen. Nur die skandinavischen Länder und die ehemalige DDR entwickelten eine integrierte Strategie, die den Erwerbseintritt der Frauen durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur erleichterten und unterstützten.

Exemplarisch für die Schwierigkeiten, die Anforderungen einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Ökonomie mit der Lebensrealität von Frauen in Einklang zu bringen, ist die Geschichte des Gebots der Gleichbehandlung bzw. der Nichtdiskriminierung von Frauen im Rahmen der Europäischen Union. Als einziges Land Europas hatte Frankreich bereits im Vorfeld des EWG-Vertrag von 1957 die Lohngleichheit von Männern und Frauen gesetzlich festgeschrieben. Da aufgrund der höheren französischen Frauenlöhne befürchtet wurde, dass Frankreich (im Besonderen seine Textilindustrie, in der vor allem Frauen beschäftigt waren) im Gemeinsamen Markt Wettbewerbsnachteile zu gewärtigen hatte, plädierte das Land für die Aufnahme des Gebots der Lohngleichheit in den Text der Römischen Verträge<sup>34</sup> (Der Art. 119 ist die einzige Passage des EWG-Vertrags, der sich mit Geschlechterfragen befasst.).

Die Auslegung des Art. 119 oblag nicht nur dem Europäischen Gerichtshof in zahlreichen Urteilen, sondern auch einer intensiven Diskussion unter ExpertInnen. Diente die Lohngleichheit lediglich der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen unter den Mitgliedsstaaten bzw. im Handel mit Drittländern? Beinhaltete sie auch soziale Ziele zum Vorteil der weiblichen Beschäftigten? Da der EWG-Vertrag eine *Wirtschaftsunion* begründete und die Aktivitäten der Gemeinschaft somit auf *wirtschaftliche* Ziele ausgerichtet waren, war diese Frage nicht einfach zu beantworten.

Der EWG-Vertrag war geprägt von der zeitgenössischen Vorstellung, dass sozialer Fortschritt gleichbedeutend war mit dem güterwirtschaftlich definierten „Wohlstand für alle“, wie ihn Ludwig Erhard – zeitgleich mit dem Abschluss der Römischen Verträge – beschrieben hat (s.o. S. 19). Es dauerte lange, bis sich Beobachter klar darüber wurden, dass ein ordnungsgemäß funktionierender europäischer Markt nicht selbstverständlich begleitet war von der Verbesserung der sozialen Lage aller Gruppen der Bevölkerung (Langenfeld S. 39). Für die Absicht, auch sozialpolitische Aspekte in den EWG-Vertrag zu integrieren, berief man sich in

34 Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) unterzeichnet. Der EWG-Vertrag, der mit 6 Gründungsmitgliedern 1958 in Kraft getreten ist, galt lange als die Magna Charta des europäischen Eingigungswerks und hat die Politik seiner Mitgliedsstaaten in den Folgejahren nachhaltig beeinflusst. Art. 119 legte den Grundstein für alle späteren Programme zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen. Er hat folgenden Wortlaut: (Gleiches Entgelt für Männer und Frauen)  
Jeder Mitgliedstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten.  
Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet  
a) dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit auf Grund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird,  
b) dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.  
(Quelle: EWG-Vertrag).

der Folge auf die Präambel und ihren Vorsatz, „die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ... als wesentliches Ziel anzustreben“<sup>35</sup>.

Auch eine großzügigere Auslegung der sozialen Reichweite des Gemeinsamen Markts überschritt zu keinem Zeitpunkt die Grenzen bezahlter Arbeit: es ging um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Marktbürger (Langenfeld S. 123). Damit war klar, dass die Frauenpolitik der Mitgliedsländer auf ergänzende Maßnahmen angewiesen war, wenn der gebotene Abbau von Diskriminierungen am Arbeitsplatz einer Verbesserung der Gesamtsituation von Frauen dienen sollte. Nach dem zeitgenössischen Verständnis waren auch erwerbstätige Frauen in erster Linie (Haus)Frauen, und viele Frauen verblieben ohnehin lebenslang Familienfrau. Es bedürfte einer vergleichenden Analyse, um herauszufinden, in welcher Weise die einzelnen Staaten auf den Impuls des Art. 119 EWG-Vertrag reagiert haben. Mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das unverändert den männlichen Familiernährer ins Zentrum stellte, gehörte Westdeutschland nicht zu den Ländern mit weiter reichenden frauenpolitischen Ambitionen<sup>36</sup>.

Versäumnisse rächen sich manchmal erst spät. Obwohl niemand bezweifeln konnte, dass Familie und Beruf, Produktion und Dienstleistung, Männer und Frauen durch vielfältige systemische Abhängigkeiten miteinander verknüpft waren (und sind), hat es zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Versuche gegeben, ein politisches Gesamtkonzept zu entwickeln. Frauenpolitik blieb nachrangig, Politik für Kinder einfallslos. Im hastigen Durcheinander familienpolitischer Konzepte der Gegenwart manifestiert sich der Versuch, die Krise, die daraus entstehen musste, irgendwie einzudämmen.

Es ist verständlich, wenn sich Frauen immer wieder dagegen wehren, als Legitimation und Unterpfeiler politischer Untätigkeit zu dienen (Junker S. 3). In keinem europäischen Industrieland ist die Familie strukturell so sehr der Ort geblieben, an dem verheiratete Männer ihre Freizeit verbringen, und nicht umsonst mahnt die Europäische Union in ihrer Empfehlung vom Januar 2001 zur Durchführung der Beschäftigungspolitik die Durchforstung des deutschen Steuer- und Sozialsystems im Hinblick auf die Beschäftigung von Frauen an (SPD-Parteivorstand S. 30). Nach wie vor existieren zahlreiche Regelungen, die zugunsten der Entlastung der Männer von Familienpflichten den Erwerbseintritt von Frauen behindern.

Ungeachtet einer gewissen Genugtuung tun Frauen gut daran, solche Entwicklungen mit wacher Aufmerksamkeit zu verfolgen. Der Abbau abgeleiteter, über den Mann als Familiernährer vermittelter Ansprüche ist in vollem Gange. Weder die neue Familien- noch die auf den Beruf gerichtete Politik der Chancengleichheit gewährleisten ohne weiteres den Aufbau adäquater, nicht auf den Status der Angehörigen, sondern auf individuelle Ansprüche zugeschnittener Sozialleistungen. Frauen sollten verhindern wollen, dass Gesellschaft und Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland ohne Aufhebens und unter emanzipatorischen Vorzeichen immer größere Teile der *Aufgabe Familie* auf ihre Schultern überwälzen<sup>37</sup>.

Unter dem Vorzeichen der Chancengleichheit möchten viele Frauen daran glauben, dass das weit gesteckte Ziel vergleichbarer Lebensbedingungen schließlich erreichbar ist, wenn sie nur die Geduld nicht verlieren und keine Angst davor haben, noch ein bisschen mehr zu arbeiten. Die UN haben unlängst eine Statistik

35 Im Hinblick auf die Verquickung wirtschaftlicher und sozialer Ziele des Artikel 119 zitiert Langenfeld Ingolf Pernice: „Hier werden der objektiv-institutionelle Schutz eines unverfälschten Wettbewerbs und wirtschaftlicher Chancengleichheit im Gemeinsamen Markt durch die Verhinderung eines „sozialen dumpings“ gekoppelt mit der Verwirklichung grundrechtlicher Wertideen“ (Langenfeld, Fußnote S. 123).

36 Als Musterbeispiel für eine Politik, die zwar mit der ebenfalls 1957 beschlossenen Reform des Ehe- und Familienrechts die Aufnahme der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit von Ehefrauen erleichterte, den Gebrauch der neuen Freiheit jedoch von vornherein in Grenzen hielt, kann das Festhalten an der gemeinsamen Besteuerung von Ehegatten gelten (s.o. S. 20).

37 Siehe auch S. 26 oben. Die langsame Verschiebung von Verantwortlichkeit für Familie und Kinder in die Zuständigkeit von Frauen lässt sich weltweit nachweisen. Sie schlägt sich nicht nur in der schnell wachsenden Zahl von Haushalten nieder, die von Frauen geführt werden. Auch in Familienhaushalten mit verheirateten Elternpaaren tragen Frauen immer größere Anteile zum Haushaltseinkommen bei, während die Beteiligung von Männern an der unbezahlten Familienarbeit nicht entsprechend wächst.

Die Zahl der Haushalte allein lebender Männer nimmt rapide zu (1972: 7,6 %, 1996: 14,3 % aller Haushalte) (BMFSFJ, Familienstatistik S. 48). Im Gegensatz zu allein lebenden Frauen, unter denen die älteren Witwen in der Mehrzahl sind, ist die Hälfte der allein lebenden Männer jünger als 45 und ledig (ebda S. 65).

Eine wachsende Zahl von Männern wird nicht heiraten: von den 1960 geborenen westdeutschen Männern bleiben voraussichtlich 29 % dauerhaft ledig (ebda S. 85). Der entsprechende Anteil der Frauen liegt bei 20 %.

Eine österreichische Zeitbudgetstudie ergab Anfang der 90er Jahre, dass der gesamte Arbeitsaufwand für allein stehende erwerbstätige Mütter geringer ist als für erwerbstätige Frauen mit Kindern, die mit einem Mann zusammen wohnen. „Arbeitsmäßig sind männliche Partner eine Belastung für Frauen, während sie immer noch, wenn auch in abnehmendem Maß, in finanzieller Hinsicht eine Entlastung sind“ (Arn S. 496).



vorgelegt, nach der bei gleichbleibendem Entwicklungstempo Frauen und Männer im Jahre 2490 gleichberechtigt in den Führungsetagen von Wirtschaft, Politik und Verwaltung vertreten sein werden (zit. nach Nelles S. 4). Allerdings bezahlen Frauen ihre Karrieren in der Regel zunehmend mit dem Verzicht auf Kinder<sup>38</sup>.

## **Perspektive der Genauigkeit: Gender Mainstreaming**

Notorisch neigen Männer zu der Überzeugung, Frauenpolitik sei überflüssiges Gedöns, weil Männer und Frauen in derselben Weise von wirtschaftlichem Wohlergehen profitieren oder in derselben Weise leiden, wenn die Wirtschaft nicht floriert. Seit die Familie nach dem Ende des 2. Weltkriegs ihre traditionelle Funktion wieder übernommen hatte, d.h. Frauen und Männer erneut in der herkömmlichen Wirtschaftsgemeinschaft unter einem Dach zusammen lebten, fühlte man sich auf einem guten Weg. Der technische Fortschritt würde nicht nur Lohnempfängern, sondern auch Ehefrauen, Kindern und anderen KonsumentInnen stetige Verbesserungen bringen.

In den Industrieländern bescherte die wirtschaftliche Entwicklung Männern und Frauen tatsächlich ohne Ansehen von Geschlecht und Familienstand Besitztümer, von denen sie vorher nicht zu träumen gewagt hatten. Der versprochene Wohlstand bedeutete Autos, Bohrmaschinen, Kühltruhen, Dampfbügeleisen, Mikrowellen, Stereoanlagen, Urlaubsreisen und Computer für jeden Haushalt. Doch die Tore, hinter denen Zugangsrechte, Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten ausgehandelt wurden, öffneten sich für Frauen nur sehr zögerlich. Sie waren willkommen als Konsumentinnen, als Konkurrentinnen erregten sie Misstrauen und Abwehr. Ihre traditionelle Rolle als Hausfrau brachte ihnen wenig Anerkennung, aber auch als Erwerbstätige blieben sie für das industrielle System in erster Linie (Haus)Frau.

Bis heute ist die Parallelität der Wohlstandsgewinne aus den Erträgen wirtschaftlichen Wachstums für Frauen und Männer auch in den Industrieländern nicht selbstverständlich. Das relative Wohlstandsniveau der Geschlechter hängt von Faktoren ab, unter denen Familienstand und Haushaltsgröße ebenso wichtig sind wie Lohnhöhe und Erwerbsbeteiligung. Es versteht sich von selbst, dass die Asymmetrie der Lebenslagen in Ländern mit anderen als westlichen Wirtschafts- und Familienformen Mustern folgt, die aus der Sicht des industriellen Marktmodells fast gänzlich unverständlich bleiben müssen.

Nicht überall ist die monogame Ehe der Normalfall, darüber hinaus sind die Unterhaltsverpflichtungen der Ehepartner unterschiedlich geregelt. In einigen Regionen ist es üblich, dass auch Ehepartner keine gemeinsame Kasse unterhalten, sondern jeweils auf eigene Rechnung wirtschaften<sup>39</sup>. Solche Gewohnheiten beruhen auf einer ursprünglichen Freizügigkeit und Eigenständigkeit der Frauen, die in der Geschichte europäischer Industriewirtschaften ohne Beispiel ist.

Vor allem im Rahmen der Aktivitäten von UNIFEM<sup>40</sup> wurde offenbar, wie sehr kulturspezifische Traditionen und Institutionen die Möglichkeiten der Frauen des Südens beeinflussten, sich mit der industriellen Wirtschaftsweise zu arrangieren. Noch weniger als in den industriellen Kernländern konnte punktuelle Frauenförderung in Entwicklungsländern dem Anspruch genügen, den diffusen Anpassungsdruck auf Frauen produktiv zu wenden. Es wurde klar, dass nicht nur höchst unterschiedliche Strukturen kompatibel gemacht werden mussten, sondern auch das Geschlechterverhältnis zu berücksichtigen war, wenn die Frauen an der wirtschaftlichen Entwicklung partizipieren sollten.

Das Konzept des *Gender Mainstreaming* stammt aus der Entwicklungspolitik. Man erkannte, dass das – überall als privat interpretierte – Geschlechterverhältnis nicht nur für die Frauen, sondern gleichzeitig für Erfolg oder Misserfolg entwicklungspolitischer Strategien zentrale Bedeutung besitzt. Ab 1985 wurde des-

38 Nur 0,6 Prozent der Frauen in Führungspositionen, die im Managerinnen-Netzwerk European Women's Management Development International Network (EWMD) organisiert sind, sind Mütter (Meldung DIE WOCHE v. 07.01.00, S. 32).

39 Die Kamerunerin Charlotte Ndam-Njikoufon beschreibt den historischen Status der Frauen in Westafrika als Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und Abhängigkeit. In der traditionellen Wirtschaft verfügten die Frauen über die von der Familie hergestellten Güter und besorgten deren Verkauf auf eigene Rechnung. Das von der Entwicklungspolitik favorisierte Marktmodell, das Männer grundsätzlich favorisiert, hat ihre und damit die Ressourcen ihrer Familien erheblich verringert und ihre Stellung in Familie und Gesellschaft verschlechtert (Ndam-Njikoufon S. 31).

40 United Nations Development Fund for Women.

halb die Geschlechterperspektive grundsätzlich in Inhalte und Finanzierung der Programme einbezogen. Die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 erhob Gender Mainstreaming zur Grundsatzforderung für politische und ökonomische Entscheidungen nicht nur in den Entwicklungsländern.

Über die Reform der EU-Strukturfonds ab 1993 fand die Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse Eingang in die Politik der Europäischen Union. Im Vierten Aktionsprogramm zur Chancengleichheit wurde 1995 die Strategie des Mainstreaming beschrieben und der Anspruch formuliert, Mainstreaming solle in jeder politischen Konzeption zum Tragen kommen. Nach intensiver Vorarbeit der europäischen Frauenlobby auf der Grundlage des Aktionsprogramms der 4. Weltfrauenkonferenz übernahm der Amsterdamer Vertrag 1997 die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in den Vertragstext und machte Gender Mainstreaming zur Verpflichtung für alle Mitgliedsländer.

Fundament der Neuerung ist der Art. 119 EWG-Vertrag, der 1997, also 40 Jahre nach dem Einstieg in den Gemeinsamen Markt, zu Art. 141<sup>41</sup> geworden ist. Die Neufassung bedeutet eine sozialpolitisch zu interpretierende Erweiterung der alten Regelung, aber auch die Überarbeitung setzt die Priorität von Wettbewerb und Wirtschaftswachstum nicht außer Kraft. In einem *Leitfaden* erläutert die Europäische Kommission die Inhalte des Vertragswerks. Es geht darum, „die erforderlichen politischen und institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Europäische Union den künftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der raschen Entwicklung der internationalen Lage, der Globalisierung der Wirtschaft und ihrer Auswirkungen auf die Beschäftigung ... stellen kann“ (Der Vertrag von Amsterdam S. 5).

Aufs Neue das alte Lied? Skeptiker merken an, dass die Europäische Union nach wie vor in erster Linie als Wirtschaftsgemeinschaft zu gelten hat, für die makroökonomische Belange im Vordergrund stehen. Nicht nur die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, sondern auch die Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung müssen sich den großen wirtschaftspolitischen Grundzügen unterordnen oder dürfen diesen zumindest nicht widersprechen. Es geht um die Sicherung des Lebensstandards in den Industrieländern auf der Basis eines hohen Wohlstandsniveaus. Doch alle Kommentare sind sich einig, dass mit den neuen Bestimmungen ein großer Schritt getan worden ist auf dem Weg von einem Europa des materiellen Wohlstands und der Märkte zu einem Europa seiner Bürgerinnen und Bürger. Die große Herausforderung der kommenden Jahre bestehe darin, über ein europäisches Gesellschaftsmodell nachzudenken und die Aufgaben zu definieren, die Frauen (und Männer) in der neuen europäischen Gesellschaft zu übernehmen haben (info S. 1).

Trotz guten Willens und positiver Ansätze wird dieses Unterfangen allerdings auf Beharrlichkeit und Scharfsinn angewiesen sein. Männer als Pendant der Gleichbehandlung, als ihrerseits zu Behandelnde wenigstens in den Blick zu bekommen, bedarf der Geduld und der Genügsamkeit<sup>42</sup>. Sie waren und sind Bezugsgröße der Marktgesellschaft als Individuen und Darsteller der Familie ebenso wie als Produzenten von Sachgütern und als Vertreter materiellen Wohlstands. Eine auf den Arbeitsmarkt verengte Perspektive des Gender Mainstreaming wird Frauen aus der in alle Strukturen eingegossenen Rolle der Angehörigen, der Konsumentin von Marktgütern, der zu Unterhaltenden und der Zuverdienerin nicht befreien können.

Helena Torres Marques, Europaparlamentarierin aus Portugal, bekundete recht unverhohlen ihre Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Verhandlungen von Amsterdam. In einem Interview beklagte sie mangelnde Präzision und Klarheit. Sie begrüßte, dass die Union die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Frauen endlich in den Katalog der Gemeinschaftsaufgaben übernommen und eine Rechtsgrundlage geschaffen habe, die den Mitgliedsländern Verpflichtungen auferlegt. Doch fehle die Analyse der Lebenslage von Frauen und Männern und damit die Grundlage für die Einschätzung des Handlungsbedarfs. Unter

41 Dem ursprünglichen Text des Art. 119 fügt der neue Art. 141 folgende Passagen zu:

- Der Rat beschließt... Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen ...
- Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedsstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts ... spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

42 Eines der Beispiele findet sich im Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 22. Dezember 1995 über ein mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (1996-2000), mit dem das Gender Mainstreaming auf den Weg gebracht wurde. Unter Bezugnahme auf den Aktionsbereich der Beschäftigung und des Berufslebens von Frauen wird als letzter von 9 Spiegelstrichen die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einschließlich der Rolle der Männer“ (Hervorhebung E.S.) erwähnt.

den Veränderungen, die sie für erforderlich hält, steht eine Erweiterung des neuen Artikels 141 im Vordergrund. Gender Mainstreaming braucht nach ihrer Meinung eine Reichweite, „die über das Gebiet der Beschäftigung hinausgeht und alle Aspekte des Lebens der Frauen umfasst, einschließlich Arbeit, Politik und Familie“ (info S. 4).

## **Klärung – Präzisierung – Transformation**

Ungeachtet des langsamen Wandels im Selbstverständnis der EU sind die Anschlussstellen für die Zusammenführung der Ökonomie mit der im Sozialen angesiedelten, d.h. als ökonomisch irrelevant betrachteten Lebenswelt der Frauen bestenfalls in Umrissen sichtbar. Andererseits ist die Auseinandersetzung der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union über Inhalt und Umfang von Gemeinschaftsaufgaben geradezu ein Lehrstück für das Ineinanderfließen sektoraler Politikbereiche, insbesondere von Wirtschafts- und Sozialpolitik unter einer noch immer vorrangig ökonomisch definierten Zielsetzung.

Es ist nur bedingt gerechtfertigt, diesen Prozess – wie es häufig geschieht – lediglich unter dem Aspekt fortschreitender Ökonomisierung zu betrachten. Fast beiläufig transportiert er die Annäherung der Industrieländer an ein anderes, den postindustriellen Erfordernissen angepassteres Verständnis von Wirtschaften. Neben der Gleichbehandlung von Frauen und Männern ist es vor allem die Frage des Beschäftigungsniveaus, die integrative Politikansätze fordert, ja erzwingt. Parallel zur Vollendung des Binnenmarkts wurde 1992 mit der in Maastricht beschlossenen Gründung der Europäischen Union über die Marktintegration hinaus ein europäischer Sozialraum geschaffen, „ein Raum, in dem die sozialen Aspekte und der soziale Dialog dieselbe Bedeutung erlangen wie die wirtschaftlichen und politischen Fortschritte“ (Der Vertrag Europäische Gemeinschaft Europäische Union S. 12).

Rückblickend berichtet die Europäische Kommission 1999 in ihrem *Leitfaden* zum Amsterdamer Vertrag von den schwierigen Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten im Umfeld des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Was bedeutet ein „hohes Beschäftigungsniveau“ (Artikel 2 des Vertrags von Maastricht), „ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu beeinträchtigen“? (Der Vertrag von Amsterdam S. 35). Man nahm wahr, dass (wie 1957 zur Frage der Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen) eine koordinierte Strategie erforderlich war, wenn Wettbewerbsverzerrungen unter den Mitgliedern und damit Ungleichgewichte im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsräumen vermieden werden sollten.

Mit einem Weißbuch zum Thema *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung* hatte sich die Kommission 1993 und 1994 darüber Rechenschaft abgelegt, dass für die industrielle Welt Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weg ins 21. Jahrhundert etwas anderes bedeuten mussten als zu Zeiten der Güterknappheit in der Phase des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg. Die Spielräume für hochproduktive, auf exponentielles Wachstum der Produktion handelsfähiger Güter zugeschnittene Beschäftigung waren enger geworden. Die hohen Löhne und die teuren, über Lohnnebenkosten finanzierten Sozialsysteme bedrohten die Wettbewerbsfähigkeit des Gemeinschafts-Standorts EU.

Es ging in erster Linie um die Abstimmung des von den einzelnen Volkswirtschaften umzusetzenden Entwicklungsmodells. Das Weißbuch beschreibt Modelle mit bescheidenem Wachstum und hoher Beschäftigungsintensität und solche mit hohem Wachstum und geringerer Beschäftigungsintensität<sup>43</sup>. Dabei sind Arbeitsmarktstrategien zur Erhöhung der Beschäftigungsintensität nicht nur auf die möglichst breite Streuung des vorhandenen Wohlstands ausgerichtet. Im Sinne ausgewogener Sozialsysteme muss auch darauf geachtet werden, dass zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen ein Gleichgewicht besteht (Europäische Kommission S. 3)<sup>44</sup>.

43 Kernstück jedes Entwicklungsmodells ist die Produktivitätssteigerung aller dem internationalen Wettbewerb ausgesetzter Sektoren. „Die Produktivität muss zunehmen, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu gewährleisten und den zur Verteilung in der gesamten Gemeinschaft verfügbaren materiellen Wohlstand zu erhöhen. Gleichzeitig mit dem wachsenden Wohlstand eines Landes kann auch die relative Bedeutung bestimmter, normalerweise stark arbeitsintensiver Sektoren zunehmen, was zur Verteilung des so geschaffenen Wohlstands beiträgt und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung des Wohlstands verbessert.“ (Europäische Kommission, S. 62)

44 Unter den Faktoren, mit denen sich der Produktivitätsfortschritt und damit Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum steuern lassen, spielt der Umfang des Erwerbspersonenpotenzials (das z.B. durch Steuer- und Transferpolitik beeinflusst werden kann) eine bedeutende Rolle. Sie wird in wirtschaftspolitische Überlegungen zwar einbezogen, bleibt aber in aller Regel unbenannt (siehe als Beispiel das Kapitel IX der Studie „Vollbeschäftigung in Deutschland – ein Wunschtraum?“ der Dresdner Bank vom Juni 1999).

Jenseits der Erleichterung, die Frauenpolitikerinnen über den schrittweisen Abbau der moralischen und institutionellen Barrieren gegenüber der Erwerbstätigkeit von (Familien)Frauen zu empfinden pflegen, ist es hilfreich, sich das Ökonomiemodell der Marktgemeinschaft Europa vor Augen zu führen. Nicht anders als die Kategoriensysteme der Einzelstandorte trifft auch die Gemeinschaft keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen Haushalten und Individuen, zwischen Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen, zwischen Eltern und Kinderlosen, zwischen hochproduktiver, güterbezogener Beschäftigung, Hilfstätigkeiten für gering Qualifizierte und professionellen Dienstleistungen.

Personenbezogene Dienste, die im System der Industriegesellschaft mit dem Makel der Kostenkrankheit behaftet sind, erscheinen im nationalökonomischen Output ebenso wie Industriearbeit lediglich als monetäre Größen. Das Bruttosozialprodukt, das Wichtiges und Unwichtiges, Bekömmliches und Unbekömmliches, materielle und immaterielle Güter im großen Netz der Geldwirtschaft zu Markte trägt, erhebt schon lange nicht mehr den Anspruch, Abbild produktiver Arbeit zu sein. Es umfasst ein Konglomerat von Ressourcen, für deren Nutzung durchaus auch andere als industriewirtschaftliche Modelle denkbar sind.

Die VerfasserInnen des Weißbuchs waren sich bewusst, dass die verschiedenen Entwicklungsmodelle auch soziale Auswirkungen haben mussten, die mit den ökonomischen Zielen nicht immer in Einklang zu bringen waren. Auch räumten sie die Möglichkeit von Trade-offs, d.h. von unerwünschten Wechselwirkungen ein. Doch sie begnügten sich mit der Feststellung, dass sich Entwicklungen in diesen Bereichen der unmittelbaren Kontrolle der politischen Entscheidungsträger entziehen (ebda S. 63).

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man die Fundstellen sammeln, die in den Verlautbarungen der EU die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Chancengleichheit bzw. das Mainstreaming miteinander verknüpfen. Die Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen, die unter den Aktionsbereichen des Programms für die Chancengleichheit 1996-2000 eine wichtige Rolle spielt, ist zweifellos ein Meilenstein im Kampf der Frauen um Eigenständigkeit. In dem auf den männlichen Ernährer zugeschnittenen Marktmodell und den ihm zugeordneten Systemen der sozialen Sicherung ist sie gleichzeitig die wichtigste und am wenigsten strittige Trumpfkarte im Kampf der Industriegesellschaft um die Senkung der Kosten.

Wenn Frauen für ihre Teilhabe an sozialer Sicherung eigene Beiträge entrichten, kommt ihr Verzicht auf abgeleitete, d.h. ohne Beitragszahlung gewährte Leistungen für sich und ihre Kinder geradewegs der Verbilligung heimischer Produkte im globalen Wettbewerb zugute. Männer, deren Lohnvorsprung einst mit ihren Unterhaltsverpflichtungen gegenüber der Familie begründet wurde, profitieren davon ebenso wie die transnationalen Konzerne und andere exportorientierte Unternehmen. Die Frauen selbst, auch wenn sie mit Freuden von ihrer neuen Freiheit Gebrauch machen, haben zwar eigenes Geld, aber auch weniger Zeit für sich und diejenigen, für die sie Sorge tragen. In vorhandenen Strukturen bedeutet Individualisierung für sie nicht die Entlastung von Aufgaben und Kosten, sondern einen Zuwachs an Verantwortlichkeit für das Wohlergehen der Familie.

Janneke Plantenga, feministische Ökonomin und Vertreterin der Niederlande in der ExpertInnengruppe, die ab 1999 unter Gender-Aspekten die Umsetzung der europäischen Beschäftigungspolitik durch die Mitgliedsländer begleitet und evaluiert hat, hält die Angleichung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern, von Eltern und Kinderlosen für unumgänglich, wenn Gender Mainstreaming sein innovatives Potenzial entfalten soll. Sie zitiert die Niederlande als Beispiel für eine Strategie, die den Erwerbseintritt der Frauen zwar begrüßt, tiefer gehende strukturelle Veränderungen jedoch meidet. Männer erhöhen ihr berufliches Engagement, Frauen reduzieren das ihre, sobald sie Eltern werden. Der 1<sup>1/2</sup> Verdiener-Haushalt entwickelt sich zum Normalfall, das Verhalten von Männern und Frauen gilt als Ausfluss persönlicher Präferenzen. An den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen und Männer, Kinderlose und Eltern ändert sich wenig (Plantenga).

Den EU-ExpertInnen ist daran gelegen, die Menschen nicht den Verhältnissen, sondern die Verhältnisse den Menschen anzupassen (Rubery, zit. nach Plantenga). Im Interesse der Effektivität von Gender Mainstreaming würden sie gerne auch die Sozialpartner in die Pflicht nehmen. Sie sind überzeugt, dass eine Anglei-

chung der Lebensverhältnisse von Frauen und Männern ohne die Bereitschaft zur Neuorganisation der Arbeitswelt utopisch bleiben muss. Mit Bedauern nehmen sie wahr, dass die Akteure in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Während z.B. in Spanien die Sozialpartner im Hinblick auf die Förderung der Chancengleichheit die Führung übernommen haben, überlassen es Arbeitgeber und Gewerkschaften in Deutschland der Regierung, die Initiative zu ergreifen.

Voraussetzung von Gender Mainstreaming ist die Analyse der Verknüpfungen der einzelnen Politikbereiche bzw. die Erkenntnis, dass zwischen Beschäftigung, Steuer-, Transfer- und Familienpolitik, sozialer Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen, Bildung und Erziehung einerseits und der Organisation des sozialen Lebens andererseits Entsprechungen bestehen. Sobald eines der Elemente dieses historisch gewachsenen, in seiner jetzigen Konstellation vom wirtschaftlichen Fortschritt jedoch längst überholten Systems Veränderungen erfährt, muss ein neues Gleichgewicht gesucht werden.

Die EU-Expertengruppe wünscht sich ein *joined up government*, d.h. ein gebündeltes und aufeinander abgestimmtes Regierungshandeln. Konflikte müssen erkannt, Widersprüche aufgelöst, Um- und Irrwege riskiert werden. Das Gelingen von Gender Mainstreaming basiert auf einer radikalen, d.h. bis an die Wurzeln gehenden Vorstellung von Geschlechtergleichheit. Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleiben soll, darf sich Politik zu Gunsten der Gleichbehandlung von Männern und Frauen nicht darauf beschränken, punktuelle Veränderungen vorzunehmen. Erforderlich ist koordiniertes politisches Handeln mit dem Ziel der allmählichen Transformation von Strukturen, die den Übergang in ein postindustrielles Zeitalter behindern.

## **Gender Audit als permanente politische Herausforderung**

Trotz der Bereitschaft, ja Entschlossenheit von vielen Frauen (und Männern), Gender Mainstreaming umzusetzen, besteht die Gefahr der unangemessenen Bescheidenheit in der Auslotung der möglichen Reichweite des neuen Instruments. Das Ziel der vollen Integration von Frauen in ein konstruktives Gesellschaft und Ökonomie, in dem das weibliche Geschlecht ursprünglich gar nicht mitgedacht war, erfordert den Mut zur totalen Neubestimmung. Sobald die Eindimensionalität der auf den Familienernährer/den männlichen Haushalter bezogenen ökonomischen Sichtweise aufgebrochen ist, öffnet sich der Blick für die Vielfalt der Möglichkeiten, mit den Geschlechterverhältnissen auch die Einbettung der Ökonomie in ihr soziales Umfeld und damit die Ziele des Wirtschaftens neu zu definieren und zu ordnen.

Prozesse der Entgrenzung der Märkte können begleitet und gestaltet werden, sie können Wege schaffen für die ungehinderte Ausbreitung ökonomischer Rationalität, aber auch Strömungen aufnehmen, die aus der Gegenrichtung kommen. Aus Frauen und Männern Gleiche zu machen, muss Frauen zuallererst von dem niemals widerrufenen Verdacht befreien, ihre Aufgaben dienen der Ergänzung männlicher Existenz, Lebens- und Wirtschaftsweise. Im ökonomischen Sinn bedeutet dies, die sog. Frauenrolle aus dem Schatten der industriewirtschaftlichen Familie hervortreten zu lassen und sie in ihrer Eigenheit sichtbar zu machen. Erst wenn die Zweischichtigkeit industriellen Wirtschaftens und damit die Verquickung des Öffentlichen und des Privaten zum Vorschein kommt, lässt sich über eine andere Ordnung nachdenken.

Es ist nicht verwunderlich, dass Ansätze für die Neuorientierung vor allem aus jenen Bereichen erwachsen, die in der Ökonomie der Familienernährer ausgeblendet bleiben und im üblichen (in diesem Fall ausschließlich von Frauen adaptierten) Sprachgebrauch unter dem Begriff *Reproduktion* versammelt werden. Die Verdinglichung und Technisierung des Alltags auf der einen, die Verknappung von Zeit und immateriellen Gütern auf der anderen Seite beeinträchtigen die Lebensqualität aller. Ein hervorragendes Beispiel sind Gesundheit und Wohlbefinden. Beide sind nicht nur von äußeren Rahmenbedingungen abhängig, sondern auch von der Fähigkeit zu eigenverantwortlicher Lebensführung und von Ressourcen im sog. unproduktiven, dem Sozialen überlassenen Bereich.

Die ökonomische Wirtschaftsweise, deren Dynamik von Maximierungszwängen angetrieben wird, missachtet die physische und emotionale Anpassungsfähigkeit der Individuen. Es entstehen Schäden, die nicht bzw. nicht ohne hohen Kostenaufwand reparabel sind. Erneut bietet es sich an, die Europäische Wirt-

schaftsgemeinschaft/Europäische Union als Labor für die Notwendigkeit zu betrachten, diejenigen Bereiche zu stärken, deren Management gemeinhin nicht nur den Individuen, sondern vor allem den Haushalten zugewiesen ist. Erst der Vertrag über die Europäische Union hat (1992) einen Titel *Gesundheitswesen* in den Vertragstext eingefügt und damit den Mitgliedsländern die Verpflichtung auferlegt, Gesundheitsgefahren gemeinsam zu bekämpfen. Der Gesundheitsschutz ist eng verzahnt mit dem ebenfalls 1992 in den Vertrag eingefügten *Verbraucherschutz* und dient dazu, gesundheitsdienliche Maßnahmen auch in andere Politikbereiche einzubeziehen (Der Vertrag von Amsterdam S. 51 ff.).

Auf der anderen Seite sind die Grenzverschiebungen zu Lasten der Familienhaushalte und ihrer Kapazitäten für informell wahrzunehmende Selbstsorge keineswegs zum Stillstand gekommen. Die Wirtschafts- und Wettbewerbsgemeinschaft EU fungiert auch hier als Impulsgeber. Auf dem Hintergrund der Einsicht, dass die hochproduktiven Sektoren des Wirtschaftens weiter schrumpfen werden, geht es um Erfindungsgeist bei der Schaffung von Arbeitsplätzen zur Sicherung der Beschäftigung. Materiell wenig produktive, d.h. arbeitsintensive Arbeitsplätze haben die Funktion, Kaufkraft zu schaffen, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit derjenigen Sektoren beeinträchtigt wird, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen. Angesichts hoher Kosten öffentlicher Dienstleistungen bietet es sich an, Tätigkeiten in die reguläre Ökonomie einzubeziehen, die in der Vergangenheit unbezahlt von Frauen geleistet wurden und ganz unmittelbar den sozialen Ressourcen der familialen Existenzsicherung zuzurechnen sind.

Einfache personenbezogene Dienstleistungen wie hauswirtschaftliche und soziale, freizeit- und „lifestyle“-Dienste lassen sich unter einer „Make-or-buy-Option“ bündeln. Die Nachfrage nach diesen „niedrigproduktiven, preisempfindlichen, lokalen und nur schwer auszulagernden“ Dienstleistungen erwartet man „von Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen, wenig Freizeit, hoher Sparquote und gesättigter Konsumgüternachfrage“ ... „Für die Unternehmen selbst lohnt sich das Angebot dieser Dienste überall dort, wo Margen ausgereizt sind und ... Dienstleistungen zur Profilbildung und Differenzierung beitragen können“ (Dresdner Bank S. 47).

Die konzeptionelle Nähe der Rezepte einer deutschen Großbank zu den Visionen des Club of Rome (siehe S. 33) oder auch der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist bemerkenswert. Ohne dass von Männern oder Frauen die Rede ist, verdeutlichen solche Texte in unübertroffener Weise Systemzusammenhänge und ihre Ausläufer in eine Zukunft, die für niemand erstrebenswert sein kann: hier der wohlbestallte männliche (oder weibliche) Single, der sich zu Gunsten wichtigerer Aufgaben nicht mehr um den eigenen Alltag kümmern kann, dort die Frau mit Familienpflichten, deren preiselastischer Verdienst nicht ausreicht, um sich und ihren Kindern ein auskömmliches Leben zu sichern. Mit dem Einsatz ihrer persönlichen Lebenszeit erweitert sie die Ressourcen derer, die sich mit Haut und Haaren für die ökonomische Kernleistung verfügbar halten.

In den auf den Familienernährer/den männlichen Haushalter zugeschnittenen Theorien besitzen die Unterhaltswirtschaft, die personenbezogene Dienstleistung, die unbezahlte Arbeit u.a. keine irgendwie definierbare Dimension. Für viele ökonomisch und sozial höchst relevante Tatbestände fehlen Erklärungen, die über Anschaulichkeit und Plausibilität des Alltags hinausreichen. Erst recht fehlen die politischen Handlungsansätze, um Ökonomie und Soziales, Familie und materielle Produktion zukunftsfähig miteinander zu verknüpfen. Unter dieser Voraussetzung kann das in der jüngeren Vergangenheit von Umweltexpertinnen entwickelte Instrument des Gender Impact Assessment hilfreich sein. Auf längere Sicht ist es gleichwohl unerlässlich, Fundamente zu schaffen für ein handlungsleitendes Gender Mainstreaming, das sich auf theoretische Positionen stützt.

Anstöße kommen u.a. ausgerechnet aus der Wirtschaftsstatistik. Zum Nachweis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bilanziert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in erster Linie monetäre Größen. Auf dem Weg zu einer nachindustriellen Gesellschaft hat sie aber auch die Aufgabe, den Strukturwandel abzubilden und und ihn für wirtschaftspolitische Steuerung zugänglich zu machen. Dazu müssen die alten, auf industrielle Produktion ausgerichtete Kategorien überprüft und ggf. durch neue ersetzt werden.

Für personenbezogene Dienstleistungen, die nach dem traditionellen ökonomischen Selbstverständnis kein Gut hervorbringen, sondern in demselben Augenblick untergehen, in dem sie erbracht werden (siehe S. 21),

ist dies besonders schwierig. Das von Adam Smith erfolgreich ausgeblendete Dilemma ist in der Welt der Dienste nicht kleiner geworden, auch wenn der moderne Sprachgebrauch Dienstleistungen als Wirtschaftsgüter betrachtet, bei denen Produktion und Verbrauch zusammenfallen. Es muss als Ausdruck methodischer Ratlosigkeit angesehen werden, dass personenbezogene Dienstleistungen nach einiger Diskussion in das neue Dienstleistungsstatistikgesetz nicht aufgenommen wurden. Damit fehlen wichtige Informationen z.B. über das Gesundheitswesen, in dem 14 % der Erwerbstätigen des tertiären Sektors beschäftigt sind (Institut der deutschen Wirtschaft S. 55).

Statistiker stellen in Abrede, dass unter diesen Umständen eine verantwortungsvolle Analyse und Politikberatung erfolgen kann. Sie brauchen nicht nur die Anpassung des Zahlenwerks, sondern eine neue Theorie als Leitfaden für ihre Arbeit. „Man muss wissen, wonach man sucht, ehe man die Statistik befragt. Ohne theoretischen Hintergrund ist empirische Wirtschaftsforschung nicht möglich“ (ebda S. 90).





## VIII. Übergänge in die Welt von Morgen

### Kommunale Zeitpolitik im Dienst der Versorgungsökonomie

In vielfältigen Dimensionen gehört die Überzeugung *Zeit ist Geld* zu den Prinzipien, die in der Industriegesellschaft für die Organisation von Arbeit und Leben, von produzierender und sozialer Ökonomie verantwortlich sind. Sie ist der Treibsatz, der auch im postindustriellen Zeitalter die Entwicklung steuert. Ein bestimmtes Quantum Geld verkörpert ganz unterschiedliche Zeitmengen, je nachdem, in welchem Sektor der Volkswirtschaft es erworben wurde. Die Gleichung ist einfach: weil haushalts- und personennahe Dienstleistungen so viel Zeit in Anspruch nehmen, erhalten diejenigen, die sie erbringen, weniger Geld als diejenigen, deren Leistung sich beschleunigen und rationalisieren lässt.

Mehr als je zuvor gilt der Zeitverbrauch als Maßstab für Effizienz und Qualität. Die Gleichung stimmt auch für die Gegenprobe: Wer Nutzen ziehen will aus Zeit, tut gut daran, sie nicht mit personennahen Tätigkeiten zu verrodeln. Zeit in Langsamkeit zu investieren, erweckt den Verdacht, nicht Schritt halten zu können. Ökonomische Zeitverwendung ist sach- und zielorientiert, auch im Feld personennaher Dienstleistung hat Geld die Funktion der Elle, die Freiheitsräumen Grenzen setzt. Nicht anders als in der Güterproduktion bleiben Effizienz und Effektivität Taktgeber auch für den zwischenmenschlichen Bereich<sup>45</sup>. Als Stillstand gilt, was sich der Steigerung von Erträgen widersetzt.

Auf dem Weg zu einer anderen, frauen- und familienfreundlicheren Wirtschaftsweise haben Ökonominen in den vergangenen Jahren den Faktor Zeit in das ökonomische Denkgebäude eingeführt. Zeit als Lebens- und Gemeinschaftszeit, als Symbol für ein anderes Verständnis von Wohlstand und Wohlergehen, als eine quantitativ nur unvollständig darstellbare Größe erlaubt die analytische Verknüpfung der industriellen Güterwirtschaft mit der anderen, der Versorgungsökonomie. Die (Wieder)Entdeckung von Zeit und Tätigkeit als unverzichtbare Aspekte des Wirtschaftens ist Voraussetzung dafür, dass die ökonomische Individualisierung in den Dienst anderer, nicht vorwiegend industriewirtschaftlich definierter Ziele treten kann.

Angesichts der sich verschärfenden Zeitkonflikte (nicht nur) von Frauen wächst unter politischen Akteuren ein kritisches Zeitbewusstsein. Zwar gibt es noch nirgendwo ein Ministerium für Zeitplanung, wie es Paul Virilio bereits 1978 am Horizont erscheinen sah (Virilio S. 30, zit. nach difu S. 105). Doch niemand bezweifelt, dass die Synchronisation öffentlicher und privater, produktiver und unproduktiver Zeitverwendung vor allem solche Personen überfordert, die zusätzlich zu eigener Erwerbsarbeit Familienaufgaben wahrnehmen.

Die erste Initiative kommunaler Zeitpolitik ist Mitte der 80er Jahre in Italien entstanden, als die Städte Bologna und Modena von Frauen regiert wurden. Sowohl die Bürgermeisterinnen als auch einige Gewerkschaftsfrauen hatten erkannt, dass die Öffnungszeiten öffentlicher und privater Dienstleister sich einerseits am Schema der Normalarbeitszeit der Bediensteten orientierten, andererseits von der zeitlich unbeschränkten Verfügbarkeit der NutzerInnen ausgingen. In der Organisation kommunaler Dienste hatten weder die Flexibilisierungstendenzen der Arbeitswelt noch der Wandel der Familie irgendwelche Veränderungen hervorgerufen (Carstensen S. 77). Die Stadt als Anbieterin professioneller Dienstleistungen spiegelte unverändert das Verhältnis des vollzeitig erwerbstätigen Familienernährers zu seiner Hausfrau, die nicht erwerbs-, sondern ganz privat als Konsum-Managerin tätig war, so, als hätte dieses Verhältnis Anspruch auf überzeitliche Gültigkeit.

Die Initiative der Italienerinnen galt den Zeitnöten berufstätiger Mütter in ihrem Spagat zwischen den rigiden Anforderungen der eigenen Erwerbsarbeit, den starren Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen und dem weitgehend unkalkulierbaren Zeitaufwand für Haushalt und Familie. Sie fanden Interesse nicht nur im Umfeld der Nachbarstädte, sondern weit über Italien hinaus im europäischen Ausland. Die Bereitschaft zur

<sup>45</sup> Ein sehr anschauliches Beispiel ist die institutionelle Einbindung der 1994 eingeführten Pflegeversicherung. Traditionell wurden Pflegeleistungen von Frauen in der Familie erbracht. Auch die Pflegeversicherung hebt auf die kostenlose Pflegebereitschaft von Familienangehörigen ab. Krankenkassen und Pflegekassen finanzieren „ein kleines und weitgehend normiertes Bündel körperbezogener Pflegeleistungen“. Da sowohl professionellen Pflegekräften als auch Familienangehörigen für aufwendige *face-to-face*-Arbeit die Zeit fehlt, werden Pflegeleistungen zunehmend medikalisiert (Evers S. 142).

Übernahme ihrer Strategien war umso größer, als diese sich den Anschein gaben, umstandslos mit den Bestrebungen zur Modernisierung von Verwaltung und zur Kundenorientierung öffentlicher Dienstleistungen vereinbar zu sein.

Sehr schnell erwies sich jedoch die Notwendigkeit der Abgrenzung von frauenorientierter Zeitpolitik gegenüber Effizienzsteigerung und Rationalisierung in vorhandenen Strukturen. Das Ziel der Förderung frauenspezifischer Belange erforderte Grenzüberschreitungen im Sinne der Vernetzung von Institutionen und Zuständigkeiten, die sich in vielen Fällen als durchaus konfliktrichtig erwiesen. Als eine Quelle von Irritationen erwies sich darüber hinaus auch die Notwendigkeit, die Interessen von Müttern als Beschäftigte und als Nutzerinnen öffentlicher Einrichtungen aufeinander abzustimmen.

Die Initiatorinnen erhielten Zustimmung und Unterstützung nicht nur von Frauen, und nach mehr als einem Jahrzehnt des Experimentierens beschloss das Nationalparlament am 8. März 2000 ein Zeitgesetz, das Gemeinden ab einer bestimmten Größe die Einrichtung eines Zeitamtes, die Aufstellung eines Zeitplanes und die Einrichtung eines runden Tisches zur Koordination von Elterninteressen auferlegt (siehe difu S. 155, Fußnote). Das Datum der Verabschiedung – der 8. März gilt jedes Jahr als Internationaler Frauentag – verpflichtet kommunale Zeitpolitik für alle Zukunft, über die Kluft zwischen dem öffentlichen und dem Privatbereich zugunsten von Eltern und Kindern Brücken zu bauen.

## **Zeitwohlstand im postindustriellen Zeitalter**

Die italienische Initiative kehrt die Zielrichtung von Prozessen industriewirtschaftlicher Entgrenzung grundsätzlich um. Während im Industriezeitalter ein kontinuierlicher Transfer von Zeitressourcen aus den Haushalten in die Marktökonomie stattgefunden hat, fordert Zeitpolitik kategorisch die Berücksichtigung des Zeitbedarfs und der anderen Zeitlogik des außerökonomischen Bereichs. Noch ist nicht sichtbar, in welcher Weise das ausgeschöpfte Zeitreservoir der nur noch rudimentär vorhandenen Gemeinwirtschaft des Privathaushalts aufgefüllt werden kann, doch die Signale sind gesetzt und sehr eindeutig. Es ist abzusehen, dass sie einen weiter gehenden Diskurs in Gang setzen werden. Erste Überlegungen zur Problematik der Zeitreserven im Übergang der starren industriellen Zeitstrukturen zu flexiblen Mustern der Dienstleistungsgesellschaft finden sich im Bericht des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) zum Expo-Nordverbund *zeiten : der : stadt* (difu S. 130 ff.).

Die wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen schränkt die Möglichkeiten ein, das Zeitpotenzial der Familie weiterhin als „Flexibilitätspuffer“ zu nutzen. Mit dem Verschwinden der informellen Flexibilitätsreserven erhebt sich die Frage, von wem, in welcher Form und zu welchen/auf wessen Kosten die Anpassungsfähigkeit des industriewirtschaftlich organisierten Gesamtsystems aufrecht erhalten werden kann. Im Prozess der notwendigen Umbrüche der Industriegesellschaft zugunsten eines Zeitwohlstands für alle, der im postindustriellen Zeitalter nicht nur wünschenswert, sondern auch machbar erscheint, werden sich Verteilungskämpfe – auch und nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – nicht vermeiden lassen.

Sowohl die italienischen als auch die noch recht beschränkten deutschen Erfahrungen<sup>46</sup> lassen erkennen, dass kommunale Zeitpolitik sehr schnell in jene „Transversalität“ mündet, die von den Initiatorinnen beabsichtigt war. Flexibilisierung im Interesse von organisationsfremden, ja sogar außerökonomischen Belangen bedeutet nicht nur die Koordination institutionell getrennter Politikbereiche und damit die Notwendigkeit zur Abstimmung von Kompetenzen und Hierarchien. Oft bietet es sich an, zeitliche Probleme mit nicht zeitlichen Instrumenten zu lösen oder umgekehrt. Es ist nicht von vornherein auszuschließen, dass Einzelmaßnahmen Kosten verursachen, obwohl die Flexibilisierung ehemals rigider Strukturen insgesamt nicht nur Qualitätsverbesserungen, sondern auch Einsparungen verspricht.

46 Mitte der 90er Jahre gab es in Bremen und Hamburg Überlegungen, die italienischen Ansätze auf Deutschland zu übertragen. Sie konkretisierten sich, als im Vorfeld der EXPO 2000 in Hannover die Idee entstand, die Zeitgestaltung zum Exponat zu machen. 1997 wurde die Idee *zeiten : der : stadt* in der Trägerschaft des „Nordverbunds“ offiziell zum weltweiten Projekt der EXPO 2000 in Hannover (difu S. 109).

Die Potenziale des Themas Zeit als Schlüssel zur Transformation überholter Strukturen sind erst in Umrissen sichtbar. Der Institutsbericht macht darauf aufmerksam, dass bisher allein die Zielgruppe der Berufstätigen angesprochen und einbezogen worden ist. Auch thematische Schwerpunkte konzentrieren sich auf die Arbeitswelt: die Transversalität der Projekte hat dort ihre Grenzen, wo der institutionalisierte Privatbereich beginnt. Getreu der notorischen Geschlechtsblindheit der industriewirtschaftlich geprägten Sozial- einschließlich der Wirtschaftswissenschaften fungiert damit die berufstätige Mutter lediglich als Spezialfall jenes „Einzelnen“, dessen Zeitkonflikte innerhalb des Individuums auszufeuchten sind (difu S. 107).

Sie entstehen im Rahmen von dessen alltäglicher Lebensführung inmitten verschiedener Zeiten (Arbeits- und Betriebszeiten, Ausbildungs- und Betreuungszeiten, Öffnungszeiten, Verkehrszeiten usw.) (difu S. 135). Grenzüberschreitende Bereiche an den Rändern des „Zeitfensters Arbeitswelt“ (Freizeit, Konsumzeit, Teilzeit, informelle Arbeit/Familienarbeit, unbezahlte/ehrenamtliche Arbeit, soziale und Gemeinwesen-Arbeit, personenbezogene Dienstleistungen usw.), werden sichtbar, gewinnen jedoch kein Profil. Auch der Bericht *zeiten : der : stadt*, der eine Fülle von Ausblicken eröffnet in das Terrain jenseits der zerfallenden Wälle an den Grenzen der industriellen Ökonomie hütet sich vor Übertritten und Übertretungen. Der Haushalt als kleinste Wirtschaftseinheit bleibt unangetastet.

## **Gender Audit öffentlicher Haushalte (Gender Budgeting)**

In aller Regel lohnt es sich nicht, einen Finanzexperten nach der Relevanz öffentlicher Haushalte für die Ausgestaltung des Geschlechterverhältnisses zu befragen. Er wird die Überzeugung kundtun, das Regelwerk der öffentlichen Finanzen sei absolut geschlechtsneutral: ein technisches Instrument, das Einnahmen und Ausgaben zueinander in Beziehung setzt. Auch präzisere Fragen nach den Auswirkungen von Finanzpolitik auf Frauen oder Männer werden ihn kaum aus der Reserve locken. Selbstverständlich scheint ihm die aktuelle Sparpolitik von Sachzwängen diktiert, die weder in ihren Ursachen noch in ihren Auswirkungen mit dem Geschlechterverhältnis irgendetwas zu tun haben.

Auf der ganzen Welt haben Frauenbewegungen seit den 70er Jahren solche Gewissheiten in Zweifel gezogen. Es war offensichtlich, dass Frauen nicht nur als Beschäftigte des öffentlichen Diensts im Nachteil waren, sondern z.B. auch als Rentnerinnen und Empfängerinnen von Sozialleistungen, die gegen Unterhaltsansprüche verrechnet wurden. Das Ausmaß ihres Rückstands ließ sich quantifizieren (z.B. durch den Vergleich der Zahlbeträge von Frauen- und Männerrenten), doch die zugrunde liegenden Strukturen waren wenig durchschaubar und meistens statistisch nicht einmal erfasst. Das Bedürfnis nach präziseren Auskünften und konkreten Handlungsansätzen hat sich über die Jahre verdichtet und erstreckte sich bis hin zum staatlichen Gesamthaushalt. In ihm sah man nicht nur eine Quelle von Informationen über öffentliche Einnahmen und Ausgaben, sondern vor allem ein Instrument im Dienst der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Ein erstes Women's Budget erschien 1984 in Australien auf Bundesebene. Die australischen Provinzen zogen in den Folgejahren nach. Seit 1989 veröffentlicht die englische Women's Budget Group (WBG) nach der Verabschiedung des nationalen Haushaltsplans in jedem Jahr eine Stellungnahme zu den Auswirkungen staatlicher Haushaltspolitik auf Frauen und Männer. Etwa ab 1995 – nicht zuletzt im Gefolge einer entsprechenden Empfehlung der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking – entstanden zahlreiche Initiativen vor allem im südöstlichen Afrika (Südafrika, Uganda, Tanzania, Malawi, Mozambique u.a.). Die Verbreitung des Gender Audit öffentlicher Haushalte wird aktiv unterstützt von UNIFEM und dem Commonwealth Sekretariat in London.

In Europa hat bis in die jüngste Vergangenheit neben Großbritannien nur die Schweiz einige Erfahrung mit Gender Budgets gesammelt, doch das Interesse an eigenen Projekten wächst auch in anderen Ländern der industrialisierten Welt. Im Herbst 2000 veranstaltete Italien eine große Konferenz, ein Jahr später versammelte sich unter dem Dach von OECD und UNIFEM eine große Zahl von Experten aus ca. 40 Ländern in Brüssel. UNIFEM hofft, dass bis zum Jahr 2015 weltweit alle Mitgliedsländer der UN in der einen oder anderen Form eine Gender Analyse als Regelverfahren in die staatliche Haushaltsplanung integrieren werden.

Die Ausgangslagen und Zielsetzungen der einzelnen Initiativen sind ebenso unterschiedlich wie die Länder selbst. Unter den gegenwärtigen Bedingungen von Privatisierung und Deregulierung wird sich nur in Ausnahmefällen die Aufbruchstimmung einstellen, von der das erste Women's Budget getragen war. Viel eher muss angenommen werden, dass Barrieren errichtet werden sollen gegenüber Sparmaßnahmen, die vor allem Frauen treffen. Ohnehin liegt hier einer der Schwerpunkte der bereits praktizierten Gender Audits, und zwar nicht nur in Entwicklungsländern.

1994 haben die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten und der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste ein Forschungsinstitut mit einer Studie beauftragt, um Klarheit zu gewinnen über die Zielrichtung staatlicher Sparpolitik.

Sie waren überzeugt, dass Sparbeschlüsse auf allen Ebenen – Bund, Kantonen und Gemeinden – vor allem zu Lasten von Frauen erfolgten. Nach ihrer Meinung widersprach dies in krasser Weise dem Verfassungsauftrag zur Gleichstellung der Geschlechter. Unter den Bedingungen neuer ökonomischer Entwicklungen gehe es plötzlich nicht mehr um das Tempo des Fortschritts, sondern um das Abwehren neuer Rückschritte.

Es zeigte sich schnell, dass es für die Bearbeitung dieser Fragen keine Vorbilder gab. Selbst die statistischen Grundlagen für eine geschlechtsspezifische Analyse der Staatsausgaben waren nicht vorhanden. In dieser wenig befriedigenden Situation wurde in intensiver Zusammenarbeit mit den Auftraggebern ein methodischer Weg entwickelt, der wenigstens zu Annäherungen an die gesuchten Antworten führte und eine öffentliche Auseinandersetzung in Gang setzte, ob und wie der Staat zur Kompensation sozialer Benachteiligung verpflichtet ist. Richtung und Ausmaß von Umverteilung seien eine Frage politischen Willens (Bauer/Baumann).

Zu ähnlichen Folgerungen gelangten auch die afrikanischen Gruppen, deren Länder unter den Folgen der von Weltbank und Internationalem Währungsfonds verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen litten. Unter der Zielsetzung, Haushaltsdefizite zu reduzieren, erfolgten tiefe Einschnitte vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen. Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen wurden eingeschränkt, höhere Gebühren für Schulbesuch und Gesundheitsdienste eingeführt. Auf diese Weise verschob man einen beträchtlichen Teil der Kosten für den Erhalt und die Qualifizierung der Arbeitskraft aus den öffentlichen in die privaten Haushalte, wo sie vor allem von Frauen aufzufangen waren. Ihre unbezahlte Arbeit nahm zu, gleichzeitig wuchs die Notwendigkeit, zusätzliches Einkommen zu beschaffen.

Während die Entlastung öffentlicher Kassen dem Wachstum der privaten Wirtschaft zugute kam, vergrößerten sich die Lasten, die von Frauen zu tragen waren und ihr Armutrisiko erhöhten. Auch afrikanische Frauen berufen sich auf das Gleichheitsversprechen demokratischer Verfassungen und ihre bürgerschaftlichen Rechte der Partizipation, wenn sie ein Gender Audit öffentlicher Haushalte einfordern. Für die Entwicklung und Umsetzung von Verfahren hat Südafrika eine Vorreiterrolle eingenommen. Im Vorfeld öffentlicher Haushaltsplanung verständigen sich zivilgesellschaftliche Gruppen auf aktuelle Schwerpunkte und suchen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt den Schulterchluss mit Parlamentarierinnen. Sie machen Vorschläge für Mehrausgaben in einzelnen Haushaltssegmenten, benennen jedoch auch Etatpositionen, die gekürzt werden könnten.

Ihre Zielsetzung ist die Stärkung des ökonomischen und sozialen Status von Frauen und Mädchen unter Berücksichtigung verschiedener Kategorien wie Einkommen, Alter, Rasse und Behinderung. In ihrer Argumentation legen sie Wert auf den Nachweis, dass Geschlechtergerechtigkeit einen wesentlichen Beitrag leisten kann zur Umsetzung der Aufgaben von Regierung und Parlament. Gleichzeitig zeigen sie auf, wie sehr die Gleichheit von Männern und Frauen auch makroökonomischen Zielen entgegen kommt. Strategien, die mit moralischen Argumenten auf Nichtdiskriminierung pochen, halten sie für überholt. Mit dem Instrument der Gender Budgets wollen sie stattdessen konkrete Forderungen geltend machen und diese mit belegbaren ökonomischen Fakten und Analysen untermauern.

Es hat den Anschein, als wären dem Expansionsdrang der Afrikanerinnen keine Grenzen gesetzt. Sie wollen verstärkt auch die Einnahmeseite öffentlicher Haushalte unter die Lupe nehmen, haben z.B. herausgefunden, dass arme Haushalte einen fast doppelt so hohen Anteil ihres Einkommens für die Mehrwertsteu-

er aufwenden müssen wie reiche Familien. Obwohl die Armutsgefährdung der Frauen in Entwicklungsländern ihr Ausgangspunkt war, erarbeitet Winnie Byanyima Perspektiven, die über die Kontinente hinweg von Bedeutung sind (Byanyima).

In der einen oder anderen Weise stützen sich alle erfolgreich arbeitenden Gender Budget Gruppen auf die Erfahrungen, die von den beiden ersten Initiativen in Australien und in Großbritannien gemacht worden sind. Beide Gruppen haben Pionierarbeit geleistet, obwohl sie von unterschiedlichen Bedingungen ausgingen, unterschiedliche Vorgehensweisen entwickelten und unterschiedliche thematische Schwerpunkte setzten. Auch die zukünftige Arbeit wird nicht in ein Verfahren einmünden, das universell übertragbar ist.

## **Pionierarbeit auf unterschiedlichem Hintergrund**

### ***Das australische Women's Budget 1984-1996 als Teil des Staatshaushalts***

1984 präsentierte Australien zum ersten Mal einen Bundeshaushalt, der auf die besonderen wirtschaftlichen Leistungen der Frauen verwies und die Absicht kundtat, durch gezielte Ausgabenpolitik den Bedürfnissen der Frauen Rechnung zu tragen. Vorausgegangen war jahrelange Lobbyarbeit von Frauenpolitikerinnen und Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Regierung, Parlament und Verwaltung. Sie machten geltend, dass Frauenpolitik ihre Wirkung verfehlen müsse, wenn sie nicht mit substanziellen Ressourcen ausgestattet werde.

Die Initiative der Frauen verfolgte drei Ziele:

- Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Auswirkungen öffentlicher Ausgaben auf Frauen und Männer unterschiedlich sind,
- Regierungen im Hinblick auf ihre Gleichstellungspolitik rechenschaftspflichtig zu machen,
- durch gezielte Einflussnahme auf staatliche Ausgabenpolitik den wirtschaftlichen und sozialen Status der Frauen zu verbessern.

Die Gruppe erarbeitete ein Raster, dem einzelne Etatpositionen zugeordnet wurden. Dabei blieben diejenigen Projekte unberücksichtigt, die ausschließlich auf die Beschäftigten im Staatsdienst ausgerichtet waren. Vor allem wollte man deutlich machen, dass scheinbar geschlechtsneutrale Etatposten verblüffende Auswirkungen auf Frauen haben können, weil sie im Regelfall auf die Lebenslage von Männern zugeschnitten sind. Es war nachzuweisen, dass niemals unbesehen davon ausgegangen werden darf, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik den Bedürfnissen von Frauen und Männern in gleicher Weise entgegen kommt.

Die einzelnen Ministerien waren gehalten, bereichsspezifisch dem Women's Budget zuzuarbeiten. Die 12 Jahre (1984/85 – 1996/97), in denen der australische Bundeshaushalt gender-spezifische Daten enthielt, erbrachten immer neue Erkenntnisse. Beispielsweise erwies es sich, dass Industrien, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt waren (Textil und Bekleidung, Schuhfabriken) weniger von staatlichen Programmen profitierten als Betriebe mit typischen Männerarbeitsplätzen (Autofabriken u.a.). Das Landwirtschaftsministerium berichtete, dass Weiterbildung und Beratung stärker von Männern in Anspruch genommen wurde als von Frauen.

Auch in der aufstiegsorientierten kaufmännischen Fortbildung waren Frauen unterrepräsentiert. Da Programme der sozialen Sicherung Männer als Familienernährer und Frauen als Angehörige behandelten, hatten diese im Einzelfall geringere Ansprüche auf Transferleistungen. Die konservative Sicht auf das Geschlechterverhältnis benachteiligte die Frauen auf dem Arbeitsmarkt, hemmte die Entfaltung der Produktivität ihrer Arbeit, behinderte ihre Ausstattung mit Humankapital, beeinflusste die Höhe ihrer Bezahlung und die Art der Besteuerung ihrer Einkommen. Die Analyse von Effizienz und Zielgenauigkeit staatlicher Ausgaben legte die Vermutung nahe, dass z.B. das Erwerbsverhalten von Frauen abhängig war von Entscheidungen, die auf der Ebene von Unternehmen und Privathaushalten getroffen wurden und ihre eigenen Bedürfnisse nicht immer zureichend zum Ausdruck brachten.

Eine andere Beobachtung beeinträchtigte die Zuversicht der Initiatorinnen, nationale Beschlüsse zur Gleichstellung der Geschlechter ließen sich auf dem Rücken staatlicher Geldströme ohne weiteres in ihr Ziel befördern. Angehörige der Finanzbürokratie waren gewohnt, die Aufstellung des Haushaltsentwurfs als Aufgabe zu betrachten, die sich von Experten erledigen ließ. Es bedurfte immer wieder der intensiven Überzeugungsarbeit, um ihnen die Komplexität der politischen Auswirkungen von Einzeldispositionen bewusst zu machen. Auf der anderen Seite nahm die Frauenlobby wahr, dass es Gruppen gab, die ihren Aktivitäten mit Misstrauen begegneten. Vor allem die Wirtschaft zeigte wenig Bereitschaft zur Kooperation. Der Himmel über den „Femokratinnen“ verdüsterte sich, als ein Wirtschaftsverband den Vorschlag machte, die Staatsfinanzen sollten einer unabhängigen Expertengruppe überantwortet werden, um sie der Beeinflussung durch die wechselnden Schwerpunkte der Tagespolitik zu entziehen.

Das Women's Budget auf Bundesebene konnte über den Etat 1996/97 hinaus nicht fortgeführt werden. Haushaltskürzungen beschnitten neben vielen anderen Bereichen auch die Ressourcen des Nationalen Frauenbüros. Die frei gewordene Stelle seiner Leiterin blieb jahrelang vakant. Mehrere Reformen der Verwaltung nahmen den erprobten und stetig fortentwickelten Verfahren ihre Passgenauigkeit. Auch das politische Klima hatte sich geändert. An die Stelle der Umverteilung von Ressourcen zugunsten von Gleichheit und Gerechtigkeit traten Marktorientierung und Effizienzsteigerung.

Dazu kam, dass die Frauenlobby immer wieder in Frage stellte, ob ihre Einbindung in die Verwaltung der Reichweite ihrer Arbeit zuträglich war. Ihre Erfolge wurden der Regierungspolitik gut geschrieben, obwohl ihre Pläne innerhalb von Politik und Verwaltung oft auf Widerstand stießen. Trotzdem zieht Rhonda Sharp, Ökonomieprofessorin in Adelaide und eine der Initiatorinnen des Women's Budget, heute eine positive Bilanz. Sie hält es nicht für Zufall, dass in den Jahren 1985-96 die staatliche Förderung für Familien mit Kindern überproportional gestiegen ist. Das Angebot an Kindergartenplätzen verfünffachte sich, was die Alltagsbewältigung erwerbstätiger Mütter erleichterte. Auch für die Altenpolitik stand mehr Geld zur Verfügung (+ 24 %). Dank seiner starken Stellung innerhalb der Bürokratie konnte das Nationale Frauenbüro verhindern, dass im Zuge der einsetzenden neoliberalen Sparpolitik Haushaltskürzungen vor allem die Frauen belasteten.

12 Jahre Women's Budget in Australien haben der Idee, öffentliche Haushalte auf dem Prüfstand der Geschlechtergleichheit auszuleuchten, eine Fülle von Erfahrungen beschert, die sich auch für andere Initiativen als wertvoll erwies. Ungleich der geringen Differenzierung der hier und dort praktizierten Prüfungsverfahren unter Umwelt- oder Armutsgesichtspunkten waren die Ergebnisse des Women's Budget außerordentlich vielfältig. Man hat

- konkrete politische Handlungsansätze auf ihre Stimmigkeit mit politischen Absichtserklärungen untersucht;
- erforscht, welche Auswirkungen auf den sozialen und ökonomischen Status von Frauen zu erwarten waren;
- Indikatoren entwickelt, an denen Ergebnisse (und deren Veränderung im Zeitverlauf) gemessen werden konnten (z.B. die anteilmäßige Nutzung bestimmter Programme durch Frauen und Männer);
- die Ressourcen ausgewiesen, die zur Umsetzung bestimmter Ziele zur Verfügung standen;
- geplant, welche Schritte im jeweiligen Folgejahr unternommen werden sollten.

Sehr schnell hatte sich gezeigt, dass den Datensammlungen der amtlichen Statistik nur in Ausnahmefällen die erforderlichen Informationen zu entnehmen waren. Sozusagen als Nebeneffekt erbrachten die anderen Fragestellungen der Femokratinnen eine Erweiterung der Datenbasis für genderorientierte Forschung auf allen Ebenen. In den letzten Jahren ist das Interesse an einem Gender Audit der staatlichen Haushaltspolitik neu erwacht. Allerdings denkt man dabei nicht an die Wiederauflage eines verwaltungsinternen Expertinnenpools, sondern an die Einrichtung einer Gruppe, deren Mitglieder aus der Zivilgesellschaft kommen und unabhängig sind (Sharp).

## **Die Analyse des englischen Staatshaushalts durch die Women's Budget Group**

Die englische Women's Budget Group (WBG) versteht sich als Think Tank von Frauen mit unterschiedlichem fachlichen Hintergrund und einem gemeinsamen Interesse an den Gender-Aspekten von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ihre Mitglieder kommen aus Universitäten, Gewerkschaften und Frauenverbänden sowie aus Umweltorganisationen und einem breiten Spektrum von Menschenrechtsgruppen und Bürgerinitiativen. Seit 1989 analysieren sie die Finanzpolitik des Vereinigten Königreichs und kommentieren die jährlichen Haushaltspläne. Sie wurden von niemandem berufen, und sie werden von niemandem bezahlt. Nach mehr als 10 Jahren ehrenamtlicher Arbeit hoffen sie, mit staatlicher Unterstützung eine Halbtagskraft beschäftigen zu können, die Protokolle schreibt, Zusammenkünfte organisiert und Öffentlichkeitsarbeit macht. Sie verstehen sich als *pressure group* im Fraueninteresse.

Unter der konservativen Regierung blieb ihr Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit gering. Auch die Medien nahmen kaum Notiz von ihrer Arbeit. Über viele Jahre lag der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit in der Erstellung von Expertisen und Kommentaren für die Oppositionsparteien. Erst nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Labour Party im Jahr 1997 erweiterte sich ihr Wirkungsfeld, und nach einiger Zeit erhielten sie die Chance zur aktiven Politikberatung. Sowohl im Vorfeld der Verabschiedung des Haushaltsplans als auch in der Periode seiner Umsetzung finden regelmäßige Zusammenkünfte im Finanzministerium statt. Inzwischen sind auch das Ministerium für Soziale Sicherheit und andere Behörden an einer Zusammenarbeit interessiert.

Der Versuch der WBG, den Finanzminister von der Notwendigkeit eines hausinternen Gender Audit zu überzeugen fand zwar Widerhall, doch die Umsetzung dieses Vorschlags lässt auf sich warten. Die Gruppe selber möchte sich auf die Analyse der inneren Strukturen des Steuer- und Sozialsystems konzentrieren, weil sie auf diesem Weg tiefere Erkenntnisse zu gewinnen hofft als durch die Untersuchung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Einzelmaßnahmen. Zwar hält sie es für leichter, sich auf einen Ausschnitt zu beschränken, doch ohne Einsicht in innere Zusammenhänge bleibt die Dynamik des Gesamtsystems schwer kalkulierbar.

Irritierend ist für die Expertinnen, dass die Einkommensbesteuerung auf Individuen, indirekte Steuern auf Güter und Dienstleistungen und Sozialtransfers auf Haushalte bezogen sind. Um die Auswirkungen dieser Verschiedenheiten auf Einzelpersonen beurteilen zu können, müssen Prozesse im Inneren des Familienhaushalts in die Untersuchung einbezogen werden. Es erscheint unumgänglich, die Beziehungen zwischen Individuum und Haushalt einer genaueren Analyse zu unterziehen. Bei vielen Gelegenheiten betont die WBG, dass Haushalte und Individuen getrennt betrachtet werden müssen, wenn es um Politik zugunsten der Gleichheit der Haushaltsmitglieder geht. Politischer Gestaltungswille muss sich Rechenschaft darüber ablegen, dass Männern und Frauen innerhalb der Gesellschaft nicht gleichartige, sondern ganz verschiedene Aufgaben zugeordnet sind, auch wenn sie miteinander in einem Haushalt leben.

Ohne Anerkennung der unterschiedlichen Lebensbedingungen der Geschlechter fehlt politischem Handeln die Zielsicherheit. Die WBG hält es für angezeigt, neben dem Hinweis auf das Gleichheitsziel Effizienzkriterien in die Debatte einzuführen. Sowohl Steuern als auch Sozialtransfers müssen so gestaltet sein, dass sie die gesellschaftliche Ungleichheit von Frauen und Männern nicht vergrößern, sondern im Gegenteil verringern. Verfehlen sie dieses Ziel oder erreichen sie es nur suboptimal, muss sich die Politik den Vorwurf gefallen lassen, an der falschen Stelle Steuern erhoben oder für das verausgabte Geld zu wenig Gegenwert erhalten und somit schlecht gewirtschaftet zu haben.

Mit diesem Argument überschreitet die WBG absichtsvoll die Grenze zwischen ökonomischen und sozialen Aspekten staatlichen Handelns. Unter neoliberalen Vorzeichen hat sich diese Grenze ohnehin so sehr verschoben, dass sie ihre Plausibilität verloren hat. Es fehlen die Kriterien dafür, welche Güter und Dienstleistungen in den Geldkreislauf eingespeist und welche den ökonomischen Rahmenbedingungen zugeordnet werden sollen. Im Sinne einer Darstellung der ökonomischen Relevanz des überwiegend von Frauen im Familienhaushalt produzierten Sozialkapitals reklamiert die WBG eine ökonomische Kategorie *Care* als Ausgangsposition für Strategien, die Geschlechtergleichheit mit der Zielgenauigkeit staatlicher Leistungen verknüpfen.

Die Betrachtung von *Care* unter ökonomischen Vorzeichen ist nicht gleichbedeutend mit der Forderung nach *Geld für Zeit*, obwohl durchaus denkbar ist, dass diese Forderung irgendwann erhoben wird. *Care* her auszulösen aus den nicht hinterfragten Versorgungszusammenhängen des Haushalts bedeutet zunächst nicht anderes als ihre Zuordnung zu der Person, die Fürsorgeleistungen hauptsächlich erbringt (*the main carer*). Damit wird Zeit – individuelle Lebenszeit zugunsten sozialer Aufgaben – eingeführt in eine Ökonomie, die den Zeitverbrauch zugunsten von *Geld und Gütern* mehr als je zu minimieren trachtet. Immer wieder betont die WBG, dass die Lebenszeit von Eltern keineswegs unbegrenzt zur Verfügung steht.

Da staatliche Finanz- und Haushaltspolitik nicht nur auf die Ausstattung ihrer Bürgerinnen und Bürger mit Geld, sondern auch auf die Verfügbarkeit von Lebenszeit für soziale Belange Einfluss nimmt, hat die WBG dem Finanzminister den Titel des Zeitministers verliehen. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre bemühen sich die meisten westlichen Länder mit Programmen *welfare to work* um die Eingliederung ihrer Bevölkerung in den Arbeitsmarkt. Hintergrund dieser Politik ist das Bestreben, Sozialleistungen weitestgehend zu reduzieren. Um Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen, werden direkte Transferleistungen durch steuerliche Zugeständnisse ersetzt. Diese Politik entwertet unbezahlte Arbeit und übersieht die Beiträge der *care economy* zur Wohlfahrt auf Haushalts- und Gemeinde-Ebene sowie zum Erhalt der Grundlagen einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Unter den Punkten, die immer aufs Neue den Zorn der Expertinnen erregen, ist die Aufweichung der seit den 70er Jahren praktizierten Individualbesteuerung durch steuerliche Anreize auf Haushaltsebene besonders bemerkenswert. Partnerhaushalte müssen ihre gemeinsamen Einkünfte ausweisen, um Steuererleichterungen für Niedrigverdiener zu erhalten. Diese Vorgabe beeinträchtigt die Motivation von Ehefrauen, durch eigene Erwerbsarbeit Unabhängigkeit zu erlangen, weil das gemeinsam erwirtschaftete Einkommen schnell die Freigrenze übersteigt. Auch eine im Zuge der *welfare to work*-Politik vorgenommene Veränderung der Modalitäten für die Gewährung von Kindergeld benachteiligte die Frauen. Bezugsberechtigt war nicht mehr diejenige Person, die für Betreuung und Erziehung zuständig war, sondern der Hauptverdiener als Empfänger von Lohneinkommen. Es bedurfte einiger Lobbyarbeit der WBG, um Paaren wenigstens das Recht einzuräumen, für die getrennte Auszahlung des Kindergeldes zu optieren.

Die WBG macht Ernst mit der weitestgehenden Individualisierung von Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen. Sie ermahnt die Regierung, auch die Interessen derjenigen Frauen nicht aus den Augen zu verlieren, die mit einem gut verdienenden Mann verheiratet sind und sozial nicht in Erscheinung treten. Angesichts der abnehmenden Stabilität der Partnerversorgung muss Sozialpolitik neue Modelle persönlicher Unabhängigkeit entwickeln, damit jede(r) Einzelne (Erwerbs)Arbeit und Leben in eine tragfähige Balance bringen kann. Die Expertinnen mahnen eine stärkere Überbrückung von Erziehungszeiten durch sozialstaatliche Leistungen einschließlich der Aufstockung von Frauenrenten für Zeiten an, in denen Versorgungsarbeit geleistet wurde.

Die Labour-Regierung neigt dazu, in Anlehnung an das amerikanische Modell in die englische Sozialpolitik verstärkt das Prinzip der Bedarfsorientierung einzuführen. In der Realität ist dies gleich bedeutend mit der Abkehr von der Strategie der Individualisierung der Haushaltsmitglieder und der Anerkennung von Versorgungs- und Erziehungsarbeit als eigenständige Leistung. Demgegenüber fordert die WBG mit allem Nachdruck, dass vor allem die Gewährung von Kindergeld nicht an Bedürftigkeit geknüpft werden, sondern die Bereitschaft zum Ausdruck bringen sollte, zugunsten der Unabhängigkeit von Frauen und erwerbsunabhängiger Spielräume für die *care economy* Transferleistungen zu erbringen. Die WBG schlägt vor, eine substanzielle Erhöhung des Kindergeldes durch Beitragsleistungen Kinderloser und ggf. durch eine Anhebung der Progression des Steuertarifs zu finanzieren.

Das Resümee der WBG nach 12 Jahren intensiver Lobbyarbeit zugunsten materieller Gleichheit und ökonomischer Unabhängigkeit von Frauen ist ambivalent, aber nicht resignativ. Manchmal zweifelt die Gruppe daran, dass ihre Konsultation durch die Labour-Regierung den ernsthaften Willen zum Ausdruck bringt, Empfehlungen umzusetzen, auch wenn sie ursprünglichen Strategien nicht entsprechen und vielleicht sogar quer liegen zu einem politischen Gesamtkonzept. Den Vorschlägen der WBG war bisher vor allem dann



Erfolg beschieden, wenn sie sich mit den Plänen der Regierung vereinbaren ließen, durch möglichst vollständige Integration der arbeitsfähigen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt Sozialausgaben einzusparen.

Und doch sind die Expertinnen überzeugt, dass die Labour-Regierung nicht ohne Gesichtsverlust den gemeinsam betretenen Weg wieder verlassen kann. Ihre Zuversicht gründet nicht zuletzt in der Gewissheit, dass die drängendsten Probleme der britischen Gesellschaft in keinem Fall vor allem von Frauen oder gar auf ihrem Rücken gelöst werden können, sondern nur auf dem Wege des Aushandelns von Bedingungen, die mit den Interessen aller Beteiligten vereinbar sind.

Die Labour-Regierung hat sich anheischig gemacht, innerhalb von zwanzig Jahren die Kinderarmut zu beseitigen, die in Großbritannien größer ist als in irgend einem anderen europäischen Land. Die WBG weist darauf, dass die ökonomische Situation von Kindern nicht abgetrennt werden kann von der Lebenslage ihrer Eltern. Kinderkosten – so argumentiert sie – seien in einer modernen Gesellschaft falsch kalkuliert, wenn lediglich die Unterhaltskosten berechnet würden. Es sei lange überfällig, auch Betreuungskosten einzurechnen und dabei als Aufwand anzusehen, was die Eltern während der Betreuungszeit hätten verdienen können.

Die Women's Budget Group bezweifelt nicht, dass *New Labour* die Wahlen deshalb gewonnen hat, weil sich die Partei von den paternalistischen Grundsätzen der alten Sozialdemokratie entschlossen distanzierte. Im Zeitalter der Produktivitätssteigerung und des Standortwettbewerbs auf globalen Märkten mussten neue, mit neoliberalen Grundsätzen vereinbare Wege des sozialen Ausgleichs gefunden werden. Unter diesem Vorzeichen gewinnt auch das Gleichheitsbegehren der Frauen eine Dimension jenseits der Umsetzung des Rechts, gegenüber Männern nicht diskriminiert zu werden. Es sind weniger normative Gesichtspunkte als solche der ökonomischen Rationalität sowie der Stimmigkeit und Effizienz der eingeschlagenen Strategie, auf die sich die Argumentation der WBG bezieht (Himmelweit).

## **Aufbruch in eine neue Wirtschaftsweise?**

Die Arbeitsweise der englischen Women's Budget Group ist charakteristisch für die Dynamik, die sowohl den Zielen als auch den Verfahren und Instrumenten des *Gender Budgeting* innewohnt. Nach Jahrzehnten, in denen feministische Forschung sich nur zögerlich mit den Auswirkungen der Geschlechterkonstellation auf makroökonomische Modelle, Prozesse und Wirtschaftsweisen auseinander gesetzt hat, stoßen die Initiativen sehr schnell an die Grenzen des ökonomischen Denkmodells. Mottos wie *Follow the money* oder *Money talks* führen fast unweigerlich zu der Erkenntnis, dass die Ökonomie nicht dort ein Ende nimmt, wo die Ökonomen zu denken aufhören. Ein unberührtes Draußen gibt es nicht, und auch der Wandel der Familie und die Verhaltensänderungen der Individuen stehen in engem Bezug zu den Entwicklungen der Marktökonomie.

Gegenwärtig experimentieren etwa 40 Länder mit Gender Budgets. Die Flut der Aufsätze und Manuskripte, die sich mit Gender Budgeting oder Gender Auditing befassen, ist kaum mehr überschaubar. Colleen Lowe Morna, Expertin aus Südafrika, sieht im Gender Budgeting ein Reformprojekt im Gefolge der Globalisierung, das innerhalb eines knappen Jahrzehnts über die Welt hinweg gefegt ist wie ein Sturm. Aber sie warnt davor, sich mit schnellen Erfolgen zufrieden zu geben. Zusätzliche Studien zum informellen Teil des Wirtschaftens und zur Zeitverwendung seien erforderlich, um die langfristigen Auswirkungen makroökonomischer Prozesse auf Frauen einschätzen zu können. Vor allem jedoch bedürfe es des langen Atems und kohärenter Strategien, um auf politischer und institutioneller Ebene Reformen durchzusetzen. Rückschläge seien keineswegs auszuschließen (Lowe Morna).

Beobachtungen, die das übliche Argumentationsmuster in Frage stellen, sind über die Länder und Kontinente hinweg erstaunlich kongruent. Katherine Rake aus Großbritannien moniert, die Situation von Eltern sprengt den Betrachtungshorizont der Dimension zwischen Arbeit und Freizeit. Da Wirtschaftspolitik nicht nur auf das Marktgeschehen, sondern ebenso auf die unbezahlte Ökonomie Einfluss nimmt, stellt Rake die Grenze zwischen Ökonomie und Sozialem grundsätzlich in Frage. Kurzfristigen ökonomischen Gewinnen stünden oft langfristige Verluste im Bereich von Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt gegenüber.

Die Bilanz erweise sich schnell als negativ, wenn die Folgekosten in die Betrachtung einbezogen würden. Das Gender Budget könne helfen, Entwicklungen zu erkennen und Perspektiven zu entwickeln (Rake).

Wo *Care* nicht als unbeschränkt verfügbare Ressource betrachtet, sondern auch in ihrer unbezahlten Form als ökonomisch bedeutsam erkannt wird, wandelt sich der ökonomische Status der Hausfrau von der Konsumentin von Marktgütern zur Produzentin von Dienstleistungen für die Allgemeinheit. Dieser Schritt wird von allen AutorInnen und Initiativen so selbstverständlich vollzogen, als bedeutete er nicht den Übertritt in ein vollkommen neues System des Denkens, des Handelns und der Institutionen.

Winnie Byanyima hält die Grenzen zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit für künstlich und deshalb für aufhebbar, sie ist sicher, dass die Marktökonomie selber auf der Ungleichheit der Geschlechter basiert. Unbezahlte Arbeit betrachtet sie als Sondersteuer, die Frauen vor Eintritt in den Arbeitsmarkt zu entrichten haben und fordert als Ausgleich einen Anteil an den Erträgen wirtschaftlichen Wachstums, das durch Einsparungen in den für Frauen relevanten Bereichen erzielt zu werden pflegt.

Diane Elson, englische Ökonomeprofessorin, internationale Expertin für Gender Budgets und Beraterin der Vereinten Nationen im Rahmen von Programmen zur Armutsbekämpfung u.a., will die Dichotomie von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Konzepten von Weltbank und IWF zugunsten einer Integration des Ökonomischen und des Sozialen aufheben. Sie hält den Primat der globalen Ökonomie in der Entwicklungspolitik für überholt. Ökonomische Instabilität und Krisen im Gefolge unkontrollierter Kapitalbewegungen bürden den Familienhaushalten immer neue Lasten auf. Es sind vor allem die Frauen, die Wohlfahrtsverluste durch vermehrten persönlichen Einsatz zu kompensieren versuchen.

Elson fordert andere Ansätze für Analyse und Politik wirtschaftlicher Entwicklung. Eine nachsorgende Sozialpolitik, die Armut nicht verhindert, sondern im Nachhinein zu lindern versucht, hält sie für unvereinbar mit den Lebens- und Menschenrechten großer Teile der Weltbevölkerung. Um die Hegemonie der Kapitalinteressen in der Entwicklungspolitik aufzubrechen, will sie den politischen Dialog für ein breites Spektrum von Interessen und sozialen Gruppen öffnen.

Soziale Ziele wie die gerechte Verteilung von Einkommen bzw. die Vermeidung von Armut sind für sie nicht gleichbedeutend mit einer Politik der Vollbeschäftigung, die auf informelle, Teilzeit- oder unbezahlte Arbeit keine Rücksicht nimmt. Sie warnt vor der unbedachten Orientierung am Ökonomiemodell des Familienernährers und schlägt vor, den informellen Teil des Wirtschaftens außerhalb regulärer Erwerbsarbeit durch ein sachgerecht ausgestaltetes Bürgergeld zu alimentieren. In Analogie zu Gender Mainstreaming verwendet sie einen Begriff *Mainstreaming des Sozialen in die Wirtschaftspolitik*. Das Bild des Fließens verdeutlicht den Prozesscharakter der Transformation von Analyse, Institutionen, Politik mit dem Ziel der Geschlechtergleichheit (Elson 2001).

Rhonda Sharp berichtet über die 1999 im australischen Bundesland Victoria von der konservativen Provinzregierung verlorenen Wahlen. Eine Gruppe von ForscherInnen hatte während des Wahlkampfes ein *Social Audit* des Landeshaushalts durchgeführt und herausgefunden, dass nur ein Bruchteil der Zuwächse des BSP den für Frauen besonders wichtigen Bereichen von Bildung, Gesundheit, kommunalen Dienstleistungen u.a. zugute gekommen war. Diese Ergebnisse waren eines der stärksten Argumente der Opposition, die die Wahl gewann.

In der Auseinandersetzung mit den Gründen, die der Wiederaufnahme des Verfahrens zur Erstellung eines *Women's Budget* durch die australische Zentralregierung entgegen stehen, verweist Rhonda Sharp auf ein neues Politikverständnis unter neoliberalen Vorzeichen:

- Auf staatliche Intervention wird zugunsten ökonomischer Selbststeuerung weitestgehend verzichtet.
- Effizienz und Effektivität erhalten Vorrang vor Gleichheit und Gerechtigkeit.
- Eigennutz gewinnt die Oberhand gegenüber der Orientierung am Gemeinwohl.

Die Metamorphose der Frau vom selbstbewussten Subjekt staatlicher Gleichheitspolitik zur anonymen Kundin staatlicher Dienstleistung ist für Rhonda Sharp ein Anstoß zu weiter führenden Überlegungen. Für die meisten Kommentatoren bedeute die Hinwendung zu neoliberaler *Governance* die Absage an eine

Politik des sozialen Ausgleichs. Sie seien es gewohnt, Ökonomie und Soziales als antagonistisch anzusehen. Dagegen fühlt sie sich von der Notwendigkeit und Chance herausgefordert, dem Konsumenten ein Profil zu geben, das Ökonomie und Soziales zur Einheit verschmilzt. Sie zitiert einen Autor aus Neuseeland, der die *KonsumentInnen* als Vorboten der Mutation des Sozialen zu neuen Erscheinungsformen begreift.



## IX. Ein anderes Verständnis von Demokratie

### Von der zähen Frauenlosigkeit repräsentativer Demokratie

Die Festschrift zum Gedenken an 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit der Frauenlobby in Westdeutschland (ab 1989 einschließlich der östlichen Bundesländer) trägt den Titel „Die unfertige Demokratie“. Eines der wichtigsten Kapitel beschreibt den ermüdenden Kampf der Frauen um Berücksichtigung des weiblichen Geschlechts bei der Zuteilung von Wahlchancen für das Bonner Parlament. Mit nur 7 Prozent blieb der Frauenanteil an den Abgeordneten des ersten Deutschen Bundestags um fast 5 Prozent hinter ihrem Anteil an der deutschen Nationalversammlung 1919 zurück. Nach langem Kampf war den Frauen erst 1918 das (aktive und passive) Wahlrecht zugestanden worden.

Das Engagement der Bonner Parteien für Frauen war gering. Die ungünstige Platzierung in Listen und Wahlkreisen verteidigte man mit dem Argument, die Wählerschaft lehne Frauen ab. Auch ein Ministeramt traute man ihnen nicht zu. 1957 hatte Adenauer ein „Sonderministerium für Frauenfragen“ angekündigt, sich nach der Wahl mit dem Motto „keine Experimente“ von einer Frauenbeteiligung an der Regierung jedoch wieder distanziert. Als 1961 ein Gesundheitsministerium geschaffen und mit einer Frau besetzt wurde, war überall der Argwohn groß. Die neue Ministerin beteuerte, das Ressort habe echte Aufgaben und sei kein Zugeständnis an die Frauen „auf Kosten des Steuerzahlers“ (Stoehr S. 59).

Ungeachtet aller Widerstände aus den Reihen der „Männer-Parteien“ kündigten die Frauen ihre Mitarbeit nicht auf – als Wählerinnen und Gewählte blieben sie loyal. Sie fühlten sich mitverantwortlich für die Umsetzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes in allen Gesetzen, die Auswirkungen auf das Alltagsleben hatten. Vor allem die Reform des Ehe- und Familienrechts erwies sich immer aufs Neue als Stellungskrieg. Die Gleichberechtigung der Frau als Erziehungsberechtigte, Ehepartnerin, Erwerbstätige löste bei Ehemännern und Vätern Horrorvisionen aus. Angesichts der Mühsal, der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft den sozialen Wandel plausibel zu machen, befahl die Frauen nicht selten Ungeduld, ja Zorn. Resigniert stellte die erste Gesundheitsministerin und spätere Vorsitzende des Deutschen Frauenrats fest: „Die Gesellschaft entwickelt sich und die Gesetzgebung reagiert als Mann“ (zit. nach Stoehr S. 28).

Zur Stärkung von Frauenpositionen im Rahmen familienrelevanter Reformen betonten die Frauenverbände die Gleichwertigkeit von Hausarbeit und Einkommenserwerb. Lange Zeit reichte ihre Forderung über das befestigte Gehege des Ernährerhaushalts nicht hinaus: es ging vor allem um Fragen des Ehegattenunterhalts. Erst als mit steigender Müttererwerbstätigkeit die Chance in Sicht kam, auch Männer für Familienarbeit zu gewinnen, begann Anfang der 90er Jahre die ideelle Ablösung der häuslichen Versorgungsarbeit von der Person der (Haus)Frau in ihrer Eigenschaft als Familienangehörige (Stoehr S. 41). Inhalt und Umfang familialer Dienstleistung verließen den Dunstkreis der Frauenrolle im Rahmen ehelicher Pflichten und wurden verhandelbar. Damit erschienen sie auf dem Marktplatz von Gesellschaft und Ökonomie.

Die Widerständigkeit repräsentativer Demokratie gegen eine gleichgewichtige Beteiligung von Frauen an der Macht lässt sich analytisch mit dem reduzierten politisch/ökonomischen Status von Ehefrauen und der Ausblendung ihrer Arbeit im industriell definierten Haushalt verknüpfen. Die Nachkriegsdemokratie im deutschen Wirtschaftswunderland machte Frauen unsichtbar, weil ihre Interessen mit denen von Männern identisch zu sein schienen. Im politischen Geschäft der Bonner Demokratie zeitigte die spiegelverkehrte weibliche Identifikation oft genug bemerkenswerte Folgen. Die Parlamentarierinnen kämpften darum, nicht in erster Linie für Themen zuständig zu sein, die als Frauenfragen und deshalb als nachrangig galten. Über Jahrzehnte war es erklärtes Ziel der weiblichen Abgeordneten im Bundestag, „echte Ressorts“ mit Frauen zu besetzen (ebda. S. 58).

1987 überschritt der Frauenanteil im deutschen Parlament zum ersten Mal die 10 %-Marke. Trotz Quote (SPD) und Quorum (CDU) erreichte er auch 1998 nur rd. 30 %. Schon etwa ab 1980 befassten sich Frauenverbände und Parlamentarierinnen mit den Möglichkeiten, die Partizipationschancen von Frauen durch eine Veränderung des Wahlsystems zu erweitern. Einigen Expertinnen erschienen bürgernahe Verfahren wie die in Baden-Württemberg und Bayern auf Landes- und kommunaler Ebene praktizierten Freien Listen besonders attraktiv. Obwohl man sich schließlich auf *parteiinterne* Innovationsstrategien verständigte, ist

der überfällige Ausbau der *unfertigen Demokratie* vor allem von der Zivilgesellschaft zu erwarten. Mit einiger Sicherheit wird eine andere Wertigkeit der weichen, mit Frauen identifizierten Fragen dabei eine wichtige Rolle spielen.

## Die Partizipation von Frauen in der Bürgergesellschaft

Ist es Zufall, dass Konzepte bürgerschaftlicher Mitwirkung häufig mit bunt gekleideten Frauen aus aller Herren Länder bebildert sind, während sich demokratisch regierte Staaten durch Gruppen gleichförmig korrekter Herren darzustellen pflegen? Ist die Bürgergesellschaft „in demokratietheoretischer Perspektive ... gleich bedeutend mit einer Komplementierung von Repräsentation durch Partizipation“ (Münkler), oder ist sie für den weiblichen Teil der Bevölkerung das Gegenmodell zu einem Gemeinwesen, das Frauen eigenständige Interessen nicht zubilligen mag?

Gegner der Bürgergesellschaft sind überzeugt, die Mitwirkung der Vielen „unterschreite das Differenzierungsniveau der Moderne und sei insofern für moderne Gesellschaften nicht passförmig“. Befürworter zugangsoffener Strukturen sehen dagegen in bürgerschaftlicher Einflussnahme ein Gegengewicht gegen „Verrechtlichung, Institutionalisierung und Professionalisierung“ im Gefolge von Modernisierungsprozessen (ebda). Die Demokratie der kurzen Wege garantiere die Problemnähe von Lösungen und stärke die Identifikation mit getroffenen Entscheidungen.

Die Argumentation von Politikwissenschaftlern ist nur sehr bedingt geeignet, das Anliegen von Frauen und Jugendlichen zu würdigen. Einer von den wenigen unter denen, die immer wieder auf die Sonderstellung der Familie im industriewirtschaftlichen Konzept verweisen, ist Michael Ehrke. Er nimmt wahr, dass das globale Marktmodell dazu tendiert, vormarktwirtschaftliche ebenso wie nicht marktgemäße Einrichtungen einschließlich der Familie abzubauen (Ehrke S. 8). Bedauerlicherweise betrachtet auch er die weit reichenden Folgen der „Marktradikalisierung“ ausschließlich aus der Sicht der *New Economy*, die durch die fortschreitende Auszehrung außerökonomischer Bereiche ihre Effizienz weiterhin zu steigern versucht – mit zweifelhaftem Erfolg.

Jenseits des noch dünnen Fadens feministischer Ökonomie ist kein Forschungsstrang sichtbar, der sich anheischig macht, das Verhältnis von Markt und Nicht-Markt aus der Position und Perspektive der *Noch-Nicht-Ökonomie* zu durchdringen. Damit fehlt zugleich ein differenziertes Konzept, das erlauben würde, die Belange von Haushalt und Familie in das Politikverständnis repräsentativer Demokratien passförmig zu integrieren. Unabhängig vom möglicherweise steigerungsfähigen Frauenanteil im Parlament sind es systembedingt weiterhin Männer, die der Wohlfahrt der Familie Gesicht und Stimme geben<sup>47</sup>.

Aus der Sicht familiennaher Gruppen bietet der freie Zutritt zu politischem Handeln die Gelegenheit zur *Einmischung in eigener Sache*<sup>48</sup>. Die Bürgergesellschaft mit ihrem breiteren Verständnis von Gleichheit und Gerechtigkeit gewährt auch solchen Interessen ein offenes Spielfeld, die im Modell (Industrie)Gesellschaft nicht mitgedacht sind. Dabei ist mit Nachdruck zu betonen, dass die aufgezeigte Markt/Nicht-Markt-Beziehung nahelegt, sich nicht vorrangig an der Geschlechterproblematik abzarbeiten. Es geht darum, die Vertreibung der Unterhaltswirtschaft und der Lebenswelt aus dem politisch/ökonomischen Konzept der Reichtumsproduktion zu analysieren und neue Wege politischen Denkens und Handelns auszuprobieren<sup>49</sup>. Dabei

47 Politisch/ökonomisch gilt der Mann noch immer als Vertreter seiner Angehörigen, auch wenn im Bereich des Ehe- und Familienrechts in mehreren Reformschritten die Individualisierung von Frauen vorangekommen ist. Besonders aufschlussreich ist die Metamorphose der amtlichen Haushaltsstatistik in ihrem Bestreben, dem Gebot der Gleichberechtigung Rechnung zu tragen. Seit den achtziger Jahren hat der traditionelle Haushalts- und Familienvorstand mehrfach seine Bezeichnung gewechselt (siehe Anmerkung 24). Auch wurde den Haushaltsmitgliedern die Chance eröffnet, sich im Verfahren der Datenerhebung individuell für eine andere Rollenverteilung zu entscheiden. Eine aufs Neue modernisierte Fassung bietet der Mikrozensus 2001. Der Ehemann, ersatzweise der allein erziehende Elternteil, gilt dort als *Familienbezugsperson* (Statistisches Bundesamt S. 67).

48 Das Motto verdankt seine Popularität der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR. Im September 1989 verabschiedeten in Berlin Mitglieder einer Initiative den *Aufruf zur Einmischung in eigener Sache*, dem programmatische Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR beigelegt wurden. Der Aufruf war die Initialzündung für die Gründung der *Bürgerbewegung Demokratie Jetzt*, die im Januar 1990 in Berlin erfolgte (Müller-Enbergs S. 14).

49 Wesentliche Impulse erhält dieses Unterfangen aus der Familien- und Haushaltsforschung. Der Mikrozensus 2001 lässt erkennen, dass Männer jüngerer und mittleren Alters in zunehmendem Maß allein leben (12 % der 25 bis unter 55 Jahre alten Männer – bei den 30-35jährigen sind es 26 %) (Stat. Bundesamt S. 26-27). Die parallelen Alterskohorten von Frauen neigen weniger zur Single-Existenz (7 % bzw. 13 %) (ebda). In wachsender Zahl leben sie in nichtehelichen Lebensgemeinschaften und als allein Erziehende (keine genauen Angaben). Von den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (50.000 (erfragt) – 150.000 (geschätzt)) werden 58 % von Männern geführt (ebda. S. 22-23).

ist zu wünschen, dass sich das Differenzierungsniveau der Moderne als erweiterungsfähig erweist: ohne den Wieder-Einschluss des einst Ausgeschlossenen führt das industrielle Modell in den Untergang.

## **Gleichheit, Gerechtigkeit, Geld: ein neuer Bezugsrahmen**

Nicht nur die neue Frauenbewegung im Gefolge des demokratischen Aufbruchs nach 1968, sondern auch ihre Vorgängerin im 19. Jahrhundert waren getrieben vom Verlangen nach Gleichheit. Das Begehren der Frauen richtete sich auf eine Angleichung der Lebenslagen von Männern und Frauen, auf gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf, auf Vergleichbarkeit der Arbeit in der Familie und am Arbeitsplatz, vor allem aber auf Zugänge zu einer Identität, die ihnen gestatten sollte, sich als Eigene wahr- und anzunehmen, den Status der Angehörigen zu verlassen und aufzubrechen in ein anderes Land.

Die Bewegungen verfielen immer aufs Neue in Strukturen, die geprägt waren von der Zweischichtigkeit des männlichen Individuums: *er* der Kopf und *sie* der Bauch, *er* die Logik und *sie* das Gefühl, *er* der Ernährer und *sie* die Unterhaltene, *er* die *Familienbezugsperson* und *sie* die *Mutter* seiner *Kinder*. In der Wirtschaftsweise der Industrie- und Marktgesellschaft spiegelt sich die Dichotomie der Moderne in vielfältigen Brechungen, zugleich öffnet sie den Blick auf das, was der industriell definierten Gesellschaft fehlt.

Auch dem als Darsteller des Haushalts und *Familienbezugsperson* vielfältig privilegierten Mann bleibt die volle Entfaltung seiner Fähigkeiten vorenthalten: als Modell der Gleichheit taugt er kaum. Sein gesellschaftlicher Status ist gleichbedeutend mit einer ökonomischen Kategorie, seine Persönlichkeit ist beliebig, er ist kein Mensch, dessen Bedürfnisse eingebettet sind in die Bedürfnisse der Gemeinschaft, die er repräsentiert. So ist er im politisch/ökonomischen System als leiblich/sozialer Vater ebenso wenig mitgedacht wie die Frauen als diejenigen, die jenseits der Grenzen des ökonomischen Systems für den Erhalt des Lebens sorgen sollen.

Alle Gruppen, die sich weltweit bisher mit Gender Budgets befasst haben, sehen ihre Aufgabe nicht nur darin, Frauen im System der Männer mehr Gleichheitsrechte zu verschaffen. Ihr Ziel ist die Schaffung von Grundlagen für eine Welt, die sich nicht dem Markt für Geld und Güter unterordnet, sondern dem Nicht-Markt ein eigenes Bezugssystem gibt. Es ist ihre Absicht, zwischen materiellen Ressourcen und den Bedürfnisse der Unterhaltswirtschaft<sup>50</sup> eine andere Beziehung herzustellen als der Markt, der dazu tendiert, den als ökonomisch belanglos eingestuft (Familien)Haushalt zur Kostenentlastung zu nutzen. Die Dynamik der industriellen Wirtschaftsweise belegt diejenigen mit immer empfindlicheren Strafen, die ihre persönliche Arbeits- und Lebenszeit in die Familie investieren.

Auf dem Hintergrund des von feministischen Ökonominnen entwickelten und argumentativ vertretenen Konzepts<sup>51</sup> der *Care Economy* reklamieren Gender Budget Gruppen dagegen die gesellschaftliche Unterstützung der personennahen Arbeit von Frauen innerhalb und außerhalb des Markts. Obwohl sie sich von einer betriebswirtschaftlich verengten Sichtweise distanzieren, die In- und Output in Äquivalenten bilanziert, bedienen auch sie sich des ökonomischen Vokabulars und verweisen auf das Sozial- und Humankapital, das die Arbeit von Frauen hervorbringt.

Die bisherige Praxis des *Gender Audit* von öffentlichen, d.h. vor allem von nationalen, innerhalb einzelner Länder jedoch auch von kommunalen Haushaltsplänen gleicht eher einem *Controlling*. Interessierte Frauengruppen beurteilen die Auswirkungen öffentlicher Haushalte auf die ökonomische und soziale Situation von Frauen und Kindern und versuchen, lebensweltliche Interessen sichtbar zu machen. Doch erst eine echte Mitwirkungschance im Vorfeld der Haushaltsplanung wird den Anspruch einlösen können, sozialen und Fraueninteressen ein anderes Gewicht zu verschaffen.

50 In der formellen Ökonomie ist die Unterhaltswirtschaft/der Haushalt/die Familie im Konsumbereich angesiedelt und gilt als ökonomisch irrelevant.  
51 Im Rahmen der Anhörung zum Thema *Globalisierung und Gender* der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ hat Diane Elson am 18.02.2002 in Berlin als Sachverständige für den Komplex *Macroeconomics and Macroeconomic Policy from a Gender Perspective* fungiert. In Abgrenzung gegenüber der Betrachtungsweise des ökonomischen Mainstreams stellte sie ein Ökonomie-Modell vor, dessen Output bestimmt wird von der Interaktion der Sektoren Unternehmen, Staat bzw. Kommunen, Haushalte und Bürgerarbeit. (Elson 2002, S. 3-5).

## **Einmischung in eigener Sache: Der Bürgerhaushalt**

Die Erfahrungen der Gender Budget Initiativen sind nicht eindeutig, und nicht immer ist ihnen der Erfolg beschieden, den sie sich wünschen. Zweifellos wären ihre Mitglieder mehrheitlich bereit, das Begehren all jener zu unterstützen, die sich im Interesse der Randständigen und Ausgegrenzten für einen *Gesellschaftsvertrag* einsetzen, der Chancengleichheit nicht nur verspricht, sondern auch einlöst. Umso mehr muss es verwundern, dass Experimente zur Mitsprache von Frauen bei der Gestaltung öffentlicher Haushalte in demokratietheoretischen Überlegungen bisher keinen Widerhall gefunden haben. Überall dort, wo die produktive Unruhe *aktiver Bürgerschaft* nicht nur geduldet, sondern als wertvolle Ergänzung öffentlichen Handelns gesehen wird, ist das Gender Budget potenziell ein wichtiges Instrument zur Steigerung von Effizienz und Zielgenauigkeit demokratischer Politik.

Unter den Experimentierfeldern *für mehr Demokratie* genießt der im brasilianischen Porto Alegre „erfundene“ Bürgerhaushalt einen besonderen Ruf. Landflucht und Verstädterung haben Porto Alegre innerhalb von wenigen Jahrzehnten aus allen Nähten platzen lassen. Bezieht man das Umland mit ein, wohnen heute 3,3 Millionen Menschen im Großraum der Stadt. Mit dem ungezügelter Bevölkerungswachstum wuchs auch die Zahl der Armen und Ausgegrenzten. Zahlreiche spontane Ansiedlungen schossen aus dem Boden, die sich schnell zu ausgedehnten Slums entwickelten. Angesichts knapper städtischer Ressourcen war nicht damit zu rechnen, dass diese Stadtteile je mit Straßen, Schulen, Elektrizität, sauberem Wasser, umweltgerechter Entsorgung u.a. ausgestattet würden.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 1988 stellten die Linken eine Stadtentwicklung zu Gunsten der Armen in Aussicht, wenn sie die Wahl gewinnen würden. Die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen an der Verteilung öffentlicher Mittel sollte dazu beitragen, die Kluft zwischen den Lebenschancen der Armen und der Etablierten einzuebrennen. Nach dem Wahlsieg unter Führung der Arbeiterpartei wurden regelmäßige Bürgerversammlungen abgehalten, um die Investitionsmittel gerecht auf die 16 Stadtbezirke zu verteilen. Benachteiligte Stadtteile konnten aufholen, mit einem Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität wuchs auch die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt. Man schätzt, dass sich inzwischen jedes Jahr mehr als 100.000 Menschen oder rund 15 Prozent der Wahlberechtigten an der Diskussion über den Investitionshaushalt beteiligen.

Es ist geplant, längerfristig auch andere Bereiche des städtischen Haushalts, vor allem die Personalausgaben in das Verfahren einzubeziehen. Bereits 1996 wurde Porto Alegre auf der UN-Konferenz „Habitat II“ zur Hauptstadt der Demokratie ausgerufen. In den Jahren 2001 und 2002 hat Porto Alegre als Gegenpol zum Weltwirtschaftsforum in der Schweiz das Weltsozialforum beherbergt. Zehntausende diskutierten über Alternativen zu weltweiter Liberalisierung von Warenmärkten und Kapitalströmen.

In den Bürgerversammlungen von Porto Alegre haben auch die Frauen von der Chance Gebrauch gemacht, eigene Forderungen einzubringen. Besonders selbstbewusst treten Bewohnerinnen von Elendsvierteln auf, die in ihrer Alleinzuständigkeit für sich und ihre Kinder Verbesserungen der städtischen Infrastruktur einklagen. Die Beteiligung von Frauen und Männern an den Versammlungen ist ausgewogen, auch in der Zahl der Redebeiträge stehen die Frauen den Männern nicht nach. Herzberg warnt allerdings davor, Engagement und Einfluss der Frauen zu überschätzen. Durch einseitige Berichte sei es zur Mythenbildung über Mütter und lautstarke Rentnerinnen gekommen, die der Realität nicht entspreche (Herzberg S. 77-79).

Bürgerhaushalte nach dem Modell von Porto Alegre existieren inzwischen in vielen Ländern<sup>52</sup>. Das fast euphorische Interesse von Politikern und Wissenschaftlern gilt in erster Linie der *anderen Demokratie*, die

52 Der Erfolg des Bürgerhaushalts von Porto Alegre hat zunächst vor allem in Brasilien Schule gemacht. Binnen weniger Jahre haben 70 brasilianische Städte und Gemeinden das Modell für sich adaptiert und Verfahren entwickelt, die auf die jeweiligen Verhältnisse zugeschnitten sind. So hat die Stadt Belém z.B. neben dem allgemeinen Bürgerhaushalt einen Jugendhaushalt eingerichtet, an dessen Erstellung sich bis zu 10.000 Jugendliche beteiligen. 1999 wurde in Rio Grande do Sul zum ersten Mal auch auf der Ebene eines Bundesstaats mit dem Bürgerhaushalt experimentiert. In unterschiedlicher Weise bemühen sich mehrere Großstädte in anderen lateinamerikanischen Ländern um die Entwicklung von geeigneten Modalitäten der Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung. Auch in Europa stößt der Bürgerhaushalt auf wachsendes Interesse. Ausgehend von Frankreich hat sich ein *Netzwerk Démocratiser radicalement la démocratie* gebildet, das transnational unter Bürgern und Gemeinden für die Verbreitung des Bürgerhaushalts wirbt. Herzberg berichtet von Kommunen in Spanien, England, Frankreich, die bereits Erfahrungen sammeln konnten (Herzberg S. 109-115). In Deutschland arbeiten 7 Städte und Gemeinden in einem Netzwerk *Bürgerhaushalt* zusammen, das Teil des Kooperationsprojekts (Hans-Böckler-Stiftung, Bertelsmann Stiftung, KGSt) *Kommunen der Zukunft* ist.



zwischen Bürgerschaft und dem politisch-administrativen System zum Vorteil beider Seiten neue Verbindungen knüpft. Die Vorgaben der nationalen oder supranationalen Ebene werden im konkreten Alltag erfahrbar, handgreiflich, gestaltbar. Das Modell von Porto Alegre hat aufgezeigt, dass es möglich ist, den polarisierenden Einflüssen globaler (Güter)Märkte Gestaltungsspielräume abzutrotzen, in denen ein Mehr an Gerechtigkeit und Lebensqualität für alle angesiedelt werden können.

Wenig diskutiert sind die ökonomischen Implikationen des bürgerschaftlichen Konzepts. Auch hier hat Porto Alegre versucht, gegenüber den Verlockungen industriellen Wirtschaftens einer anderen Sicht auf die Interessen kleiner Leute Raum zu geben. Eine Handelskette plante die Errichtung eines großen Supermarkts im dicht besiedelten Norden der Stadt. Der Konzern stellte günstiges Einkaufen und zusätzliche Arbeitsplätze in Aussicht und bot als soziale Zugabe den Bau eines Kindergartens an. Im „Rat des Partizipativen Haushalts“ wurden Bedenken geäußert. Man fürchtete die übermächtige Konkurrenz für die vielen Einzelhändler der Region, sah den Verlust von Arbeitsplätzen im Kleingewerbe heraufziehen, erörterte Umweltbelastungen. Erst nach langen Beratungen in verschiedenen bürgerschaftlichen Kommissionen wurde der Supermarkt genehmigt. Hohe Auflagen sorgen dafür, dass Betrieb und Erträge nicht nur dem Konzern und den KonsumentInnen, sondern auch den Beschäftigten und dem Stadtteil sowie der lokalen und regionalen Wirtschaft zugute kommen<sup>53</sup> (Hübener S. 31-33).

Gegenüber einer Aussage „Das neue Jahrhundert beginnt in Porto Alegre“ (Ramonet, zit. nach Herzberg S. 3)<sup>54</sup> empfiehlt sich trotzdem Zurückhaltung. Die Modernisierungsschübe des 21. Jahrhunderts werden das Modell Porto Alegre vor neue Herausforderungen stellen, und es ist zu hoffen, dass die BürgerInnen – speziell die zahlreichen Familienernährerinnen – durchsetzungs- und anpassungsfähig sind. In allen Publikationen zu Porto Alegre findet sich der Hinweis auf den Investitionshaushalt, auf den sich die Partizipation bezieht. Es geht in erster Linie um die physische Infrastruktur, um Wasserversorgung, Straßenbau, Wohnungsbau, Schulen und Kindergärten. Noch geht es nicht um Mitentscheidung über städtische Serviceangebote und Personalausgaben. Die Problematik der Dienstleistungsgesellschaft ist in Porto Alegre noch nicht angekommen (persönliche Gespräche lassen vermuten, dass man sich dessen durchaus bewusst ist).

## **Bürgerhaushalte im Rahmen des *New Public Management***

Auch der Bürgerhaushalt von Christchurch in Neuseeland hat international Aufsehen erregt, und auch er gilt als Beispiel bürgerschaftlicher Partizipation zum Wohl der Stadt und ihrer Bevölkerung. Doch der Bezugsrahmen *New Public Management* lässt vermuten, dass er anderen Zielen verpflichtet ist als das Modell Porto Alegre. Die 1989 eingeführte Bürgerbefragung im Umfeld der Erstellung des kommunalen Haushaltsplans entsprang nicht primär der Suche nach Wegen alternativer Stadtentwicklung bzw. dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Sie fungiert vielmehr als wichtiges Modul in einem differenzierten Konzept der Verwaltungsmodernisierung im Zeitalter der Dienste.

Das neue Verfahren entstand im Zuge einer tiefgreifenden Umgestaltung des Systems der Kommunalverwaltung in Neuseeland. Um Inflation und wirtschaftliche Stagnation des Landes in den Griff zu bekommen, beschloss die 1984 gewählte Zentralregierung eine radikale Reform des gesamten Wirtschafts- und Verwaltungskonzepts des kleinen Inselstaats. Eine zentrale Rolle in diesem Prozess spielte die Reorganisation der kommunalen Ebene. Quasi über Nacht wurde die Zahl der lokalen politischen Einheiten von 828 Städten, Kreisen, Gemeinden u.a. auf 86 territoriale Regierungsbezirke reduziert, die durch einheitliche Gesetzesgrundlagen zur Leistungsoptimierung, d.h. zu Output-Orientierung ihrer Dienstleistungen und zur Bürgerorientierung verpflichtet wurden (Bertelsmann-Bericht, Bd. 1. S. 86). Ziel war die Steigerung von Qualitätsstandards bei gleichzeitiger Reduzierung der Kosten.

53 U.a. hat sich der Supermarkt zur Beschäftigung älterer und afrobrasilianischer ArbeitnehmerInnen verpflichtet. 10 Prozent der Verkaufsfläche sind für lokale Produkte reserviert. Abfälle werden zu selbstverwalteten Kooperativen gebracht, die den Müll wiederverwerten. Ein Teil der Erträge wird an die Stadtverwaltung abgeführt, die damit die heimische Wirtschaft fördert. Dem Supermarkt wurden zahlreiche kleine Serviceläden angegliedert, z.B. Post, Reinigung, Drogerie (Hübener S. 33).

54 Ignacio Ramonet ist Direktor der französischen Zeitung „Le monde diplomatique“.

Es entspricht den anderen Voraussetzungen, dass der Bürgerhaushalt von Christchurch straffer organisiert und weniger beteiligungsoffen ist als das Modell Porto Alegre. Von der Stadtverwaltung wurden sechs *Community Boards* eingerichtet, sogenannte „nachbarschaftliche Vertretungen“. Jede Vertretung besteht aus neun Mitgliedern, von denen drei vom Rat der Stadt ernannt sind. Die übrigen werden von „ihrem“ Bezirk direkt gewählt (jeder Bezirk hat ca. 50.000 EinwohnerInnen). Jede Gruppe erstellt einen „Wunschzettel“ für die Verteilung der Haushaltsmittel, der vor allem „Zielsetzungen und Vorgaben“ enthält. Eine Arbeitsgruppe der Stadt bündelt die bürgerschaftlichen Vorschläge zu einem tragfähigen Kompromiss, der allen Haushalten zur Begutachtung und Billigung vorgelegt wird. Eingaben werden von einem Gremium aus Stadtverordneten und Verwaltungsvertretern für gut befunden oder verworfen. Gray berichtet von wachsender Akzeptanz des Verfahrens, die nicht zuletzt in der steigenden Zahl und im Niveau der Kommentare und Vorschläge ihren Niederschlag findet (Gray S. 55).

Die Stadt Christchurch wurde 1993 (zusammen mit der Stadt Phoenix/USA) im Wettbewerb unter 9 Städten der westlichen Welt (Deutschland/Dänemark/Finnland/Großbritannien/Kanada/Neuseeland/Niederlande/Schweiz/USA) mit dem Carl-Bertelsmann-Preis *Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung* ausgezeichnet. Ausschlaggebend für die Preisvergabe war die hohe Leistungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft der Kommune im Rahmen einer „regierungsgestützten Entwicklungsbewegung eines ganzen Landes“. Die Jury betrachtete das Zusammenwirken von Staat, Kommune und Bürgerschaft als richtungweisendes Beispiel auch für die deutsche Politik (Bertelsmann Bericht, Bd.1, S. 21).

Auf der Grundlage der Vision *Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen* hat die KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung) (Banner 1991, zit. nach Heinz S. 32) 1990 ein neues Steuerungsmodell auf den Weg gebracht, das in den Folgejahren in vielen Einzelschritten zu einem Gesamtkonzept ausgebaut wurde. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten richtete die Neukonzeption ihr Augenmerk zunächst vorrangig auf den Binnenraum der Verwaltung, ohne sich jedoch gegenüber Einflüssen abzuschotten, die von außen, d.h. aus der Stadtgesellschaft kamen. Mit dem von Plamper u.a. 1998 eingeführten begrifflichen „Dreierpack“ *Behörde – Dienstleistungskommune – Bürgerkommune* wurde der Bürgerschaft und damit der Kooperation zwischen BürgerInnen und Kommune im neuen Leitbild ein fester Platz eingeräumt (Plamper S. 6).

Was bedeutet diese Ergänzung für eine Stadtbevölkerung, deren Lebenslagen und Lebensweisen sich in die Bilanzierung von Aufwand und Ertrag grundsätzlich nicht einpassen lassen? Ist der dritte Platz im *Dreierpack* das Ausfalltor für die Verlängerung der Prinzipien von Effizienz und Effektivität in die Lebenswelt hinein? Für BetrachterInnen, die sich mit postindustriellen Tendenzen zur Prosumtion/Koproduktion an den Markträndern (bzw. zur Überwälzung kostenintensiver Dienstleistung in die privaten Haushalte) befasst haben, besitzt diese Interpretation eine geradezu bestechende Plausibilität. Analogien zu anderen Bereichen der industriewirtschaftlich organisierten und auf den *männlichen Haushalter* zugeschnittenen Ökonomie liegen auf der Hand.

Vor allem Sozialplaner haben von Anfang an ähnliche Befürchtungen geäußert (ohne auf die Geschlechterfrage Bezug zu nehmen). Sie mahnen ein Aufgabenverständnis an, das die Unternehmensphilosophie kommunaler Dienstleistung transzendiert. Öffentliche Güter wie sozialer Friede, Toleranz und kulturelle Vielfalt, aber auch ein qualifiziertes und motiviertes Arbeitskräfteangebot entziehen sich der Logik des Herstellens, sie sind kein „Produkt“ im industriewirtschaftlichen Sinn, und die Überwälzung überschießender Aufwendungen (Zeit bzw. Kosten) auf den „Kunden“ einer *face-to-face* erbrachten Dienstleistung führt in ein Labyrinth der Irrwege. Sie verweisen auf den Prozesscharakter sozialer Steuerung und die Wechselwirkungen zwischen Steuerungsimpulsen und der Eigendynamik sozialer Systeme (Reis/Schulze-Böing S. 15 f).

Auch Plamper insistiert in seinem Exkurs zur Bürgerkommune „das Rathaus ist mehr als ein Kaufhaus“. Mit der Verwirklichung der Dienstleistungskommune war und ist für ihn das „Ende der Geschichte“ weder beabsichtigt noch erreicht. Das Konzept der Bürgerkommune soll die Handlungsfelder und -bedingungen der Kommune in die Bürgerschaft hinein erweitern, aber auch ein neues Verständnis von Gemeinschaft innerhalb der Stadtgesellschaft entstehen lassen. Die Bürgerkommune nimmt alle Akteure an einem Ort in den Blick und ist daher in der Lage, ein breites Spektrum von Potenzialen für innovatives politisches Handeln zu aktivieren. Dabei ist die

Gebietskörperschaft in der Bürgerkommune zwar nur eine AkteurIn unter vielen (Plamper S. 6), doch bleibt sie der hoheitlichen Wahrnehmung von Gemeinwohl-, Ordnungs- und Schutzfunktionen des Staates verpflichtet: die Kommune erfüllt auch weiterhin die Aufgaben einer Behörde (ebda S. 7).

Diese Sicht bereitet – zumindest vom Ansatz her – den Boden für Übergänge zu alternativen Formen der Leistungserbringung im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge, aber auch zu neuen Formen der Demokratie. Konstellationen für Kooperation und die „Koproduktion“ von Dienstleistungen sind theoretisch unlimitiert – dies gilt sowohl für das Verhältnis der zivilen Akteure untereinander als auch für die Beziehungen der Kommune zu einzelnen Leistungserbringern. Die Kommune versteht sich in erster Linie als Moderatorin und übernimmt die Funktion der Gewährleistung. Im kooperativen Modus der Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung sieht Banner gleichzeitig „beträchtliche Demokratiereserven“ (Banner 1999, zit. nach Plamper S. 12)<sup>55</sup>.

Unzweifelhaft bietet die Bürgerkommune die außerordentliche Chance für eine tastende Transformation industriewirtschaftlicher Strukturen in eine noch amorphe Ordnung eines tertiären Zeitalters hinein. In diesem Sinne ist sie – unabhängig von programmatischen Vorgaben – ein Experimentierfeld für die Verknüpfung vielfältiger Ansätze, mit denen sich die rastlos produzierende Arbeitsgesellschaft der Ketten zu entledigen hofft, die sie an eine warenintensive Wirtschafts- und Lebensweise binden. Plamper verweist auf die Agenda 21 und das Leitbild nachhaltiger Entwicklung, auf Allmende-Konzepte und die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für Güter, die niemand gehören, auf geteilte Gemeinsamkeit in kommunitaristischen Gesellschaftstheorien, auf Sozialkapital als Wohlfahrtsfaktor, auf ein Menschenbild, das die eigennützige Rationalität des homo oeconomicus zu überwinden trachtet.

Die noch wenig zahlreichen Bürgerhaushalte in deutschen Kommunen befinden sich in der Erprobungsphase. Der größere Teil von ihnen orientiert sich an dem neuseeländischen Modell, ist jedoch darauf bedacht, neuen Impulsen Raum zu geben. Bemerkenswert sind Anstöße, wie sie von Gerhard Dietz im Rahmen des Netzwerks „Kommunen der Zukunft“ formuliert worden sind. Dietz, Bürgermeister der Stadt Rheinstetten in Baden-Württemberg und mit seiner Kommune Federführer des *Netzwerkknötens Bürgerhaushalt* hält den Bürgerhaushalt für einen Kristallisationspunkt zukunftssträchtiger Initiativen. Er plädiert für eine konzeptionelle Verknüpfung der Themen Lokale Agenda 21, Gender Mainstreaming und bürgerschaftliches Engagement mit dem Komplex Bürgerhaushalt (Hans-Böckler-Stiftung 2001, S. 15).

Rheinstetten hat die Absicht, bereits im Jahr 2003 Gender-Aspekte in das Haushalts- und Bürgerhaushaltsverfahren einzubringen<sup>56</sup>. Engagierte BürgerInnen erörtern im Vorfeld konkreter Planungen nicht nur Themen und Methoden der Befragung, die Frauen und Männer zu aktiver Beteiligung motivieren können. Parallel dazu wird von der Fachverwaltung ein Verfahren entwickelt, das anhand von Prüffragen und Statements zum Gender-Mainstreaming die Mitglieder des Gemeinderats in die Lage versetzt, die jeweiligen Einzelpläne auch unter geschlechterbezogenen Gesichtspunkten zu diskutieren.

55 In internationalen Zusammenhängen tritt als besonders gelungenes Beispiel bürgernaher Modernisierung immer wieder die Stadt Hämeenlinna mit ca 45.000 EinwohnerInnen in Erscheinung. Erklärte Prinzipien des neuen Managements sind u.a.:

- Das Service-Angebot der Stadt ist für die Bürger da.
- Der gemeinsame Haushalt wird wettbewerbsorientiert geführt.
- Feedbackschleifen und Informationskanäle werden entwickelt.
- Eine nachhaltige Entwicklung der Dienstleistungen wird gefördert.

In Hämeenlinna spricht man von der *großen und der kleinen Demokratie*: die erstere umfasst Rat und Verwaltung, die zweite die Bürgerschaft mit vielfältigen Aktivitäten der Bürgerbeteiligung, die sich von der Mitwirkung bei der Planung und Ausführung städtischer Vorhaben bis hin zu freiwilliger Arbeit im Wohngebiet (Einwohnervereine, Elternvereine, Behindertenräte u.a.) erstreckt.

1990 wurde im kommunalen Haushaltsplan ein Haushaltstitel *Regionales Entwicklungsgeld* eingerichtet. Diese Mittel stehen z.B. für öffentliche Grünanlagen, aber auch für Gärten, Spielplätze und Turnhallen der Schulen und Kindergärten zur Verfügung. Bürgergruppen und Vereine beantragen Materialkostenzuschüsse für eigene Projekte, die auf der Basis freiwilliger Arbeitsleistungen dem Ausbau der städtischen Infrastruktur im Wohnumfeld gewidmet sind. Die Stadt ihrerseits übernimmt Servicegarantien, z.B. im Hinblick auf den Nachweis eines Kindergartenplatzes (privat/öffentlich), die Vermittlung häuslicher Krankenpflege u.a. (Netzwerk: Kommunen der Zukunft).

56 Durch einen detaillierten Fragebogen der Stadtverwaltung zum Thema Kinderbetreuung, der nicht nur im Rathaus und anderen Stellen ausgelegt, sondern auch im Amtsblatt veröffentlicht wird, sollen erste Anknüpfungspunkte entwickelt werden.



## X. Streifzüge durch die Praxis

### Noch ungezähmt: *Die wilden Früchte der Frauen*

Initiativen wie die der Stadt Rheinstetten haben eine Schrittmacherfunktion auf dem Weg zur Erschließung der Visionen, Konzepte, Instrumente aus nationalen und internationalen feministischen Denkwerkstätten. In bedauerlicher Weise ist der offizielle deutsche Diskurs bisher weitestgehend der Denkweise des männlichen Haushalters verhaftet geblieben. Nach wie vor ist die Mehrzahl der Wissenschaftler und Kommunalplaner davon überzeugt, die Gender-Debatte diene vorrangig der Frauenförderung in einem grundsätzlich „richtigen“ System, das durch die Modernisierung industriewirtschaftlicher Strukturen zukunftstauglich aufgerüstet werden könne. Lediglich Sozialexperten mahnen für die zukünftige Steuerung des Sozialraums Stadt gelegentlich einen Gestaltungsansatz an, der ökonomische Kategorien durchbricht (z.B. Reis/Schulze-Böing S. 7).

Neben VertreterInnen feministischer Ökonomiekonzepte experimentieren auch unzählige Projekte und Initiativen von Frauen in jenem Terrain außerhalb der formellen Ökonomie, das die industrielle Wirtschaftsweise zwar nutzt, für seinen Erhalt jedoch keine Sorge trägt. Sie monieren die Notwendigkeit, jenen Teil des Wirtschaftens mit Ressourcen auszustatten, den die Ökonomen der Industrielandschaft mit Konsum oder bestenfalls mit Bedarfsdeckung assoziieren. Es geht um verlässliche Unterhaltssicherung, um Selbstversorgung und Versorgungsarbeit, um die Befriedigung von Bedürfnissen, die sich weder mit Produktion noch mit Konsum identifizieren lassen, um Spielräume für Tätigkeiten jenseits ökonomischer Nutzenerwägungen.

Für viele Initiativen und Aktionen von Frauen besitzt das Abschlussdokument der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung von 1992 eine Katalysatorfunktion. Unter dem Stichwort der Nachhaltigkeit betont die Agenda 21 die Interdependenz von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Während im Einklang mit der industriewirtschaftlichen Sicht in offiziellen Dokumenten und Forschungsstrategien Ressourcennutzung und Umweltschutz breiten Raum einnehmen, blieb es weitestgehend den Frauen überlassen, sich über soziale Nachhaltigkeit Gedanken zu machen. Sie taten (und tun) dies stets unter Bezugnahme auf ihre persönliche und die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen. In allen Fällen benennen sie die ökonomische Unterversorgung der Versorgungsökonomie als schwer wiegendes Versäumnis im Rahmen von Strategien, die sich nachhaltiges Wirtschaften auf die Fahne geschrieben haben.

In vielen Kommunen haben sich Arbeitskreise zusammengefunden, die eigene Frauenagenden erstellen. In anderen Städten bringen Frauen ihre Anliegen in den Gesamtprozess ein. Meist geht die Initiative zur Beteiligung von Frauen an kommunalen Planungsprozessen von externen Gruppen aus, die an die Verwaltungen herantreten und gehört werden wollen. Ihre Erfahrungen sind oft wenig ermutigend. Selbst das Thema *Nachhaltige Stadtentwicklung* ist keine Gewähr für das Zugeständnis, dass Frauen im Hinblick auf ihre Familienaufgaben eine andere Stadtplanung und neue Konzepte der Stadtgestaltung brauchen. Die Aufgabe, nicht nur Natur und Umwelt zu schützen, sondern auch Visionen für die Stärkung von Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt zu entwickeln und ihre Realisierung politisch hoffähig zu machen, gleicht immer wieder der Quadratur des Kreises.

Gleichwohl gibt es Ausnahmen, vor allem in Städten, die von einer Bürgermeisterin regiert werden. Manchmal sind es sogar die Städte selbst, die den Frauen Beteiligung anbieten und dafür organisatorische Voraussetzungen schaffen<sup>57</sup>. Eine bisher einmalige Sonderstellung nimmt die Stadt Heidelberg ein, die in den 90er Jahren mit Zukunftswerkstätten in allen Stadtteilen ihre Bürgerinnen dazu einlud, sich unter einer Ziel-

57 Im Kapitel 24 der Agenda 21 wird ein *globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung* entworfen. Die volle Integration der Frau in alle Entwicklungsmaßnahmen wird als „*nutzbringend*“, ja als unentbehrlich angesehen, wenn nachhaltige Entwicklung gelingen soll. Damit die Ziele der Agenda 21 erreicht werden können, „sollen Frauen voll und ganz in die Entscheidungsprozesse und in die Durchführung nachhaltiger Entwicklungsmaßnahmen einbezogen werden“. Den Ländern wird empfohlen, geschlechterspezifische Datenbanken aufzubauen und partizipative Forschung durchzuführen, u.a. über strukturelle Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung (Umweltministerium zur Umweltpolitik S. 218-221).

perspektive 2010 an einer zukunftsfähigen Planung zu beteiligen. Unter einem Titel *Fraueninteressen an Stadtentwicklung* hat die Frauenbeauftragte Ergebnisse zusammengetragen (Stadt Heidelberg 1995). Den Heidelberger Frauen gehe es vor allem darum, „bessere Bedingungen für das zu schaffen, was in der Öffentlichkeit gerne als das „Private“ ausgeblendet wird“, betont Dörthe Domzig (ebda S. 6). Sie beklagt „die Defizite einer politischen Kultur, die die Bedingungen eines Alltags mit sozialen und familiären Verpflichtungen verleugnet und durch ungeeignete Verfahren die Betroffenen von Planung verfehlt“ (ebda S. 8).

Die (Un)Verträglichkeit kommunaler Zeitstrukturen mit den Anforderungen an berufstätige Mütter gibt immer wieder Anlass, sich mit dem Einfluss städtischer Zeitprofile auf die Chancen für sozial nachhaltige Stadtentwicklung auseinander zu setzen. Im Rahmen einer Untersuchung zur Zeitpolitik mehrerer deutscher Städte betonte die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Münster die Wechselwirkung zwischen Gleichstellungs- und Zeitproblemen in der Kommune. Allzu oft sei das Verständnis von Erwerbsarbeit auch heute noch geprägt von der klassischen Rollenteilung zwischen dem „männlichen Normalarbeitnehmer“ und dessen Ehefrau, die Haushalts- und sozial notwendige Arbeit erledigt (Stadt Münster 1998 S. 42-43)<sup>58</sup>. Um die Problematik auch für die männlich geprägte Münsteraner Öffentlichkeit handgreiflich zu machen, beantragte eine Fraueninitiative 1999, die unbezahlt in Münster geleistete Arbeit zu erfassen und im Jahreswirtschaftsbericht der Stadt auszuweisen („Unbezahlte Arbeit zählt“) (Stadt Münster 1999 S. 13).

Ein Frauenprojekt in Münster hat sich 1993 zum ersten Mal mit dem kommunalen Haushalt auseinander gesetzt. Die *Schwarze Witwe* monierte, dass wichtigen sozialen Projekten die kommunale Unterstützung fehle, während andererseits beträchtliche Mittel unhinterfragt für Nebensächlichkeiten verwendet würden (z.B. Mädchenprojekt Zartbitter vs. Ehrengaben und Kranzspenden). Die Frauen forderten ausführliche Diskussionen zur qualitativen und quantitativen Berücksichtigung frauenpolitischer Anliegen im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen.

Sie hielten es für gerechtfertigt, wenn mindestens 50 % der für den Breitensport bestimmten Mittel Mädchen und Frauen zugute kämen. Auch andere Etatpositionen (z.B. Wirtschaftsförderung) könnten zu Gunsten der weiblichen Bevölkerungsmehrheit mit Auflagen versehen werden (Unternehmerinnenförderung, Förderung von frauenfreundlichen Betrieben, Schaffung offener Betriebskindergärten). Neben den Ausgaben unterzogen die Projektfrauen auch die Einnahmeseite des städtischen Haushalts einer kritischen Prüfung. Es lag auf der Hand, dass eine scheinbar geschlechtsneutrale Handhabung kommunaler Finanzen zu einer ungerechtfertigten Privilegierung der männlichen Bevölkerung bis hin zur Umverteilung öffentlicher Mittel von Frauen zu Männern führt (Böker/Neugebauer).

Während das Münsteraner Projekt als Vorstufe zu einem detaillierten *Gender Budget* betrachtet werden kann, waren die Ziele einer vergleichbaren Initiative der Stadt Duisburg enger gesteckt. In Anlehnung an die vielerorts praktizierte Zusammenstellung von Indikatoren für ökologische Nachhaltigkeit suchte man geeignete Messgrößen für soziale Nachhaltigkeit, um geschlechtergerechte politische Entscheidungen gewährleisten zu können. Neben abrufbaren Daten z.B. zum Frauenanteil an Leitungspositionen in der Verwaltung, zur politischen Partizipation, zu Arbeit und Einkommen u.a. wurden auch qualitative Angaben berücksichtigt, die das Statistische Amt durch Umfragen ermittelte.

Wesentlich mehr Männer als Frauen (14 % resp. 8 %) kritisierten den Bereich kommunale Politik und Finanzen als wenig verträglich mit den Interessen der Bevölkerung (kommunale Abgabenlast, Fehlplanungen). Man schloss daraus auf eine grundsätzlich andere Problemwahrnehmung: Frauen sind mit abstrakten Situationen weniger vertraut als Männer. Innerhalb dieses Sektors, in dem u.a. Wünsche nach den Prioritäten für Einsparungen bzw. Mehrausgaben im städtischen Haushalt erfragt wurden, zeigten sich jedoch interessante Unterschiede.

Frauen waren z.B. eher bereit als Männer (21 % gegenüber 16 %), bei der Standortentwicklung zu sparen, bei den Stadtbüchereien war es umgekehrt (20 % gegenüber 25 %). Mehrausgaben wünschen sich Frau-

58 Die von der Hans-Böckler-Stiftung initiierte und von Eberling/Henckel durchgeführte Untersuchung „Kommunale Zeitpolitik“ knüpft an die Fragen an, die im Umfeld der italienischen Gesetzesinitiative zur kommunalen Zeitpolitik diskutiert worden sind (siehe die Kapitel „Kommunale Zeitpolitik im Dienst der Versorgungsökonomie“ und „Zeitwohlstand im postindustriellen Zeitalter“ in dieser Studie).

en u.a. bei Ausbildung/Lehrstellen (84 % w gegenüber 77 % m) und Kindertagesstätten (51 % w gegenüber 43 % m). Über diese aus einer repräsentativen Befragung der Gesamtbevölkerung gewonnenen Ergebnisse hinaus hat das Duisburger Frauenamt in Zusammenarbeit mit dem Frauennetzwerk Lokale Agenda gesonderte Umfragen unter Migrantinnen durchgeführt (Ministerium für Umwelt 1999)<sup>59</sup>.

Es ist davon auszugehen, dass bundesweit ausgelegte Recherchen zur bürgerschaftlichen Partizipation von Frauen an kommunalen Entscheidungsprozessen eine Fülle interessanter Ansätze zu Tage fördern würden. Eine gesonderte Berücksichtigung ihrer Lebenslagen und Perspektiven ist nicht nur im Rahmen der Kundenorientierung moderner Verwaltungen, sondern auch im Hinblick auf eine effektive Verwendung kommunaler Haushaltsmittel wünschenswert. In der jüngeren Vergangenheit beginnen unabhängige Gender Budget-Initiativen Gestalt anzunehmen. Aber auch dort, wo die Kommunen selber ihre Bürgerschaft zur Beteiligung an Haushaltsentscheidungen einladen, verspricht die getrennte Ansprache von Frauen und Männern einen Zugewinn an ideellen und materiellen Erträgen.

## **Gender Mainstreaming und die Verantwortung der Kommune für die Stadt**

Viele Frauenbeauftragte führen darüber Klage, dass die Verwaltungsmodernisierung die spezifischen Interessen von weiblichen Beschäftigten übersehe, obwohl eine innovative Organisationsstruktur und bessere Arbeitsbedingungen zu den Leitziele des Verfahrens gehören. Für die Reform der Frauenförderpolitik im reformierten Rathaus gebe es kaum positive Anzeichen. Die Lenkungs- und Steuerungsgruppen sind häufig zu mehr als drei Vierteln von Männern besetzt, in weniger als 20 % der Kommunen wird die Frauenbeauftragte aktiv in das Modernisierungsvorhaben einbezogen. Die große Mehrzahl der Verantwortlichen für Erarbeitung und Umsetzung neuer Steuerungsmodelle hält die Verwaltungsreform für geschlechtsneutral (Wiechmann/Kißler S. 17).

Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass das alte, auf rigider Trennung ökonomisch/sozialer Welten beruhende System noch immer genügend Rückhalt besitzt, um auch unter der Zielvorgabe der Öffnung und Transformation an alten Grundsätzen festzuhalten. Wo Leistung, Effizienz und Effektivität gefordert wird, empfinden sich Männer als Platzhalter<sup>60</sup>. Allzu leicht wird die Modernisierung des öffentlichen Sektors von Beschäftigten ohne Familienpflichten als Aufforderung interpretiert, sich durch expansive Rundum-Verfügbarkeit zu profilieren. Kritische Stimmen sehen bereits ein neues Leitbild heraufziehen, „das sich ... als „Workoholic-Macho-Ethos“ zu etablieren versucht“ (ebda S. 11).

Unter solchen Voraussetzungen haben es Frauen schwer, den Modernisierungsprozess im Sinne ihrer eigenen, in aller Regel noch immer auf produktive Verknüpfung von Familien- und Erwerbsarbeit ausgelegten Orientierung zu nutzen. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass qualifizierte Frauen in steigender Zahl auf Kinder verzichten, um im Beruf nicht übervorteilt zu werden. Selbst dann, wenn Fraueninteressen ausschließlich auf Erwerbsarbeit bzw. auf den Beschäftigtenstatus bezogen werden, sind sie höchst heterogen. Auch wenn Frauenbeauftragte die Gelegenheit erhalten, sich aktiv in die Planung neuer Steuerungsmodelle einzuklinken, fehlen ihnen verlässliche Markierungen für den einzuschlagenden Pfad. Wiechmann/Kißler

59 Nicht zuletzt wegen seiner besonderen Anstrengungen bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit bzw. der Orientierung seiner Angebote an speziellen Kundengruppen wurde Duisburg für den Carl-Bertelsmann-Preis 1993 „Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung“ nominiert.

Die Erarbeitung von „Indikatoren zur Geschlechtergerechtigkeit“ wurde von Life e.V./FrauenUmweltNetz im Rahmen des EU-Projekts Changing Systems/NOW durchgeführt und vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW gefördert.

60 Wiechmann/Kißler schildern das verwaltungsinterne Umfeld der Neuauflage des Frauenförderplans des Main-Kinzig-Kreises. In der Projektgruppe, die den Entscheidungsgremien Empfehlungen zur Umsetzung einzelner Modernisierungsvorhaben gibt, hat der Personalrat eine starke Stellung. Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats des MKK hat für die gesonderte Behandlung der Frauenproblematik wenig Verständnis: „Über 60 % der Stellen in der Verwaltung sind mit Frauen besetzt ... Das Thema „Frauen“ muss eigentlich nicht extra als Tagesordnungspunkt benannt werden, weil der Begriff Beschäftigtenbeteiligung in diesem Fall ganz explizit die Frauen mit einbezieht und in der Mehrheit die Frauen betrifft ... Dass hier ein paar Männer wortführend sind, ist eher ein Zufall, als dass es Hintergründe hat. Hier jetzt extra noch eine Frauenposition zu machen, halte ich tatsächlich für nicht notwendig“. Der Personalratsvorsitzende sieht die tatsächlichen Verlierer des Modernisierungsprozesses bei den männlichen Beschäftigten, deren Macht- und Führungspositionen bedroht seien (Wiechmann/Kißler S. 63-68).

fordern deshalb Institutionen und Foren der Interessenfindung, -definition und -artikulation von Frauen in der Arbeitswelt (ebda S. 12).

Noch ist offen, welche Rolle das von der EU verordnete *Gender Mainstreaming* spielen wird. Wo Gender Mainstreaming in der Kommune ernst genommen wird, kann es den Rahmen bilden für Maßnahmebündel zwischen familienfreundlichen Arbeitszeiten und einem *gender audit* jeder Verwaltungsvorlage bis hin zum kommunalen Haushaltsplan. Effektives GM setzt überdies voraus, dass eine geschlechtsspezifische Aufbereitung statistischer Daten Einblick gewährt in die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern und deren Veränderung im Zeitverlauf.

Ungeachtet des breiten Spektrums möglicher Anwendungen darf nicht übersehen werden, dass Gender Mainstreaming im Sinne der EU nicht der Rücksichtnahme auf die Interessenlage von Frauen geschuldet ist, sondern das Interesse der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an der Ausschöpfung des vorhandenen Humankapitals zum Ausdruck bringt. Ursula Matschke ist beizupflichten, wenn sie GM in den Zusammenhang der Entwicklung lokaler Ressourcen angesichts des schärfer werdenden Wettbewerbs auf globalen Märkten bringt (Matschke S. 9). Genau dies war die Intention der Europäischen Union als Impulsgeberin für eine Innovation des Geschlechterverhältnisses.

Es hieße die Zeichen der Zeit missverstehen, wollte man angesichts fortschreitender „Marktradikalisierung“ darauf hoffen, Chancengleichheit für Frauen erwachse aus einer großzügigen Bereitschaft von Männern zum Rückbau etablierter Privilegien in der Arbeitswelt oder zur Ausweitung ihrer Unterhaltsverpflichtungen für die Familie. Matschke hält die „humanistische und universale Perspektive“ der Förderung von Chancengleichheit für traditionell (ebda S. 10). Sie möchte ohne Verzug in eine Prozessgestaltung eintreten, die neben der stärkeren Einbindung der Frauen in den Arbeitsmarkt ihre Familienaufgaben als Teil zukunftsfähigen Wirtschaftens ernst nimmt.

Nicht nur die verstärkte Schubkraft des GM für Chancengleichheit, auch die gleichzeitig wachsende Aufmerksamkeit für die von Frauen geleistete Versorgungsarbeit ist ein Novum, das in die Zukunft weist. In der industriewirtschaftlich geprägten Ökonomie der Familienernährer zählte sie zu den weiblichen Pflichten im Privatbereich des männlichen Haushalters. Dem Binnenraum des Haushalts wurden grundsätzlich keine anderen Ressourcen zugestanden als – im besten Fall – güterbezogene monetäre Unterhaltsleistungen aus den dem Haushaltsvorstand zugeordneten Einkünften. Sowohl die Frauen als auch ihre Arbeit blieben amorph und anonym, ökonomische und soziale Erträge ihrer Investitionen in die Familie wurden dem (Ehe)Mann als *Familienbezugsperson* gut geschrieben<sup>61</sup>.

Die Dienstleistungsgesellschaft braucht nicht nur eine andere Theorie und Praxis des Wirtschaftens, sondern auch das Zugeständnis, den herauf ziehenden Paradigmenwechsel testen zu können, um Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten. In einem Projekt *Equality Life & Work*<sup>62</sup> hat sich die Stadt Stuttgart auf den Versuch eingelassen, Frauenförderung mit arbeitsorganisatorischen Maßnahmen zu verknüpfen, die über die formelle Arbeitswelt hinaus reichen und private Verpflichtungen der MitarbeiterInnen berücksichtigen. Gemäß den Vorgaben der EU verstand sich das Projekt transnational mit der Absicht, aus den Erfahrungen der beteiligten Länder wechselseitig Gewinn zu ziehen.

Dabei hat sich gezeigt, dass Gender Mainstreaming mit den Zielsetzungen des New Public Management nicht nur verträglich, sondern als Grundbedingung ihres Gelingens anzusehen ist. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg neuer, einerseits auf Kostenminderung, andererseits auf Qualitätssicherung bedachter Steuerung ist allerdings eine entschiedene Abwendung von paternalistischen Vorstellungen, Frauen seien förderungsbedürftig. Die zwar geschwächte, jedoch noch immer vorhandene Bereitschaft von

61 Die Sichtweise der traditionellen Ökonomie manifestiert sich nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in den für die politische Meinungsbildung bedeutsamen Medien. In einem Beitrag „Deutsche leben in den Tag hinein“ beklagt Meinhard Miegel die mangelnde Zukunftsorientierung der Deutschen. Der elementarste Test ist nach seiner Überzeugung die Bereitschaft zu Kindern. Die Zukunft schrumpfe auf die eigene Lebensspanne. Weil niemand mehr da sei, dem man etwas vererben könne, lohne es sich auch nicht mehr, besondere Leistungen zu erbringen. Eine zukunftsorientierte Leistungsgesellschaft stecke dagegen Zeit und Kraft in Dinge, die erst später Früchte tragen. Der Beitrag erwähnt weder Frauen noch Familien. (Miegel leitete 1997 die Zukunftskommission Bayerns und Sachsens).

62 Der offizielle Titel des EU-Projekts (Laufzeit 1998-2000) lautete: „Interdependenz zwischen Frauenförderung und arbeitsorganisatorischen Innovationsprozessen in Wirtschaftsunternehmen und Kommunalverwaltungen“.



Frauen zum Bestandserhalt der Familie wirkt sich zwar in einer linear und produktorientiert auf den männlichen Haushalter zugeschnittenen Ökonomie als *Kostenbelastung* aus. Systematische Untersuchungen darüber, in welchem Umfang die von Frauen unbezahlt erbrachte Leistung dazu beiträgt, Kosten sowohl für das Unternehmen als auch für das Gemeinwesen *nicht entstehen zu lassen*, existieren dagegen nicht.

Leider findet sich auch in der Expertendiskussion über NPM nur selten ein Hinweis auf die von den Theoretikern der postindustriellen Gesellschaft vor einem Vierteljahrhundert geleistete Vorarbeit. Obwohl eine der wesentlichen Ursachen für die Finanznöte der Kommunen in der *Kostenkrankheit personenbezogener Dienstleistungen* zu suchen ist, fehlen z.B. Langzeiterhebungen über Entwicklungstendenzen des Verhältnisses materieller und immaterieller Leistungen kommunaler Daseinsvorsorge. Besonders nachteilig wirkt sich die mangelnde Aufmerksamkeit für das unterschiedliche Verhalten von Frauen und Männern als KostenträgerInnen aus. In einem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen definierten Management ist dies ein Mangel, der Nachholbedarf signalisiert.

Vor allem in Skandinavien sah man schon im letzten Drittel des letzten Jahrhunderts in der politischen Gestaltung der fortschreitenden Individualisierung von Frauen und Männern ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, aber auch einen Akt vorausschauender ökonomischer Vernunft.

Das aus Stuttgart dokumentierte EU-Projekt berichtet in mehreren Beiträgen über Ziele, Wegmarkierungen und Indikatoren, Erfolge und Misserfolge des skandinavischen Modells. Obwohl die Wirtschafts-, vor allem aber die Sozialpolitik der nordischen Länder die Prinzipien des Gender Mainstreaming vorweggenommen haben, gestehen VertreterInnen skandinavischer Kommunen freimütig ein, dass ein langer, mit Hindernissen gepflasterter Weg noch vor ihnen liegt.

Aus finnischer Perspektive moniert Kaisa Kauppinen die fortbestehende Geschlechtertrennung nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch in Haushalt und Familie. Zwar sei der Bildungsgrad der Frauen außerordentlich hoch, doch stießen sie im Beruf an eine „unsichtbare Decke“ und blieben überwiegend zuständig für die Familie und die häuslichen Pflichten. Männer hätten dagegen ein Monopol auf die „schweren körperlichen und technischen Arbeiten und auf Führungsaufgaben“ (Kauppinen S. 147).

Der Verband der schwedischen Kommunen hat bereits im Jahr der 4. Weltfrauenkonferenz (1995) einen Ausschuss für Gender Mainstreaming in Kommunen eingesetzt. Er hatte die Aufgabe, Methoden zur Umsetzung der Gleichstellung in allen Aktionsbereichen der Kommunalverwaltung zu entwickeln. Dieser Schwerpunkt bedeutete eine Abkehr von der traditionellen schwedischen Gleichstellungspolitik, die an die Bedingungen von Frauen und Männern am Arbeitsplatz anknüpfte. Hauptaugenmerk des neuen Ausschusses waren die Aktivitäten und Dienstleistungen der Kommunen für Frauen und Männer als NutzerInnen der sozialen und materiellen Infrastruktur. Im Mittelpunkt standen die Dienstleistungen des Bildungs-, Sozial- und Kulturbereichs, doch auch der Bereich der physischen Planung (Umwelt/Raum- und Verkehrsplanung) wurde ins Visier genommen.

Im Zuge der Gleichbewertung der Bedürfnisse und Interessen junger und alter, weiblicher und männlicher BürgerInnen hat u.a. die Stadt Göteborg ein *Engendering* des städtischen Haushalts vorgenommen. Grundsätzlich sollen Frauen und Männer zu gleichen Anteilen aus den Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge Nutzen ziehen (können). Deshalb haben die Prinzipien und Erfahrungen aus Göteborg im Rahmen des EU-Projekts besondere Beachtung gefunden. Die 3Rs (Repräsentation/Ressourcen/Realität) als Leitfaden für die Gestaltung und das Controlling des Mainstreaming-Verfahrens stießen auf breite Resonanz.

Ausgehend von der Beobachtung, dass im Informationszeitalter die Lese- und Schreibfähigkeit der Bevölkerung trotz durchschnittlich guter Schulbildung zurück geht, widmet die Vertreterin der Stadt Göteborg in ihrem Beitrag der Schule besonderes Augenmerk<sup>63</sup>. Sie zitiert das Beispiel der Stadt Köping, wo das unter-

63 Im nationalen schwedischen Lehrplan heißt es: Die Schule soll aktiv und bewusst die gleichen Rechte von Frauen und Männern fördern. Wie die Mädchen und wie die Jungen behandelt und beurteilt werden, was von ihnen gefordert und erwartet wird ... trägt dazu bei, wie ihr Verständnis dessen geprägt wird, was als weiblich und was als männlich angesehen wird. Die Schule hat die Verantwortung, traditionellen Geschlechtermustern entgegen zu wirken (zit. nach Sandquist S. 219).

schiedliche Lernverhalten von Jungen und Mädchen bereits Gegenstand besonderer Untersuchungen gewesen ist und statistisch dokumentiert wurde. Es ergab sich, dass die Jungen mehr Mittel als Mädchen erhielten, sie hatten mehr Raum für ihre Aktivitäten, die Lehrer widmeten ihnen mehr Aufmerksamkeit. Man kam zu dem – als irritierend empfundenen – Ergebnis, dass ein überproportionaler Teil der finanziellen Ressourcen der Schule den Jungen zugute kommt (Sandquist S. 219).

Ursula Matschke als Projektleiterin ist mit den Ergebnissen des EU-Projekts zufrieden. „In unserem Projekt ist ... europaweit ein glückliches Zusammentreffen zweier Prozessansätze zu beobachten, die zunehmend ineinander fallen: ein zentrales innovatives Personal- und Organisationsmanagement und ein Gender Mainstreaming Management“ (Matschke S. 247).

## **Das Private ist ökonomisch – Männer im tertiären Zeitalter**

Mehr als je zuvor erwartet die Marktökonomie im Zeitalter der Dienstleistung Fähigkeiten und Kompetenzen, die soziale, fachliche und organisatorische Aspekte zu einem Ganzen bündeln. Selbst im güternahen Dienstleistungs- oder sogar im Produktionsbereich übersteigen die Anforderungen moderner Arbeitsplätze bei weitem das traditionelle Fachwissen. Überall dort, wo Personen unmittelbar miteinander kommunizieren, stehen jene Kompetenzen im Vordergrund, die von Männern als Vertreter der industriellen Ökonomie lange als entbehrlich angesehen wurden. Nicht nur an zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen, sondern auch als Nutzer und Koproduzenten staatlicher Dienstleistungen sind sie deshalb zunehmend im Nachteil.

Das Ausmaß ihres Rückstands manifestiert sich am deutlichsten im Bildungswesen. Jahrzehnte lang wurde verkannt, dass dem Aufholprozess der Frauen ein langsamer, aber offensichtlich unumkehrbarer Abstieg der Männer gegenüber stand. Männliche Kinder kommen später zur Schule, verfehlen gegenüber ihren Schwestern doppelt so oft das Klassenziel, verlassen das Bildungswesen mit den schlechteren Abschlüssen. Während der Anteil männlicher Jugendlicher an der 15-20jährigen Bevölkerung etwa 51 % ausmacht, waren Jungen unter den AbiturientInnen 1999 mit ca. 45 %, unter den AbgängerInnen ohne Hauptschulabschluss hingegen mit mehr als 64 % vertreten (Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Ergriffe ein statistisches Amt eine entsprechende Initiative, würde ein deutsches Gender Budget für das Bildungswesen außerordentliche Summen zu Tage bringen, mit denen die postindustrielle Gesellschaft das männliche Geschlecht subventioniert<sup>64</sup>. Es ist durchaus denkbar, dass eine genauere Analyse weiterer kostensensibler Bereiche des Sozialstaats zu ähnlichen Ergebnissen käme<sup>65</sup>. Doch die (Bildungs)Forschung ist bisher mit Aussagen zu solchen Entwicklungen nicht an die Öffentlichkeit getreten. Auch die Wissenschaft tut sich schwer, Tendenzen zur Kenntnis zu nehmen, die sich mit Jahrtausende alten Überzeugungen nicht vereinbaren lassen.

Jüngstes Beispiel für die Schwierigkeiten, alte Denkmuster im Sinne von Zukunftsoffenheit produktiv zu wenden, ist die Rezeption der PISA-Studie über die Leistungsfähigkeit deutscher SchülerInnen im internationalen Vergleich. Die Studie fand heraus, dass die Herkunft der Kinder auf ihren Bildungserfolg nach wie vor einen erheblichen Einfluss hat. Anders als in manchen anderen Ländern gelingt es in Deutschland nur unzulänglich, während der Schulzeit Benachteiligungen auszugleichen, die sich durch schlechte soziale Startbedingungen erklären lassen.

Die Startbedingungen werden von der Studie vor allem durch den Beruf des Vaters, d.h. durch das Einkommen des männlichen Hauptverdieners charakterisiert. Wo dieser fehlt, tritt anstelle der Mutter eine männliche Ersatzperson in Funktion. Dieses, auf den deutschen Ernährerhaushalt bezogene Verfahren hat in der Bestimmung der Herkunft von SchülerInnen Tradition<sup>66</sup>. Nicht erst heute ist es in keiner Weise darauf

64 Sitzenbleiber, von denen mindestens zwei Drittel männlich sind, verursachten im Schuljahr 2001 in NRW Kosten von 310 Millionen Mark (Meldung Kölner Stadtanzeiger v. 16.07.2001).

65 Ein männlicher Versicherter der gesetzlichen Krankenversicherung verursacht im Versicherungsverlauf durchschnittlich höhere Ausgaben als eine versicherte Frau (Meldung iwd Nr. 10 vom 08.03.2001).

66 Von Kindern aus „nicht normalen“ Verhältnissen fühlten sich Bildungsforscher von jeher überfordert. In der Bildungsreform-Diskussion der 70er Jahre wurden allein erziehende Mütter nach dem Beruf der Väter ihrer Kinder befragt. War dieser (d.h. der Vater oder dessen Beruf) nicht zu ermitteln, griff man auf den mütterlichen Großvater zurück. Blieb auch dieser Blickwinkel unergiebig, wurden die Kinder aus der Probandengruppe ausgeschlossen. Die Mutter selber war uninteressant – sie passte nicht ins ökonomische System. Siehe E. Stiefel: Der Väteransatz in der Elternbildung.

ausgerichtet, der Erziehungsleistung der Mütter oder den Bildungsbemühungen der Töchter in irgend einer Weise Rückhalt zu geben. Den Söhnen signalisierte es von jeher die Erwartung, es ihren Vätern ökonomisch mindestens gleichzutun.

Angesichts der von PISA recht differenziert dargestellten Leistungsdefizite von Jungen erhebt sich die Frage nach Indikatoren, die Bildung und Erziehung nicht an einem auf Männer zugeschnittenen Arbeitsmarkt, sondern an Lebenszielen orientieren, die der Lust am Lernen förderlich sind. Die Studie selber bietet dazu eine Fülle von Anhaltspunkten. Viel weniger als Mädchen haben Jungen Spaß am Lesen (Bäumert S. 262), Kooperation, Kommunikation, soziale Handlungskompetenz erscheinen ihnen nicht wichtig. Sie neigen zu „individualistischen und aggressiven Orientierungen, und sie tendieren eher dazu, ... mit Verantwortungsabwehr zu reagieren“ (ebda S. 311). PISA erklärt diese Befunde als „eine Interaktion zwischen Prädisposition und Rollenerwartungen“ (ebda S. 310). Mehrfach führt die Studie Leistungsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen nicht auf Begabungsdifferenzen, sondern auf motivationale Ursachen zurück (z.B. S. 265).

Nach Signalen des Erschreckens hat sich die öffentliche Diskussion schnell darauf verständigt, zahllose offene Fragen mit einer pauschalen Kritik am deutschen Bildungswesen zu ummanteln. Neben der Obdachlosenzeitung *Querkopf* trat kein gesellschaftspolitisch engagiertes Medium mit einer Rezeption von PISA an die Öffentlichkeit, die der Tragweite der Ergebnisse Rechnung trägt<sup>67</sup>. Nicht selten werden PISA-Perspektiven von deutschen Medien mit grübelnden, wenngleich lernwilligen Mädchen bebildert. Meldungen wie die Karriere verheißende Ankündigung, leistungsstarken Schülern solle zukünftig nach verkürzter Schulzeit ein Turbo-Abitur geboten werden, präsentieren dagegen ganz unabhängig von PISA einen männlichen Youngster beim Eintritt in die Laufbahn des Erfolgs. Vielleicht ist es nicht zufällig, dass Prototypen des überkommenen Verständnisses von Chancengleichheit im Abstand von wenigen Tagen von einer Tageszeitung verwendet wurden, die sich von Althergebrachtem gerne distanziert<sup>68</sup>.

Dass das 20., erst recht das 19. Jahrhundert nicht wiederbelebt werden kann, bewies vor kurzem ein Preisgericht, das einen Preis *nicht* verlieh, der für herausragende Absolventen des Fachbereichs Bauingenieurwesen der Fachhochschule Köln ausgelobt war. Der Stifter gab zu bedenken, dass auf die Bauunternehmen immer anspruchsvollere Tätigkeiten zukommen. Qualifizierte Kräfte müssten nicht nur über Fachwissen, sondern auch über soziale Kompetenz und Teamfähigkeit verfügen. Nach seiner Einschätzung gebrach es den Bewerbern, die sehr gute Zeugnisse vorzuweisen hatten, an der nötigen sozialen Qualifikation (Kölner Stadtanzeiger 13.12.2001).

67 Der *Querkopf* vom Februar 2002 beklagt die hohe Zahl von Analphabeten unter den Absolventen des deutschen Bildungswesens. „Ein geschlagenes Fünftel ... ist den Anforderungen einer Berufsausbildung jeder Art nicht mehr gewachsen ... Vor allem der männliche Nachwuchs hat eine regelrechte Lesefeindlichkeit entwickelt – nur die höhere Lesebereitschaft und -begeisterung der Mädchen verhinderte ein noch größeres Fiasko“ (S. 11).

68 taz v. 28./29.03.2002 resp. taz nrw v. 04.04.2002.



## XI. Der Blick nach vorn

### Gender Mainstreaming kann Horizonte weiten

Der Gleichschritt des politischen Diskurses der Gegenwart gibt sich den Anschein, als biete die Beibehaltung der *linearen Formation Haushalt und Familie* die einzige Chance, die Zukunft zu gewinnen. Da Alternativen zur Allzuständigkeit des männlichen Haushalters in keinem offiziellen politischen Programm zum Vorschein kommen, erscheint die *Reproduktion des Ewigmännlichen* (Bourdieu) für viele als einziger Ausweg aus Sinnkrise und fehlender Orientierung. Deshalb ist es nicht richtig, der heimischen Diskussion mangelnde Offenheit vorzuwerfen. Der Weg führt so lange nicht ins Freie, bis die Fenster gezimmert sind, die neue Horizonte sichtbar werden lassen.

Um die Markierungen des deutschen Modells wahrzunehmen, bedarf es der geschärften Wahrnehmung der Hürden, die der Würdigung der Aufgaben von Frauen im Wege stehen. Sie begegnen uns im Alltag ebenso wie im sozialpolitischen Diskurs. So verwandelt z.B. die Gesetzliche Unfallversicherung nach wie vor die Arbeit von Familienfrauen im Privathaushalt zur *privaten Tätigkeit des Haushaltsführenden*, die in Analogie zu den Gefälligkeitsleistungen von Verwandten und Nachbarn keinen Versicherungsschutz genießt, während der *Beschäftigte des Haushaltsführenden* gesetzlich gegen Unfall versichert ist (Haus & Grund S. 17).

Auch die PISA-Studie sieht Frauen und Mütter vor allem als privat Beauftragte der über ihren Einkommensstatus definierten Dynastie der Haushaltsvorstände<sup>69</sup>. Diese Weltsicht findet ihre Entsprechung in einem Verständnis der Wirtschafts- und Erwerbsgemeinschaft Familienhaushalt, das an der Familie als *Entität* (Bert Rürup, zit. nach Borchert S. 76), d.h. als einer nicht hinterfragbaren Einheit festhalten will. Jürgen Borchert, der für ein Familienwahlrecht und damit für einen Einstieg in die Individualisierung von Kindern und Jugendlichen gegenüber der Allzuständigkeit ihrer Eltern eintritt, bemängelt die Unfähigkeit sozialer Systeme, überfällige Strukturreformen in Angriff zu nehmen (ebda S. 82)<sup>70</sup>.

Das *Quadrat ist rund* war das Leitmotiv einer „Gesprächsrunde für Querdenkerinnen“, zu der 1999 das nordrhein-westfälische Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft im Rahmen einer Veranstaltung „Frauen und Lokale Agenda 21“ eingeladen hatte. Manche waren dankbar für die Verheißung der Wandlungsfähigkeit etablierter Formen. Um Raum zu gewinnen für die Vielfalt und Fülle eines tertiären Zeitalters, bedarf es der Abkehr von der Eindeutigkeit geometrisch abgestützter Sichtweisen. Im Sinne der Transformation des rigiden industriewirtschaftlichen Systems zu einer lebensfreundlichen Gesellschaft muss eine Ordnung Platz greifen, die Beliebigkeit verhindert, ohne sozialer Phantasie und der Lust am Ausprobieren Fesseln anzulegen.

Verknüpfungen zwischen Alt und Neu erwachsen aus der Wiederentdeckung der Bedürfnisse der Lebenswelt an den Bruchstellen zwischen *produktiver* und *unproduktiver* Arbeit. Es gehört zu den Paradoxien der

69 Symptomatisch für das Beharrungsvermögen einer auf Männer und Gelderwerb verengten Genealogie der Bildungschancen ist folgende Passage aus einer Tageszeitung: „Die Verkäuferstochter geht ... mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Hauptschule, der Professorensohn fast zwangsläufig ins Gymnasium.“ (taz v. 17.06.2002: Bild dir deine Meinung). Hier kommt der Blickwinkel der Bildungsdiskussion der sechziger und siebziger Jahre zum Vorschein, aus dem heraus die *katholische Arbeiterstochter vom Lande* der besonderen Förderung bedurfte.

Mittlerweile lassen Bildungsstatistiken unmissverständlich erkennen, dass es gerade in bildungsbenachteiligten Schichten Mädchen viel leichter fällt als ihren Brüdern, den Bildungsabschluss ihrer Väter zu übertreffen (siehe z.B. Grund- und Strukturdaten 2000/2001, S. 84-85). Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Untersuchungsdesign von PISA, das nicht auf Verwertbarkeit schulischer Leistung abhebt, sondern an *Wissen und Fähigkeiten für das Leben* ausgerichtet ist.

Zwar besitzt die Schwerpunktverlagerung keinen *unmittelbaren* Einfluss auf die Arbeitsmarktchancen des einen oder des anderen Geschlechts, und auch nach PISA fällt die Verkäufer- ebenso wie die Professorentochter aus dem System heraus, sobald sie Mutter wird. Doch die aus dem 19. Jahrhundert stammende Orientierung der gesamten Lebensweise am Beruf des Haushaltsvorstands wird zunehmend verblasen: sie ist nicht zukunftsfähig.

70 Jürgen Borchert setzt sich seit vielen Jahren für eine Besserstellung der Familien im Sozial-, insbesondere jedoch im Rentenrecht ein. Immer wieder weist er auf die Deklassierung vor allem von Familienfrauen zugunsten der Entlastung der Solidargemeinschaft von Verpflichtungen gegenüber den Familien hin. Obwohl er die „individualistische Engführung des Arbeitsverhältnisses in den Bereich sozialer Sicherung“ hinein als fundamentalen Defekt unserer Sozialordnung bezeichnet (Borchert S. 56), enthält er sich der Auseinandersetzung mit den strukturbildenden Elementen des Ernährerhaushalts. Seine Analyse des deutschen Sozialstaatsmodells bedeutet eine Herausforderung für alle (Frauen und Männer), die sich um eine Klärung des Verhältnisses von produktiver und unproduktiver Arbeit, von produzierenden und versorgenden Tätigkeiten bemühen.

ökonomischen Entwicklung, dass Gender Mainstreaming eben jener Marktradikalität entspringt, die dem Nicht-Markt weder gesicherte Räume noch eigene Ressourcen zugesteht. Die Mobilisierung aller menschlichen Kräfte für die Standortsicherung der Wirtschaftsgemeinschaft EU im globalisierten Markt macht die Blößen sichtbar, die eine eindimensionale Wirtschaftsweise kennzeichnen. Zugleich eröffnet sie die Möglichkeit, ein neues Bezugssystem ins Bild zu rücken, das die alten Kategorien aufbricht und ihnen den Anspruch auf Allgemeingültigkeit nimmt. Die symbolische – und zunehmend auch analytische – Trennung der Güter produzierenden und der versorgenden Ökonomie in der Care-Diskussion lässt sich als Systemerweiterung verstehen, die in eine Systemveränderung einmünden wird, wenn man ihre Chancen nutzt.

Als lokales Organ der öffentlichen Ordnung ist die Kommune diejenige Instanz, die für die Bearbeitung der sozialen Vollzugsdefizite der globalen Ökonomie und des auf der nationalen Ebene angesiedelten Sozialstaats neue Konzeptionen braucht. Hier muss das schleichende Versickern der alten – Männern in der nationalen Ökonomie gewidmeten – Ordnung aufgefangen und bewältigt werden. Nicht umsonst richten Strategien alternativer Ökonomie, umweltbewussten Wirtschaftens, kompensatorischer Beschäftigung, realwirtschaftlicher Bedarfsdeckung u.a. ihre Hoffnung auf das Lokale und die Region. Innerhalb alter und neu entstehender sozialer Zusammenhänge lässt sich dem Rationalisierungsdruck des Informationszeitalters, der güterwirtschaftlich *unproduktiver* Arbeit ebenso wie menschlicher Nähe und gegenseitiger Unterstützung den Boden entzieht, leichter standhalten.

Andererseits ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, dass überholte Strukturen eine ungewollte Renaissance erfahren, wenn soziale Innovation die Blockaden respektiert, die dem nicht belichteten Geschlechterverhältnis innewohnen. Im Rahmen der Diskussion zur Neuverteilung öffentlicher Aufgaben zwischen den Akteuren Staat, Markt und Zivilgesellschaft prognostiziert Hermann Schwengel einen Bedeutungsgewinn der weichen und soziokulturellen Profile. Angesichts der Herausforderungen des globalen Wettbewerbs hält er die überkommenen sozialstaatlichen Strickmuster dem Gebot sozialer Gerechtigkeit für nicht mehr angemessen.

Auf diesem Hintergrund erwartet Schwengel von einem aktiv zu betreibenden Netzwerk kommunaler Selbsthilfe unter Nutzung *des weiten Felds der Familienbeziehungen* einen Prozess dynamischer Gerechtigkeitsbildung, in dessen Verlauf sich milieugebundene, auf die lokalen Verhältnisse zugeschnittene Formen sozialer Gerechtigkeit herausbilden werden (Schwengel S. 36-38). Er hofft, dass „unter streitbarer Mitverantwortung der Klienten für das Produkt“ eine neue Balance von monetären und persönlichen Leistungen gefunden werden kann (ebda S. 36).

Schwengel thematisiert nicht, dass Frauen in diesem Kontext nicht dieselben Chancen haben wie Männer, die geplante Auslagerung sozialer Dienstleistungen aus dem öffentlichen in den privaten Haushalt zu ihren Gunsten auszubalancieren. Traditionsgemäss werden sie diejenigen sein, an die sich die Erwartung stärkerer Verantwortung für Pflege, Erziehung, Versorgung richtet, während monetäre Leistungen weiterhin vorrangig in die Taschen von Männern fließen. Die allzu vertraute Zweiheit des männlichen Haushalters erscheint am Horizont, wenn empfohlen wird, dass die Individuen „für sich und ihre Familien Entscheidungen über Bildungsinvestition und Konsum, Mobilität und lokale Bindung“ treffen (ebda S. 37).

## **Überholte Gewissheiten in Frage stellen – alte Strickmuster revidieren**

Sind Modelle der Koproduktion personenbezogener Dienste im deutschen System auf individuelle Personen gemünzt? Richten sie sich an die sog. Familienbezugsperson/den (Ehe)Mann als Haushaltsführenden der kleinsten Wirtschaftseinheit? Gelten sie den Frauen als Angehörigen, die unter Verzicht auf ökonomische Selbständigkeit die Wohlfahrtswirkung monetärer Grundausstattung durch unbezahlte Arbeit multiplizieren? Solche Fragen lassen sich in unserem Land nicht beantworten, weil sie nicht aufgeworfen werden. Schwengel beruft sich mehrfach auf das besondere Profil des kontinentaleuropäischen Modells in Abgrenzung zu den neoliberalen Systemen im angelsächsischen Sprachraum, die dem Markt überlassen, was die (herkömmliche) Familie nicht leisten kann (oder will).

Nach den frühen Initiativen der skandinavischen Länder bekannten sich in der jüngeren Vergangenheit mit unterschiedlichen Schwerpunkten auch unsere westlichen Nachbarn zu einer Neuorientierung der Geschlechter-, Familien-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Das dem Flämischen Ministerium für Kultur, Familie und Gemeinwohl (*Vlaamse Minister van Cultuur, Gezin en Welzijn*) zugeordnete Zentrum für Bevölkerungs- und Familienstudien (*Centrum voor Bevolkings- en Gezinsstudie*) hat 1998 einen Sammelband herausgegeben, der aus unterschiedlichen Blickwinkeln die spannungsreichen Wechselwirkungen zwischen dem Ernährerhaushalt als Grundbaustein und einer Gesellschaftsordnung betrachtet, die sich die Herstellung von Chancengleichheit zum Ziel gesetzt hat (Van Dongen u.a.).

Alle AutorInnen plädieren für ein neues Basismodell, das Männern und Frauen innerhalb und außerhalb der Familie vergleichbare Aufgaben zuweist. Das Alleinverdienermodell halten sie für eine historische Fiktion, die der Realität des Einkommenserwerbs zu keinem Zeitpunkt nahe kam. Darüber hinaus sei es irreführend, lediglich monetäre Ressourcen in die Betrachtung einzubeziehen. Sowohl individuelles Wohlergehen wie gesellschaftliche Wohlfahrt seien abhängig von Strategien der Arbeitsverteilung innerhalb der Familie. Sie distanzieren sich damit von einer Wirtschaftsweise, die im Umfeld der großen Märkte Brachland vorzufinden glaubt, das für die Entsorgung sozialer Lasten zur Verfügung steht.

Beispielhaft für die öffentliche Auseinandersetzung, die einer gesellschaftlich verantworteten, sozialstaatlich unterfütterten Individualisierung des Wirtschaftens vorangehen muss, war die Arbeit des niederländischen Emanzipationsrats, der dem Ministerium für Arbeit und Soziales zugeordnet war. Zwischen 1981 und 1997 berieten 10 hochrangige Mitglieder (darunter ein Mann) die Regierung in allen Fragen, die für die Gleichstellung der Geschlechter Relevanz besaßen. Wo immer sich zeigte, dass politische Vorhaben die Emanzipation der Frauen bzw. die Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern beeinflussen würden, wurde der Emanzipationsrat eingeschaltet. Bei der Ausarbeitung seiner Empfehlungen legte der Rat Wert darauf, die einzelnen Ebenen nicht getrennt zu behandeln, sondern nationale, regionale und kommunale Maßnahmen miteinander zu verknüpfen.

Mit dem Titel *Met zorg naar nieuwe zekerheid* (Neue soziale Sicherheit durch fürsorgende Arbeit)<sup>71</sup> bekannte sich der Abschlussbericht des Rats/der Frauenkommission zu einer Zielsetzung, die weit über das alte, durch Anpassung an die Lebensweise von Männern gekennzeichnete Emanzipationsmuster für Frauen hinaus reichte. Nicht die Befreiung der Frauen von der Last familialer Verpflichtungen oder eine ebenso geschlechts- wie gestaltlose Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern die differenzierte, auf beide Geschlechter gemünzte Integration von Care in das holländische Wirtschafts- und Sozialmodell war das Anliegen, das sich in einer Fülle von Empfehlungen zum Umbau von Arbeitsmarktpolitik und sozialer Sicherheit niederschlug.

Im Brennpunkt der Neukonzeption steht das überkommene Ernährermodell mit seinen ökonomischen und sozialstaatlichen Privilegierungen des Berufs männlicher Haushaltsvorstände und den zahlreichen Impulsen für Frauen, sich auf Familienarbeit zu spezialisieren. Insbesondere für nicht berufstätige Mütter beinhaltet es höchst widersprüchliche Anreize, da sie im Zuge der Kürzung von Sozialleistungen zunehmend auf ökonomische Unabhängigkeit verwiesen werden, sobald (durch Arbeitslosigkeit, Scheidung, Tod) das Einkommen des Partners entfällt. Der Rat befürchtete vor allem für untere Einkommensschichten wachsende Benachteiligungen, wenn die 1965 durch die Novellierung der Einkommensbesteuerung in Gang gesetzte Reform zugunsten der Individualisierung der Haushaltsmitglieder nicht zielgerichtet fortgesetzt wird (Emanicipation Council S. 46).

Kernstück der Umbaupläne ist die Neudefinition des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin. Anstelle des unbegrenzt für den Einkommenserwerb verfügbaren Beschäftigten soll der Prototyp des wirtschaftlich Aktiven als Person gedacht (und institutionalisiert) werden, die zwar ökonomisch auf eigenen Füßen steht, jedoch gleichzeitig soziale bzw. Familienpflichten erfüllt und daneben Anspruch auf Muße und Freizeit hat.<sup>72</sup>

71 Die für ein internationales Publikum besorgte Übersetzung des Berichts trägt den Titel *Emancipation Council: Concerns for a new security*, der durch einen Untertitel *Recommendations for an equal opportunities income and social security policy* ergänzt worden ist.

72 Im Hinblick auf die Aufteilung von Aufgaben der Betreuung, Erziehung und Pflege zwischen privaten Haushalten und öffentlichen Einrichtungen bezieht sich der Bericht auf die Vorarbeiten einer weiteren Kommission des Arbeits- und Sozialministeriums (Commissie Toekomstscenario's), die 1995 empfohlen hat, bezahlte und unbezahlte Arbeit gezielt zu kombinieren, um den Care-Bereich mit den nötigen Ressourcen auszustatten.

Die Ratsempfehlung zur Gleichverteilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen stützt sich auf eine gezielte Allokation von Zeit, die mit einer Investition von jeweils 35 Wochenstunden in jeden der drei Bereiche für alle Erwachsenen normativen Charakter besitzt (ebda S. 145 – 152).

An mehreren Stellen (z.B. ebda S. 8) äußert der Bericht Bedauern, dass über weite Strecken für die Umsetzung der Empfehlungen nicht die Regierung, sondern die Sozialpartner und die Individuen verantwortlich sein werden. Sehr eindringlich fordert der Rat deshalb die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens i.S. der Gewährleistung gleicher Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger (ebda S. 33). Unabhängig von der jeweiligen Lebenslage müsse jede BürgerIn gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Freiheiten und gleiche Pflichten haben (ebda S. 61).

Es ist undenkbar, gemeinwohlorientierte Vorstellungen individueller Zeitverwendung durch rigide Vorschriften oder gar durch Kontrolle in die Realität zu transponieren. Individuelle Lebensstile und die Freiheit zu persönlicher Entscheidung gehören zu den Grundrechten demokratischer Gesellschaften. Deshalb sind unsere holländischen Nachbarn bestrebt, Reformen im Übergang zu einem postindustriellen Zeitalter in die Zustimmung derer einzubetten, deren Lebensumstände sich durch die Individualisierung sozialer Rechte und Pflichten verändern werden. Obwohl ein auf bürgerschaftlichen Konsens bedachtes Modell lange Phasen gleitender Übergänge braucht, zeigen sich schon heute statistisch signifikante Unterschiede zwischen Holland und seinen Nachbarländern z.B. in der Quote von Männern, die Teilzeit arbeiten. Gleichzeitig gehören die Niederlande in der EU zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitslosenrate und dem höchsten Anteil von Dienstleistern an den Beschäftigten.

## **Visionen für die Stadt von morgen**

Nicht von ungefähr verknüpfen unsere niederländischen Nachbarn ihre Erwartungen an Stabilität und Sicherheit mit *zorg* bzw. mit *care* oder *Fürsorge* außerhalb des Markts. Soziales Kapital entsteht in informellen, auf Gegenseitigkeit beruhenden sozialen Zusammenhängen – auch und nicht zuletzt in Familien. Doch die Familien, die hier gemeint sind, haben mit dem industriewirtschaftlich definierten Haushalt im Schatten des Ernährers nicht mehr viel gemein. Ihre Chancen auf größere Autonomie gegenüber den Verwertungs-zwängen des Markts sind ebenso gewachsen wie das Zeitpotenzial kleinerer und größerer Gemeinschaften, das für soziale Aufgaben zur Verfügung steht. Das gesellschaftlich verordnete und sozialstaatlich verantwortete Korsett von Produktion und Konsum, von hierarchisch geordneter Arbeit und grenzenlosem Verbrauch materieller Güter, das Lebensfreude, Kreativität und Vielfalt hinaus verlagert ins Private, ist aufgeschnürt. Damit einher geht die Rückführung von Verantwortung und Verantwortlichkeit aus der Anonymität der privaten Haushalte in die Zuständigkeit der Gemeinschaft.

In ihrem Rechenschaftsbericht über 10 Jahre Gleichstellungsarbeit im Frauenamt der Stadt Heidelberg skizziert Dörthe Domzig die Perspektiven der Abschaffung privater Sonderwelten für das Selbstverständnis der Städte und Gemeinden. Die nötigen Voraussetzungen für die Schaffung sozialer Qualitäten stellen sich nicht von selbst ein, sie müssen politisch gewollt und aktiv unterstützt werden. Aus der „Wiedereinbindung der sozialen Verantwortung für beispielsweise heranwachsende Kinder und alternde Menschen in die Verantwortung auch der Gemeinschaft“ entstehen Richtziele, die „bei der Gestaltung von Wohnen, Mobilität, Stadtplanung und Gesundheitspolitik im weitesten Sinne in einer Stadt zum Tragen kommen müssen“ (Stadt Heidelberg 2002 S. 140).

Domzig ist überzeugt, dass eine Veränderung des Geschlechterverhältnisses Kräfte freisetzt, die auf zentrale Modernisierungsvorhaben eine katalysatorische Wirkung ausüben. Die Abkehr von der Monokultur der traditionellen männlichen Normalbiographie bedeutet für sie nicht nur einen wirtschaftlichen Standortvorteil, sondern gleichzeitig eine Weiterentwicklung der Demokratie (ebda S. 141). Es versteht sich von selbst, dass unter dem Vorzeichen einer neuen, auf individuelle Personen als verantwortliche Akteure und Subjekte des Wirtschaftens zugeschnittenen Gemeinschaft auch Fragen von Macht und Herrschaft neu zu stellen sind und der von Frauen seit langem geforderte neue Gesellschaftsvertrag Kontur gewinnt.



In idealtypischer Weise repräsentieren die AutorInnen Schwengel und Domzig die unterschiedlichen Möglichkeiten, postindustrielle Entwicklungen wahrzunehmen und zu steuern. Schwengel vertraut darauf, dass sich durch Einsicht und Verständnis ein nachhaltiges soziales Wachstum entwickeln wird, das den Verhaltenshaushalt von Organisationen und Individuen auf die Übernahme neuer Verantwortlichkeit vorbereitet. Danach müssen Staat und Sozialstaat neu definiert und Verfahrensregeln für ein *gewisses Gerechtigkeitsregime* (Schwengel S. 36) institutionalisiert werden, die dem Zusammenhang von eingesetzten Mitteln und intendiertem Erfolg Rechnung tragen (ebda S. 37-39).

Die Visionen von Domzig gehen den umgekehrten Weg. Durch die Bestärkung der Verantwortlichkeit individueller Personen und die Unterstützung des sozialen Zusammenhalts einer aus Frauen und Männern, Jungen und Alten, Starken und Schwachen bestehenden Gemeinschaft bildet sich ein neues Verständnis von finanzieller Verteilungsgerechtigkeit, das darauf verzichtet, die Biographien von Frauen als kostenlose Ressource für die Bewältigung von Hausarbeit und Familienpflichten nutzen zu wollen (Stadt Heidelberg 2002, S. 140). In diesem Sinne lässt sich die von feministischen Ökonominen geforderte Individualisierung der Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht nur als Demokratisierung der Demokratie, sondern als Ökonomisierung der Ökonomie interpretieren. Familie und Haushalt hören auf, als ökonomische Leerstelle zu fungieren, die im Kostenkalkül des globalen Wettbewerbs noch immer als *Produktivitäts- und Mentalitätsreserve* (Schwengel S. 35) Begehrlichkeiten weckt.

Es versteht sich von selbst, dass von dieser Sicht auch der ökonomische (und ökologische) Mainstream nicht unbehelligt bleiben wird, wenn er bereit ist, die Systematik der güterbezogenen Ökonomie im Interesse eines tertiären Zeitalters zu revidieren. Nicht wenige BürgerInnen stehen dem immer extensiveren Gebrauch des Produktionsbegriffs kritisch gegenüber. Zunehmend gelten immaterielle, ja symbolische Güter als *produziert*, d.h. als mach- und kalkulierbar. Auch hier ist das Instrumentarium einer güterwirtschaftlich definierten Ökonomie am Werk, das durch Extrapolation seiner Kategorien zu (be)greifen versucht, was in der Vergangenheit im kulturell definierten Verhaltensrepertoire der Lebenswelt, d.h. im ökonomisch nicht ausgeleuchteten Niemandsland beheimatet war.

Deutliche Kritik kommt wiederum aus dem Bereich professioneller sozialer Dienstleistungen in der Kommune. Heiner Brülle bezweifelt, dass sich Deutungsmuster und Steuerungsstrukturen, die der privaten Güterproduktion entlehnt worden sind, umstandslos in die Soziale Arbeit implantieren lassen. Er gibt zu bedenken, dass soziale Probleme vielleicht durch eben jenes Wirtschaftssystem hervorgerufen werden, mit dessen Methoden man sie zu kurieren hofft (Brülle S. 83). Es wäre wünschenswert, solche Überlegungen mit einem Diskurs zu verknüpfen, der sich aus der Kritik von Frauen an der sog. Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nährt.

Die Besinnung auf Hannah Arendts kritische Auseinandersetzung mit der Arbeitsgesellschaft stärkt die Erwartung an die Kraft des Wandels. Zweifellos würde Arendt das gegenwärtige Ineinanderfließen antagonistischer Arbeitsbereiche als Begleiterscheinung des Niedergangs der verbrauchten und der gleichzeitigen Entstehung einer neuen, noch gestaltlosen Ordnung betrachten. Von der aufgeblähten Verwendung der alten Begrifflichkeit ließe sie sich nicht stören. War sie doch überzeugt, dass das „Auf-die-Füße-Stellen philosophischer Systeme oder gängiger Wertungen“ sich gemeinhin innerhalb des tradierten begrifflichen Rahmens vollzieht (Arendt S. 22).

## **Aufbruch in eine andere Welt? Die Vorhut braucht Unterstützung!**

Es ist immer wieder hilfreich, sich die Aufbruchstimmung und den fast vergessenen Diskurs der 70er Jahre in Erinnerung zu rufen. Ehe sich die Industriegesellschaft erneut aufmachte, um auch den Rest der Welt in eine Produktionsstätte zu verwandeln, gab es Erwägungen, durch personenbezogene Dienste die Ausstattung mit materiellen und immateriellen Gütern einem tertiären Gleichgewicht näher zu bringen. Gleichzeitig sah man in der Verringerung der Güterproduktion zugunsten personennaher Dienstleistungen einen Hebel zu ökologisch verantwortlichem Handeln. Man suchte nach Modellen des Wirtschaftens, die ökonomische Effizienz und wirtschaftliches Wachstum mit menschlicher Entwicklung zu koppeln versprochen.

Wer ist in der Lage, die notwendigen Veränderungen in die Wege zu leiten? Gartner/Riessman interpretieren die klassische männliche Arbeitnehmerrolle eher als Bastion defensiven Selbstinteresses (Gartner/Riessman S. 119) denn als Ausgangspunkt des Aufbruchs in eine neue Welt. Die Theoretiker der Dienstleistungsgesellschaft setzten ihre Hoffnungen auf das Innovationsbegehren der Konsumenten. Dabei sahen sie den Konsumenten nicht nur als Abnehmer von Industrieprodukten, obwohl auch sie die Hegemonie der Sachgüterproduktion im industriewirtschaftlichen Modell bemängelten (ebda S. 53). Konsumenten sind für sie auch die Nutzer staatlicher Dienstleistungen, deren wirkliche Bedürfnisse häufig unbefriedigt bleiben, ja sogar unterdrückt werden.

Das Organisationspotenzial der Konsumenten entspringt einer gemeinsamen Identität, die sich auf die Lebenserfahrungen und kulturellen Orientierungen unterdrückter Minderheiten stützt. Frauen, Jugendliche und andere Gruppen haben unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sind, Forderungen nach Angleichung ihrer Lebensbedingungen öffentlich zu artikulieren. Doch gebricht es ihnen an der Macht, die z.B. aus kollektiv definierbaren, auf die Fabrik bezogenen Interessen von Industriearbeitern gewonnen werden kann. Orte ihrer Verständigung sind Institutionen, Wohnquartiere und Netzwerke, sie stehen in keinem Arbeitsverhältnis, befinden sich in Ausbildung oder verdienen wenig Geld in Dienstleistungsjobs mit schlechten Arbeitsbedingungen und geringem sozialem Status (ebda S. 116-119).

Von der sich bereits vor 30 Jahren abzeichnenden Eingliederung aller Gruppen in die Erwerbsbevölkerung erhofften sich die Autoren einen Zugewinn an Durchsetzbarkeit grundlegender Änderungen. Sie hielten es für möglich, „dass die aus der Konsumentenrolle resultierenden progressiven Werte mit der aus der Arbeitnehmerrolle stammenden Macht verschmelzen“ (ebda S. 119). Obwohl sie die Frauen im Besonderen als Vorhut einer anderen, demokratischeren und ökologischeren Wirtschaftsform betrachteten, kam es ihnen andererseits nicht in den Sinn, das Geschlechterverhältnis in die Analyse einzubeziehen. Die Dimension des privaten Haushalts und mit ihr das Fundament der Zweischichtigkeit des Wirtschaftens zwischen Produktion und Konsum materieller Güter auf der einen und bezahlten/unbezahlten personennahen Dienstleistungen auf der anderen Seite blieb unbeleuchtet.

Auf diesem Hintergrund bedeuten die Forschungsergebnisse feministischer Ökonomie die Weiterentwicklung der Trendanalyse der Marktwirtschaft unter der Bedingung weiter steigender Arbeitsproduktivität. Indem Konzepte der Dienstleistungsgesellschaft diejenigen Individuen ins Licht rücken, die von der alten Wirtschaftsweise als Nicht-Produzenten in die Randständigkeit abgedrängt wurden, schaffen sie neue Zugehörigkeiten und eröffnen ein neues Verständnis von Aufwand und Ertrag<sup>73</sup>. Konstitutiv für die industrielle Ökonomie war und ist die Trennbarkeit des Produkts von seinen Produzenten. Im Zeitalter der Dienste rückt dagegen der sozial verstandene *Outcome* anstelle des materiell bzw. monetär definierten *Outputs* in den Mittelpunkt des theoretischen Interesses.

Parallel sind auch die Rahmenbedingungen der sozialökonomischen Steuerung der Kommune im Wandel begriffen. Handel und Gewerbe gediehen von jeher vor allem im verdichteten Sozialraum – die moderne Arbeitswelt ist mit den Städten ebenso verschwistert wie die spätindustrielle Marktgesellschaft. Mit der industriellen Modernisierung entwickelten sich seinerzeit nicht nur Bürgertum und Arbeiterschaft, sondern auch neue Formen von sozialer Randständigkeit. Die Unangepassten fanden ebenso wie die Gescheiterten in den Städten mehr als anderswo die Nischen, in denen sie zu überleben trachteten. Frauen ohne familiären Rückhalt suchten und fanden in der Stadt den schmalen Grat zwischen sozialer Ausgrenzung und kargem Eigenleben.

73 In diesem Zusammenhang verdienen die in Deutschland vor allem von ÖTV bzw. von ver.di unternommenen Bemühungen um diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung personennaher Dienstleistungen besondere Aufmerksamkeit. Traditionell wurden die als weiblich bzw. als hausarbeitsnah angesehenen Qualifikationen und Belastungen von Pflegeberufen, aber auch von Sekretariatsaufgaben u.a. geringer bewertet als die Anforderungen typischer Männerarbeitsplätze. Mit Hilfe eines in der Schweiz entwickelten neuen Verfahrens (ABAKABA) gelingt es, auch die psycho-sozialen und physischen Merkmale von Dienstleistungstätigkeiten in die Bewertung einzubeziehen. (BMFSFJ 2002 S. 181 ff.) Diese Entwicklungen schlagen sich tendenziell in einer langsamen Angleichung der Entgelte von Frauen und Männern nieder. Andererseits wächst gleichzeitig der Rationalisierungsdruck im Bereich der *kostenkranken* professionellen Dienstleistungen und damit die Gefahr der neuerlichen Überwälzung von Kosten in den unsichtbaren bzw. in den informellen Sektor des Wirtschaftens, wo sie von den Privathaushalten aufgefangen werden sollen.

Mit dem Verblässen der Integrationskraft der Arbeitsgesellschaft vergrößert und verändert sich der Bedarf der Stadtbewohner im Hinblick auf ideelle und materielle soziale Unterstützung. Das aus Arbeitswelt, Sozialsystem und Familie geflochtene Netz industriewirtschaftlicher Normalität bietet nicht allen Gruppen in gleicher Weise Schutz. Es ist vor allem nicht dazu gemacht, die steigende Zahl gering qualifizierter Männer aufzufangen oder den Lebensbedürfnissen der Mütter ohne Mann Genüge zu tun. Sowohl Stadt- und Raumplanung als auch kommunale Sozialpolitik stehen hier vor wachsenden, in diesem Ausmaß bisher unbekanntem Herausforderungen.

Für konkrete Maßnahmen und Projekte gibt es keine Rezepte, doch können neue Leitbilder dazu verhelfen, vorhandene Erfahrungen zur Grundlage einer anderen Praxis zu machen. Der Stadtsoziologe Thomas Krämer-Badoni fordert die bewusste Abkehr von einer Stadt- und Regionalstruktur, „die auf dem Modell des Haushaltes mit berufstätigem Mann, einer für die Kinder- und Verwandtenpflege, für die Versorgungsarbeit zuständigen Frau und ein bis zwei Kindern basiert“ (Krämer-Badoni S. 13). Die bis heute nicht überwundene Planungsrationale des 19. Jahrhunderts verkörpert für ihn Beharren, um nicht zu sagen Rückschritt. Die Stadt der Zukunft, die allen BewohnerInnen gleichermaßen Entfaltung und Entwicklung gewährt, muss Unordnung zulassen, verschiedene räumliche und soziale Strukturen ermöglichen, Differenz akzeptieren (ebda S. 14).

Wenn – wie Krämer-Badoni befindet – Ordnung und Disziplin männliche, Freude, Risiko, Abweichung und Unordnung dagegen weibliche Prinzipien sind, so muss Stadtpolitik, vor allem aber städtische Sozialplanung darauf bedacht sein, auch Männer für ein neues Zeitalter zu aktivieren. Ihre sinkende Bildungsleistung, ihr nach wie vor geringes Engagement für bezahlte/unbezahlte Dienste, ihre Neigung, sich in die Single-Existenz zurückzuziehen sind Zeichen der Entmutigung, während Frauen zunehmend von der Vielfalt möglicher Lebensformen Gebrauch machen. Neben dem wachsenden Heer der allein Erziehenden und den vielen allein lebenden berufstätigen Frauen sind es für Krämer-Badoni auch die erwerbstätigen Familienfrauen, die neue, zukunftssträchtige Lebensmodelle ausprobieren.

Diese Perspektiven stehen im Einklang mit dem tastenden Optimismus der Vertreter eines nachindustriellen Zeitalters, die den Frauen als Vorhutgruppe zutrauen, Wege in ein tertiäres Zeitalter zu erschließen. Doch feministische Stimmen wehren sich gegen die Erwartung, der Übergang in eine Welt des *Leben und Leben Lassens* könne umstands- und kostenlos von denjenigen bewerkstelligt werden, die geübt sind im Umgang mit ungesicherten Lebensbedingungen für sich und ihre Kinder. Es wird nicht möglich sein, in einer auf der *Allzuständigkeit des männlichen Haushaltes* gegründeten Ordnung Mütter und Kinder immer aufs Neue auf selbstgestrickte Alternativen zu verweisen. Wo ein kinderloses Ehepaar oder auch eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft mit derselben Elterngemessen wird wie eine Mutter ohne Mann, droht Desorientierung, ja Desintegration. Krämer-Badoni räumt ein, dass „neue Formen familialen Zusammenlebens nicht selten nur das Mittel von allein erziehenden Frauen sind, um ihre soziale und wirtschaftliche Notlage zu bewältigen“ (ebda S. 10).

Die Zukunft der Kommunen wird eine Zukunft der Dienstleistung sein, auch im Industriestandort Deutschland gehört die Dominanz der Großbetriebe der Vergangenheit an. In vielen Städten ist man sich bewusst, dass es keineswegs ausreicht, sich um die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze zu kümmern, wenn das zukünftige Wohlergehen aller Gruppen der Bevölkerung gesichert werden soll. Unter den Bedingungen für die Lebensqualität Erwachsener und das gedeihliche Aufwachsen von Kindern besitzt die menschliche Entwicklung ein nicht geringeres Gewicht. Vielerorts bekennt man sich zum Prinzip der kinderfreundlichen Stadt, institutionalisiert eine Kinderfreundlichkeitsprüfung als Regelverfahren im Prozess kommunaler Planung, empfiehlt die Unterstützung von Mütterinitiativen (siehe z.B. Plamper S. 17), bezuschusst multifunktionale Mütterzentren als Modelle stadtteilbezogener sozialer Ökonomie<sup>74</sup>.

74 Die Mütterzentren entstanden Anfang der 80er Jahre aus dem Bestreben, jenseits formeller Elternbildung bzw. disziplinierender Sozialpädagogik die Selbstorganisation von Müttern aus benachteiligten Schichten zu fördern. Ein erstes Zentrum, das 1980 in Salzgitter-Bad gegründet wurde, stieß auf das wachsende Interesse von Frauengruppen aus der ganzen Republik. Gegenwärtig existieren mehr als 430 Mütterzentren bzw. Initiativen. Das Mütterzentrum Salzgitter, das sich dem Prinzip „Großfamilie“ verpflichtet fühlt und generationenübergreifend den Lebensalltag speziell von Frauen unterstützen will, wurde schon 1997 als Projekt der EXPO 2000 registriert (SOS Kinderdorf).

Doch Vermutungen, solche Maßnahmen würden den Anliegen der Frauen (Flagge S. 25) gerecht, sind gleichzeitig ebenso richtig wie falsch. Frauen sind Mütter und Nicht-Mütter, und auch als Mütter wehren sie sich gegen ihre Vertreibung aus dem öffentlichen Raum. Gelegentlich werden sie von wohlwollenden Experten aufgefordert, zu sagen was sie wollen, überall präsent zu sein, umfassende Lobby-Arbeit zu leisten, auch außerhalb von Kommunalparlamenten, Ämtern und Fachausschüssen Einfluss zu nehmen. Nicht in jedem Fall signalisieren Ermutigungen dieser Art die Bereitschaft, vorhandene Strukturen in Frage zu stellen, echte Beteiligungschancen einzuräumen, Platz zu machen für die Realisierung des nicht Bewährten und deshalb nicht Normalen.

Gewiss ist, dass die Stadt für alle vielgestaltige Mitwirkungsmöglichkeiten braucht und die Kommune Nutzen daraus zieht, wenn sie wahrgenommen werden. Die Koordinaten für kommunale Steuerung, die noch niemals gradlinig verliefen, sind verschlungener als je zuvor. Experten sprechen vom *Management of Uncertainty* (Plamper S. 22) – dem Management des Ungewissen in einer Stadt, die Verantwortung für das nicht Planbare übernimmt, indem sie die Verantwortlichkeit der Vielen für das Gemeinwohl ermutigt und unterstützt.

# Literatur

- Arendt, Hannah, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1981.
- Arn, Christof, HausArbeitsEthik, Chur/Zürich 2000.
- Badura, Bernhard/Hungeling, Germanus, Personenbezogene Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, in: Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.), Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 461-476.
- Bäumert, Jürgen u.a. (Hrsg.), PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen 2001.
- Banner, Gerhard, Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen. Die Kommunen brauchen ein neues Steuerungsmodell. in: VOP. Verwaltung, Organisation, Personal, Nr. 1/1991, S. 6-11.
- Ders., Die drei Demokratien der Bürgerkommune, In: Arnim, Hans-Herbert von (Hrsg.), Adäquate Institutionen – Voraussetzungen für gute und bürgernahe Politik. Schriftenreihe der Hochschule Speyer, Bd. 133, S. 149 ff.
- Bauer, Tobias/Baumann, Beat, An den Frauen sparen? Zürich und Bern 1996.
- Baumol, William, Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis. In: American Review 57, S. 416-426.
- Beck, Ulrich, Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Frankfurt am Main 2000.
- Bell, Daniel, Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/Main 1985.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung, Bd. 1 und 2, Gütersloh 1993 und 1994.
- Bertram, Hans, Arbeitswelt und Familie, in: Zukunft Familie, SPD-Projektgruppe „Zukunft der Familie und sozialer Zusammenhalt“ Berlin 2000.
- Bianchi, Suzanne M., Die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen in den USA – Ursachen und Perspektiven, in: Lang, Sabine u.a. (Hrsg.) Jobwunder USA – Modell für Deutschland? Münster 1999, S. 82-109.
- Bierter, Willy/von Winterfeld, Uta, Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Basel 1998.
- Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta, Vergessene Arbeitswirklichkeiten, in: Bierter, Willy/von Winterfeld, Uta, Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit? Basel 1998.
- Böker, Marion/Neugebauer, Anne (Hrsg.) nichts ist unmöglich ... auf dem Weg zu einer feministische Theorie und Praxis der Ökonomie, Münster 1994.
- Bojer, Hilde, Rawlsian Justice for Women, unveröffentlichtes Manuskript, Oslo 2001.
- Borchert, Jürgen, Der „Wiesbadener Entwurf“ einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats, unveröffentlichtes Diskussionspapier, Wiesbaden 2002.
- Bourdieu, Pierre, Über die Vorherrschaft des Mannes – Ein Musterbeispiel für symbolische Gewalt, Le monde diplomatique 16.08.1998.
- Brentano, Lujo, Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte, Hildesheim 1967 (Leipzig 1923).
- Budäus, Dietrich/Grüning, Gernod, Kommunitarismus – eine Reformperspektive? Berlin 1997.
- Bürgin, Alfred, Zur Soziogenese der politischen Ökonomie, Metropolis-Verlag, Marburg 1996.
- Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.), Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 1997.
- Bullinger, Hans-Jörg/Murmann, Heinz, Dienstleistungen – Der dynamische Sektor, Wiesbaden 1999.
- Bunch, Charlotte/Frost, Samantha, Frauenmensenrechte, in: Infobrief NRO-Frauenforum 2/98, Stuttgart 1998.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn 2001.

- Bundesministerium für Bildung und Forschung, Grund- und Strukturdaten 2000/2001, Bonn 2001.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, Bonn 1998.
- Dass., Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, Textband, Materialien zur Gleichstellungspolitik Nr. 85/2002.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Umweltpolitik – Agenda 21, Bonn 1997.
- Byanyima, Winnie, Strengthening Parliamentary Governance through Gender Budgeting: the Experience of Three African Countries, unveröffentlichtes Manuskript, Rom 2000.
- Carstensen, Tanja, Mehr Zeitwohlstand im Alltag von Frauen und Männern – können elektronische Stadtinformationssysteme hierzu einen Beitrag leisten?, in: zeiten : der : stadt, Hamburg 2001.
- Dalley, Gillian, Ideologies of Caring – Rethinking Community and Collectivism, London 1988.
- Decker, Franz, Einführung in die Dienstleistungsökonomie, Paderborn 1975.
- Der Vertrag Europäische Gemeinschaft Europäische Union, Bonn 1993.
- Der Vertrag von Amsterdam, Leitfaden, Europäische Gemeinschaften, Luxemburg 1999.
- Deutscher Städtetag, Frauen verändern ihre Stadt, Arbeitshilfe 1: Wohnungspolitik, Köln 1994; Arbeitshilfe 2: Verkehrsplanung, Köln 1995; Arbeitshilfe 3: Stadtentwicklung, Köln 1998.
- Deutsches Institut für Urbanistik (difu), Zeitpolitik als kommunales Handlungsfeld, in: Senatsamt für die Gleichstellung (Hrsg.) zeiten : der : stadt, Hamburg 2001.
- Donath, Susan, The other Economy, a Suggestion for a distinctively Feminist Economics, in: Feminist Economics, Volume Six, Number One, March 2000.
- Dresdner Bank AG (Hrsg.), Vollbeschäftigung in Deutschland – ein Wunschtraum?, Frankfurt am Main 1999.
- Eberling, Matthias/Henckel, Dietrich, Kommunale Zeitpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung H. 8/1997.
- Dies., Kommunale Zeitpolitik, Berlin 1998.
- Egner, Erich, Der Verlust der alten Ökonomik, Berlin 1985.
- Ehrke, Michael, New Economy – Fünf Dimensionen eines Begriffs, Materialien zur Modernisierung sozialer Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung o.J.
- Elson, Diane, Social Policy and Macroeconomic Performance: Integrating "the Economic" and "the Social", in: UNRISD News No. 24, Spring/Summer 2001, S. 5-6.
- Dies., "Macroeconomics and Macroeconomic Policy from a Gender Perspective", Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Kommissionsdrucksache 14/14a v. 14.02.02, S. 3-22.
- Emancipation Council, Concerns for a new security, Recommendations for an equal opportunities income and social security policy, Den Haag, Holland, September 1996, Adv. Number IV/45/96.
- Erhard, Ludwig, Wohlstand für alle, Taschenbuchausgabe, Gütersloh o. J.
- Etzioni, Amitai, Die Verantwortungsgesellschaft, Frankfurt 1997.
- Europäische Kommission, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Weißbuch, Luxemburg 1994.
- Ever, Adalbert, Schutz und Aktivierung, Das Beispiel häuslicher Hilfe und Pflegedienste im Rahmen der Pflegeversicherung, in: Mezger, Erika/West, Klaus (Hrsg.), Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, Marburg 2000.
- EWG-Vertrag, Grundlage der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1988.
- Feminist Economics, Routledge Journals, London, o. J.
- Ferber, Marianne/Nelson, Julie, Beyond Economic Man, Chicago 1993.
- Flagge, Otto, Funktioniert die Stadt? In: Dokumentation des Symposium „Stadt der Männer – Stadt der Frauen, Bundesstadt Bonn 1995, S. 21-26.

- Folbre, Nancy, *Who pays for the Kids?*, London 1994.
- Fourastié, Jean, *Die 40.000 Stunden*, Düsseldorf 1966.
- Fox Piven, Frances, *Der marktfreundliche US-amerikanische Sozialstaat*, in: Lang, Sabine u.a. (Hrsg.) *Jobwunder USA – Modell für Deutschland?* Münster 1999.
- Frevert, Ute (Hrsg.), *Bürgerinnen und Bürger*, Göttingen 1988.
- Friedman, Milton, *Kapitalismus und Freiheit*, Wien 1984.
- Galbraith, John Kenneth, *Wirtschaft für Staat und Gesellschaft*, München/Zürich 1975.
- Ders., *Die Entmythologisierung der Wirtschaft*, München 1990.
- Gartner, Alan/Riessman, Frank, *Der aktive Konsument in der Dienstleistungsgesellschaft*, Frankfurt am Main 1978.
- Geiger, Manfred, *Besondere Anforderungen an die Stadt: Randgruppen in der Stadt und Frauen*, in: Dokumentation des Symposiums „Stadt der Männer – Stadt der Frauen, Bundesstadt Bonn 1995, S. 26-31.
- Gershuny, Jonathan, *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1981.
- Giarini, Otto/Liedtke, Patrick M., *Wie wir arbeiten werden – Der neue Bericht an den Club of Rome*, Hamburg 1998.
- Gray, John H., *Bürgerbeteiligung und Rechenschaftspflicht in der Kommunalverwaltung*, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung*, Bd. 2, Gütersloh 1994, S. 45-73.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter, *Dienstleistungsgesellschaften*, Frankfurt am Main 1995.
- Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), *Modernisierung des öffentlichen Sektors*, Düsseldorf 2001.
- Harding, Sandra, *Das Geschlecht des Wissens*, Frankfurt/Main 1994.
- Hauff, Volker (Hrsg.) *Stadt und Lebensstil*, Weinheim und Basel 1988.
- Haus & Grund, *Das Magazin für Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer*, Köln, Juli 2002.
- Heinz, Rainer, *Kommunales Management, Überlegungen zu einem KGSt-Ansatz*, Stuttgart 2000.
- Herzberg, Carsten, *Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Verbesserungen führen kann: der Bürgerhaushalt von Porto Alegre*, Münster 2001.
- Himmelweit, Sue, *The experience of UK Women’s Budget Group*, unveröffentlichtes Manuskript, Rom 2000.
- Hofmeister, Sabine/Spitzner, Meike (Hrsg.), *Zeitlandschaften*, Stuttgart 1999.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt am Main 1969.
- Hübener, Karl-Ludolf, *Supermarkt versus Kleinhandel*, in: Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Bonn 2002.
- Hunter, Mark, *Helden der Arbeit wider Willen*, *Le Monde diplomatique*, die tageszeitung/WoZ Dezember 1999 .
- Info Frauen Europas Nr. 79 v. Mai 1998, Referat Fraueninformation der EU, Bruxelles.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), *Sektoraler Strukturwandel, sektorale Konjunkturtrends*, Köln 2001.
- iwd Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Junker, Karin, *Chancengleichheit als gesellschaftliche Herausforderung für das 21. Jahrhundert*, Vorwort zum SPD-Parteivorstand 2002.
- Kapitel 24 der Agenda 21, in: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit aus Frauensicht*, Düsseldorf o.J., S. 218-221.
- Kaufmann, Franz Xaver, *Familie*, in: Norbert Blüm u.a. (Hrsg.), *40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 1989.
- Kauppinen, Kaisa, *Präsentation von finnischen Evaluationsergebnissen*, in: Matschke, Ursula, a.a.O.
- Kersting, Wolfgang, *John Rawls zur Einführung*, Hamburg 2001.

- Kettschau, Irmhild, Wieviel Arbeit macht ein Familienhaushalt? Dissertation Dortmund 1981.
- Knapp, Ulla, Frauenarbeit in Deutschland, Band 1 und 2, München 1983 und 1984.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Leitsätze, Zusammenfassung und Schlussfolgerungen, Bonn 1997.
- Krämer-Badoni, Thomas, Hat Urbanität eine Zukunft? In: Dokumentation des Symposium „Stadt der Männer – Stadt der Frauen, Bundesstadt Bonn 1995, S. 9-15.
- Krondorfer, Birge/Mostböck, Carina (Hrsg.), Frauen und Ökonomie, Wien 2000.
- Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 1: 1600-1650, Bd. 2: 1650 bis 1810, Köln 1982.
- Lang, Sabine/ Mayer, Margit/ Scherrer, Christoph (Hrsg.), Jobwunder USA – Modell für Deutschland? Münster 1999.
- Langenfeld, Christine, Die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Europäischen Gemeinschaftsrecht, Baden-Baden 1990.
- Langer-El Sayed, Ingrid, Familienpolitik: Tendenzen, Chancen, Notwendigkeiten, Frankfurt am Main 1980.
- Linder, Staffan B., The harried leisure class, New York 1970.
- Lowe Morna, Colleen, Gender Budgeting: Myths and Realities, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn 2000.
- Madörin, Mascha, Die Ökonomie und der Rest der Welt, in: Diskussionskreis Frau und Wissenschaft (Hrsg.), Ökonomie weiterdenken! Frankfurt/New York 1997.
- Mangold, K. (Hrsg.) Die Zukunft der Dienstleistung, Wiesbaden 1997.
- Marx, Karl, Das Kapital, Berlin 1969 (1867).
- Matschke, Ursula, Dokumentation zum EU-Projekt „Interdependenz zwischen Frauenförderung und arbeitsorganisatorischen Innovationsprozessen in Wirtschaftsunternehmen und Kommunalverwaltungen“, Stuttgart 1998-2000.
- Meier, Uta, Humanvermögen – der Stoff, aus dem die Zukunft kommt, in: Zukunft Familie.
- Miegel, Meinhard, Deutsche leben in den Tag hinein, Gastbeitrag im Kölner Stadtanzeiger 29.05.02.
- Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW (Hrsg.), Frauenaktivitäten zur lokalen Agenda, Düsseldorf 1998.
- Dass., Indikatoren zur Geschlechtergerechtigkeit, Beispiel Duisburg, Düsseldorf 1999.
- Müller-Enbergs, Helmut (Hrsg.) Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992.
- Münkler, Herfried, Gerechtigkeit: Konzept Bürgergesellschaft, in: Perspektiven im grünen Format der Heinrich-Böll-Stiftung 01/2002.
- Ndamm-Njikoufon, Charlotte, Frauenstrategien in Kamerun, in: Forum Umwelt & Entwicklung (Hrsg.), Arbeit auf dem Prüfstand der Nachhaltigkeit, Bonn 2000.
- Nelles, Ursula, „Gender Mainstreaming“, Arbeitspapier für die Regierungskommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes – Öffentlicher Dienst der Zukunft“, 5. Sitzung (30.11.2001), Universität Münster.
- Netzwerk Kommunen der Zukunft (Bertelsmann-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung, KGSt), „Reform findet Stadt“, Hämeenlinna auf Bürgerkurs, Seminarbericht Köln 1999.
- Ostner, Ilona, Beruf und Hausarbeit, Frankfurt/Main 1978.
- Otto-Peters, Louise, Das Recht der Frauen auf Erwerb, Erstausgabe 1866, Nachdruck Leipzig 1997.
- Plamper, Harald, Bürgerkommune: Was ist sie? Was soll sie sein? Was ist zu tun? Düsseldorf 2000.
- Plantenga, Janneke, The European Experience of gender auditing of National Action Plans, unveröffentlichtes Manuskript, Rom 2000.
- Pomeroy, Sarah B., Frauenleben im klassischen Altertum, Stuttgart 1985.
- Pujol, Michèle, Into the Margin!, in Edith Kuiper u.a. (Hrsg.), Out of the Margin, London 1995.



- Rake, Katherine, *Introducing a Human Dimension to the Economy: Engendering the Budget*, unveröffentlichtes Manuskript, Chiba/Japan 2001.
- Rawls, John, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/M. 1994.
- Regenhard, Ulla, u.a. (Hrsg.), *Ökonomische Theorien und Geschlechterverhältnis*, Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin 1994.
- Reis, Claus/Schulze-Böing, Matthias (Hrsg.), *Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen*, Berlin 2000.
- Riemann, Ilka, *Die soziale Lage der Frauen im Landkreis Limburg-Weilburg*, Untersuchung im Auftrag des Kreisausschusses Limburg-Weilburg, 1991 (keine Angaben zum Verlag) .
- Riepl-Schmidt, Maja, *Die „rote Emanze“*, in M. Riepl-Schmidt, *Wider das verkochte und verbügelte Leben*, Stuttgart 1990.
- Rubery, Jill u.a., *Gender Equality and the European Employment Strategy: An Evaluation of the National Action Plans for Employment 2000*, EWERC, Manchester School of Management.
- Sandquist, Anna, *Gender Mainstreaming und die „3Rs“*, in: Matschke, Ursula, a.a.O.
- Schwengel, Hermann, *Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaat und Innovation*, in: Mezger, Erika/West, Klaus-W. (Hrsg.) *Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln*, Marburg 2000.
- Sen, Amartya, *More Than 100 Million Women are Missing*, 1990 zit. nach Krug, Barbara, *Gender Audit: Whim or Voice*, unveröffentl. Manuskript, Den Haag, 2000.
- Sharp, Rhonda: *Gender Budgets: The Australian Experience*, unveröffentlichtes Manuskript, Rom 2000.
- Smith, Adam, *The Wealth of Nations*, Random House, New York 1937.
- Ders., *Theorie der ethischen Gefühle*, Nachdruck Hamburg 1994 .
- Sombart, Werner, *Der moderne Kapitalismus*, Erstauflage München 1916, Neudruck München 1987.
- SOS Kinderdorf e.V., *Mütterzentrum 2000*, SOS-Mütterzentrum Salzgitter, 38259 Salzgitter.
- SPD-Parteivorstand, *Chancengleichheit als gesellschaftliche Herausforderung für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2002.
- SPD-Projektgruppe *„Zukunft der Familie und sozialer Zusammenhalt“* Berlin 2000.
- Stadt der Frauen, *Frauen-Museum Bonn*, Kuhn, Annette (Hrsg.), Zürich/Dortmund 1994.
- Stadt Heidelberg, *Fraueninteressen an Stadtentwicklung*, Heidelberg 1995.
- Dies., *10 Jahre Amt für Frauenfragen*, Heidelberg 2002.
- Stadt Münster, *Lokale Agenda Münster – eine Frauenagenda*, Münster 1999.
- Dies., *Zeitstrukturen und Stadt*, Münster 1998.
- Stadt ohne Frauen? *Frauen in der Geschichte Mannheims*, hrsg. Von der Frauenbeauftragten der Stadt Mannheim und den Autorinnen, Mannheim, Edition Quadrat, 1993.
- Statistisches Bundesamt, *Leben und Arbeiten in Deutschland*, Wiesbaden 2002.
- Stiefel, Elisabeth, *Der Väteransatz in der Elternbildung*, in: *eltern kinder + erziehung*, Heft 9, Bundesverband Neue Erziehung e.V., Bonn 1981.
- Dies., *Natur und Frauen im Prozess des Produzierens*, in: *Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen?* Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn 1997 .
- Dies., *Im Vakuum des Privaten – Ökonomische und soziale Rechte von Frauen*, in: *Infobrief NRO-Frauenforum 2/98*, Stuttgart 1998.
- Dies., *Über den Zwiespalt zwischen globaler Ökonomie und der simplen Sorge für das Leben*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft 3/1998*, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn.
- Dies., *Zukunft für Frauen, Männer, Kinder*, in: *AGender 21*, Politische Ökologie 70, Juni 2001.
- Stoehr, Irene/Pawlowski, Rita, *Die unfertige Demokratie*, Deutscher Frauenrat 2002.
- taz (die tageszeitung).
- Terlinden, Ulla, *Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur*, Stuttgart 1990.

- Trzcinski, Eileen, Family Policy in Germany: a Feminist Dilemma? in: *Feminist Economics*, Volume Six, Number One, March 2000.
- Ullrich, Otto, Gefangen im Mythos der Arbeitsgesellschaft? In: Bierter, Willy/von Winterfeld, Uta, *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Basel 1998.
- UNDP; Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Bonn 1999.
- Van Dongen, Walter/Vanhaute, Eric/Pauwels, Koenraad, *Het Kostwinnersmodel voorbij?* Leuven/Apeldoorn, Garant 1998.
- Veblen, Thorstein, *The Theory of the Leisure Class*, Boston 1973.
- Vilmar, Fritz/Runge, Brigitte, *Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?* Klartext Verlag, Essen 1986.
- Virilio, Paul, *Fahren, fahren, fahren*, Berlin 1978.
- Volkholz, Volker, *Kreative Dienstleistungsorganisationen – Innovation für den Wandel*, in: Bullinger, Hans-Jörg (Hrsg.), *Dienstleistungen für das 21. Jahrhundert*, Stuttgart 1997.
- von Braunmühl, Claudia (Hrsg.), *Der blockierte Dialog*, Berlin 1999.
- von Stein, Lorenz, *Die Frau auf dem Gebiete der Nationalökonomie*, Stuttgart 1886, in: Ute Gerhard, *Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1978.
- Weber, Marianne, *Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung*, Erstausgabe Tübingen 1907, Neudruck Aalen 1989.
- Weber, Siegfried, *Kompendium der Nationalökonomie*, Oldenburg 1952.
- Weller, Ines, Einführung in die feministische Auseinandersetzung mit dem Konzept Nachhaltigkeit, in: Weller, Ines u.a. (Hrsg.), *Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden*, Bielefeld 1999.
- Wiechmann, Elke/Kißler, Leo, *Frauenförderung zwischen Integration und Isolation*, Berlin 1998.
- Winter, Helen/Rommel, Thomas, *Adam Smith für Anfänger*, München 1999.
- Wolf-Graaf, Anke, *Frauenarbeit im Abseits*, München 1981.
- Women's Action Agenda 21, in: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW (Hrsg.), Düsseldorf o.J., S. 130-142 .
- Women's Action Agenda for a Healthy Planet 2002, 1. Entwurf Herbst 2001 von WEDO and REDEH (Network for Human Development), unveröffentlicht.
- Wood, Cynthia A., *The First World/Third Party Criterion: A Feminist Critique of Production Boundaries in Economics*, in: *Feminist Economics*, Zeitschrift der International Association for Feminist Economics, Heft 3/1997.
- Zetkin, Clara, *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart (1889)*, in: Gisela Brinker-Gabler (Hrsg.), *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt am Main 1979.
- Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel 1996.
- Zukunftsfähiges Deutschland – Zukunft für Frauen?* Memorandum der AG Frauen im Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn 1997.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit, Drei Ziele – ein Weg*, Bonn 1998.

## **Hans-Böckler-Stiftung**

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

## **Mitbestimmungsförderung und -beratung**

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

## **Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)**

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (VWSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

## **Forschungsförderung**

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

## **Studienförderung**

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Im Magazin „Mitbestimmung“ und den „WSI-Mitteilungen“ informiert die Stiftung monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der homepage [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de) bietet sie einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten, und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung  
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefax: 0211/7778 - 225  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

**Hans Böckler  
Stiftung** ■■■